

A person wearing a hat and a jacket is walking on a rocky ridge. The background shows a vast, hazy landscape of rolling hills and forests under a bright sky. The text 'es ist dein land' is overlaid on the image in large, white, bold letters.

es ist dein land

Landesparteitag

22. Juni Neukieritzsch

Antragsbuch

in der Fassung der Antragskommission vom 5. Juni 2019

Inhaltsverzeichnis

L Leitanträge	1
L-1	Landesvorstand
L-1 ES IST DEIN LAND. Regierungsprogramm der SPD Sachsen zur Landtagswahl 2019	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	1
AR Arbeit und Rente	69
AR-1	AG Selbst Aktiv Sachsen
AR-1 Zusätzliche Rentenpunkte für Väter und Mütter	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	69
AR-2	AG Selbst Aktiv Sachsen
AR-2 Zukunft der Arbeit sichern - Menschen mit Behinderungen sind dabei	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	70
AR-3	AG Selbst Aktiv Sachsen
AR-3 Bildung einer Arbeitsgruppe zum Thema "Die Entlohnung der Menschen mit Beeinträchtigungen in der WfbM im Zusammenhang mit der künftigen arbeitsmarktpolitischen Rolle der Werkstatt	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	71
AR-4	AG Selbst Aktiv Sachsen
AR-4 Dauerhafte bundesweite und landesweite Weiterführung der Initiative Inklusion	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	72
AR-5	AG Selbst Aktiv Sachsen
AR-5 Einheitlicher barrierefreier Antrag auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	73
AR-6	AG Selbst Aktiv Sachsen
AR-6 Qualifizierte Mitarbeiter in Jobcentern - SGB II bei psychischen Erkrankungen	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	74
AR-7	AG Selbst Aktiv Sachsen
AR-7 Umschulungen und Weiterbildungen müssen auch in der Erwachsenenbildung barrierefrei angeboten werden	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	75
AR-8	AG Selbst Aktiv Sachsen
AR-8 Förderung zur Beschäftigung von Menschen mit einer Schwerbehinderung	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	76
AR-9 Antragsteller*in: AG Selbst Aktiv Sachsen Empfänger*innen: SPD-Landesparteivorstand, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, SPD-Bundestagsfraktion	
AR-9 Abschaffung des Abzugs bei vorzeitigem Rentenbeginn für EM Rentner	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	77
GP Gesundheit und Pflege	78
GP-1	AG Selbst Aktiv Sachsen
GP-1 Zurückstellung der sechsten Verordnung zur Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung	
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>	78

GP-2	AG Selbst Aktiv Sachsen	
GP-2 Übenahme der Kosten für die Batterien der Hörgeräte in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen aufnehmen		
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>		79
GP-3	Antragsteller*in: AG Selbst Aktiv Sachsen Empfänger*innen: SPD-Landespartei Vorstand der SPD Sachsen, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag	
GP-3 Pflegenotstand in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie bei der ambulanten Pflege		
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>		80
GP-4	Antragsteller*in: AG Selbst Aktiv Sachsen Empfänger*innen: Landespartei Vorstand, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag	
GP-4 Bessere medizinische Versorgung und Prävention für Menschen mit Behinderungen		
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>		81
PO Parteileben und Organisation		82
PO-1	AG Selbst Aktiv Sachsen	
PO-1 Barrierefreiheit ist bei allen Veranstaltungen der SPD bis in die untersten Gliederungen zu gewährleisten		
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>		82
PO-2	AG Selbst Aktiv Sachsen	
PO-2 Erstellung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der SPD Sachsen		
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>		83
WT weitere Themen		84
WT-1	AG Selbst Aktiv Sachsen	
WT-1 Schaffung von Mehrgenerationsprojekten im sozialen Wohnungsbau		
<i>Konsensliste (Konsens)</i>		84
WT-2	AG Selbst Aktiv Sachsen	
WT-2 Verbesserte Gedenkkultur für die Opfer und Hinterbliebenen von Opfern der "Euthanasie"-Verbrechen in den Jahren 1933 bis 1945		
<i>Konsensliste (Konsens)</i>		85
WT-3	AG Selbst Aktiv Sachsen	
WT-3 Supervisionen für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten und Hort		
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>		86
WT-4	Antragsteller*in: AG Selbst Aktiv Sachsen Empfänger*innen: SPD-Landespartei Vorstand, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundespartei tag	
WT-4 Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe		
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>		87
WT-5	Antragsteller*in: AG Selbst Aktiv Sachsen Empfänger*Innen: SPD-Landtagsfraktion im Sächsischen Landtag	
WT-5 Flexibles Reisen für Menschen mit Behinderungen		
<i>Diskussion auf dem Parteitag</i>		88

L Leitangebote

Antrag L-1

Landesvorstand

ES IST DEIN LAND. Regierungsprogramm der SPD Sachsen zur Landtagswahl 2019

1 **EINE EINLADUNG**

2 Ob hier geboren oder hergezogen: Sachsen ist unsere Heimat. Hier sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokra-
3 ten zuhause. In Dreieheide und Vierkirchen, in Freiberg und Freital, in Leipzig, Chemnitz und Dresden. Wir - die sächsische
4 SPD - das sind mehr als fünftausend Menschen, die sich für ihren Stadtteil, ihre Gemeinde, ihren Kreis oder ganz Sach-
5 sen einsetzen. Wir sind Mitglieder in Gemeinderäten, Vereinsvorständen und Elternvertretungen. Wir arbeiten in Büros
6 und Betrieben, an der Werkbank und am Schreibtisch, im Kindergarten und im Pflegeheim.

7 Achtzehn Frauen und Männer von uns haben in den letzten fünf Jahren im Sächsischen Landtag Politik gemacht, drei
8 von ihnen ein Ministeramt ausgeübt. Wir konnten Probleme lösen, Entscheidungen treffen, Entwicklungen anstoßen.

9 In den letzten fünf Jahren haben wir fünftausend neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, fast dreitausend Erziehe-
10 rinnen und Erzieher, eintausend Polizistinnen und Polizisten. Wir haben zusätzliches Personal an die Gerichte, in die
11 Kultureinrichtungen und an die Hochschulen geholt. Wir haben die Schulsozialarbeit eingeführt, das Pflegenetz ge-
12 schaffen und die Jugendpauschale erhöht. Wir haben das Integrationskonzept auf den neuesten Stand gebracht, den
13 Öffentlichen Nahverkehr ausgebaut und die Kommunen gestärkt. Fünf Jahre lang haben wir viel bewegt. Das kann sich
14 sehen lassen.

15 **DER ANFANG IST GEMACHT**

16 Sachsen wird sich weiter entwickeln. Wir alle kennen die Herausforderungen der Zukunft. Sie sind schon da. Die Digita-
17 lisierung eröffnet uns neue Chancen für Arbeit, Bildung und unseren Alltag. Der Klimawandel stellt uns große Aufgaben
18 - der Wirtschaft auf der einen und uns Verbraucherinnen und Verbrauchern auf der anderen Seite. Wir sind mittendrin
19 im demographischen Wandel: Unsere Gesellschaft wird älter, gleichzeitig steigen die Kinderzahlen und neue Sachsen
20 wandern aus dem In- und Ausland zu. Stadt und Land entwickeln sich unterschiedlich. Und hier wie dort geraten Welt-
21 offenheit, Zukunftssinn und das demokratische Miteinander von rechtsaußen unter Druck.

22 Unsere Regierungsarbeit der letzten fünf Jahre ist eine klare Antwort auf diese Herausforderungen. Mit neuem Per-
23 sonal haben wir den Staat in die Lage versetzt, seine Aufgaben besser zu erfüllen. Mit stabilen Finanzen haben wir
24 den Kommunen geholfen, die Entwicklung vor Ort voranzubringen. Und mit zusätzlichen Fördermitteln haben wir Ein-
25 richtungen, Vereinen und tausenden Engagierten in unserer Gesellschaft ermöglicht, ihre Stimme zu erheben und ihre
26 Heimat mitzugestalten.

27 Heute hat Sachsen die Kraft zurückerlangt, seine Zukunft in die Hand zu nehmen. Wir sind in der Mitte des Weges. Mit
28 dem Regierungswechsel hat der Freistaat Schwung geholt, mit der Landtagswahl werden die Weichen neu gestellt.
29 Welchen Kurs unser Land nimmt, entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Das ist keine Floskel. Denn die Parteien, die
30 sich in Sachsen zur Wahl stellen, haben sehr verschiedene Konzepte für unser Land. Dass es nicht egal ist, wer regiert,
31 wird mit Blick auf die letzten zehn Jahre deutlich. Fünf Jahre CDU/FDP-Koalition von 2009 bis 2014, das hieß fünf Jahre
32 Stellenabbau, Sozialkürzungen und Spardiktat. An den Folgen leidet Sachsen bis heute. Fünf Jahre CDU/SPD-Koalition
33 von 2014 bis 2019, das heißt mehr Lehrkräfte und Erzieher, mehr Richter und Polizeibeamte, mehr Mittel für Bildung und
34 Sozialpolitik, mehr Gestaltungsfreiheit für die sächsischen Kommunen, eine klare Haltung zu demokratischen Werten
35 und Zukunftskonzepte in allen Bereichen.

36 **MUTIGE IDEEN, KLARE ZIELE, REALISTISCHE SCHRITTE**

37 Regieren heißt, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen. Es heißt auch, Kompromisse zu schlie-
38 ßen. Kompromisse mit anderen Parteien und Kompromisse mit der Realität. Ein Beispiel: Auf dem Papier ist der Lehrer-
39 mangel schon längst behoben, denn im Haushalt stehen inzwischen genügend Personalstellen zur Verfügung. Doch
40 in der Realität können derzeit nicht alle Stellen besetzt werden. Es sind bundesweit zu wenige Lehrkräfte da und die
41 Ausbildung dauert ihre Zeit.

42 So stützt die Welt der Tatsachen bisweilen mutige Ideen auf Schritt-für-Schritt-Konzepte zurecht. Umso wichtiger ist es
43 uns, in diesem Wahlprogramm klare Ziele zu formulieren. Denn solange man sein Ziel im Blick behält, kommt man auch

44 mit kleinen Schritten voran. Manche unserer Ideen reichen weit in die Zukunft. Schon deshalb können sie nur Schritt
45 für Schritt umgesetzt werden. Andere werden nicht von allen Parteien geteilt. Mit welcher Kraft wir sie verfolgen und
46 umsetzen können, hängt somit vom Wahlergebnis ab.

47 **ES IST DEIN LAND**

48 Welchen Kurs unser Land nimmt, das entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Mit welcher Stärke jede Partei im Par-
49 lament sitzt, welche politischen Mehrheiten möglich sind, das entscheiden die Wählerinnen und Wähler. An welchen
50 Zielen sich Entscheidungen ausrichten und welche Ideen Wirklichkeit werden können, das entscheiden die Wählerin-
51 nen und Wähler. Wir sagen in diesem Programm klar, wohin wir mit Sachsen wollen. Wir wissen, dass wir Unterstützung
52 brauchen, um unsere Ziele zu erreichen. Wir hoffen, dass viele Menschen Lust haben, unseren Weg mitzugehen.

53 Es ist ein kluges Wort: „Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt“. Das treibt uns fünftausend
54 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an. Nimm die Zukunft Sachsens mit in die Hand. Es ist Dein Land.

55 **UNSERE WERTE**

56 Was treibt uns an? Wofür stehen wir ein? Und was hält uns zusammen? In den letzten Jahren erschien Politik vielen
57 Menschen oft seltsam leblos, technokratisch, mit sich selbst beschäftigt. Vielleicht liegt das auch daran, dass über Werte
58 kaum gesprochen wurde. Dabei verleihen sie unserem täglichen Handeln eine orientierende Kraft. Wie bedeutsam ist
59 das in einem Feld, wo wesentliche Rahmenbedingungen des Lebens aller Menschen gestaltet werden.

60 Werte sind die Himmelsrichtungen auf unserem Kompass, die Grundlage unserer Ziele und der Maßstab unserer Ent-
61 scheidungen. Deshalb nehmen wir uns hier die Zeit, unsere sozialdemokratischen Werte zu benennen und zu beschrei-
62 ben.

63 **FREIHEIT, DEMOKRATIE UND MITVERANTWORTUNG**

64 Wir leben in einer widersprüchlichen Zeit. Einerseits geht es unserem Land so gut wie selten zuvor. Andererseits wächst
65 die Sorge vor einer sozial gespaltenen Gesellschaft. Die Möglichkeiten zur freien Entfaltung von Persönlichkeit und In-
66 dividualität sind enorm. Gleichzeitig nehmen Feindseligkeiten gegen einzelne Menschen und Menschengruppen zu.
67 Viele Menschen wünschen, dass sich politische Entscheidungen stärker am Gemeinwohl orientieren. Doch nur wenige
68 sind bereit, sich in Parteien zu engagieren und so die Inhalte politischer Entscheidungen mit zu beeinflussen. Nicht
69 zuletzt sind Informationen in einer Breite und Tiefe frei und einfach zugänglich, wie es bisher noch nie der Fall war.
70 Und dennoch hat unsere Gesellschaft immer stärker mit Vorurteilen, Verschwörungstheorien und Fake News zu kämp-
71 fen. Wir brauchen ein neues Wir-Gefühl in unserem Land, das geprägt ist von dem Willen und der Lust, sich für seine
72 Mitmenschen und sein Umfeld zu interessieren und sich zu engagieren.

73 Vieles in Sachsen wärmt unser Herz – Freunde und Familie, die wunderschönen Landschaften entlang von Elbe, Neiße
74 und Elster, prachtvolle Städte und beschauliche Dörfer, eine lange Geschichte voller namhafter Künstlerinnen und ge-
75 wiewter Erfinder. Aber Sachsen ist auch der Ausgangspunkt von Pegida. Nicht anders, aber doch stärker als anderswo in
76 der Bundesrepublik erleben wir hier in unserem Land rassistische Gewalt, Menschenfeindlichkeit, Demokratieverdruss
77 und angstgetriebenen Hass. Das schmerzt, besonders, weil aus Sachsen, von der Wiege der Friedlichen Revolution noch
78 vor wenigen Jahrzehnten ein ganz anderer Ruf in die Welt hinausging – der Ruf nach Freiheit und Frieden, nach Selbst-
79 bestimmung und Toleranz.

80 Mit all diesen Widersprüchlichkeiten umzugehen ist nicht leicht. Für viele Menschen in unserem Land begann mit der
81 Wiedervereinigung der Aufbruch in ein Leben voller Freiheit und neuer Möglichkeiten. Für viele begann aber auch eine
82 Zeit der Arbeitslosigkeit, des Wegzugs von Kindern und Freunden, eine Zeit der Unsicherheit. Die sächsische Regie-
83 rungspolitik der Neunziger Jahre war vor diesem Hintergrund gut gemeint, aber hatte fatale Folgen. Sorgt Euch nicht,
84 signalisierten Kurt Biedenkopf und die sächsische CDU, erfüllt Eure Pflichten, dann kümmern wir uns um den Rest.
85 Der eben noch so politisierte Osten wurde politikfrei, Opposition, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen eher lästiges
86 Beiwerk, welches das Regierungshandeln allenfalls störte, jedoch nicht Partner auf Augenhöhe in einer pluralistischen
87 Gesellschaft war.

88 Widersprüchlichkeit aber ist der Kern einer pluralistischen, einer demokratischen Gesellschaft. Wo Menschen frei sein
89 können, frei in ihrem Denken und Handeln, werden Vielfalt und Widersprüchlichkeit sichtbar - ganz einfach deshalb,
90 weil die Perspektiven, Ziele und Vorstellungen der Menschen unterschiedlich sind. Diese Unterschiede zu verstehen und
91 auszuhalten, über sie zu debattieren und ihnen in klugen Kompromissen gerecht zu werden statt sie zu verdrängen,
92 das ist das Wesen demokratischer Politik. Das verlangt uns allen eine Menge ab: Meinungsstärke und Nachgiebigkeit,
93 Lernbereitschaft, Vernunft und Empathie. Und vor allem: Die Bereitschaft zum Dialog und zur Beteiligung.

94 Es ist uns deshalb wichtig, die politische Bildung und das politische Engagement zu stärken. Sachsen hat in den letzten
95 Jahren enorm in die Entwicklung der Zivilgesellschaft investiert – mit den Programmen „Weltoffenes Sachsen“, „Wir für
96 Sachsen“ oder „Integrative Maßnahmen“, genauso aber auch mit der Schaffung von Schulsozialarbeit oder der Stärkung
97 der Erwachsenenbildung. Und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten investieren selbst viel in den Dialog
98 mit den Menschen in unserem Land, mit der Küchentisch-Tour von Martin Dulig, die inzwischen tausende Menschen
99 erreicht hat und genauso mit unserem Engagement vor Ort, in den Landkreisen, Gemeinden und den großen Städten.

100 Der Erfinder der Love-Parade Dr. Motte sagte neulich in einem Interview: „Das Schlechte kann man nicht bekämpfen.
101 Aber man kann das Gute vermehren. Und das ist der eigentliche Kampf.“ Da ist viel dran. Wir kämpfen für mehr An-
102 stand und Respekt, für mehr Toleranz und Güte, für mehr Vernunft und Mitgefühl – in unserer Gesellschaft und in den
103 staatlichen Strukturen gleichermaßen. Wir sind froh um alle, die sich mit uns dafür einsetzen. Und wir wollen noch
104 mehr Menschen dafür gewinnen, sich für ihr Land, ihre Heimat und ihre Mitmenschen zu engagieren.

105 **SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT**

106 Die meisten Menschen in Sachsen sind mit ihrer wirtschaftlichen Situation zufrieden. Trotzdem spüren sie bestehende
107 Ungerechtigkeiten. Sie spüren Sorgen vor der Zukunft. Und manche fühlen mangelnden Respekt. Noch immer arbeiten
108 in unserem Land zu viele Frauen und Männer in prekären Beschäftigungsverhältnissen und mit kleinen Löhnen. Sie
109 kommen knapp über die Runden, doch können sich kein Polster aufbauen. Das verursacht Unsicherheit.

110 Nahezu alle arbeitenden Menschen in unserem Land standen 1990 vor einem erheblichen Bruch ihrer Biographie. Be-
111 rufsabschlüsse und Berufserfahrungen waren über Nacht entwertet, für manche stand die gesamte Lebensleistung in
112 Frage. Die meisten Frauen und Männer haben sich erfolgreich durch diese Zeit hindurchgekämpft. Diese Aufbaugene-
113 ration hat mehr Anerkennung und mehr Respekt für ihre Leistung verdient. Viele von ihnen haben in den vergangenen
114 Jahrzehnten keine höheren Löhne oder mehr Rechte eingefordert, weil sie ihren Arbeitsplatz und das eigene Unterneh-
115 men vor Ort nicht gefährden wollten. Auch deshalb arbeiten Beschäftigte in Sachsen noch heute im Durchschnitt länger
116 als im Westen und das zu geringeren Gehältern. Sie sind fleißig und haben sich immer um Arbeit bemüht. Trotzdem
117 drohen viele dieser Generation nun in der Altersgrundsicherung zu landen, als ob sie nie in die Rentenversicherung ein-
118 gezahlt hätten. Das ist ungerecht. Wir brauchen eine Rentenpolitik, die nicht nur gezahlte Beiträge, sondern genauso
119 auch erbrachte Lebensleistung solidarisch anerkennt.

120 Mit Martin Dulig als Wirtschafts- und Arbeitsminister haben wir heute die geringste Arbeitslosigkeit in Sachsen seit
121 1990. Die Wirtschaft profitiert vom Mindestlohn, und zwar die Beschäftigten wie die Unternehmen gleichermaßen,
122 denn Lohndumping und unfairer Wettbewerb konnten eingedämmt werden. Wir wollen weiter dafür sorgen, dass al-
123 le Menschen in unserem Land einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand bekommen. Wir wollen, dass
124 in unserem Land Löhne – am besten Tariflöhne – gezahlt werden, von denen man gut leben kann. Wir wollen einen
125 Sozialstaat, der die im Blick hat, die ihn brauchen. Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, dass Arbeitsleistung Aner-
126 kennung findet. Deshalb setzen wir uns für die sogenannte Respektrente ein: Eine Grundrente, die auch bei niedrigen
127 Löhnen für eine auskömmliche Altersversorgung reicht. Und es ist für uns ein Gebot der Solidarität, dass Menschen,
128 die ihr Einkommen nicht aus eigener Kraft bestreiten können, die Unterstützung der Gesellschaft erhalten. Deshalb
129 setzen wir uns beispielsweise für einen Ausbau des sozialen Arbeitsmarkts in Sachsen ein. Menschen sollen auch dann
130 Beschäftigung finden, wenn sich ihr Leistungsvermögen für Unternehmen in harter wirtschaftlicher Konkurrenz nicht
131 rechnet. Wir setzen uns ein für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigun-
132 gen, für die Integration auch von niedrig qualifizierten Zuwanderern in unseren Arbeitsmarkt, für die Rehabilitation von
133 Menschen, die im Laufe ihres Lebens auf Abwege geraten sind oder ebenso für die dritte und vierte Chance von Jugendli-
134 chen, die im ersten Anlauf keinen schulischen Abschluss geschafft haben. Dort, wo Hilfe und Unterstützung ausgenutzt
135 werden, wo kollektive Lasten die individuelle Pflicht ersetzen, wo Steuern hinterzogen und Betrug betrieben werden,
136 dort wo Ungerechtigkeit verstärkt statt vermindert wird, dort endet für uns Solidarität. Die gerechte Gesellschaft ist
137 für uns keine Frage von Herkunft, Geschlecht oder Vermögen, von sozialer Schicht oder finanzieller Leistungskraft: Sie
138 ist eine Frage gemeinsamer Werte und Haltungen. Solidarität und Gerechtigkeit: Das ist unser Gesellschaftsbild.

139 **VIELFALT UND ZUSAMMENHALT**

140 Wir Menschen sind soziale Individuen. Wir streben nach Freiheit und Unabhängigkeit. Gleichzeitig suchen wir Bezie-
141 hungen zu anderen Menschen, suchen die Einbindung in Gruppen und die Anerkennung durch die Gemeinschaft. Die
142 Balance zwischen Individualität und Gemeinschaftlichkeit herzustellen, ist sowohl für unsere Gesellschaft als auch für
143 jede und jeden Einzelnen von uns eine ständige Herausforderung. Der französische Philosoph Blaise Pascal formulierte
144 es einst so: „Vielfalt, die nicht auf Einheit zurückgeht, ist Wirrwarr; Einheit, die nicht auf Vielfalt gründet, ist Tyrannei.“

145 Es ist uns wichtig, dass in unserer Gesellschaft für alle Menschen Platz ist. Für Menschen jeden Glaubens, jeder Her-
146 kunft, jeder Lebensweise. Und es ist uns gleichzeitig wichtig, dass die zentralen Prinzipien unserer Gesellschaft – Viel-
147 falt und Zusammenhalt – erhalten bleiben und gefördert werden. Unsere Toleranz findet deshalb dort ihre Grenzen,
148 wo man diese beiden zentralen Prinzipien nicht achtet.

149 Es ist ein Gebot der Freiheit, dass Menschen ihren Glauben frei praktizieren, ihre Weltanschauung frei wählen und ih-
150 re Meinung frei äußern können. Wenn Glaubenssätze, Weltanschauungen und Meinungen aber anderen Menschen
151 dieses Recht absprechen, wird unser Zusammenhalt zerstört. Deshalb treten wir entschieden für unsere freiheitliche
152 demokratische Grundordnung ein, die allen Menschen gleiche Rechte und die gleiche Würde zuspricht. Und wenden
153 uns genauso entschieden gegen all jene, die glauben, es gäbe Menschen erster, zweiter und dritter Klasse – ganz gleich,
154 ob eine solche Ausgrenzung nach Hautfarbe, sozialem Stand, Alter, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Iden-
155 tität erfolgt.

156 Wir Menschen haben vielfältige Identitäten – kulturelle, ethnische, sexuelle. Wir fühlen uns verschiedenen Gruppen
157 zugehörig, von anderen grenzen wir uns ab. Was uns bei aller Unterschiedlichkeit verbindet, ist unsere gemeinsame
158 Fähigkeit zur Sprache. Sie ermöglicht es uns, miteinander in Austausch zu treten, die Perspektiven unseres Gegenübers
159 wahrzunehmen und im gemeinsamen Gespräch neue Erkenntnisse zu gewinnen. Es ist uns wichtig, diesen Dialog in
160 allen Bereichen zu ermöglichen und zu pflegen. Deshalb setzen wir uns für eine Schule ein, in der kulturelle, religiöse
161 und sexuelle Vielfalt zum Thema gemacht werden. Deshalb setzen wir uns für eine staatliche Ordnung ein, in der Hass,
162 Hetze und Gewalt entschieden bekämpft werden. Und deshalb setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, die ein breites
163 und pluralistisches Spektrum an Vereinen und Initiativen zulässt und fördert.

164 Freiheit und Solidarität, Vielfalt und Zusammenhalt: So lautet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der
165 Herzschlag unserer Gesellschaft. Das verstehen wir unter Gemeinwohl. Wir sind davon überzeugt, dass viele Menschen
166 in unserem Land ein großes Interesse daran haben, Individualität und Gemeinschaftlichkeit im gleichen Maß zu leben.

167 **GLEICHHEIT, MENSCHLICHKEIT UND GLEICHBERECHTIGUNG**

168 „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“, heißt es in der sächsischen Verfassung. Dass gleiche Rechte allein noch
169 keine Gleichberechtigung sind, wird dabei nicht verkannt. Deshalb sagt die Verfassung auch: „Die Förderung der recht-
170 lichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes.“

171 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen uns seit mehr als 150 Jahren für die Gleichstellung stark. Un-
172 sere Wurzeln haben wir auch in der deutschen Frauenbewegung, viele Sozialdemokratinnen haben den Weg unserer
173 Gesellschaft zu mehr Gleichberechtigung entscheidend geprägt. Heute sind es nicht mehr die fehlenden Rechte – bei-
174 spielsweise zum Wählen, zur Bildung oder zur Arbeit – die Frauen in der Gesellschaft benachteiligen. Vor dem Gesetz
175 sind Frauen und Männer in Deutschland gleich. Das ist ein großer Erfolg unserer Gesellschaft, ein Erfolg zahlloser Frau-
176 en, die sich für ihre Rechte eingesetzt haben und vieler Männer, die sie darin unterstützten.

177 Doch in unserer Gesellschaft gibt es noch keine echte Gleichheit der Chancen. Noch immer werden Menschen eben
178 nicht unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität oder ihrer Lebensweise beurteilt und behandelt. Frü-
179 her wurden Frauen als ganze Gruppe benachteiligt, indem man ihnen beispielsweise das Wahlrecht verweigerte. Heute
180 sind es die einzelnen Frauen, die an Hürden stoßen: Bei Einstellung und Gehaltsverhandlung, bei der Vereinbarkeit von
181 Familie und Beruf, bei der Nutzung des öffentlichen Raumes. Auch diese Hürden sind strukturell bedingt: Wenn eine
182 alleinerziehende Mutter in Teilzeit arbeiten will, der Arbeitgeber ihr aber Hürden in den Weg legt, dann lassen sich Fa-
183 milie und Beruf schwer vereinbaren. Berufungskommissionen zur Neubesetzung einer Professur, die vornehmlich mit
184 Männern besetzt sind, ziehen in den meisten Fällen den geeigneten Bewerber der gleich geeigneten Bewerberin vor.
185 Dass Frauen in weitaus höherem Maße Opfer von häuslicher Gewalt und Beziehungstaten werden (und deutsche Täter
186 hierbei weit vor Tätern ausländischer Herkunft rangieren), liegt auch daran, dass das Bild der Frau als Objekt in unse-
187 rer Gesellschaft noch immer nicht vollständig überwunden ist. Auch in der digitalen Welt sind Kinder und Jugendliche
188 immer mehr zu Hause und die Hilfsangebote kommen dort noch zu kurz. Frühwarnsysteme, digitale Beschwerdestel-
189 len oder gar Polizeidienststellen fehlen oder sind ausbaufähig. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist uns
190 aber Schutz ein besonderes Anliegen. Erst Recht wenn es um die Kleinsten unserer Gesellschaft geht. Wir möchten
191 eineN unabhängigeN LandeskinderschutzbeauftragteN einsetzen, die/der Ressort- und Strukturübergreifend sich für
192 den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt und Missbrauch einsetzt. Vorbild für diese zu schaf-
193 fende Stelle kann die Stelle der/des UnabhängigeN BeauftragteN für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs sein.

194 Frauen müssen sichtbar sein – in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Nur so können wir zu einer wahren Gleichstellung
195 der Geschlechter kommen. Deswegen werden wir in der nächsten Legislaturperiode die Schaffung eines Paritätsgeset-
196 zes auf Landesebene vorantreiben.

197 Doch wir kennen inzwischen auch Bereiche, in denen Männer systematisch benachteiligt werden. Unser gegliedertes
198 Schulsystem eröffnet Mädchen bessere Bildungschancen als Jungen. Das liegt daran, dass bereits im Alter von zehn
199 Jahren die Weichen in Richtung Oberschule oder Gymnasium gestellt werden. Jungen durchlaufen ihre Entwicklungs-
200 prozesse anders als Mädchen. Überdurchschnittlich oft erhalten sie in den ersten Schuljahren schlechtere Noten und
201 damit ungünstigere Chancen. Auch deshalb setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für das längere
202 gemeinsame Lernen in Gemeinschaftsschulen ein.

203 Feminismus und die Gleichstellung der Geschlechter sind in den letzten Jahren zuweilen verspottet und verachtet wor-
204 den. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es bei geschlechtergerechter Sprache und Politik nicht um
205 ein Dogma. Es geht uns um das Sichtbarmachen aller, wenn wir „Studierende“ statt „Studenten“ sagen oder „Team“
206 statt „Mannschaft“. Wer unsichtbar bleibt, bleibt oft unbedacht. Das hat praktische Konsequenzen. Geschlechterge-
207 rechte Politik richtet ihre Entscheidungen an den Bedürfnissen aller aus, statt manche Fakten zu ignorieren. Beispiels-
208 weise erledigen Frauen ihre Wege viel öfter als Männer zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln anstelle des Autos.
209 Und doch war die Verkehrspolitik in unserer Gesellschaft lange überwiegend auf den Autoverkehr ausgerichtet.

210 Wo über die Angelegenheiten von Frauen und Männern entschieden wird, sollen Frauen und Männer gleichermaßen
211 entscheiden. Dieser einfache Grundsatz leitet uns bei unserem Eintreten für eine bessere Frauenquote in den Parla-
212 menten und bei Führungspositionen. Es geht nicht darum, unsere Gesellschaft weiblicher zu machen. Wo Männer be-
213 nachteiligt sind, müssen die Verhältnisse ebenso geändert werden – wie es beispielsweise durch die Einführung des
214 Mitsorgerechts geschehen ist. Nach wie vor gilt der alte Satz des SPD-Grundsatzprogramms: „Wer die menschliche Ge-
215 sellschaft will, muss die männliche überwinden.“ Auch deshalb halten wir an der Forderung nach einem modernen
216 Gleichstellungsgesetz fest.

217 **NACHHALTIGKEIT UND ZUKUNFTSSINN**

218 Es war der Sachse Hans Carl von Carlowitz, der das Prinzip der Nachhaltigkeit ersann und beschrieb. Der Oberberghaupt-
219 mann des Erzgebirges begründete das forstwirtschaftliche Prinzip, nach dem nicht mehr Holz gefällt werden darf, als
220 jeweils nachwachsen kann. Inzwischen hat dieses Prinzip auf viele Bereiche Anwendung gefunden. Dabei geht es nicht
221 mehr nur um die verantwortungsvolle Nutzung von Ressourcen der Natur. Genauso sind öffentliche Einnahmen und
222 Ausgaben in den Blick gerückt, Investitionen und ihre Werterhaltung oder auch Produkte und ihre Langlebigkeit.

223 Die Nachhaltigkeit von Entscheidungen und Handlungsweisen ist nicht immer leicht zu beurteilen. Und selbst in sol-
224 chen Fällen, in denen eine mangelnde Nachhaltigkeit offenkundig ist, ist es manchmal schwer, den eingeschlagenen
225 Kurs zu verändern. So werden in Sachsen beispielsweise an jedem Tag zwei Hektar natürlicher Fläche versiegelt – das
226 heißt, mit Häusern oder Straßen bebaut. Klar ist: Wenn wir nicht in gleichem Maße bereits bebaute Flächen wieder
227 entsiegeln und der Natur zurückgeben, dann ist ein solches Handeln nicht nachhaltig.

228 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Nachhaltigkeit in unserem Grundsatzprogramm formuliert:
229 „Um eine nachhaltige Entwicklung zu sichern, müssen wir ökonomisches Wachstum ökologisch und sozial gerecht
230 gestalten.“ Wir nicht und auch keine der anderen demokratischen Parteien in Deutschland hat ein Problem damit, den
231 Anspruch des nachhaltigen Handelns zu beschreiben. Beim Umsetzen jedoch tun wir alle als Gesellschaft uns schwer
232 – sonst wären wir schon weiter fortgeschritten bei der Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele.

233 Der Nachhaltigkeits-Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit ist gerade für Sachsen von erheb-
234 licher Bedeutung. Wir müssen entschlossen für die noch mögliche Begrenzung des vom Menschen verursachten Kli-
235 mawandels handeln. Wir müssen die Verpflichtungen einhalten, die Deutschland im Pariser Klimaschutzabkommen
236 eingegangen ist - insbesondere die Begrenzung der globalen Klimaerwärmung auf 1,5 Grad. Um auch eine ökonomisch
237 und sozial nachhaltige Politik zu machen, halten wir aber auch unser Wort gegenüber den Menschen in den Braun-
238 kohlerevieren. Wir stehen zum vereinbarten Kohleausstieg bis 2038. Wir werden den notwendigen Strukturwandel
239 politisch und sozial gestalten und wie versprochen in die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Kohleregionen in Mit-
240 teldeutschland und der Lausitz investieren.

241 Nachhaltigkeit ist auch in der Bildung wichtig. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die Lernfreude von
242 Schulkindern mit jedem Schuljahr abnimmt. Nahezu allen Schulanfängern macht das Lernen in der Schule meistens
243 Spaß. Mit 13 Jahren sehen das nur noch zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler so, mit 17 Jahren nur noch ein knappes

244 Drittel. In einer Gesellschaft, in der durch raschen technologischen Wandel das lebenslange Lernen immer wichtiger
245 wird, ist das alles andere als nachhaltig und ein Grund, die Funktionsweise unserer Schulen dringend zu überdenken.

246 Und auch die Entwicklung der Wirtschaft und das Finanzsystems liefern Beispiele für Schaden durch fehlende Nach-
247 haltigkeit. Spekulationen und günstige Kredite auf unregulierten Finanzmärkten haben einigen Menschen kurzfristig
248 mehr Kaufkraft und einen höheren Lebensstandard gebracht. Die Folgen des Zusammenbruchs der Finanzmärkte aber
249 mussten wir alle bezahlen, weil öffentliche Gelder eingesetzt werden mussten, um Banken zu retten. Die an Speku-
250 lationen gescheiterte SachsenLB war so ein Fall. Das ist nicht nachhaltig, denn es bürdet aktuellen und zukünftigen
251 Generationen den Schuldendienst für die Rückzahlung auf. Dieses Geld fehlt uns heute und zukünftig für Bildung, In-
252 novation und Soziales.

253 Uns allen sollten die jüngsten Entwicklungen Mut machen: Schülerinnen und Schüler setzen sich vehement für die
254 Zukunft unseres Planeten ein. In unseren Städten boomen Modelle der geteilten Ressourcennutzung, vom Carsharing
255 bis zum Waschsalon. Immer mehr Menschen legen Wert auf regionale Produkte und eine gesunde Ernährung, sind
256 mit dem Rad und Öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. Wir wollen diesen gesellschaftlichen Wandel mehr als bis-
257 her unterstützen und fördern, und unsere Vorhaben und Entscheidungen von diesem Geist der Nachhaltigkeit stärker
258 inspirieren lassen.

259 **KINDER UND FAMILIEN**

260 In was für einer Welt unsere Kinder künftig leben, hängt von uns ab. Wie sie darin leben werden, von ihnen selbst.
261 Wir – als Eltern und als Gesellschaft – haben eine gemeinsame Aufgabe: Unsere Kinder mit allem, was sie für ein gutes
262 Leben brauchen, auszurüsten. Das bedarf Zuwendung und Geborgenheit, Anregung, Erziehung und Lehre, nicht zuletzt
263 Vorbild, Inspiration und Raum zur Selbstbestimmung.

264 **FAMILIENPOLITIK IST EINE GESELLSCHAFTLICHE AUFGABE**

265 Wie Menschen aufwachsen, prägt ihre Persönlichkeit. Die in unserer Kindheit gemachten Erfahrungen, erlernten Fä-
266 higkeiten und die erhaltene Zuwendung sind das Fundament, auf dem wir stehen. Und von dem aus wir uns ein Leben
267 lang weiter entwickeln. Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist es also von immenser Bedeutung, wie unsere Kinder
268 aufwachsen. Deshalb weisen wir die Verantwortung dafür nicht allein den Eltern zu, wie es konservative Politik gern
269 tut. Wir alle als Gemeinschaft tragen Verantwortung für das Leben und die Zukunft unserer Kinder.

270 **Eine soziale Infrastruktur für Kinder**

271 „Um ein Kind aufzuziehen, braucht es ein ganzes Dorf“, sagt das berühmte afrikanische Sprichwort nicht umsonst. In
272 unserer heutigen Welt sind soziale Einrichtungen dieses Dorf: Hebammen, die Gesundheitsfürsorge und die Familien-
273 beratung sorgen dafür, dass der Start ins Leben gelingt. Kinderkrippen und Kindergärten bieten ein geborgenes Umfeld,
274 um die Welt zu erkunden und den Umgang mit anderen Kindern zu erfahren. Unsere Schulen und Horte vermitteln Fä-
275 higkeiten, Wissen und Werte. In den Berufsschulen und Hochschulen eignen sich junge Menschen Kompetenzen für
276 die Arbeitswelt an. Und Einrichtungen und Angebote der Jugendhilfe laden zur Auseinandersetzung mit sich selbst
277 und anderen Menschen ein. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Wir wollen eine Gesellschaft,
278 die an all diesen Stellen ihr Bestes tut, um Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen.

279 **Kinderarmut nicht nur bekämpfen, sondern abschaffen!**

280 „Jedes Kind in Deutschland muss uns gleich viel wert sein.“ – ein zutiefst sozialdemokratischer Gedanke. Leider ist
281 dieser Gedanke noch nicht Wirklichkeit. Unsere Lösung ist die Kindergrundsicherung. Kinder können prinzipiell selbst
282 nichts an ihrer materiellen Situation ändern. Wir können das aber schon. Um das Einkommen der Eltern müssen wir
283 uns selbstverständlich ebenso kümmern: Tariftreue, Vollbeschäftigung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die An-
284 gleichung der Renten Ost-West und die Sicherung der Renten ebenso. Das heißt aber nicht, dass die Kinder so lange
285 warten müssen, bis dieser Weg zu ihnen geebnet ist. Außerdem wird es auf diesem Weg leider auch weiter arme Kinder
286 geben, wenn hoffentlich auch weniger. Wir aber wollen Kinderarmut jetzt abschaffen.

287 Die Unterstützung ist gerade für die Kinder, die unsere Unterstützung am nötigsten haben, am aufwendigsten zu er-
288 reichen. Unsere Leistungen für Menschen dürfen diese nicht stigmatisieren, beschämen, sondern müssen Ihnen als
289 selbstverständlicher Anspruch zur Verfügung stehen. Das ist ein Grund, weshalb Viele unsere Leistungen, etwa aus
290 dem Teilhabepaket, nicht abgerufen haben und bei denen, die unsere Unterstützung brauchen, nicht ankommen. Die-
291 ses ist noch dazu für die Familien wie die Anbieter viel zu bürokratisch. Dazu kommt, dass oft Gebühren auf Eltern zu-
292 kommen, die nur auf dem zweiten Blick auffallen. Zum Beispiel Schulesen, Kita-Gebühren, Nachhilfeunterricht oder
293 die Gebühren für die Musikschule.

294 Wir haben also zwei Säulen die Eltern und Kinder finanzielle benötigen: die monetäre und die strukturelle. Unsere
295 Idee der Kindergrundsicherung „spaltet“ sich also: Jede Familie bekommt pro Kind ein zu versteuerndes Einkommen
296 oberhalb der Existenzsicherung. Bei Familien mit hohem Einkommen bleibt nach Steuern eine Summe in etwa vom
297 heutigen Kindergeld übrig. Bei Familien mit keinem oder wenig Einkommen bleibt alles übrig. Das ist die ei-ne Säule,
298 die Einkommenseite in den Familien. Daneben müssen die Kinder ohne Hürden alles das nutzen können, was sie zum
299 guten Aufwachsen brauchen - von Kita bis Schule, von gesundem Mittagessen über Hort und Nachhilfe, von ÖPNV bis
300 Sport und Kultur. Es ist ein Kinderrecht bestmöglich gefördert zu werden.

301 **Der Kinderwunsch ist Familiensache**

302 Am Anfang eines neuen Lebens braucht es zuallererst eine Entscheidung: Die Entscheidung einer Familie für Kinder.
303 Unsere Familienpolitik hat ein klares Ziel: Für die Eltern soll bei der Entscheidung über ihren Kinderwunsch allein der
304 persönliche Wunsch ausschlaggebend sein. Das gesellschaftliche Umfeld soll eine Unterstützung sein, keine Hürde. Fi-
305 nanzielle Fragen, berufliche Fragen, Infrastrukturfragen – all das soll keine Rolle spielen müssen, wenn sich junge Men-
306 schen für die Gründung einer Familie entscheiden. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass ungewollt kinderlose
307 Paare bei ihrer Kinderwunschbehandlung vom Staat finanziell unterstützt werden. Dass auch Regenbogenfamilien das
308 Recht haben, ein Kind zu adoptieren. Und genauso, dass Frauen bei ungewollter Schwangerschaft Informationen und
309 Hilfe bekommen und diese beenden können, wenn sie das für die bessere Entscheidung halten.

310 **Wir verbessern die Hebammenversorgung und die frühen Hilfen**

311 Vom ersten Augenblick an brauchen Kinder Zuwendung und Geborgenheit. Hebammen sind für junge Familien wich-
312 tige Begleiterinnen bereits vor der Geburt. Deshalb haben wir die Koordinierungsstelle „Hebammen in Sachsen“ ein-
313 gerichtet und mit dem „Landesprogramm zur Sicherung der Hebammenversorgung“ für eine bessere Unterstützung
314 der Hebammen gesorgt. Wir haben mit zusätzlichen Mitteln Schwangerschaftsberatungsstellen und Einrichtungen
315 der Familienhilfe auskömmlich und verlässlich finanziert. Und wir haben schon heute mehr als 30 Kindertagesstätten
316 sachsenweit zu Eltern-Kind-Zentren ausgebaut. Das Konzept der frühen Hilfen wollen wir auch künftig stärken und mit
317 neuen Studiengängen die Hebammenversorgung in Sachsen weiter verbessern.

318 **Alleinerziehende besonders unterstützen**

319 Für alleinerziehende Mütter und Väter ist es eine besonders große Herausforderung, Beruf und Familie unter einen Hut
320 zu bringen. Deshalb setzen wir uns für familiengerechte Teilzeitmodelle in der beruflichen Ausbildung, im Studium
321 und im Arbeitsleben ein. Teilzeit darf aber nicht zur Falle werden, daher unterstützen wir einen Rechtsanspruch auf
322 Rückkehr in Vollzeit. Eine gute und wohnortnahe Kinderbetreuung ist uns wichtig, ebenso eine ausreichende finanzielle
323 Unterstützung. Auf Bundesebene engagieren wir uns für die Einführung der Kindergrundsicherung.

324 **KINDERKRIPPEN UND KINDERGÄRTEN**

325 Kinderkrippen und Kindergärten sind nicht nur Betreuungseinrichtungen, die den Eltern eine bessere Vereinbarkeit von
326 Familie und Beruf sichern. Für die gute Entwicklung von Kindern ist das Aufwachsen mit anderen Kindern von großer
327 Bedeutung. Krippen und Kindergärten sind deshalb auch Bildungseinrichtungen, in denen Kinder Anregung erhalten
328 und sich mit sich selbst und ihrer Umwelt auseinandersetzen. Gute Bildung braucht Zeit. Der sächsische Bildungsplan
329 für die Kindertagesstätten ist eine wertvolle Grundlage für die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher – es braucht Zeit
330 am Kind, ihn umzusetzen. Wir werden den begonnenen Weg fortsetzen und mit mehr Personal für mehr Zeit und Zu-
331 wendung für unsere Kinder sorgen.

332 **Mehr Erzieherinnen und Erzieher**

333 In unseren Kinderkrippen und Kindergärten haben wir den Betreuungsschlüssel Schritt für Schritt verbessert, vier Mal
334 in Folge. Dadurch gibt es in Sachsen 2.800 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher. Mit der neu eingeführten Vor- und
335 Nachbereitungszeit sorgen wir außerdem dafür, dass ihnen mehr Zeit für ihre Arbeit zur Verfügung steht.

336 **Urlaub, Krank und Weiterbildung (UKW) ausgleichen**

337 Die schrittweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels setzen wir fort: Die Personalausstattung in den Kinderkrippen,
338 Kindergärten und in den Horten soll künftig auch Fehlzeiten, die durch Urlaub, Mutterschutz, Krankheit oder Weiterbil-
339 dung entstehen, abfedern können. Durch diesen „ehrlichen Betreuungsschlüssel“ wird langfristig die Einstellung von
340 rund 6.000 zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern notwendig. Damit werden wir in der nächsten Legislaturperiode
341 beginnen.

342 **Das sächsische Kita-Gesetz novellieren**

343 Mit der Absenkung des Betreuungsschlüssels, der Einführung der Vor- und Nachbereitungszeit und der besseren Un-
344 terstützung der Kommunen hat sich die Finanzierung der Kinderbetreuung deutlich verändert. Um eine transparente
345 und verbesserte Betreuungsrelation festzuschreiben, werden wir das sächsische Kita-Gesetz novellieren. Dabei bleibt
346 es uns wichtig, dass in den Einrichtungen pädagogische Fachkräfte eingesetzt und umfangreiche Betreuungszeiten
347 angeboten werden.

348 **Die Kindertagespflege verlässlich finanzieren**

349 Tagesmütter und Tagesväter bereichern die frühkindliche Bildung und helfen, den Rechtsanspruch auf einen Krippen-
350 platz abzusichern. Um verlässliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, wollen wir einen landeseinheitlichen Personalkos-
351 tenzuschuss im sächsischen Kita-Gesetz festlegen, der auch die Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf
352 berücksichtigt.

353 **Eltern-Kind-Zentren ausbauen**

354 Wir bauen weitere Kinderkrippen und Kindergärten zu Eltern-Kind-Zentren (EKiZ) aus. Hier erhalten junge Familien
355 fachkundige Beratung in ihren Lebensfragen, soziale Begleitung und nicht zuletzt Austauschmöglichkeiten mit anderen
356 jungen Eltern.

357 **Mit Kita-Sozialarbeit besondere Unterstützung geben**

358 Bei besonderen Bedarfslagen braucht es besondere Hilfe. Mit dem Programm „Kinder stärken“ erhalten jene Kinder-
359 krippen und Kindergärten gezielte Unterstützung, in denen viele Kinder mit Schwierigkeiten in ihrer Lebenssituation
360 zu kämpfen haben. So werden Kinder aus einkommenschwachen Verhältnissen, mit Migrationshintergrund oder Ent-
361 wicklungsrückständen besonders gefördert. Nach dem Auslaufen der europäischen Förderung hierfür im Jahr 2021 wer-
362 den wir die besondere Unterstützung solcher Kitas mit Landesmitteln fortsetzen. So rückt die Kita-Sozialarbeit unter
363 das Dach der Eltern-Kind-Zentren.

364 **Die Erzieherinnen- und Erzieher-Ausbildung reformieren**

365 Für alle Verbesserungen braucht es Personal. Wir reformieren die Erzieher-Ausbildung, damit mehr junge Menschen
366 diesen Beruf wählen. Mit der Schulgelderstattung geht Sachsen ab diesem Jahr einen ersten Schritt. Wir wollen, dass
367 Erzieherinnen und Erzieher künftig eine bundesweit einheitlich geregelte und vergütete praxisverbundene Ausbildung
368 erhalten. Absolventinnen und Absolventen eines Freiwilligen Pädagogischen Jahres und Jugendlichen mit Abitur wer-
369 den wir eine verkürzte Ausbildung ermöglichen.

370 **Kinderbetreuung schrittweise kostenfrei machen**

371 Wer Bildung sagt, muss auch Kostenfreiheit sagen. Wir wollen erreichen, dass die Gebühren für Kindertageseinrich-
372 tungen vollständig abgeschafft werden. Weil uns gleichzeitig die Verbesserung der Betreuungsqualität wichtig ist und
373 auch hierfür Mittel benötigt werden, wird die Kostenfreiheit nur Schritt für Schritt zu erreichen sein. Wir drängen da-
374 her auf eine bundesweite Reform der Steuer- und Familienpolitik, die dauerhaft für eine verlässliche Finanzierung von
375 Kinderkrippen und Kindergärten sorgt.

376 **Erster Schritt: Abschaffung der Hortbeiträge**

377 Der erste Schritt in die kostenfreie Kinderbetreuung muss in unseren Augen die Abschaffung der Elternbeiträge für den
378 Hort sein. Damit können wir nicht nur die Eltern finanziell entlasten, sondern auch unsere Grundschulen zu echten
379 und kindgerechten Ganztagschulen weiterentwickeln. Weitere Schritte wollen wir noch in der kommenden Legislatur
380 umsetzen. In jedem Fall müssen die Einnahmeausfälle der Kommunen mit Landesmitteln kompensiert werden.

381 **SCHULEN UND HORTE**

382 Kinder lernen gern. Doch Untersuchungen zeigen immer wieder: Mit zunehmendem Alter nimmt die Schulfreude von
383 Kindern und Jugendlichen kontinuierlich ab. Hierfür mag es eine Reihe von Gründen geben, die im Älterwerden an sich
384 und in der Pubertät liegen. Doch ein Teil der Ursachen ist auch in der Schule selbst zu suchen. Der Bildungsforscher
385 Otto Herz hat den schönen Satz geprägt, dass die Schule von heute versuche, in einer Form des 19. Jahrhunderts mit
386 Lehrkräften des 20. Jahrhunderts die Kinder des 21. Jahrhunderts zu unterrichten. Es ist höchste Zeit, neue Wege zu
387 gehen.

388 **NEUE WEGE IN DER SCHULISCHEN BILDUNG**

389 Viele Eltern spüren, dass sich an unseren Schulen grundlegend etwas ändern muss. Die Welt, in der unsere Kinder leben
390 werden, unterscheidet sich deutlich von jener, in der wir aufgewachsen sind. Wissen ist immer und überall verfügbar,
391 die Menge an Informationen nimmt ständig zu. Im Arbeitsleben geht es immer weniger um das Erlernen und Ausfüh-
392 ren wiederholbarer Tätigkeiten. Die werden zunehmend von Maschinen gemacht. Stattdessen sind in Einzelprojekten
393 Kreativität, Problemmanagement und Teamarbeit gefragt. Die heute in der Schulzeit trainierten Lernmechanismen,
394 die auf abhörbares Wissen in einzelnen Fächern zielen, helfen dabei wenig. Auf einmal braucht es ganz andere Fä-
395 higkeiten: Beobachten und Auswerten, Vermuten und Prüfen, Überzeugen und Zweifeln, Reflektieren und Korrigieren.
396 Und auch im Privatleben sind die Dinge anders geworden. Heute trifft man viele Entscheidungen selbst, die sich früher
397 einfach ergaben: Studienfach und Berufswahl, Wohnort und Partnerschaft, Steuerklasse, Ernährungsweise, Altersvor-
398 sorge, Freizeitsport: Überall so viele Möglichkeiten. Wer darauf wartet, gesagt zu bekommen, was er tun soll, wartet
399 vergebens.

400 Unsere Schulen haben die Aufgabe, Kinder und Jugendliche für dieses Leben zu rüsten. Sie sollen die Voraussetzungen
401 dafür schaffen, dass junge Menschen lebenslang lernen können und wollen. Dass sie mit Motivation und Einsatz ihren
402 Lebensweg finden, einen erfüllenden Beruf ergreifen, soziale Beziehungen eingehen, ihre Gesundheit und Lebensfreu-
403 de erhalten und an unserer Gesellschaft teilhaben. Das ist eine Mammutaufgabe. Und natürlich sind die Schulen damit
404 nicht allein. Auch die Eltern tragen Verantwortung und bilden mit der Schule eine Erziehungspartnerschaft. Sportverei-
405 ne und Musikschulen, Sozialarbeit und Jugendhilfe sind wichtige Bestandteile des Aufwachsens – es braucht ein Dorf,
406 um ein Kind aufzuziehen. Deshalb legen wir großen Wert auf ausreichendes Personal in all diesen Bereichen. Nur so
407 schaffen wir einen Wandel unserer Schulkultur.

408 **Vielfalt gehört in die Schule**

409 So vielfältig, wie das Leben ist, so vielfältig sind die Menschen darin. Das gilt erst recht für Kinder. Wie schnell ein Kind
410 laufen, wie gut es rechnen kann, wie geschickt es im Umgang mit Werkzeug ist oder wie talentiert in Kunst und Mu-
411 sik, hängt von vielen Faktoren ab. Dabei spielen Anregung und Übung eine Rolle, genauso aber auch Veranlagung und
412 körperliche Voraussetzungen. Hinzu kommt: Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell und absolvieren Entwick-
413 lungsschritte in unterschiedlicher Reihenfolge. Das ist nicht nur im Kleinkindalter so, sondern setzt sich bis ins Erwach-
414 sensein fort. In der „normalen“ Schule von heute ist aber für so viel Unterschiedlichkeit wenig Platz. Mit einheitlichen
415 Aufgaben und klar definierten Noten in fest umrissenen Unterrichtsfächern werden die Leistungen der Schülerinnen
416 und Schüler vermessen. Doch während Noten ja eigentlich den Leistungswillen von Kindern bewerten sollten, messen
417 sie so viel von den angeborenen Voraussetzungen mit ein. Die Folge: In den Bereichen, in denen ein Kind besonders
418 gut ist und ohne Anstrengung gute Noten erhält, wird wertvolle Leistungsbereitschaft für weiterführendes Lernen
419 verschenkt. Und in jenen, wo ein Kind Schwierigkeiten hat oder langsamer als der Durchschnitt der Klasse ist, führen
420 schlechte Noten zu kontinuierlicher Demotivation.

421 **Individuelle Förderung**

422 Bildungswissenschaft und Pädagogik haben seit vielen Jahren gute Antworten auf die Frage, wie die Schule bei Kindern
423 und Jugendlichen Lernfreude und Bildungserfolg verbinden kann. Binnendifferenzierter Unterricht, individuelle Rück-
424 meldungen statt oder zumindest ergänzend zu Schulnoten, Methodenvielfalt und Bewegungsförderung lauten unter
425 anderem die Stichworte hierfür. Auch auf die aktuellen Herausforderungen unseres Bildungssystems – Integration und
426 Inklusion – sind das die richtigen Antworten.

427 **Zukunftsorientierte Bildung**

428 Und schließlich wird es auch bildungspolitisch Zeit, den Blick ins Morgen zu richten: Die Digitalisierung der Arbeits- und
429 Lebenswelt stellt gänzlich neue Anforderungen an unsere Schulen. Wenn sich ändert, wie wir arbeiten, muss sich auch
430 ändern, wie wir lernen. Ein großer Teil der auf Wiederholung und Berechenbarkeit basierenden Arbeit wird künftig von
431 Maschinen erledigt werden. Menschliche Arbeit wird sich vor allem dem Unberechenbaren, dem Einzigartigen widmen.
432 Und sie wird wesentlich aus dem Umgang mit anderen Menschen (statt mit Roh- und Werkstoffen) bestehen. Damit
433 werden Fähigkeiten wie Kommunikation, Empathie, Lern- und Urteilsfähigkeit wichtiger, die mit solidem Wissen über
434 den Umgang mit digitalen Geräten und Diensten sowie künstlicher Intelligenz begleitet werden müssen. Deshalb muss
435 nicht nur der Informatikunterricht eine neue und wichtigere Bedeutung in der Schule bekommen, sondern die ganze
436 Lernkultur muss auch der Digitalisierung und den damit verbundenen Veränderungen gerecht werden.

437 **Schulen brauchen mehr Personal**

438 Uns ist es wichtig, Bedingungen zu schaffen, in denen Schulen die Erkenntnisse der Bildungswissenschaft besser in
439 die Praxis umsetzen können. Dazu gehört zuerst genügend Personal, das gut ausgebildet ist. Hier sprechen wir nicht

440 nur von Lehrerinnen und Lehrern. Zu einer gut ausgestatteten Schule gehören genauso pädagogische Fachkräfte wie
441 Inklusionsassistenten, Förderpädagogen, Schulsozialarbeiter, aber auch Fachkräfte in der Schulverwaltung. Lehrkräfte
442 sollen sich auf ihren Unterricht konzentrieren können, anstatt mit Verwaltungstätigkeit oder IT-Administration belastet
443 zu sein.

444 **Die Digitalisierung für zeitgemäßes Lernen nutzen**

445 Binnendifferenzierter Unterricht und individuelle Förderung sind arbeitsintensiv – aber für ein erfolgreiches Lernen un-
446 abdingbar. Die Digitalisierung bietet uns die große Chance, einen solchen Unterricht in unseren Schulen ohne zusätz-
447 lichen Aufwand umzusetzen. Zur Gestaltung zeitgemäßen Lernens gehört es, Lernaufgaben flexibel abrufbar zu ma-
448 chen, sowohl individuelle Lernprozesse als auch Zusammenarbeit zu ermöglichen sowie differenzierte Rückmeldungen
449 zum Lernfortschritt jeder Schülerin und jedes Schülers zu geben. Lernmanagementsysteme leisten mit unterschiedli-
450 chen Aufgabenstellungen und individuellen Lernstandserhebungen einen wesentlichen Beitrag zur Organisation und
451 Strukturierung des Lernens. Ein solches Lernmanagementsystem soll deshalb zukünftig zur Grundausstattung an jeder
452 Schule gehören.

453 **Schülerorientierte Schulkultur**

454 Wir wollen, dass sich das System Schule konsequent auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler ausrichtet. An-
455 erkennung, Motivation und Mitbestimmung sind für Kinder und Jugendliche genauso wichtig wie für Erwachsene. Wir
456 sind überzeugt davon, dass alle Kinder von Natur aus neugierig sind, dass sie gerne lernen und ihre Fähigkeiten entwi-
457 ckeln möchten. Das wichtigste Ziel unserer Bildungspolitik ist es deshalb, an unseren Schulen Bedingungen zu schaffen,
458 in denen Kinder und Jugendliche diese innere Motivation ausleben und erhalten können und in denen Lehrkräfte sie
459 dabei zugewandt unterstützen, anleiten und begleiten.

460 **WIR HABEN UNS AUF DEN WEG GEMACHT**

461 Es gibt enorm viel zu tun, um unser Schulsystem für das 21. Jahrhundert zu rüsten. Doch nicht nur in Sachsen, sondern
462 bundesweit haben in den letzten Jahren vor allem der Mangel an Lehrkräften und der dadurch entstehende Unterrichts-
463 ausfall die bildungspolitischen Debatten bestimmt. Der Freistaat Sachsen hat es über viele Jahre versäumt, genügend
464 Lehrkräfte einzustellen. Noch 2014 plante die CDU einen weiteren Abbau auf 25.400 Lehrstellen im Jahr 2019. Zahl-
465 reiche Schulstandorte wurden geschlossen und Unterstützungssysteme wie Schulpsychologen reduziert.

466 **ZUSÄTZLICHE LEHRKRÄFTE, GLEICHE EINGRUPPIERUNG**

467 Seit unserem Regierungsantritt im Herbst 2014 haben wir insgesamt 5.000 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte geschaf-
468 fen. Wir haben außerdem endlich für Gerechtigkeit gesorgt: Alle Lehrkräfte in allen Schularten werden im Freistaat
469 Sachsen gleich eingruppiert. Die Lehrerbedarfsplanung wird nun alle zwei Jahre aktualisiert. Mit ihr wollen wir Schritt
470 für Schritt deutlich mehr Lehrstellen als heute festschreiben.

471 **Ergänzendes Personal in die Schulen**

472 Mit dem Landesprogramm Schulsozialarbeit, mit dem Einsatz von Praxisberatern, mit der Verdoppelung der Mittel
473 für Ganztagsangebote und auch mit dem Programm Schulassistenz haben wir dafür gesorgt, dass mehr Personal aus
474 unterschiedlichen Professionen an unseren Schulen tätig ist. Damit erhalten einerseits die Lehrkräfte Unterstützung.
475 Andererseits sind so vor allem für die Schülerinnen und Schüler wichtige neue Ansprechpartner und Impulsgeber in
476 den Schulalltag getreten.

477 **Ein modernes Schulgesetz mit Standortsicherheit**

478 Mit dem neuen Schulgesetz haben wir den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule gänzlich neu gestaltet: Selb-
479 ständigkeit, wertorientierte Bildung und der Erwerb von Kompetenzen spielen hierin eine große Rolle. Das Gesetz er-
480 möglicht außerdem den Erhalt und die Neugründung kleiner Schulstandorte, es eröffnet zahlreiche pädagogische Frei-
481 heiten wie das jahrgangsübergreifende Lernen oder den Unterricht in Blöcken und Epochen. Und es stärkt den Stellen-
482 wert der Oberschule sowie der beruflichen Bildung.

483 **Flächendeckende Ausbildung für Studierende**

484 Mit der Bildungspolitik der letzten fünf Jahre haben wir nicht nur die schwerwiegenden Fehler der CDU/FDP-Regierung
485 repariert. Wir haben außerdem dafür gesorgt, dass die Ausbildung neuer Lehrkräfte kontinuierlich, flächendeckend und
486 endlich bedarfsgerecht erfolgt. Wir haben dafür gesorgt, dass der Lehrkräftemangel Schritt für Schritt behoben wird,
487 dass Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger gut ausgebildet werden und dass das Elternrecht zur freien Schulwahl

488 gestärkt wird. Wir haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich die Bildungspolitik nun in den kommenden
489 Jahren tatsächlich der Zukunft zuwenden kann.

490 **DIE INHALTLICHE WEITERENTWICKLUNG VORANBRINGEN**

491 In den nächsten Jahren legen wir den Schwerpunkt unserer Bildungspolitik auf die inhaltliche Weiterentwicklung der
492 Schule. Wir berufen Lehrplankommissionen für alle Fächer ein und erarbeiten Richtlinien zur Neuorientierung des Prü-
493 fungswesens. Die Neufassung der Lehrpläne soll auf den Erkenntnissen der Bildungswissenschaft beruhen und we-
494 sentliche Einsichten aus den Natur- und Sozialwissenschaften zur Funktionsweise des Lernens und zur Zukunft der
495 menschlichen Arbeit aufnehmen.

496 **Enquete-Kommission „Schule der Zukunft“**

497 Wir wollen im Sächsischen Landtag eine Enquete-Kommission „Schule der Zukunft“ einrichten. Sie soll die inhaltliche
498 Weiterentwicklung des sächsischen Schulsystems begleiten und wichtige Impulse von außen geben. Deshalb sollen
499 hier Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften, aus der Wissenschaft, von sozialen Verbän-
500 den und Religionsgemeinschaften und Mitglieder der Schülerräte und Elternräte zusammenarbeiten.

501 **Ein modernes Lehrerbildungsgesetz**

502 Die Schule der Zukunft braucht kluge und flexible Pädagoginnen und Pädagogen, welche die Entwicklungen in un-
503 serer Gesellschaft aufmerksam verfolgen. Deshalb werden wir in einem Lehrerbildungsgesetz klare Vorgaben für die
504 Veränderung des Lehramtsstudiums formulieren. Wir stärken die bildungswissenschaftlichen Anteile im Studium und
505 legen einen Schwerpunkt auf didaktische Methodenvielfalt. Der Umgang mit Heterogenität, Kenntnisse in der Medi-
506 enbildung und Bewegungsförderung werden in jedem Fach zu festen Bestandteilen des Studiums. Wir ermöglichen
507 die Stufenausbildung, mit der Lehrkräfte in verschiedenen Schularten unterrichten können. Für Absolventinnen und
508 Absolventen fachwissenschaftlicher Studiengänge richten wir ein Masterstudium Lehramt ein, um einen professionel-
509 len Quereinstieg zu ermöglichen. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern aktualisieren wir die „Standards für die
510 Lehrerbildung“ der Kultusministerkonferenz. Hier sehen wir künftig auch Ein-Fach-Lehrämter vor, wie wir sie aus dem
511 europäischen Ausland kennen.

512 **Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte verbessern**

513 In der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte sollen Methoden zum binnendifferenzierten Unterrichten künftig einen
514 Schwerpunkt einnehmen. Wir wollen die Teilnahme an Fortbildungsangeboten für die Lehrerinnen und Lehrer erleich-
515 tern. Dazu soll das Budget der Schulen für Fortbildung und Qualitätsentwicklung deutlich erhöht werden. Das schuli-
516 sche Unterstützungssystem des Freistaates Sachsen wollen wir ausbauen.

517 **DICHTES SCHULNETZ, GUTE AUSSTATTUNG**

518 Wie gern unsere Kinder in die Schule gehen, ist nicht nur eine Frage des Personals. Genauso wichtig sind schülerge-
519 rechte Räume und eine gute Ausstattung. Der Freistaat Sachsen, seine Kommunen und freie Schulträger haben in den
520 letzten Jahren viel Geld in die Sanierung und den Neubau von Schulen investiert. So sind vielerorts helle, moderne
521 und praktische Schulen entstanden, die eine gute Lernumgebung bieten. In den kommenden Jahren kommt es darauf
522 an, einerseits noch bestehende Sanierungsbedarfe zu erfüllen und andererseits auch die räumlichen Voraussetzungen
523 für eine andere Schul- und Lernkultur zu schaffen. Wichtig ist es uns angesichts der steigenden Kinderzahlen außer-
524 dem, das Schulnetz wieder zu verdichten. Die Landesprogramme für Schulhausbau im ländlichen Raum sowie in den
525 kreisfreien Städten werden wir auf hohem Niveau fortschreiben.

526 **Neue wohnortnahe Schulen einrichten**

527 Nach dem Geburtenknick der Wendejahre wurden im Freistaat Sachsen viele Schulen geschlossen. Auch wenn die Not
528 angesichts einer fast halbierten Schülerzahl nachvollziehbar ist, waren viele Schulschließungen ein Fehler. Die Schu-
529 le soll nah am Wohnort sein. Das ist uns bei der Grundschule besonders wichtig. Mit dem neuen Schulgesetz haben
530 wir vielen Gemeinden die Möglichkeit gegeben, die Schule wieder zurück in den Ort zu holen. Mit jahrgangsübergrei-
531 fendem Unterricht und dank der abgesenkten Mindestschülerzahlen kann selbst in kleinen Orten eine Grundschule
532 eröffnet werden. So lernen die Kinder in ihrem heimatlichen Umfeld, statt täglich große Strecken per Schulbus zurück-
533 legen zu müssen.

534 **Integration überall ermöglichen**

535 Das sächsische System des DaZ-Unterrichts (Deutsch als Zweitsprache) zur Integration von Kindern, die mit einer ande-
536 ren Muttersprache aufgewachsen sind, ist sehr erfolgreich und wird inzwischen von vielen Bundesländern übernom-
537 men. Zur Zeit gibt es in Sachsen rund 35.000 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund – bei insgesamt
538 450.000 Schülerinnen und Schülern keine große Zahl. Probleme aber entstehen an den Schulen, in denen die Zahl von
539 Kindern mit anderen Muttersprachen die Zahl jener mit deutscher Muttersprache übersteigt. Wir wollen erreichen,
540 dass die Aufgabe der Integration auf allen Schultern verteilt wird und nicht nur einige wenige Schulen betrifft. Deshalb
541 sollen DaZ-Gruppen an allen Schulstandorten eingerichtet und mit zusätzlichen Ressourcen unterstützt werden.

542 **Gemeinschaftsschulen wieder einführen**

543 Eine stabile Lernumgebung hat, das zeigen viele Studien, einen positiven Einfluss auf den Bildungserfolg. Das längere
544 gemeinsame Lernen ist uns auch deshalb ein wichtiges Anliegen. Gemeinschaftsschulen ermöglichen Kindern den Ver-
545 bleib im gewohnten Umfeld. Freundschaften und sozialen Beziehungen werden erhalten, der Zusammenhalt in unserer
546 Gesellschaft gestärkt. Gemeinschaftsschulen fördern den binnendifferenzierten Unterricht und eine moderne Schul-
547 kultur. Und sie erlauben es, ein dichteres Schulnetz zu knüpfen und Lehrkräfte flexibel einzusetzen. Der Volksantrag
548 „Gemeinschaftsschule in Sachsen - Länger gemeinsam Lernen“ ist ein kluger Gesetzentwurf. Gemeinschaftsschulen
549 werden ermöglicht, wo es alle wollen. So wird endlich auch in Sachsen Schulfrieden hergestellt. Wir setzen den Volks-
550 antrag um – ohne Wenn und Aber. Wer mit der SPD regieren will, muss Ja zum längeren gemeinsamen Lernen sagen.

551 **Mehr Räume für Kinder und Lehrkräfte**

552 Die Schulträger, insbesondere die Kommunen, sind gefragt, wenn es um die räumliche Gestaltung unserer Schulen
553 geht. Binnendifferenzierter Unterricht braucht zusätzliche Räume für Gruppen- und Selbstlernphasen. Mit der Bildung
554 multiprofessioneller Teams an unseren Schulen werden zusätzliche Räume für die Schulsozialarbeit und für Berufs-
555 orientierung erforderlich. Und nicht zuletzt brauchen Lehrkräfte eigene Arbeitsplätze in den Schulen, um die unter-
556 richtsfreie Zeit für Beratung, Elterngespräche und Unterrichtsvorbereitung nutzen zu können. Der Freistaat Sachsen
557 hat deshalb vor einigen Jahren sein Musterraumprogramm aufgehoben. Zu lange hat es verhindert, dass Schulen nach
558 den tatsächlichen Bedürfnissen von Schülern und Lehrkräften gestaltet wurden. Unser Ziel ist es, für die räumliche Um-
559 setzung pädagogischer Konzepte und die erforderliche sachliche Ausstattung zusätzliche Fördermittel bereitzustellen.

560 **Die Ganztagsgrundschule vollenden**

561 Mit der räumlichen Verbindung von Grundschule und Hort gelingt die Entwicklung von kindgerechten Ganztagssschu-
562 len, in denen Unterricht, Selbstlernphasen und Freizeit im Rhythmus der Schülerinnen und Schüler über den ganzen Tag
563 verteilt werden. Ein solches rhythmisiertes Konzept lebt davon, dass die Lehrkräfte und das Hortpersonal gemeinsam
564 tätig sind. Wir wollen die Grundschulen, ihre Ganztagsangebote und den Hort zu einer echten Ganztagsgrundschule
565 zusammenführen. Die Elternbeiträge für den Hort schaffen wir ab und gewährleisten die Schülerbeförderung auch am
566 Nachmittag, damit alle Kinder an der Ganztagssschule teilnehmen können. Für die Lehrkräfte und die Erzieherinnen und
567 Erzieher schaffen wir eine gemeinsame Team- und Leitungsstruktur und stellen beiden Berufsgruppen zusätzliche Zeit
568 für die Zusammenarbeit zur Verfügung.

569 **DEN DIGITALPAKT ZÜGIG UND KLUG UMSETZEN**

570 Der Bund stellt den Bundesländern 5,5 Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen zur Verfügung. Wir wollen,
571 dass diese Gelder klug eingesetzt werden. Das heißt für uns zuerst: Alle Schulen müssen bis zum Jahr 2021 über ei-
572 nen Glasfaseranschluss und leistungsfähige W-Lan-Netze verfügen. Der Freistaat Sachsen muss sein bereits heute be-
573 stehendes System LernSax zu einer leistungsfähigen Lehr- und Lerninfrastruktur (SchulCloud) ausbauen, in der alle
574 Lehrkräfte und alle Schülerinnen und Schüler per E-Mail erreichbar sind und auf deren Lernangebote auch von außer-
575 halb der Schule zugegriffen werden kann. Das Programm SaxSVS soll zu einem Schulverwaltungsprogramm mit Klas-
576 senbuchfunktion ausgebaut werden, über das künftig auch alle nicht-personengebundenen Statistiken erstellt werden.
577 Für diese Infrastruktur muss der Freistaat Sachsen zusätzlich zum Bundesgeld eigene Mittel in die Hand nehmen.

578 **Fachlich versiertes Personal für IT-Infrastruktur**

579 Die Konfiguration von Endgeräten, das Einrichten eines digitalen Lernkurses, die Erprobung neuer digitaler Methodik
580 und die Erfahrungsweitergabe im Kollegium – das alles bedarf Expertise und vor allem Zeit. Wir wollen deshalb un-
581 terstützendes Personal für die IT-Administration und Gerätewartung an die Schulen bringen. Die Pädagogischen IT-
582 Koordinatoren (PITKo) sollen sich zukünftig verstärkt auf die schulinterne Fortbildung sowie Koordination von Digitali-
583 sierungsprozessen an Schulen konzentrieren können.

584 **Bring your own device – we back up**

585 Wir sagen klar: Handys und Tablets gehören in die Schule. Nicht nur, weil sie Bestandteil des Alltagslebens von Kin-
586 dern und Jugendlichen sind und es deshalb auch eine schulische Aufgabe ist, den vernünftigen Umgang mit ihnen
587 einzuüben. Sie ermöglichen außerdem kooperatives und selbständiges Arbeiten, während das Smartboard allein in
588 der frontalen Klassenraumsituation verharrt. Um eine Erstbegegnung und den Zugang zu medienkompetentem Han-
589 deln und digitalem Lernen zu ermöglichen, stellen wir zur Nutzung in der Grundschule Klassensätze digitaler Endgeräte
590 zur Verfügung. In weiterführenden Schulen gilt "bring your own device", um den zunehmend eigenverantwortlichen
591 Umgang mit eigenen Geräten zu fördern. Für Schülerinnen und Schüler ohne geeignete Endgeräte hält die Schule back-
592 up-Geräte bereit.

593 **Digitalisierung der Lehrerfortbildung**

594 Wir brauchen nicht nur neue Inhalte, sondern auch neue Methoden der Lehrerfortbildung. Es besteht ein Widerspruch
595 zwischen Forderungen nach digitaler Bildung im Unterricht und vornehmlich analogen, frontalen und auf Präsenz ori-
596 entierten Fortbildungsangeboten für Lehrerinnen und Lehrer. Neben einem Ausbau der Angebote braucht es deshalb
597 auch neue Formate wie Webinare, Barcamps und ähnliches. So können die Chancen der Digitalisierung für lebenslanges
598 Lernen und kooperativen Austausch von Lehrkräften optimal genutzt werden.

599 **Das Bildungsportal Sachsen neu gestalten**

600 Mit einem öffentlichen Bildungsportal machen wir Unterstützungsstrukturen und Orientierungsangebote sichtbar
601 und helfen Schulträgern, Schulleitungen und Lehrkräften dabei, den digitalen Wandel in Schule selbst zu gestalten.
602 Alle Aktivitäten im Rahmen des DigitalPakt#SN sollen in Form von Konzepten für die Schulentwicklung, die Unter-
603 richtungsgestaltung, mit Fortbildungsangeboten und Best Practice-Beispielen anwendungsorientiert verfügbar sein. Wir
604 werden Standards und Expertise in den Bereichen Datenschutz, Urheberrecht und Technikausstattung erarbeiten und
605 veröffentlichen. Sie können den Schulen, Schulträgern und Lehrkräften Orientierung und Sicherheit bei der Umsetzung
606 eigener Medienkonzepte bieten. Das Bildungsportal soll mit anderen Bildungsservern sowie Angeboten sächsischer
607 Bildungs- und Kultureinrichtungen vernetzt werden.

608 **Open Educational Resources fördern**

609 Wir fördern Initiativen zur Erstellung und Verbreitung von Open Educational Resources (OER) im Bereich schulischer Bil-
610 dung und der Lehramtsausbildung. Digitale Bildung bedarf offener Unterrichtsmaterialien, die frei verwendet und an
611 unterschiedliche Lernsituationen und Schülerinnen und Schüler angepasst werden können. Freie Bildungsmaterialien
612 ermöglichen die Kooperation und den Austausch zwischen Lehrkräften in ganz Sachsen und darüber hinaus. Sie bie-
613 ten besondere Potentiale für Fortbildungen, phasenübergreifenden Theorie-Praxis-Transfer, die Qualifizierung neuer
614 Lehrkräfte im Seiteneinstieg sowie die Sensibilisierung für Fragen des Urheberrechts.

615 **Die lehrerbildenden Universitäten zu Digitalisierungszentren machen**

616 Zur Ausgestaltung und operativen Umsetzung des DigitalPakt#SN wollen wir DigitalHubs#SN an den lehrerbilden-
617 den Universitäten Chemnitz, Leipzig und Dresden einrichten. Hier entstehen in Zusammenarbeit mit der Bildungsver-
618 waltung und der Schulpraxis forschungsbezogene Konzepte zu Inhalten und Methoden digitaler Schule und digitalen
619 Unterrichts, die unmittelbar für Lehrerbildung, Schulentwicklung, Fortbildung und Unterrichtspraxis verfügbar sind.
620 Dabei werden die Potentiale der Digitalisierung ausdrücklich auch für andere Zukunftsthemen wie Differenzierung,
621 Inklusion, politische Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung fruchtbar gemacht. Digitalisierung darf nicht
622 gegen andere gesellschaftliche Aufgaben ausgespielt werden.

623 **Auch digitalisierte Bildung bleibt Bildung**

624 Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Digitale Medien sind ein zusätzliches Instrument. Neben ihnen brauchen wir auch
625 weiterhin Bücher, Hefte und Tafeln. Unsere Kinder lernen auch künftig per Hand schreiben, im Kopf rechnen, sie lernen
626 malen und zeichnen. Der Zugriff auf digitale Inhalte wird die Lernprozesse künftig unterstützen. Gerade für die indi-
627 viduelle Förderung von Schülerinnen und Schülern liegen hier große Chancen, denn Selbstlernangebote können sich
628 selbst an den Wissensstand und Bedürfnisse der Kinder anpassen. Wichtig ist aber vor allem die Entwicklung von Kom-
629 petenzen für den richtigen Umgang mit digitalen Medien und die Bewertung von Medieninhalten. Deshalb wollen wir
630 die Medienbildung in der Schule stärken und die Lehrkräfte in diesem Bereich besser fortbilden.

631 **MEHR PERSONAL UND MEHR ZEIT FÜR BILDUNG**

632 Wir brauchen mehr Personal, daran führt kein Weg vorbei. Das gilt aber nicht nur mit Blick auf den aktuellen Lehrer-
633 mangel in Sachsen. Wenn wir unsere Schulen inhaltlich weiterentwickeln wollen, um unsere Kinder und Jugendlichen

634 besser für die künftige Welt zu rüsten, dann ist langfristig viel mehr Personal nötig. Das sollte uns nicht utopisch erschei-
635 nen. Im Gegenteil: Deutschland gibt im weltweiten Vergleich deutlich zu wenig Mittel für das Bildungssystem aus. Ein
636 Blick in die regelmäßige OECD-Statistik macht das deutlich. Über alle Bildungsbereiche hinweg, von der Grundschule
637 bis zur Hochschule, wendet Deutschland 4,3 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Bildung auf, der Durchschnitt
638 aller OECD-Länder 5,2 Prozent. Unser langfristiges Ziel ist es, Schritt für Schritt mehr Personal in unsere Schulen zu
639 holen.

640 **Mehr Zeit für Lehrerinnen und Lehrer**

641 Sachsens Lehrerinnen und Lehrer unterrichten heute zwischen 24 und 27 Stunden pro Woche. Für Nicht-Lehrer mag
642 das gar nicht so dramatisch klingen, erst recht nicht, wenn man bedenkt, dass eine Schulstunde ja „nur“ 45 Minuten
643 dauert. Doch wer so denkt, liegt arg daneben. Eine Schulstunde Arbeit heißt, 45 Minuten lang zu 100 Prozent präsent
644 sein, vor 56 Augen keinen Fehler machen, alles im Blick behalten, fast durchgängig reden und parallel dazu nachden-
645 ken, um flexibel auf alles Geschehende reagieren zu können. In den dann folgenden zehn Minuten Pause muss man
646 Aufsicht führen, etwas trinken, Arbeitsmaterialien holen, Zimmer wechseln, Schülerfragen auf dem Flur beantworten.
647 Und weiter geht es. Die übrigen 13 bis 16 Stunden pro Woche gehören der Stundenvorbereitung, der Kontrolle von Tests
648 und Klausuren, der Durchführung von Elternabenden und Elterngesprächen, der Dokumentation und Statistik, hinzu
649 kommen Dienstberatungen, Fachlehrerkonferenzen, Exkursionen und Klassenfahrten sowie Gespräche mit den Schü-
650 lerinnen und Schülern. Wir wollen Lehrerinnen und Lehrern deshalb mehr Zeit geben.

651 **Absenkung des Pflichtstundenmaßes**

652 Was sich Lehrkräfte am meisten wünschen, sind kleinere Klassen. Doch die Forschung zeigt: Die Größe der Klasse hat
653 kaum Einfluss auf den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler. Weitaus wichtiger sind die Vielfalt der Methoden, die
654 Qualität der Lehrer-Schüler-Beziehung und die Orientierung von Lernzielen und Rückmeldungen am einzelnen Schüler.
655 Ein solcher individualisierter Unterricht kostet vor allem eines: Zeit. Wir wollen das Pflichtstundenmaß der Lehrerinnen
656 und Lehrer langfristig und schrittweise auf 23 Unterrichtsstunden pro Woche reduzieren und gleichen es damit an die
657 PISA-Gewinnerländer an. So können Lehrkräfte mehr Zeit in die pädagogische Weiterentwicklung ihres Unterrichts,
658 in die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern und in die Stärkung der Elternarbeit investieren. Diese
659 Reduzierung bedeutet langfristig einen zusätzlichen Bedarf von ungefähr 5.000 neuen Lehrkräften, deshalb lässt sie
660 sich nur schrittweise umsetzen.

661 **Einführung einer Klassenleiterstunde**

662 Wenn Lehrkräfte besondere Aufgaben übernehmen, dann brauchen sie dafür auch ein besonderes Zeitkontingent.
663 Während die Tätigkeit als Fachleiterin oder Fachberater bereits mit Anrechnungsstunden anerkannt wird, bleibt der
664 Aufwand, den die Leitung einer Schulklasse verursacht, bisher unberücksichtigt. Auf dem Weg zur Reduzierung des
665 Pflichtstundenmaßes wollen wir deshalb zuerst eine Anrechnungsstunde für alle Klassenleiterinnen und Klassenleiter
666 einführen. Das allein wird rund 800 zusätzliche Lehrkräfte benötigen.

667 **Nichtpädagogisches Assistenzpersonal für unterrichtsfremde Aufgaben**

668 Zu oft werden Lehrkräfte mit unterrichtsfremden Aufgaben belastet. Hierzu gehören nicht nur Verwaltungstätigkeit,
669 Dokumentation und Statistik. Schülerbezogene Aufgaben wie die Koordination der Ganztagsangebote oder die Be-
670 treuung der Schulbibliothek sind zur Unterstützung der pädagogischen Tätigkeit enorm wichtig. Mit der Digitalisie-
671 rung unserer Schulen kommen zahlreiche technische Aufgaben wie die Administration von Schulnetzwerken hinzu.
672 Wir wollen, dass diese Aufgaben von nichtpädagogischem Assistenzpersonal erledigt werden. Deshalb werden wir das
673 Modellprojekt Schulverwaltungsassistenz verstetigen und eine solche Stelle an jede Schule bringen.

674 **Pädagogisches Assistenzpersonal für binnendifferenzierten Unterricht**

675 Mehr Zeit für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler entsteht, wenn Lehrkräfte im Team unterricht-
676 ten. So kann der Unterricht binnendifferenziert gestaltet werden. Unser Ziel ist es, ein Drittel aller Unterrichtsstun-
677 den mit einer zusätzlichen Kraft im Klassenzimmer abzusichern. Dieses pädagogische Assistenzpersonal muss nicht
678 zwangsläufig ein Lehramtsstudium absolviert haben. Auch Erzieherinnen und Erzieher, Personal aus anderen kindna-
679 hen Berufen, Referendare oder Studierende können solche unterstützenden Aufgaben wahrnehmen. Deshalb wollen
680 wir das Programm Schulassistenz langfristig auf alle Schulen ausweiten. Außerdem soll die Unterrichtsverpflichtung
681 der Lehramtsanwärter künftig nicht mehr im Personalkontingent berücksichtigt werden.

682 **MEHR FREIHEIT UND EIGENVERANTWORTUNG FÜR SCHULEN**

683 In den letzten Jahren haben wir viele Schritte unternommen, um den Schulen mehr Freiheiten und Spielräume für
684 die eigenverantwortliche Gestaltung zu geben. Die Einführung der schulscharfen Ausschreibungen an ausgewählten
685 Schulen war ein Erfolg. Sowohl die Schulleitungen als auch die Lehrkräfte sind mit dieser Art der Stellenbesetzung viel
686 zufriedener als mit der zentralen Zuweisung. Das sächsische Förderprogramm für Ganztagsangebote ist ein Muster-
687 beispiel für eigenverantwortliche Gestaltung. Die finanziellen Mittel für die Schulen haben wir mehrfach erhöht, das
688 Angebotsspektrum ist vielseitig, die Schulen loben die unkomplizierte Handhabung. Und die in diesem Jahr erfolgte
689 Einführung eines Qualitätsbudgets für jede Schule, mit welchem Fortbildung und Unterstützung organisiert werden,
690 wird die Spielräume weiter erhöhen.

691 **Schulbudgets für vielfältige Zwecke einrichten**

692 Mittelfristig wollen wir die derzeitige zentralisierte Schulverwaltung des Landes durch eine eigenverantwortliche bud-
693 getierte Verwaltung der Schule ersetzen. Ähnlich wie die Schulen in freier Trägerschaft sollen staatliche Schulen ein
694 Budget erhalten, welches sie in eigener Verantwortung für Lehr- und Lernmittel, für Assistenzkräfte und Fortbildung,
695 für pädagogische Sachkosten und Schulentwicklung aufwenden. Stärken wollen wir mit solchen Budgets auch die Ko-
696 operation unserer Schulen mit außerschulischen Bildungspartnern, damit Angebote der Gewalt- und Suchtprävention,
697 der Sexualpädagogik, der Demokratieerziehung oder auch der Umweltbildung besser als bisher einbezogen werden
698 können.

699 **Einen Runden Tisch Schulverwaltung einberufen**

700 Weil hierfür umfangreiche Änderungen nötig sind, wollen wir einen Runden Tisch Schulverwaltung einberufen, der
701 aus dem Kultus- und dem Finanzministerium, den kommunalen Spitzenverbänden, den Schulleitungsverbänden und
702 der Personalvertretung der Lehrkräfte besteht. Seine Aufgabe ist es auch zu prüfen, in welchen Punkten die geteilte
703 Schulträgerschaft zwischen dem Land und den Kommunen reformbedürftig ist, welche Aufgaben künftig vom Land
704 und welche von den Kommunen übernommen werden sollen und wie den einzelnen Schulen dabei größtmögliche
705 Freiheit zugestanden werden kann, ohne sie mit Problemen allein zu lassen.

706 **Inklusion an den Schulen erleichtern**

707 Mit der Novellierung des Schulgesetzes haben wir die Bedingungen für Inklusion an unseren Schulen entscheidend
708 verbessert: Bei der Klassengröße werden Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf nun verbindlich be-
709 rücksichtigt. Grundschulen, die sich Kindern mit Lernschwierigkeiten oder mit emotional-sozialen Problemen beson-
710 ders widmen, erhalten zusätzliche Mittel für Unterstützung. Wir wollen diesen Weg fortsetzen und die Schulen mit
711 eigenen Budgets ausstatten, die schnell und unbürokratisch für zusätzliche Lernmittel und die Schaffung besonderer
712 Voraussetzungen für inklusiven Unterricht zur Verfügung stehen. Die bereits heute an mehr als 160 Schulen vorhan-
713 dene Unterstützung durch Inklusionsassistentinnen und -assistenten bauen wir aus. Ziel ist es, dass jede Schule alle
714 Kinder aus dem Wohnumfeld aufnehmen kann.

715 **Einheitliche Standards und pädagogische Freiheit**

716 Freiheit und Eigenverantwortung sollen sich nicht bei Verwaltungsfragen erschöpfen. Mit der Neufassung der Lehrplä-
717 ne ist auch eine neue Abwägung zwischen einem vergleichbaren Wissenskanon einerseits und pädagogischer Freiheit
718 andererseits vorzunehmen. Die neuen Lehrpläne sollen sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler bundesweit
719 über einheitliche und vergleichbare Grundkenntnisse in den unterrichteten Fächern verfügen. Gleichzeitig gilt es, die
720 Stofffülle zu reduzieren, damit mehr Zeit für die praktische Erfahrung des Lernstoffs, für das anwendende Üben und
721 für eine interessenorientierte Schwerpunktsetzung verbleibt. Die Enquete-Kommission „Schule der Zukunft“, die wir
722 einrichten wollen, soll auch dazu dienen, eine praxisorientierte Verständigung darüber zu erreichen, was Schülerinnen
723 und Schüler heutzutage verbindlich lernen und wissen sollen.

724 **BERUFLICHE BILDUNG, HOCHSCHULEN UND ERWACHSENENBILDUNG**

725 Die berufliche und die akademische Bildung in Deutschland genießen zu Recht weltweit einen guten Ruf. Mit der dual-
726 len Berufsausbildung werden junge Menschen praxisnah und fundiert zu Fachkräften ausgebildet. In den Kunsthoch-
727 schulen, Fachhochschulen und Universitäten genießen die Studierenden eine exzellente Lehre. Unsere Berufsakademie
728 verbindet beide Welten erfolgreich im dualen Studium. Und weil zum einen die moderne Arbeitswelt stets neue Anfor-
729 derungen stellt und zum anderen Erwachsene auch in gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Fragen eine Erwei-
730 terung ihres Wissens und ihrer Horizonte suchen, ist für uns die Erwachsenenbildung eine genauso wichtige Säule in
731 der Bildungspolitik.

732 **BERUFLICHE BILDUNG**

733 Mit dem neuen Schulgesetz haben wir das Netz der Beruflichen Schulen gestärkt. Das Kultusministerium wird künftig
734 selbst für die Schulnetzplanung Verantwortung tragen. So ist sachsenweit ein regional ausgewogenes und flächendeckendes
735 Angebot an Ausbildungsgängen in den dualen Berufen zu erreichen. Die ursprünglich vorgesehene Mindestschülerzahl für ein Berufsschulzentrum von 750 Schülerinnen und Schüler haben wir auf 550 abgesenkt, um kleinere
736 Standorte erhalten zu können.
737

738 **Berufliche und akademische Bildung haben gleichen Wert**

739 Die Gleichberechtigung von beruflicher und akademischer Ausbildung ist uns ein wichtiges Anliegen. Gerade vor dem
740 Hintergrund des lebenslangen Lernens wollen wir für noch mehr Durchlässigkeit zwischen beiden Systemen sorgen.
741 Das ist zum einen besonders gut durch die Einführung und den Ausbau von Gemeinschaftsschulen zu erreichen. Zum
742 anderen haben wir mit dem neuen Schulgesetz die Berufsorientierung nun auch an Gymnasien eingeführt. Die an den
743 Oberschulen eingesetzten Praxisberater werden wir beibehalten und auf die Gymnasien ausdehnen.

744 **Jugendberufsagenturen für passgenaue Anschlüsse**

745 Mit der Einrichtung von Jugendberufsagenturen haben wir dafür gesorgt, dass junge Menschen zielgenau bei der Wahl
746 ihres Bildungsweges unterstützt werden. Dadurch senken wir die Zahl der Ausbildungs- und Studienabbrüche, verbessern
747 die Situation bisher benachteiligter Jugendlicher und unterstützen gleichzeitig die Unternehmen bei der Gewinnung
748 künftiger Fachkräfte. Wir führen das Programm fort und stärken die Zusammenarbeit zwischen Schulen, JobCentern,
749 der Agentur für Arbeit und der Jugendhilfe.

750 **Dichtes Berufsschulnetz für Flächenberufe erhalten**

751 Bei der Erstellung der sachsenweiten Berufsschulnetzplanung beziehen wir die Gewerkschaften und die Arbeitgeber
752 aktiv ein. Unser Ziel ist es, ein dichtes Netz an Ausbildungsmöglichkeiten für die häufig gewählten sogenannten
753 „Flächen-Berufe“ in allen Landkreisen zu schaffen. Hiervon profitieren die Schulen und Unternehmen in den Regionen
754 gleichermaßen.

755 **In die berufliche Zukunft der Strukturwandelgebiete investieren**

756 In den vom Strukturwandel stark betroffenen Regionen wollen wir besonderes Augenmerk auf die Ausbildung in
757 innovativen Berufen der digitalisierten Arbeitswelt legen. Mit der Einrichtung von Bundes- und Landesfachklassen für
758 solche Berufe wollen wir junge Menschen an diese Standorte locken. Gemeinsam mit den Arbeitgebern vor Ort und in
759 den Nachbarländern Tschechien und Polen bringen wir ein Modellprojekt für eine englischsprachige internationalisierte
760 Ausbildung in digitalen Berufen auf den Weg.

761 **Kernberufe einführen**

762 Die Schnelligkeit technischer Entwicklungen macht es einerseits notwendig, dass sich Menschen ein Leben lang fort-
763 und weiterbilden. Sie führt aber auch dazu, dass nicht mehr alle Fach- und Detailkenntnisse in der beruflichen Ausbildung
764 vermittelt werden können, sondern am konkreten Arbeitsplatz und im betrieblichen Prozess ständig aktualisiert
765 werden. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für die Reduzierung der inzwischen fast 1.000 definierten Ausbildungs-
766 berufe auf 300 bis 400 Kernberufe ein. Dies hilft auch, eine flächendeckende Berufsausbildung sicherzustellen.

767 **Soziale Ausbildungsberufe ins duale System holen**

768 In den Berufen im Bereich Soziales, Gesundheit und Pflege, die bisher landesrechtlich geregelt sind, streben wir eine
769 bundesweite Vereinheitlichung an. Mit der generalisierten Pflegeausbildung oder auch der Einführung der Notfallsanitäterin bzw. des Notfallsanitäters wurden hier bereits erste Schritte gemacht. Auszubildende und Arbeitgeber profitieren beide von der einheitlichen Ausbildung durch eine bundesweite Einsetzbarkeit und berufliche Sicherheit, durch eine geregelte Vergütung und durch eine hohe Praxisorientierung.
772

773 **Auslandserfahrungen auch für Azubis**

774 Während das Auslandssemester für viele Studierende zum normalen Studienablauf dazugehört, ist es für Auszubildende
775 weniger selbstverständlich, während oder nach ihrer Ausbildung ein Auslandspraktikum zu absolvieren. Auch wenn
776 es hierfür inzwischen vom Programm Erasmus+ bis zu xchange eine Reihe von Fördermöglichkeiten gibt, bestehen mit
777 Blick auf die Ausbildungsbetriebe, die Berufsschulen und das Prüfungsprozedere oft noch hohe Hürden. Wir wollen gemeinsam mit den Kammern ein eigenes sächsisches Landesprogramm schaffen, das für Azubis einfach organisier- und
778 finanzierbare Auslandsaufenthalte ermöglicht.
779

780 **Nachwuchs im Berufsschullehramt sichern**

781 Die bundesweit beispielgebende Ausbildung im Berufsschullehramt an der Technischen Universität Dresden bieten wir
782 durch die Kooperation mit anderen sächsischen Hochschulstandorten künftig auch regionalisiert an. Gleichzeitig rich-
783 ten wir ein attraktives Angebot für seit langem im Beruf stehende qualifizierte Fachkräfte ein, sich für dieses Lehramt
784 pädagogisch weiterzubilden.

785 **SACHSENS HOCHSCHULEN**

786 Die sächsische Hochschullandschaft ist leistungsstark und vielfältig. Sie zeichnet sich durch ein breites Fächerange-
787 bot und exzellente Forschungsstandorte aus. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben im Hochschul-
788 bereich den Stellenabbau der CDU/FDP-Regierung gestoppt und so 754 schon gestrichene Stellen erhalten. Mit der
789 „Hochschulentwicklungsplanung 2025“ gibt es nun eine verlässliche Planungs- und Finanzierungsgrundlage für un-
790 sere Wissenschaftslandschaft. Alle sächsischen Hochschulstandorte werden erhalten. Wir haben zusätzliche Studien-
791 plätze geschaffen – vor allem im Lehramt, aber auch für Medizin, Pharmazie und im Bereich der Rechtswissenschaft.
792 Der gemeinsam verabschiedete „Kodex für Gute Arbeit“ sorgt für eine bessere Förderung des wissenschaftlichen Nach-
793 wuchses und mehr Chancengleichheit bei akademischen Berufsperspektiven.

794 **Grundfinanzierung erhöhen, Studienplätze ausbauen**

795 Wir entwickeln den dialogorientierten Weg der Hochschulsteuerung weiter. Dabei beziehen wir auch die Berufsakade-
796 mie Sachsen ein und schaffen die Voraussetzungen, um sie zukünftig als Duale Hochschule Sachsen mit ihrem eigen-
797 ständigen Profil weiterzuentwickeln. Hoch-schulstandorte sind Wachstumskerne für die Städte und Regionen in Sach-
798 sen. Wir erhöhen die Grundfinanzierung und bauen die Zahl der Studienplätze aus. Dabei liegen unsere Schwerpunkte
799 einerseits im Bereich der Daseinsvorsorge (Medizin und Pharmazie, akademische Pflege- und Hebammenausbildung,
800 Lehramt, Jura) und andererseits in innovativen Studiengängen für die digitalisierte Welt. Zu diesem Zweck werden wir
801 von der Revisionsklausel im „Hochschulentwicklungsplan 2025“ Gebrauch machen.

802 **Entfristung von Stellen**

803 Mit dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ erfolgt die Verstetigung des Hochschulpakts Unser Ziel ist es,
804 insgesamt 1.000 Beschäftigungsverhältnisse zu entfristen. Für die studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte
805 gilt derzeit anders als für die übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst kein Tarifvertrag. Wir werden deshalb eine
806 Tarifvereinbarung erwirken, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

807 **Eine moderne Personalstruktur schaffen**

808 Wir ändern die Personalstrukturen der Hochschulen: Durch die Einführung eines Karriere-weges neben der Professur
809 bieten wir jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern neue Perspektiven und können die Befristungspraxis
810 weiter zurückdrängen. Wir weisen Stellen für Senior Lecturer, Senior Researcher und Wissenschaftsmanager aus. An den
811 Hoch-schulen für Angewandte Wissenschaften werden wir die gewachsene Personalstruktur über-prüfen, um für be-
812 stehende Daueraufgaben in Lehre und Transfer Mittelbaustellen zu schaffen sowie zur Personalentwicklung Tandem-
813 Professuren auszuscheiden.

814 **Den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern**

815 In der letzten Legislatur haben wir die Fördersätze der Landesgraduierstipendien auf 1.350 Euro erhöht. Die Lan-
816 desstipendien werden wir zukünftig dynamisieren, den Bezugs-kreis auf kooperative Promotionen ausdehnen und die
817 Anzahl der Geförderten insgesam er-höhen. Zudem passen wir die Wiedereinstiegsstipendien an. Den Promovieren-
818 den geben wir eine Stimme, indem Promovierendenräte ins Hochschulgesetz aufgenommen und alle Doktoranden auf
819 einer Promotionsliste eingetragen werden. Zudem gestalten wir das Promotionsverhältnis neu aus: Betreuung, Begut-
820 achtung und Arbeitgeberfunktion sollen während der Qualifikationsphase unabhängig voneinander sein; eine Betreu-
821 ungsvereinbarung wird zukünftig Standard. Um die kooperative Promotion zu befördern, unterstützen wir sächsische
822 Graduiertenschulen und -zentren zwischen den Universitäten und Fachhochschulen.

823 **Die Studierenden weiter stärken**

824 Die Teilnahme an Bildung darf keine Einkommensfrage sein. Deshalb haben wir die Studierendenwerke deutlich ge-
825 stärkt und ihre Finanzierung von knapp sechs auf acht-zehn Millionen Euro verdreifacht Beratungsleistungen und so-
826 ziale Dienste wurden ausgebaut, die Versorgung in den Mensen abgesichert und Investitionen in Gebäude, Wohnheime

827 und Technik ermöglicht. Wir wollen die Studierendenwerke weiter stärken, ihre Finanzierung dynamisieren und mehr-
828 jährige Vereinbarungen abschließen. Zudem werden wir in den Aus-bau des studentischen Wohnens und die Moderni-
829 sierung der Studentenwohnheime investieren. Studierende wie Beschäftigte profitieren von einer familienfreundlichen
830 Hochschule. Wir verbessern Möglichkeiten der Kinderbetreuung und des Teilzeitstudiums.

831 **Die Digitalisierung der Hochschulen voranbringen**

832 Den Hochschulen und der Berufsakademie kommt bei der Gestaltung des digitalen Wandels eine besondere Rolle zu.
833 Als Institutionen, die Forschung, Lehre und Weiterbildung vereinen, sollen sie Vorreiter in diesem Prozess werden. Den
834 Hochschulen kommt bei der Gestaltung des digitalen Wandels eine besondere Rolle zu. Als Institutionen, die Forschung,
835 Lehre und Weiterbildung vereinen, sollen sie Vorreiter in diesem Prozess werden. Digitale Lernformate sowie die Schaf-
836 fung und Nutzung von Open Educational Ressources gehören zukünftig zum Standard. Wir fördern den Austausch von
837 Lehr- und Lernmaterialien (OER) und richten einen Open-Access-Fonds ein. Das Hochschuldidaktische Zentrum Sachsen
838 werden wir zu einem ei-genständigen sächsischen Lehr- und Forschungsinstitut ausbauen.

839 **Neues Hochschulgesetz und verfasste Studierendenschaft**

840 Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der akademischen Mitgliedergruppen und Verbände werden wir das
841 Hochschulgesetz novellieren. Die Gremienstruktur hat sich zwar in den letzten Jahren bewährt, gleichwohl muss es
842 zwischen den einzelnen Organen eine Um-verteilerung von Aufgaben und Zuständigkeiten geben. Wir wollen den Aka-
843 demischen Senat als Kollegialorgan der Hochschule stärken und den Erweiterten Senat als Wahlversammlung für Rek-
844 torinnen und Prorektoren paritätisch ausgestalten. Die studentische Selbstverwaltung stellen wir als verfasste Studie-
845 rendenschaft wieder her. Und wir sichern das Recht auf ein gebührenfreies Hochschulstudium im Gesetz.

846 **ERWACHSENENBILDUNG UND LEBENSLANGES LERNEN**

847 Das lebenslange Lernen muss auch in Sachsen gute Voraussetzungen erhalten. Deshalb haben wir in unserer Regie-
848 rungszeit die Landesmittel für die Erwachsenenbildung von sechs auf rund zehn Millionen Euro jährlich erhöht. Die
849 Landeszentrale für Politische Bildung haben wir finanziell und personell gestärkt und auch im Programm Weltoffenes
850 Sachsen zusätzliche Mittel für Demokratiebildung bereitgestellt.

851 **Fünf Tage Bildungszeit auch in Sachsen**

852 Weiterbildung spielt sowohl im beruflichen wie im gesellschaftlichen Bereich eine immer größere Rolle. Umso schlim-
853 mer ist es, dass Sachsen bisher keinen gesetzlichen Freistellungsanspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
854 kennt, die sich weiterbilden wollen. Wir führen diesen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsfreistellung im Umfang von
855 fünf Tagen pro Jahr ein.

856 **Institutionelle Förderung der Erwachsenenbildung**

857 Mit dem Bildungsfreistellungsanspruch wird die bisher größte Hürde für eine höhere Weiterbildungsquote im Freistaat
858 Sachsen beseitigt. Die Landesmittel für den Bereich der Erwachsenenbildung erhöhen wir weiter und führen einen
859 institutionellen Sockel für Weiterbildungseinrichtungen ein. Damit stärken wir insbesondere die Volkshochschulen und
860 Bildungsträger in den ländlichen Räumen.

861 **Weiterbildung als gleichberechtigte Säule unseres Bildungssystems**

862 Wir wollen die sächsische Weiterbildungslandschaft fortentwickeln und stärken. Die Bundesagentur für Arbeit muss
863 sich zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung wandeln und für Beschäftigte wie Arbeitssuchende gleicher-
864 maßen individuelle Angebote zum lebenslangen Lernen unterbreiten. Gemeinsam mit den Kammern und den Weiter-
865 bildungseinrichtungen wollen wir diese Entwicklung in Sachsen anstoßen und ein flächendeckendes Beratungsange-
866 bot für eine gezielte Förderung von Aufstieg, Weiterbildung, Mentoring-Konzepten und der Befreiung aus unfreiwilliger
867 Teilzeitbeschäftigung aufbauen. Zugleich bauen wir die akademische Weiterbildung für alle Altersgruppen aus. Dazu
868 gehören auch akademische Seniorenakademien oder die Kinderuniversität. Für Menschen außerhalb der Hochschul-
869 städte werden mobile Angebote erarbeitet.

870 **Politische und demokratische Bildung stärken**

871 Wir werden die politische und demokratische Bildung in Sachsen weiter stärken. Mit dem Konzept „W wie Werte“ ha-
872 ben wir eine gute Grundlage und viele der Maßnahmen werden bereits umgesetzt. Auf der Basis von Ergebnissen des
873 weitergeführten Sachsen-Monitors und der wissenschaftlichen Evaluationen der Bundes- und Landesprogramme zur
874 Demokratieförderung wollen wir „W wie Werte“ fortschreiben und ausbauen.

875 Praktische Beteiligung ausweiten und zum Alltag machen

876 Bei aller Wichtigkeit von Maßnahmen wie der Stärkung der Landeszentrale der politischen Bildung oder des Gemein-
877 schaftskundeunterrichtes werden wir vor allem eines nicht aus dem Blick verlieren: Demokratische Bildung ist kein
878 Wissen, das man beigebracht bekommen kann, sondern eine Erfahrung, die man selbst macht. Deshalb ist es uns wich-
879 tig, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vielfältige Möglichkeiten zur Selbstbestimmung und zur Übernahme von
880 Verantwortung zu geben. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Demokratisierung der Schule, für die Stärkung der
881 Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, für die Stärkung
882 der kommunalen Selbstverwaltung und für die Förderung mithilfe pauschaler Mittel und Budgets ein. Überall dort, wo
883 Menschen miteinander Verantwortung für ihre eigenen Projekte und Verhältnisse übernehmen können, findet prakti-
884 sche demokratische Bildung statt.

885 KINDER- UND JUGENDHILFE UND JUGENDPOLITIK

886 Uns ist es in den letzten Jahren gelungen, das Thema Kinder- und Jugendhilfe stärker in den Mittelpunkt der Landespo-
887 litik zu stellen. Ein großes Landesprogramm Schulsozialarbeit, eine deutliche Erhöhung der überörtlichen Förderung,
888 die Erhöhung der Jugendpauschale, die Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunalgesetzen, die
889 Einrichtung der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung, die Stärkung der Freiwilligendienste und erste Schritte für
890 eine eigenständige Jugendpolitik sind dabei wichtige Eckpunkte. Auf Landesebene haben wir in den letzten fünf Jahren
891 die Mittel für die Kinder- und Jugendhilfe mehr als verdoppelt. Dabei nehmen wir alle Kinder und Jugendlichen in den
892 Blick und nicht nur jene mit Unterstützungsbedarf. Jede und jeder hat Talente, Stärken und Schwächen, alle Kinder und
893 Jugendlichen haben unsere Unterstützung verdient.

894 In den kommenden Jahren wollen wir diese Erfolge sichern und kontinuierlich an weiteren Verbesserungen zu arbeiten,
895 denn es bleibt viel zu tun. Noch immer gibt es in den Landkreisen weiße Flecken ganz ohne professionelle Angebote in
896 der Kinder- und Jugendhilfe. Themenfelder wie die digitalen Lebenswelten junger Menschen müssen bearbeitet und
897 weitere Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und politischen Teilhabechancen für die junge Generation ergriffen
898 werden.

899 Freiräume schaffen und erhalten

900 Kindheit und Jugend leben auch vom selbstbestimmten Entdecken, Erleben und Erfahrungen machen. Die Kita, die
901 Schule und die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sind wichtige Bausteine im Leben junger Menschen. Genauso sehr
902 braucht es aber auch Zeiten und Räume, in denen Kinder und Jugendliche frei von Betreuung, Anregung und Begleitung
903 sind, um eigene Grenzen zu erfahren und gelegentlich zu überschreiten. Es ist uns wichtig, dies bei allen Themen – von
904 der Bildungspolitik bis zur Stadtplanung – mitzudenken und für Verständnis zu werben.

905 Einen „Pakt für die Jugend“ schließen

906 Eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre ist die Verbesserung der Arbeits- und Förderbedingungen. Wir brau-
907 chen mehr Anerkennung für die Jugendarbeit und wir brauchen dringend mehr Planungssicherheit für die Träger und
908 damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hier geht es um Fairness gegenüber den Fachkräften, aber auch darum,
909 die Fachkräfte der Zukunft für Sachsen zu gewinnen. Dazu braucht Sachsen eine klare Strategie aller wesentlichen
910 Entscheidungsträger. Deshalb werden wir einen „Pakt für die Jugend“ schließen. Kern des Pakts ist eine verbindliche
911 Vereinbarung zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit und zentrale strategische Ziele über mindestens fünf Jah-
912 re. Diese Vereinbarung soll so-wohl für die Landesebene als auch für kommunale Ebene gelten. So wird es möglich,
913 Bürokratie deutlich abzubauen, indem nicht jedes Jahr ein neuer Projektantrag geschrieben werden muss. Es können
914 längerfristige Arbeitsverträge abgeschlossen werden und vor allem wird so Kontinuität im Vertrauensverhältnis zwi-
915 schen den Jugendlichen und Jugendarbeitern und Jugendarbeiterinnen ermöglicht; das ist es schließlich, worum es
916 uns im Kern gehen muss. Wir wollen die Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter in ihrer fachlichen Arbeit stärken
917 und wollen deshalb notwendige Eigenanteile der Vereine reduzieren und in stärkerem Maße als bisher ermöglichen,
918 sie durch Eigenleistungen wie ehrenamtliches Engagement zu erbringen. Der „Pakt für die Jugend“ muss gleichzeitig
919 ein „Pakt mit der Jugend“ sein, in-dem Jugendliche bei der Gestaltung der Ziele beteiligt werden. Damit könnte auch
920 der Ansatz einer eigenständigen Jugendpolitik an einer wichtigen Stelle mit Leben gefüllt werden.

921 Schulsozialarbeit weiter ausbauen

922 Besonders stolz sind wir auf das neue Landesprogramm Schulsozialarbeit. Mehr als 30 Millionen Euro stehen jährlich
923 dafür zur Verfügung. An jeder sächsischen Oberschule gibt es jetzt Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter,

924 vollständig vom Land finanziert und im Schulgesetz abgesichert. An vielen Grundschulen, Förderschulen und Gymna-
925 sien werden ebenfalls Landesmittel für diese Aufgabe eingesetzt. Wir wollen das Landesprogramm Schritt für Schritt
926 weiter ausbauen, damit langfristig an jeder Schule in Sachsen Schulsozialarbeit stattfinden kann.

927 **Jugendverbandsarbeit weiter stärken**

928 Die Jugendverbände sind ein entscheidender Partner für die Kinder- und Jugendpolitik und für die Umsetzung des
929 „Pakts für die Jugend“. Sie sind eine wichtige Sozialisationsinstanz beim Erlernen demokratischer Werte. Ihre Vielfalt
930 in Sachsen ist uns wichtig. Wir haben ihre Arbeit in den letzten Jahren unterstützt und ihren besonderen Stellenwert
931 unterstrichen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

932 **Jugendpauschale weiterentwickeln und weiter erhöhen**

933 Die Jugendpauschale unterstützt Kommunen, allen Kindern und Jugendlichen Angebote zur Gestaltung ihrer Freizeit
934 zu unterbreiten. Uns ist wichtig, dass gerade auch in den ländlichen Räumen ein flächendeckendes und stabiles Netz
935 an Jugendtreffs und mobilen Angeboten besteht. Das ist zunächst Aufgabe der Kommunen. Als Land unterstützen wir
936 die kommunale Jugendhilfelandtschaft durch die Jugendpauschale. Wir wollen die Jugendpauschale weiterentwickeln
937 und weiter erhöhen.

938 **Kinder- und Jugendbeteiligung stärken**

939 Politik für Kinder und Jugendliche muss auch Politik mit ihnen sein. Kinder und Jugendliche sind keine Objekte. Sie
940 sollen sich frei entwickeln können, sich beteiligen und Mitsprache haben. Deshalb haben wir die Servicestelle Kinder-
941 und Jugendbeteiligung eingerichtet. Sie unterstützen Kommunen, Schulen, Verbände und andere Akteure, Kinder und
942 Jugendliche in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Und wir haben mit der Kommunalrechtsnovelle die gesetzliche
943 Grundlage dafür geschaffen, dass Kinder und Jugendliche das Recht haben, sich zu beteiligen. Diesen Weg wollen wir
944 fortsetzen und dazu geschaffene Projekte und Strukturen erhalten und ausbauen. Dazu werden wir den Ansatz einer ei-
945 genständigen Jugendpolitik weiterverfolgen und den „Pakt für die Jugend“ gleichzeitig zu einem „Pakt mit der Jugend“
946 machen, indem wir Jugendliche an dessen inhaltlicher Ausgestaltung beteiligen.

947 **Das Wahlalter absenken**

948 #fridaysforfuture und die Proteste gegen Upload-Filter zeigen, dass Jugendliche sich um die Zukunft des Planeten und
949 unsere Freiheit sorgen. Wir müssen die Jugendlichen zum Teil politischer Entscheidungen machen. Sie müssen endlich
950 mitentscheiden dürfen! Die richtige Antwort auf die Jugendproteste ist die Absenkung des Wahlalters. Wir setzen uns
951 für eine bundesweite Absenkung bei allen Wahlen auf 16 Jahre ein. Für die Kommunalwahlen, die Landtagswahlen
952 und die direktdemokratischen Prozesse hier in Sachsen wollen wir diese Absenkung mit einer Verfassungsänderung
953 ermöglichen.

954 **Die Jugendämter stärken**

955 Das Landesjugendamt und die kommunalen Jugendämter sind zentrale Partner der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen.
956 Es sind die Verwaltungen, die Jugendämter, die Unterstützung organisieren und bewilligen, Jugendhilfepläne erstellen,
957 Betriebserlaubnisverfahren durchführen und Ansprechpartner für Träger, Fachkräfte und Kinder und Jugendliche selbst
958 sind. Deshalb ist es uns wichtig, dass diese Ämter gut funktionieren und hier genügend Personal beschäftigt ist.

959 **Verlässliche Hilfsangebote schaffen**

960 Kinder und Jugendliche haben auch Schwierigkeiten, für die verschiedene Ämter und Ministerien zuständig sind. In
961 dieser Konstellation versickert noch zu oft Verantwortung und Hilfen setzen erst sehr spät ein. Beispielsweise haben
962 wir in Sachsen zu wenige Einrichtungen, in denen sogenannte „Schulschwänzer“, also Kinder und Jugendliche, die aus
963 welchen Grün-den auch immer der Schule fern bleiben, aufgefangen und gebildet werden. Wir haben in Sachsen zu
964 wenige Plätze in der Suchttherapie für Minderjährige. Hier bestehen monatelange Wartezeiten, das darf nicht sein,
965 wenn junge Menschen Hilfe brauchen. Wir führen in solchen Querschnittsfragen die Ressorts zusammen und werden
966 hier verlässliche Strukturen schaffen. Hilfen zur Erziehung sind eine wichtige staatliche Unterstützungsleistung mit
967 der Kinder und Jugendliche sowie ihr Familien ein teilweise schwierigen Lebenssituationen unterstützt werden.

968 Landespolitisch wollen wir weiter die ombudtschaftliche Beratung und Vernetzung- und Kooperationsmodelle auf- und
969 ausbauen. Besonders wichtig sind dabei niedrigschwellige Beratungsangebote.

970 **Die Juleica stärken**

971 Die ehrenamtliche Jugendarbeit hat in Sachsen eine hohe Qualität – nicht zuletzt durch die Jugendleitercard (Juleica).
972 Wir wollen die Juleica weiter stärken, indem die Aus- und Weiterbildung stärker vom Freistaat Sachsen unterstützt
973 wird. Die Tätigkeit von Juleica-Inhaberinnen und -Inhabern soll in Fördermittelverfahren außerdem als Eigenleistung
974 anerkannt werden können. Die bezahlte Freistellung für die Juleica-Ausbildung im Rahmen eines Bildungsfreistellungs-
975 gesetzes bleibt unser Ziel.

976 **SOZIALPOLITIK**

977 Soziale Fürsorge hat in unserer Gesellschaft eine lange Tradition. Es ist selbstverständlich, dass wir uns nicht nur um un-
978 ser eigenes Wohlergehen und das unserer engsten Angehörigen kümmern, sondern auch für hilfebedürftige Mitmen-
979 schen sorgen; ganz gleich, ob sich diese Selbstverständlichkeit aus religiösem Gebot oder aus humanistischer Über-
980 zeugung speist. Dass der hilfebedürftige Mensch heutzutage ein Recht auf die Mitsorge der Gemeinschaft hat, ist eine
981 wichtige Errungenschaft des modernen Sozialstaates. Im gleichen Zug kann die Gemeinschaft erwarten, dass sich die
982 Menschen ihren eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten entsprechend in die Gesellschaft einbringen.

983 Erst dieses Wechselspiel zwischen Eigenverantwortung und Fürsorge ermöglicht gesellschaftliche Solidarität. Das Ver-
984 trauen darauf, dass man die Hilfe der Gesellschaft erhalten wird, wenn man sie braucht, macht das Zahlen von Steuern
985 und Beiträgen für jeden Einzelnen akzeptabel. Wenn allerdings der Eindruck entsteht, dass der Beitrag anderer Men-
986 schen deutlich unter deren Möglichkeiten liegt oder dass die eigene Lebensleistung vom Sozialsystem unberücksichtigt
987 bleibt, dann wird dieses Vertrauen brüchig. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene nicht nur für ein gerechteres Steu-
988 ersystem, sondern auch für die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung ein. Wer mindestens 35 Jahre lang gearbeitet
989 hat, hat Anspruch auf eine höhere Rente als den arbeitsunabhängigen Grundsicherungsbetrag. So werden niedrige
990 Löhne nicht zur Armutsfalle im Alter, und Teilzeit, Erziehungs- und Pflegezeiten werden besser berücksichtigt.

991 **VORSORGENDE SOZIALPOLITIK: ARMUTSRISIKEN VERHINDERN**

992 Sozialpolitik ist für uns mehr als jeder andere Bereich ein Querschnittsthema. Sie berührt die Bildungspolitik, wo es
993 darum geht, Herkunftsnachteile abzubauen und alle Kinder mit den Fähigkeiten auszustatten, die ein eigenverant-
994 wortliches Leben braucht. Sie wirkt in die Wirtschaftspolitik hinein, wenn mit Lohnkostenzuschüssen an Arbeitgeber
995 langzeitarbeitslose Menschen eine neue Basis für ein eigenverantwortliches Leben erhalten. Ganz gleich, ob Energie-
996 politik, Wohnungspolitik, Kulturpolitik – in allen Bereichen gilt es ein Augenmerk darauf zu halten, dass Lasten sozial
997 gerecht verteilt werden und Teilhabe für alle möglich ist.

998 Kindergeld und Rente, Krankenversicherung, Sozialhilfe und Pflege: der größte Teil sozialpolitischer Entscheidungen im
999 engeren Sinne wird auf der Bundesebene getroffen. Die Bundesländer und Kommunen sind nur für die Ausführung der
1000 entsprechenden gesetzlichen Regelungen zuständig. Doch das Wörtchen „nur“ ist irreführend: Es braucht einerseits
1001 leistungsfähige Strukturen, um sozialpolitische Maßnahmen so umzusetzen, dass sie den einzelnen Menschen wirk-
1002 lich eine Hilfe sind. Diese Strukturen zu schaffen, zu sichern und mit genügend Personal auszustatten, ist eine enorm
1003 wichtige Aufgabe. Und andererseits können das Land und die Kommunen sehr viel im präventiven Bereich tun, um
1004 soziale Risiken gar nicht erst entstehen zu lassen oder zumindest abzufedern.

1005 Einen schwachen Staat können sich nur Reiche leisten. Die Kürzungspolitik der CDU/FDP-Regierung in den Jahren 2009
1006 bis 2014 hat gezeigt, wie sehr dieser Satz stimmt. Der damit verbundene Abbau an Personal und finanzieller Unter-
1007 stützung traf den Sozialbereich in besonderer Weise: Suchtberatung und Jugendhilfe wurden gekürzt, der Kommunal-
1008 Kombi für Langzeitarbeitslose abgeschafft, die Mittel für Freiwilligendienste halbiert, jene für Selbsthilfegruppen ge-
1009 strichen. Unser erstes Ziel der vergangenen Wahlperiode war es deshalb, die Kürzungen im Sozialbereich rückgängig
1010 zu machen und die Schäden zu reparieren. Das ist gelungen. In vielen Bereichen leistet der Freistaat Sachsen heute
1011 mehr als je zuvor. Wir haben die Suchtberatung und -prävention sowie die sozialpsychiatrischen Dienste gestärkt, die
1012 Mittel für Gewaltschutz und Konfliktberatung erhöht, Integration und Inklusion zu Schwerpunktthemen im Haushalt
1013 gemacht und den so wichtigen Bereich der Pflege auf die Tagesordnung gehoben.

1014 Für frühe Hilfen und den präventiven Kinderschutz stehen im Freistaat Sachsen seit unserem Regierungsantritt deut-
1015 lich mehr Mittel zur Verfügung, ebenso für die Jugendhilfe, die Familienberatung, für die Integration zugewanderter
1016 Menschen und für Gleichstellungsprojekte. Mit dem Ausbau der Betreuungsqualität in unseren Kindertagesstätten, der
1017 Schulsozialarbeit in vielen sächsischen Schulen, mit der Einführung des Programms Sozialer Arbeitsmarkt oder auch
1018 der besseren Unterstützung der Freiwilligendienste haben wir in Sachsen feste sozialpolitische Strukturen aufgebaut.
1019 Es sind uns außerdem wichtige Schritte gelungen, um die faire Bezahlung der in all diesen Bereichen tätigen Fachkräfte
1020 zu sichern.

1021 **Gewaltschutz ausbauen**

1022 Trotz der Erfolge, die wir erreicht haben, bleibt beim Schutz vor Gewalt und zur Unterstützung von Opfern leider noch
1023 einiges zu tun. In den meisten Fällen werden Kinder und Frauen Opfer von (sexualisierter) Gewalt. Neben der Stärkung
1024 der Interventions- und Koordinierungsstellen, die Gewaltopfer beraten, benötigen wir wieder in jedem Landkreis und
1025 jeder kreisfreien Stadt Schutzeinrichtungen, die umfänglich finanziert und barrierefrei nach der Richtlinie zur Chan-
1026 cengleichheit sind.

1027 **Sozialberichterstattung fortführen**

1028 Auf unser Drängen hin hat Sachsen in dieser Legislaturperiode endlich eine Sozialberichterstattung eingeführt. Nun ist
1029 es möglich, strukturelle Probleme zu identifizieren und systematische Lösungen zur ihrer Bearbeitung auf den Weg zu
1030 bringen. Die hierin gesammelten Daten werden regelmäßig aktualisiert und helfen nicht nur dem Freistaat Sachsen,
1031 seine sozialpolitischen Maßnahmen wirksamer zu gestalten, sondern geben auch vielen Trägern der Kinder-, Jugend-
1032 und Altenhilfe sowie den sächsischen Gemeinden wertvolle Hinweise auf künftige Handlungsschwerpunkte. Wir wer-
1033 den die Sozialberichterstattung fortführen, weiter regionalisieren und zur Grundlage für die Zuweisung besonderer
1034 finanzieller Unterstützung machen.

1035 **Tarifgerechte Bezahlung und Erhöhung des Mindestlohns**

1036 Armut ist ein soziales Risiko, das sich mit kluger Politik oftmals vermeiden lässt. Nicht ohne Grund setzen wir uns für
1037 Flächentarifverträge und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ein, um drohende Altersarmut ab-
1038 zuwenden. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war gerade für sächsische Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
1039 nehmer ein großer Erfolg. Fast die Hälfte aller sächsischen Unternehmen hat die Löhne infolge der Mindestlohnein-
1040 führung erhöht. Wir setzen uns für eine perspektivische Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde ein. Wir
1041 verfolgen in Sachsen weiterhin das Ziel, dass die Personalkostenförderung von Projekten im Sozialbereich an eine ge-
1042 regelte tarifliche Bezahlung gebunden wird.

1043 **Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ausbauen**

1044 In einer Gesellschaft, die häufig „Erfolg“ darüber definiert, wie viel Profit man für sein Unternehmen macht, hat die
1045 Soziale Arbeit nicht den Stellenwert, den sie verdient. Dabei brauchen wir diese Fachkräfte dringend. Unser Beitrag
1046 muss dabei sein, die Arbeits- und Förderbedingungen zu verbessern. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind nicht
1047 nur ein fort-währendes Armutsrisiko. Sie machen es gerade auch vielen jungen Menschen schwer, Lebensplanung zu
1048 betreiben und eine Familie zu gründen. Wir setzen uns für die Abschaffung sachgrundloser Befristungen ein. Das gilt
1049 auch und besonders für die Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst. Mit der Einführung mehrjähriger Förderungen
1050 werden wir den Ausbau unbefristeter Beschäftigung im Sozialbereich deutlich voranbringen.

1051 **Chancengerechtigkeit herstellen**

1052 Prävention setzt so früh wie möglich an. Mit dem Programm „Kinder stärken“ erhalten jene Kinderkrippen und Kin-
1053 dergärten zusätzliches Personal, in denen viele Kinder mit Schwierigkeiten in ihrer Lebenssituation zu kämpfen haben.
1054 So werden Kinder aus einkommensschwachen Verhältnissen, mit Migrationshintergrund oder Entwicklungsrückstän-
1055 den besonders gefördert. Wir werden diesen Ansatz weiter ausbauen und die Daten der Sozialberichterstattung dafür
1056 nutzen.

1057 **Bildungsnachteile abbauen**

1058 Bei der Weiterentwicklung unseres Schulsystems legen wir viel Wert darauf, Herkunftsnachteile zu überwinden und
1059 Bildung chancengerecht zu gestalten. Auch aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung der Gemeinschafts-
1060 schule ein. Mit den Programmen „Schulsozialarbeit“ und „Schulassistenz“ geben wir dabei besondere Unterstützung
1061 in solche Schulen, in denen viele Kinder aus einkommensschwachen Familien lernen. Wir werden diese Programme
1062 weiter ausbauen.

1063 **Alleinerziehende besser unterstützen**

1064 Ein großes Armutsrisiko, mit dem wir uns nicht abfinden dürfen, tragen alleinerziehende Mütter und Väter. Mit der
1065 Verbesserung des Unterhaltsvorschussgesetzes wurde hier auf Bundesebene ein wichtiger Schritt getan. Wir haben das
1066 sächsische Landeserziehungsgeld so umgestaltet, dass es auch alleinerziehenden Eltern in Ausbildung zugute kommt.
1067 Künftig wollen wir hier auch berufstätige Alleinerziehende einbeziehen.

1068 **MEDIZINISCHE VERSORGUNG**

1069 Wir setzen uns für eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige und bezahlbare medizinische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen ein. Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge. Deshalb ist der Staat in der Verantwortung.
1070
1071 Das Vertrauen auf Markt und Wettbewerb allein führt dazu, dass „nicht-lukrative“ Regionen und Patientengruppen unterversorgt werden. Dadurch wird die Versorgung der betroffenen Bevölkerung insgesamt teurer und schlechter.
1072
1073 halb wollen wir im Zusammenwirken mit Kommunen, Kassenärztlicher Vereinigung und Kranken- bzw. Pflegekassen regional abgestimmte Lösungsansätze unterstützen, um die flächendeckende Versorgung zu sichern.
1074

1075 **Mehr Pflegekräfte und Investitionen für Krankenhäuser**

1076 Sachsen leistet inzwischen hohe Unterstützung bei der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen. Wir wollen diese Investitionen und auch die Zahlung der pauschalen Stärkungsmittel fortführen. In der Aus- und Fortbildung des medizinischen Personals wollen wir einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Krankenhausinfektionen legen. Und auch weiterhin ist uns die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Krankenhäusern, insbesondere im nichtärztlichen Dienst, ein großes Anliegen.
1077
1078
1079
1080

1081 **Flächendeckende medizinische Versorgung gewährleisten**

1082 Für uns ist klar: Eine gute medizinische Versorgung muss im gesamten Freistaat Sachsen gewährleistet sein – in den großen Städten und in den ländlichen Räumen gleichermaßen. In den Modellregionen Marienberg und Weißwasser werden derzeit wichtige Zukunftsvisionen für die ländlichen Räume geprüft: Hier werden bereits jetzt ambulante und stationäre Einrichtungen miteinander vernetzt, Portalpraxen und Medizinische Versorgungszentren eingerichtet und Mobilitätslösungen für Patienten gefunden, um eine rasche und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung aller Einwohnerinnen und Einwohner zu sichern. Die guten Erfahrungen aus diesen Modellregionen zu „sektorübergreifender“ und umfassender Versorgung wollen wir auf ganz Sachsen ausdehnen.
1083
1084
1085
1086
1087
1088

1089 **„Poliklinik Plus“ als Zukunftsmodell**

1090 In unserem Modell der „Poliklinik Plus“ arbeiten neben Ärzt*innen weitere Gesundheitsberufe, Pflegekräfte, Arztassistent*innen und Apotheker*innen. Die Patient*innen finden durch die „Poliklinik Plus“ vieles für ihre Gesundheit unter einem Dach. Für junge Ärztinnen und Ärzte ist die „Poliklinik Plus“ ein Anreiz für einen sicheren Berufseinstieg in einem Angestellten-Verhältnis. Dafür wollen wir Städten, Gemeinden und Kommunen beim Aufbau und beim Betrieb neuer „Polikliniken Plus“ finanziell unterstützen. Denn sie sind gerade in den ländlichen Regionen eine gute Möglichkeit, um die medizinische Versorgung zu sichern und verbessern.
1091
1092
1093
1094
1095

1096 **Vorhandene Strukturen nutzen und ergänzen**

1097 Wir wollen in enger Abstimmung mit den Kommunen und nach den Bedürfnissen der Bevölkerung neue Wege finden, um bereits vor Ort vorhandene Strukturen, wie beispielsweise Einrichtungen der Tagespflege, für eine gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung mit-nutzen zu können. Hierfür braucht es Aufbau-, Kooperations- und Finanzierungslösungen, bei denen der zusätzliche Einsatz von Versorgungsassistenten, Gesundheitspflegern und Sozialfachkräften solchen Einrichtungen ermöglicht, neben ihren Kernaufgaben zusätzliche regional notwendige Angebote bereitzustellen.
1098
1099
1100
1101
1102

1103 **Gesundheitspolitische Versorgungsplanung aufstellen**

1104 Um weiteren medizinischen Versorgungsentgängen vorzubeugen und der Akademisierung in den Gesundheits- und Pflegeberufen Rechnung zu tragen, wollen wir in mit allen Akteuren für eine umfassende gesundheitspolitische Versorgungsplanung zusammenarbeiten. Dabei wollen wir auch die Erkenntnisse der sächsischen Sozialberichterstattung berücksichtigen. Mit Blick auf einen hohen Praxisanteil während der akademischen Ausbildung schaffen wir duale Studiengänge für Hebammen oder in der Pflege, dabei hilft die Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen zur Dualen Hochschule. In einer angepassten „Hochschulentwicklungsplanung 2025“ werden wir auch die Idee eines Gesundheitscampus in Leipzig aufgreifen.
1105
1106
1107
1108
1109
1110

1111 **Mehr Arztassistentinnen und Arztassistenten**

1112 An der Berufsakademie Plauen haben wir einen neuen Studiengang aufgelegt: die Arztassistenten, den sogenannten „physician assistant“. Das Programm ist sehr gut angelaufen. Die Bachelor-Studierenden stehen nach drei Jahren für die Entlastung und Unterstützung des ärztlichen Fachpersonals bereit. Durch die dualen Studienbedingungen – also die Verzahnung von Theorie und Praxis – können sich junge Menschen an ihren Arbeits- und Wohnort binden. Wir wollen 30 zusätzliche duale Studienplätze „physician assistant“ an der Berufsakademie Sachsen am Standort Plauen einrichten, die vom Freistaat Sachsen finanziert werden.
1113
1114
1115
1116
1117

1118 Das Medizinstudium reformieren

1119 Der „Masterplan Medizinstudium 2020“ wurde entwickelt, um die Ausbildung der Medizinerinnen und Mediziner pra-
1120 xisnäher und patientenorientierter zu gestalten. Darin finden sich viele Punkte, die auch beim Thema Hausarztversor-
1121 gung helfen. Durch die Aufwertung der Allgemeinmedizin kann die Attraktivität des Berufsbildes verbessert werden.
1122 Deswegen soll der Masterplan auch in Sachsen schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Universitäten werden wir da-
1123 für mit zusätzlichen zweckgebundenen Mitteln unterstützen. Für das Praktische Jahr (PJ) wollen wir einen Mindest-
1124 Vergütungsbetrag festsetzen und einen Sonderzuschlag für den ländlichen Raum einführen.

1125 Den Hausarztberuf attraktiver machen

1126 Mit dem „Netzwerk Ärzte für Sachsen“, den sächsischen Hausarztstipendien sowie der Förderung von Telemedizin
1127 unternimmt der Freistaat bereits heute einiges, um die medizinische Versorgung in den ländlichen Regionen zu ver-
1128 bessern. Die Sicherstellung der flächendeckenden Grundversorgung mit Hausärztinnen und Hausärzten wird in den
1129 nächsten Jahren bundesweit eine besonders große Herausforderung. Hier ist es zum einen nötig, die Attraktivität der
1130 Facharztausbildung für Allgemeinmedizin zu stärken und die Arbeits- und Abrechnungsbedingungen weiter zu verbes-
1131 sern. Zum anderen wollen wir neue Praxisformen wie Tandempraxen oder auch Zweigpraxen, die tageweise betreut
1132 werden, fördern und die Möglichkeiten zur Beschäftigung im Angestelltenverhältnis ausdehnen.

1133 Stärkung von Telemedizin und E-Health

1134 Mit dem Voranschreiten des Breitbandausbaus gelingt es endlich auch, die Weiterentwicklung der Telemedizin in Sach-
1135 sen voranzutreiben. In den letzten Jahren hat der Freistaat hier zahlreiche Projekte angeschoben, so beispielsweise
1136 zum häuslichen Patientenmonitoring, zur Tele-Sprechstunde und zur Arztlentastenden, gemeindenahen, E-Health-
1137 gestützten systemischen Intervention (AGnES), die es nun in die Fläche zu bringen gilt.

1138 GUTE PFLEGE

1139 Zur guten medizinischen Versorgung gehört auch eine gute Betreuung im Pflegefall. In diesem Bereich werden die
1140 Herausforderungen in den kommenden Jahren besonders groß sein. Deshalb haben wir im Landtag die Enquete-
1141 Kommission „Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen im
1142 Freistaat Sachsen“ eingerichtet. In ihr wurden mit Hilfe zahlreicher Sachverständiger die Situation pflegebedürftiger
1143 Menschen in Sachsen analysiert, Probleme herausgearbeitet und Strategien zur Verbesserung der Situation entwickelt.
1144 Diese gilt es nun umzusetzen. Mit der Einrichtung von Pflegebudgets und Pflegekoordinatoren sowie der Novellierung
1145 des Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetzes haben wir bereits erste Schritte unternommen.

1146 Pflegende Angehörige besser unterstützen

1147 Mehr als 200.000 Menschen in Sachsen sind pflegebedürftig. Der überwiegende Teil von ihnen wird durch die eigenen
1148 Angehörigen gepflegt. Pflegende Angehörige leisten Enormes, sind oftmals Einzelkämpfer und verzichten auf viel, um
1149 ihre Lieben zu versorgen. Es ist uns wichtig, für sie Anerkennung, Wertschätzung und Unterstützung zu organisieren.
1150 Die von uns eingeführten Pflegekoordinatoren helfen, die Pflege im eigenen Wohnumfeld zu organisieren. Wir wollen
1151 die dafür eingerichteten Pflegebudgets der Kommunen flächendeckend erhöhen.

1152 Pflege muss bezahlbar sein

1153 Wir setzen uns für die Einführung einer Pflegevollversicherung ein. Pflege darf nicht zum finanziellen Risiko für Ge-
1154 pflegte und Angehörige werden. Momentan führen qualitative Verbesserungen in der Pflege und für die Pflegekräfte
1155 zu stark steigenden Eigenanteilen der Gepflegten. Eine kurzfristige Lösung zur Entlastung der Pflegebedürftigen ist für
1156 uns ein Pflegewohngeld. Damit können Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen einen Zuschuss für ihre Kosten
1157 beantragen.

1158 Einen Flächentarifvertrag Pflege verhandeln

1159 Die Pflegekräfte in Sachsen leisten viel und schultern dabei große Verantwortung. Ihre körperlich und psychisch schwe-
1160 re Arbeit muss unserer Gesellschaft mehr wert sein. Dabei geht es um eine gerechte Bezahlung, genauso aber um
1161 bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen. Sollte kein bundeseinheitlicher Tarifvertrag für die Pflege erreicht werden,
1162 werden wir uns dafür einsetzen, dass Sachsen einen Landestarifvertrag Pflege erhält, ausgehandelt von den Tarifpart-
1163 nern und allgemeinverbindlich erklärt vom Land. Nur so wird es gelingen, die Attraktivität des Berufes zu erhöhen.

1164 Mehr Auszubildende in der Pflege gewinnen

1165 Mit der Schulgelderstattung für Auszubildende in den Pflegeberufen haben wir bereits vor drei Jahren einen ersten
1166 Schritt unternommen, um die Ausbildung zu verbessern. Jetzt wird die Ausbildung ganz kostenfrei. Notwendig ist aber
1167 auch hier ein tarifvertraglicher Anspruch auf eine faire Entlohnung sowie verlässliche und familienfreundliche Arbeits-
1168 zeiten, um so mehr Fachkräftenachwuchs zu gewinnen.

1169 **Ein Landespflegegesetz für Klarheit und Transparenz**

1170 Alle rechtlichen Regeln und Anforderungen im Bereich der Pflege wollen wir künftig in einem Landespflegegesetz bündeln. Ein solches Landespflegegesetz kann klare und effektive Verwaltungs- und Dokumentationspflichten schaffen.
1171
1172 Das ist nötig, denn Missstände in der Pflege führen zu einem enormen Vertrauensverlust. Die Einrichtung einer Vertrauensstelle, an die sich Pflegende, Gepflegte und Angehörige wenden können, hilft dabei Transparenz herzustellen.
1173

1174 **Die Pflegekoordinatoren stärken**

1175 Es ist der Wunsch vieler Menschen, im Alter so lange wie möglich selbständig in ihrer eigenen Wohnung zu leben. Mit
1176 zusätzlichen Fördermitteln für den altersgerechten und barrierefreien Umbau von Wohnraum haben wir hier mehr
1177 Möglichkeiten geschaffen. Dafür muss das Unterstützungsnetzwerk vor Ort aber gut zusammenarbeiten und funktionieren. Aus diesem Grund haben wir die Pflegekoordinatoren eingeführt und sie mit einem Budget ausgestattet. Ihre
1178 Stellung wollen wir weiter stärken.
1179

1180 **Innovative Projekte auf den Weg bringen**

1181 Wir wollen auch in Sachsen Angebote nach dem niederländischen Buurtzorg-Modell einrichten und fördern. Dieses Modell hat das Ziel, die Patientinnen und Patienten so zu beraten und begleiten, dass viele Aspekte ihrer Unabhängigkeit
1182 erhalten bleiben oder gestärkt werden. Für den hierbei nötigen Aufbau eines individuellen Pflegenetzwerkes können
1183 die Pflegekoordinatoren eine große Hilfe sein. Innovative Projekte wollen wir auch für die zunehmende Zahl von pflegebedürftigen Menschen fördern, die schon immer offen mit ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität
1184 gelebt haben. Auch in der Pflege haben sie ein Recht auf Schutz vor Diskriminierung und einen sensiblen sowie wertschätzenden Umgang. Wir fordern eine Verankerung entsprechender Inhalte in der Aus-, Fort- und Weiterbildung nach
1185
1186 dem niederländischen Vorbild des Regenbogenschlüssels.
1187
1188

1189 **GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND PRÄVENTION**

1190 Die Erhaltung der Gesundheit ist nicht nur eine individuelle Angelegenheit. Viele Aspekte des täglichen Lebens werden durch politische Entscheidungen im Land und in den sächsischen Städten und Gemeinden mitbestimmt – und
1191
1192 haben einen förderlichen oder schädlichen Einfluss auf die Gesundheit der Menschen. Von der Gestaltung des öffentlichen Raumes über die Einrichtung eines sicheren Radwegenetzes bis hin zu zusätzlichen Bewegungsangeboten an
1193
1194 Kindertageseinrichtungen und Schulen gibt es zahlreiche Möglichkeiten, gesunde Lebensweisen für alle attraktiver zu machen.
1195

1196 **Bewegungsförderung ausbauen und stärken**

1197 Die Förderung des organisierten Sports ist für uns eine wichtige Maßnahme der gesundheitlichen Vorsorge. Wir wollen ein Sportfördergesetz verabschieden, mit welchem die Vereine eine langfristige Finanzierungssicherheit erhalten.
1198
1199 Einen wesentlichen Beitrag zur Bewegungsförderung leistet auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes in unseren
1200
1201 Städten und Gemeinden. Deshalb setzen wir uns beispielsweise für den Ausbau sicherer Radwegenetze und die Förderung des Naturschutzes ein. In unseren Schulen wollen wir das Konzept der „Bewegten Schule“ breit umsetzen, damit
1202
1203 körperliche Bewegung auch über den Sportunterricht hinaus zum Bestandteil des Schulalltags wird.

1203 **Den Arbeitsschutz weiter verbessern**

1204 In unserer Gesellschaft nehmen psychische Erkrankungen zu. Ein wichtiger Grund hierfür sind ungünstige Arbeitsbedingungen, die einen hohen Druck auf die Beschäftigten entwickeln. Wir wollen deshalb der Förderung von psychischer
1205
1206 Gesundheit einen höheren Stellenwert in der sächsischen Arbeitsschutz-Allianz einräumen.

1207 **Unsere Schulen kindgerecht gestalten**

1208 Untersuchungen zufolge leiden bis zu 20 Prozent aller Schülerinnen und Schüler an psychischen Störungen, die Hälfte aller Kinder klagt über regelmäßige Kopfschmerzen. Das gegliederte Schulsystem mit seiner frühen Trennung in
1209
1210 Oberschule und Gymnasium hat daran einen Anteil, denn es sorgt schon in den Grundschulen für einen hohen Leistungsdruck. Auch deshalb setzen wir uns für das längere gemeinsame Lernen und die Gemeinschaftsschule ein. Einen
1211

1212 wesentlichen Beitrag zur Entwicklung von Selbstvertrauen und Resilienz leisten außerdem Methoden des individualisierten und schülerorientierten Unterrichts, deren verstärkten Einsatz wir mit unseren langfristigen Zielen zur inhaltlichen Weiterentwicklung von Schulen erreichen wollen.

1215 **Suchtprävention und Suchthilfe stärken**

1216 Drogen- und Suchtprobleme verursachen nicht nur körperliche Krankheiten, sondern auch viel seelisches Leid. Deshalb wollen wir die Einrichtungen der Suchtprävention und Suchthilfe weiter stärken. Wichtig sind uns dabei insbesondere schnelle Hilfen für suchtkranke Jugendliche und stabile Hilfesysteme für Kinder aus suchtbelasteten Familien. Stärkeres Augenmerk müssen wir auf die Gründe von Suchtmittelkonsum lenken. Auch hier finden sich gerade im Schul- und Arbeitsleben oftmals belastende Faktoren, die junge Menschen zur Flucht in die Sucht treiben.

1221 **Die Jugend vor Drogen schützen**

1222 Wir sind davon überzeugt, dass eine erfolgreiche Drogenpolitik ihren Schwerpunkt darauf setzen muss, Suchtverhalten gar nicht erst entstehen zu lassen. Ob Menschen ein Suchtverhalten entwickeln oder nicht, hängt nicht von der Verfügbarkeit des Suchtmittels ab, sondern von der Güte ihrer Lebensumstände. Das wird deutlich, wenn man die Suchtmittel Alkohol und Cannabis vergleicht: Das eine ist legal verfügbar, das andere nicht; mit beiden Drogen können Menschen einen verantwortungsvollen und einen verantwortungslosen Umgang pflegen. Das vollständige Verbot von Cannabis hat sich als unwirksames Mittel der Suchtprävention erwiesen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der Besitz von Cannabis legalisiert, der Handel damit unter staatliche Kontrolle gestellt und die Altersgrenze für den legalen Konsum auf 21 Jahre festgelegt wird. Gleichzeitig werden wir besser aufklären und den Anbau, Vertrieb und die Verarbeitung des Suchtmittels unter strenge staatliche Kontrolle stellen. Die finanziellen Mittel, die durch die Entkriminalisierung eingespart und die staatliche Besteuerung eingenommen werden, fließen der Suchtprävention zu. Durch die Legalisierung von Cannabis wollen wir es den Dealern harter Drogen wie Crystal schwerer machen und die Strafverfolgung konzentrieren.

1234 **Konsequentes Vorgehen gegen Crystal**

1235 Sachsen braucht ein entschiedenes Vorgehen gegen harte Drogen; insbesondere Crystal hat sich in Sachsen in den letzten Jahren verbreitet. Diese Droge ist billig und macht in kürzester Zeit stark abhängig. Wir wollen die Bemühungen der Staatsregierung fortsetzen und ausbauen. Neben dem Ausbau der Präventionsangebote wollen wir die Anzahl der Therapieplätze erweitern.

1239 **Gesunde-Städte-Netzwerk Sachsen**

1240 Wir wollen den ganzheitlichen Präventionsgedanken weiter stärken und ein regionales Gesunde-Städte-Netzwerk in Sachsen gründen. Damit wollen wir den Austausch und die Kooperation zwischen den bereits bestehenden „Gesunden Städten“ stärken und weitere Kommunen zur Mitarbeit gewinnen. Bei Gesetzesvorhaben und Förderrichtlinien des Freistaates Sachsen wollen wir eine Prüfung einführen, inwieweit sie der Gesundheitsförderung dienen oder diese zumindest nicht gefährden.

1245 **Den Verbraucherschutz weiter stärken**

1246 Gesundheitsförderung und Suchtprävention sind auch wichtige Bestandteile des Verbraucherschutzes. Wir brauchen einerseits mehr Personal bei jenen staatlichen Kontrollinstitutionen, die Gesundheitsgefahren vorbeugen und beispielsweise die Qualität unserer Lebensmittel und Konsumgüter überwachen. Und wir werden andererseits die Verbraucherzentralen weiter stärken, damit sie bei aktuellen Entwicklungen den Betroffenen Schutz und Beratung garantieren. Dabei denken wir an so unterschiedliche Themen wie die Entwicklung des autonomen Fahrens, den Missbrauch von Daten, Abmahnungen und Abzocke älterer Menschen oder auch gesunde Ernährung.

1252 **Verbot sogenannter Konversionstherapien**

1253 Im Jahr 1990 hat die Weltgesundheitsorganisation WHO, Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel der psychischen Krankheiten gestrichen. Dennoch gibt es noch immer Ärzte, Therapeuten und Organisationen, die sogenannte „Konversionstherapien“ oder „Reparativtherapien“ anbieten, in denen betroffenen Menschen suggeriert wird, dass sich ihre sexuelle Orientierung ändern ließe. Homosexualität ist keine Krankheit und deshalb auch nicht behandlungsbedürftig, so die gleichlautende Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation WHO, des Weltärztebundes und des Deutschen Ärztetages. Zugleich warnen sie vor schwerwiegenden psychischen Erkrankungen, die sich durch Konversionstherapien entwickeln können. Wir unterstützen deshalb Initiativen zum Verbot solcher Therapien und werden prüfen, in welchem Umfang solche Angebote in Sachsen existieren und wie sie sich unterbinden lassen.

1261 SPORT UND EHRENAMT, KULTUR UND MEDIEN

1262 Was macht das Leben lebenswert? Auf diese Frage hat jeder Mensch seine eigenen Antworten. Die Glücksformel für
1263 alle gibt es nicht. Aber klar ist für uns: Nicht nur die auf den ersten Blick wichtigen und handfesten Dinge wie Frieden,
1264 Sicherheit, Arbeit und Bildung machen das Leben lebenswert. Genauso gehören jene Dinge, die zwar nicht überlebens-
1265 wichtig, aber lebenswichtig sind, dazu: Kunst und Kultur, Sport, Spiel und Naturerfahrung. Alles, was wir unter der
1266 großen Überschrift Freizeit betreiben, ist für unser Mensch-Sein von Bedeutung. Das zeigt schon der Begriff Freizeit.
1267 Das ist Zeit, in der wir frei sind von Pflichten und Zwängen, in der wir frei sind, das zu tun, was uns glücklich macht.

1268 Ist Freizeit eine politische Frage? Selbstverständlich. Wir Menschen leben zusammen, weil wir vieles von dem, was unser
1269 Leben lebenswert macht, nur gemeinsam bewerkstelligen können. Frieden und Sicherheit sind Fragen des gesellschaft-
1270 lichen Zusammenlebens - Kultur und Sport genauso. Und wo wir als Gesellschaft gemeinsam etwas bewerkstelligen
1271 wollen, findet Politik statt. An dieser Stelle gehört ein kurzes Innehalten dazu: Es ist für uns Menschen in Sachsen, in
1272 Deutschland und in Europa ein großes Privileg, in einer Gesellschaft zu leben, in der Sport, Kunst und Kultur gesell-
1273 schaftliche Aufgaben sein können. Das kann sich unsere Gesellschaft leisten. Sie kann es sich leisten, weil die wichti-
1274 gen, für uns heute selbstverständlichen Dinge wie Frieden, Sicherheit, Ernährung, Zugang zu sauberem Wasser oder zu
1275 medizinischer Versorgung auf einem weltweit herausragenden Niveau verlässlich organisiert sind.

1276 SPORTPOLITIK

1277 Der Sport verbindet uns Menschen auf eine einzigartige Weise. Dabei ist es ganz gleich, ob und in welcher Intensität
1278 wir ihn selbst betreiben. Er stiftet Identifikation: Mit der Mannschaft, in der wir spielen oder mit der Mannschaft, auf
1279 die wir halten; mit dem Verein des Sohnes, den Mitspielern der Tochter oder der Natur, in der wir uns bewegen. Sport
1280 vermittelt uns Respekt vor Leistungen, vor Herausforderungen und vor Gegnern. Er schärft unsere Sinne, schult unsere
1281 Teamfähigkeit und stärkt unser Selbstwertgefühl. In Sachsen gibt es rund 4.500 Sportvereine, in denen fast 700.000
1282 Menschen gemeinsam Sport treiben. Sie leisten nicht nur einen enormen Beitrag zur Förderung der Gesundheit. Sport-
1283 vereine sind auch wichtiger Bestandteil einer lebendigen Demokratie und wichtig für eine gelingende Integration von
1284 Migrantinnen und Migranten. In ihnen übernehmen Menschen Verantwortung füreinander und für gemeinsame Ziele
1285 und Projekte. Sie stellen sich demokratischen Wahlen, schaffen geregelte Zusammenarbeit und sorgen für die Inte-
1286 gration aller Mitglieder ins Vereinsleben. All das geschieht nahezu vollständig ehrenamtlich, auf der freiwilligen Basis
1287 gemeinsamer Begeisterung. Aus all diesen Gründen ist der Sport ein wahrer Schatz für die Gesellschaft. Und förder-
1288 würdig im besten Sinne.

1289 Ein Sportförderungsgesetz für langfristige Verlässlichkeit

1290 Wir haben in den letzten fünf Jahren die Förderung des organisierten Sports kontinuierlich ausgebaut. Den jährlichen
1291 Zuschuss konnten wir von 18,6 Millionen Euro auf 24 Millionen Euro erhöhen. Damit ist nun auch eine tarifgerechte Be-
1292 zahlung der hauptamtlich Beschäftigten möglich. Doch Verlässlichkeit ist noch nicht da: Deshalb brauchen wir endlich
1293 ein Sportförderungsgesetz, das – ähnlich wie das erfolgreiche Kulturraumgesetz – eine mehrjährige Finanzierung gesetzlich
1294 festschreibt. Gerade in ehrenamtlich geprägten Strukturen ist nichts wichtiger als Stabilität.

1295 Projekte gegen Diskriminierung im Sport fördern

1296 Sport verbindet Menschen und überwindet Grenzen, stiftet Identität und Zusammenhalt. Er kann dabei Helfen Vor-
1297 urteile abzubauen und Menschen zu integrieren. Wir möchten gemeinsam mit den sächsischen Sportverbänden die
1298 erfolgreichen Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus, Homo- und Transphobie sowie die Dis-
1299 kriminierung von Menschen mit Behinderung fortsetzen und intensivieren.

1300 Stabile Investitionsmittel bereitstellen

1301 Wir haben in den letzten Jahren ein hohes Investitionsniveau halten können. Viele Sportstätten in Sachsen konnten sa-
1302 niert und ausgebaut werden. Im aktuellen Doppelhaushalt stehen dafür fast 50 Millionen Euro bereit. Darüber hinaus
1303 konnten zahlreiche Sportstätten durch Mittel aus unserem Investitionsprogramms „Brücken in die Zukunft“ saniert
1304 werden. Von unserer neuen Förderrichtlinie profitieren die Sportvereine und Kommunen sehr: Wir haben die Förder-
1305 quote angehoben und auf 50 Prozent vereinheitlicht. Auch in den kommenden Jahren wollen wir für stabile Investiti-
1306 onsmittel sorgen.

1307 Übungsleiterpauschale weiter erhöhen

1308 Das Ehrenamt füllt den Sport mit Leben. Wir haben deshalb die Übungsleiterpauschale von 250 Euro auf 350 Euro deut-
1309 lich erhöht. Mit dem neuen Programm „Integration durch Sport“ sorgen wir außerdem für die finanzielle Unterstützung

1310 des wichtigen gesellschaftlichen Beitrags, den die Sportvereine erbringen. In den kommenden Jahren erhöhen wir die
1311 Übungsleiterpauschale schrittweise weiter auf mindestens 480 Euro, um so einen Gleichklang mit der Ehrenamtsför-
1312 derung durch „Wir für Sachsen“ herzustellen.

1313 **Großveranstaltungen und Sporttourismus unterstützen**

1314 Einen deutlichen Mittelaufwuchs haben wir auch bei der Unterstützung sportlicher Großveranstaltungen erreicht.
1315 Statt rund 200.000 Euro im Jahr 2014 steht nun mehr als eine Million Euro für die Förderung zur Verfügung. Mit solchen
1316 Großsportereignissen schaffen wir Impulse für den Tourismus in unseren Sportregionen und erhöhen die Anziehungs-
1317 kraft des Sportlands Sachsen. Wir werden den Fokus weiterhin auf den Wintersport legen, der in Sachsen ein gutes
1318 Zuhause hat.

1319 **Spitzensportlerinnen und Spitzensportler umfassend unterstützen**

1320 Die Förderung des Spitzensports ist uns wichtig, denn er hat eine große Strahlkraft auf die dahinter liegenden Breiten-
1321 sportstrukturen. Damit Training, Wettbewerbe und Berufsleben unter einen Hut passen, schaffen wir duale Karriere-
1322 möglichkeiten für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler. Um den Zugang zum Studium zu erleichtern, haben wir
1323 eine Spitzensport-Profilquote eingeführt. Den bereits erfolgreichen Schulversuch zur gestreckten Fachoberschule für
1324 Nachwuchssportlerinnen und -sportler weiten wir auf andere Bildungsgänge aus.

1325 **Den sächsischen Olympiastützpunkt stärken**

1326 Zur Förderung des Spitzensports gehört auch die Stärkung des sächsischen Olympiastützpunktes. Von 1,6 Millionen
1327 Euro auf 2,5 Millionen Euro konnten wir die finanzielle Ausstattung in den letzten fünf Jahren steigern. Wir machen uns
1328 stark für den „Sächsischen Weg bei der Spitzensportreform“ und werden darauf achten, dass alle bisher geförderten
1329 Sportarten eine Zukunft in Sachsen haben.

1330 **Ganzheitliche Sportförderung ist auch Bewegungsförderung**

1331 Die Förderung von sportlicher Betätigung reicht aber über die Unterstützung des organisierten Sports weit hinaus. Die
1332 Verbesserung des Radwegenetzes ist genauso ein Beitrag zur Stärkung des Sports wie der Bau von Kinderspielplätzen
1333 oder die Verbindung der sächsischen Wanderwege. Die Stärkung der Ganztagsangebote an unseren sächsischen Schu-
1334 len wollen wir mit einer Verbreitung des Konzepts „Bewegte Schule“ verbinden. Der Sächsische Hochschulsport soll
1335 auch zukünftig gefördert werden, um Bewegung in der Freizeit von Angestellten und Studierenden zu organisieren.
1336 Beim Bau oder der Sanierung von Landesliegenschaften berücksichtigen wir den präventiven Ansatz der Gesundheits-
1337 förderung, um Bewegung am Arbeitsplatz zu ermöglichen.

1338 **Eine zentrale Heimstatt für den Sport**

1339 Wir setzen uns für ein „Haus des Sports“ in Leipzig ein, in dem der Landessportbund und viele Landesfachverbände eine
1340 neue und zentrale Heimstatt finden können.

1341 **DAS EHRENAMT FÖRDERN**

1342 Nicht nur der Sport lebt vom Ehrenamt. Das freiwillige bürgerschaftliche Engagement ist in vielen Bereichen der Ge-
1343 sellschaft von großer Bedeutung und unschätzbarem Wert. In den Freiwilligen Feuerwehren sorgen mehr als 40.000
1344 Männer und Frauen für einen flächendeckenden Brandschutz in Sachsen. Ihre vielen tausend Kameradinnen und Ka-
1345 meraden in den Hilfsorganisationen, beim Technischen Hilfswerk, bei Wasser- und Bergwacht engagieren sich mit Leib
1346 und Seele für die Sicherheit der sächsischen Einwohnerinnen und Einwohner. Mitglieder in Kirchengemeinden, Chören,
1347 Naturschutzgruppen, Gemeinderäten oder sozialen Vereinen leisten tagtäglich unzählige kleine und große Beiträge für
1348 den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

1349 **Eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts schaffen**

1350 Die wichtigste Motivation für ehrenamtliches Engagement ist Wertschätzung. Diese Wertschätzung zu geben, ist zwar
1351 auch eine staatliche Aufgabe, aber es ist nicht nur eine staatliche Aufgabe. Wir alle, wir Bürgerinnen und Bürger profitie-
1352 ren von ehrenamtlichem Engagement – und es ist deshalb für uns alle eine Sache des Anstands, diesem Engagement
1353 Respekt zu zollen. Es ist eine Sache des Anstands, dass Rettungskräfte durch die Bildung einer Rettungsgasse unter-
1354 stützt werden. Es ist eine Sache des Anstands, dass Elternräte in den Schulen ernst genommen werden. Und es ist eine
1355 Sache des Anstands, dass Menschen, die sich sozial oder politisch engagieren, nicht beschimpft oder bedroht werden.

1356 Das Wort „Gutmensch“ hat in unseren Ohren den Klang einer Auszeichnung, nicht einer Verspottung. Denn ein gu-
1357 ter Mensch zu sein ist das, was wir alle unseren Mitmenschen schulden – so wie sie uns. Wir setzen uns ein für eine
1358 Gesellschaft, in der Respekt und Zusammenhalt wichtige Grundpfeiler des gemeinsamen Lebens sind.

1359 **„Wir für Sachsen“ und Ehrenamtszuschale fortführen**

1360 Der Freistaat Sachsen hat in den letzten Jahren viele positive Schritte unternommen, um das bürgerschaftliche Enga-
1361 gement zu würdigen und zu unterstützen. Die Mittel für das Programm „Wir für Sachsen“ haben wir auf inzwischen 11
1362 Millionen Euro jährlich aufgestockt. So stellen wir sicher, dass niemand für sein ehrenamtliches Engagement „drauf-
1363 legen“ muss. Wir geben eine Ehrenamtszuschale an alle Landkreise und kreisfreien Städte in Höhe von 2,6 Millionen
1364 Euro pro Jahr. Diese finanzielle Unterstützung setzen wir fort.

1365 **Bildungsfreistellung für Ehrenamtliche ermöglichen**

1366 In zahlreichen Politikbereichen haben wir das ehrenamtliche Engagement gestärkt. So haben wir die Mitwirkungsrech-
1367 te der Eltern- und Schüllerräte bei der Schulgesetznovelle verbessert. Langjährig Aktive bei den Freiwilligen Feuerweh-
1368 ren werden inzwischen auch vom Freistaat Sachsen geehrt. Die ehrenamtliche Arbeit für die Integration von Geflüchte-
1369 ten wird jetzt staatlich unterstützt, soziokulturelle Projekte erhalten in der Kulturförderung größeres Augenmerk, die
1370 Arbeit der Naturschutzstationen wird besser anerkannt. Ein wichtiger Baustein der sächsischen Ehrenamtsförderung
1371 fehlt nach wie vor: Wir wollen das Bildungsfreistellungsgesetz auch deshalb, weil ehrenamtlich Tätige sich so für ihre
1372 Aufgaben weiterbilden können, ohne dafür Urlaub zu nehmen. Das ist eine wirkliche Wertschätzung des Ehrenamts
1373 durch die Politik wie durch die Arbeitgeber gleichermaßen.

1374 **Mehrjährige Förderung ist langfristige Sicherheit**

1375 Wertschätzung heißt schließlich auch, bestehende Hürden aus dem Weg zu schaffen. Hier geht es uns insbesondere um
1376 die bisherige Kurzfristigkeit von staatlicher Unterstützung. Ehrenamtliches Engagement braucht stabile Strukturen.
1377 Diese wiederum entstehen nur durch langfristige Finanzierungssicherheit. Deshalb ist es uns wichtig, im Bereich der
1378 Sportförderung, in der Jugendhilfe oder bei sozialen Projekten zu mehrjährigen Förderzusagen zu kommen. Nebenbei
1379 wird so der Aufwand sowohl bei den Antragstellern als auch bei den Verwaltungsbehörden deutlich reduziert.

1380 **KULTURLAND SACHSEN**

1381 Wir werden dafür Sorge tragen, dass die für die kommunalen Theater und Orchester erreichte Tarifniveau mindestens
1382 erhalten bleibt. Alle Mitarbeiter in Kultureinrichtungen, an denen der Freistaat beteiligt ist, müssen wie bei den Lan-
1383 deseinrichtungen nach jeweils gültigem Flächentarif bezahlt werden. Dafür werden wir die Voraussetzungen schaffen.
1384 Unser Land hat eine reichhaltige Kulturlandschaft. Das ist Verdienst der zahlreichen Kulturschaffenden in unseren Städ-
1385 ten und Gemeinden. In bundesweit einmaliger Weise unterstützt der Freistaat Sachsen die kulturelle Entwicklung im
1386 Land, indem er die Kommunen mit Hilfe des Sächsischen Kulturraumgesetzes in die Lage versetzt, Kultureinrichtungen
1387 und Projekte zu finanzieren. Vergleicht man die öffentlichen Kulturausgaben der Bundesländer je Einwohner, nimmt
1388 der Freistaat Sachsen deutschlandweit den ersten Platz ein. Das soll so bleiben. Im Ergebnis der Evaluation des Geset-
1389 zes war es uns deshalb wichtig, den Kulturräumen nicht nur eine hohe, sondern vor allem eine verlässliche finanzielle
1390 Unterstützung zu geben.

1391 **Die Kulturraummittel dynamisieren**

1392 Lagen die Kulturraummittel des Freistaates Sachsen vor unserem Regierungsantritt noch bei rund 87 Millionen Euro
1393 pro Jahr, so erhalten die Kulturräume heute rund 105 Millionen Euro jährlich. Mit der Novellierung des Kulturraum-
1394 gesetzes haben wir außerdem Planungssicherheit für die sächsischen Kulturräume geschaffen und eine regelmäßige
1395 Überprüfung der Finanzierung festgeschrieben. Die gesamten Kulturausgaben des Freistaates stiegen während unse-
1396 rer Regierungszeit um mehr als 20 Prozent. Nach wie vor wollen wir eine Dynamisierung der Kulturraumförderung
1397 erreichen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die aktuellen Verbesserungen bei der Bezahlung der Mitarbeiterinnen
1398 und Mitarbeiter kommunaler Bühnen und Orchester nachhaltig sind. Wie bei anderen Förderungen, die der Freistaat
1399 Sachsen gewährt, müssen Tarifsteigerungen auch im Kulturbereich berücksichtigt werden können.

1400 **Faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen: Lohngerechtigkeit herstellen**

1401 Besonders die freie Kunst- und Kulturszene hat in den letzten Jahren von unserer Schwerpunktsetzung profitiert. Wir
1402 haben die Landeskulturverbände gestärkt, eine Gastspielförderung eingeführt und die Mittel für die Projektförderung
1403 der Kulturstiftung deutlich erhöht. Wichtig war es uns auch, mit den zusätzlichen Mitteln für faire Arbeitsbedingungen

1404 und eine bessere Bezahlung der Kulturschaffenden an den Theatern und in Orchestern zu sorgen. Das Thema Lohnge-
1405 rechtigkeit ist uns im Kulturbereich besonders wichtig, denn Spitzengehälter sind hier die Ausnahme. Wo Kultur öf-
1406 fentlich gefördert wird, müssen faire Löhne gezahlt werden. Mit der Etablierung einer Gastspielförderung ist uns dazu
1407 ein guter Beitrag gelungen, der gleichzeitig die ländlichen Räume stärkt. Wir bauen diese Idee weiter aus und beziehen
1408 neben der Darstellenden Kunst auch andere Kultursparten ein.

1409 **Kulturelle Bildung stärken, Musikschulförderung ausbauen**

1410 Die Stärkung der kulturellen Bildung ist uns ein wichtiges Anliegen. Endlich hat der Freistaat Sachsen hierfür ein lan-
1411 desweites Konzept erstellt und so die Verbesserung des Zugangs von Kindern und Jugendlichen zu kulturellen Erfah-
1412 rungen und Angeboten zu einem Querschnittsthema aller Ressorts gemacht. Insgesamt sieben Millionen Euro stehen
1413 inzwischen jährlich für die Stärkung der kulturellen Bildung bereit. Die Erhöhung der Musikschulförderung, die Finan-
1414 zierung von Theater- und Musikprojekten an Schulen oder auch von Fahrtkosten im ländlichen Raum sind Bestandteile
1415 des Konzepts, die so bereits im aktuellen Haushalt umgesetzt werden und die wir dauerhaft im Haushalt verankern.

1416 **Kinder und Jugendliche an der Entwicklung von Angeboten beteiligen**

1417 Wir setzen gemeinsam mit den anderen Ressorts das landesweite Konzept der Kulturellen Bildung für Kinder und Ju-
1418 gendliche um. Kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendliche ist uns ein Herzensanliegen und Grundlage für die
1419 positive Entwicklung unserer Gesellschaft. Unsere Stärkung der kulturellen Bildung setzen wir fort. Es ist uns wichtig,
1420 dass Kinder zu mündigen und aufgeklärten, aber auch einfühlsamen und sinnesverständigen Menschen heranwach-
1421 sen können. Die Beschäftigung mit Kunst und Ästhetik spielt dabei eine große Rolle, denn sie fördert das soziale Lernen
1422 und vermittelt Werte; sie motiviert zu gesellschaftlicher Beteiligung und zu kulturellem Ausdruck. Wir wollen deshalb
1423 jede Hürde, welche die kulturelle Teilhabe erschwert, beseitigen. Kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche sollen
1424 kostenfrei und leicht erreichbar sein, schulisch und außerschulisch bestehen und an ihrer Entwicklung und Umsetzung
1425 sollen sich Kinder und Jugendliche aktiv beteiligen können.

1426 **Museen zu Bildungsarten entwickeln**

1427 Museen befinden sich in einem großen Umbruch- große wie kleine Museen. Neben ihre klassischen Aufgaben Sam-
1428 meln, Forschen, Erhalten, Vermitteln tritt die Anwendung der digitalen Möglichkeiten der Sicherung, Präsentation etc.
1429 des Sammlungsgutes sowie die Öffnung für Bildungsveranstaltungen verschiedenster Art. Sie regen zur eigenen künst-
1430 lischen, kreativen Tätigkeit an. Dazu benötigen sie unsere Unterstützung über die Landes- wie über die Kulturraum-
1431 finanzierung.

1432 **Die Kultur des Dialoges verstetigen**

1433 Die Stärkung der kulturellen Bildung und die Weiterentwicklung der Kulturräume werden uns auch in den kommenden
1434 Jahren wichtige Aufgaben sein. Bei diesen und anderen Themen haben wir gezeigt: Der Dialog zwischen der politischen
1435 Ebene, den Kulturschaffenden, den Kommunen und der Verwaltung ist von großem Wert, denn nicht alle Probleme
1436 lassen sich allein mit gesetzlichen Regelungen oder finanzieller Förderung lösen. So unterschiedlich, wie die Lebenswelt
1437 und die Traditionen in den sächsischen Regionen sind, so unterschiedlich sind auch die kulturpolitischen Akzente, die
1438 es zu setzen gilt. Die Förderung von Kultur ist für uns deshalb mit einem klaren Bekenntnis zu kultureller Vielfalt und
1439 Interkulturalität verbunden.

1440 **Digitalisierung auch im Kulturbereich nutzen**

1441 Wir nutzen die neuen Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft auch im kulturellen Bereich. Gerade Einwohnerinnen
1442 und Einwohner der ländlichen Räume können von digitalen Leihangeboten der Bibliotheken oder von digitalen Kursen
1443 und Lernportalen der Volkshochschulen sehr profitieren. Mit der sachsenweiten Umsetzung der „Digitalen Schulbiblio-
1444 thek“ stärken wir die Leseförderung für Kinder und Jugendliche unabhängig von den Gegebenheiten vor Ort.

1445 **Sprache und Mitspracherechte des sorbischen Volkes stärken**

1446 Das Volk der Sorben ist Teil unserer sächsischen Identität. Dessen bedrohte Sprache und Kultur sowie die durch Ta-
1447 gebau und infrastrukturelle Maßnahmen bedrohten historischen Siedlungsgebiete, verdienen weiterhin Schutz, Auf-
1448 merksamkeit und Unterstützung.

1449 So werden wir verstärkt das Erlernen der sorbischen Sprache auf muttersprachlichem und fremdsprachlichem Niveau
1450 fördern, auch in der Erwachsenenbildung und Berufsausbildung. Das Konzept zur Ausbildung sorbischer Lehrer bedarf
1451 zusätzlicher und gesonderter Maßnahmen (u.a. für Quereinsteiger). Wir setzen uns dafür ein, dass die Vermittlung von
1452 Kenntnissen sorbischer Geschichte und Kultur in den Schulen gelebt wird. Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen,

1453 dass in den Schulen Sorbisch für sorbische Muttersprachler als vollwertige Muttersprache und für deutsche Mutter-
1454 sprachler als vollwertige zweite Fremdsprache anerkannt wird. Zudem werden wir mit Brandenburg und dem Bund
1455 auch künftig eine auskömmliche Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk gewährleisten. Wir unterstützen al-
1456 le Bemühungen und den Dialog um mehr Mitsprache-, Mitgestaltungs- und Selbstbestimmungsrechte des sorbischen
1457 Volkes im Rahmen des Grundgesetzes und der Verfassungen in Brandenburg und Sachsen sowie auf der Grundlage von
1458 Minderheiten- und Völkerrechten in der Europäischen Union bzw. in der UNO.

1459 **Stiftung Sächsische Gedenkstätten weiterentwickeln**

1460 Sachsen ist reich an Orten der Erinnerungskultur. Wir wollen sie so ausstatten, dass bürgerschaftliches Engagement
1461 vor Ort Anerkennung findet. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat eine hohe Bedeutung für die Ausgestaltung
1462 der Erinnerungskultur in Sachsen. Deshalb wollen wir sie gern weiter entwickeln und stützen. Die Umsetzung des Ent-
1463 wicklungskonzeptes werden wir inhaltlich eng begleiten und finanziell absichern.

1464 **Vorreiter in Sachen Gedenkstättenpädagogik werden**

1465 Wir wollen in Sachsen eine progressive Rolle in Bezug auf neue didaktische Methoden und die Wissensvermittlung
1466 in Gedenkstätten einnehmen. Dazu brauchen wir gut ausgebildetes Personal und eine enge Verbindung zur Wissen-
1467 schaft. Grundlage aller erinnerungskulturellen Wissensvermittlung ist für uns nach wie vor der Beutelsbacher Konsens
1468 - Kontroversität und Indoktrinationsverbot sind heute wichtiger denn je.

1469 **Industriekultur fördern**

1470 Sachsen ist die Wiege der Industriekultur. Im Mittelpunkt stehen für uns die Arbeiterinnen und Arbeiter aus diesem
1471 Bereich, welche den Wohlstand des Freistaates erst ermöglicht haben. Wir unterstützen ausdrücklich Bemühungen, das
1472 industriekulturelle Erbe des Freistaates Sachsen sichtbar zu machen. Die aktuelle Landesausstellung „Boom. 500 Jahre
1473 Industriekultur in Sachsen“ und das „Jahr der Industriekultur“ sind dabei für uns wichtige Eckpfeiler. Die 4. Sächsische
1474 Landesausstellung und das Jahr der Industriekultur sollen zu einem Aufbruch in der Wahrnehmung und Entwicklung
1475 unseres industriekulturellen Erbes. Maßnahmen zur Barrierefreiheit sollen die Teilhabe für alle Sächsinen und Sachsen
1476 ermöglichen.

1477 **MEDIENPOLITIK**

1478 Die Rolle, die Medien in unserem Leben spielen, kann gar nicht überschätzt werden. Aus eigener Anschauung erfah-
1479 ren wir ein wenig über unsere Welt, einiges mehr über unsere nähere Umgebung und vieles über die Menschen, mit
1480 denen wir leben und arbeiten. Alles Übrige wissen wir nicht aus erster Hand. Wir erfahren es durch Medien – durch
1481 Zeitungen, Fernsehsender, Bücher, Radiostationen, Blogs, Mikroblogs und soziale Netzwerke. Medien informieren uns
1482 mit Nachrichten und Dokumentationen, sie unterhalten uns mit Geschichten und kulturellen Werken. Durch Medien
1483 wird für Produkte geworben, werden Eindrücke vermittelt und Gefühle erweckt. Weil Medien einen so großen Einfluss
1484 auf unsere Wahrnehmung haben, sind inhaltliche Vielfalt und journalistische Qualität enorm wichtig. Der tatsächliche
1485 publizistische Wettbewerb ist eine Voraussetzung für Meinungsvielfalt. Nur ein breites Angebot an freien und jour-
1486 nalistisch hochwertigen Medien kann diesen für eine Demokratie so wichtigen Wettbewerb sichern. Zur Vielfalt der
1487 Medien im Freistaat Sachsen und seinen Kommunen gehören ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk, ein funk-
1488 tionierendes Presse- und Verlagswesen, landesweite und lokale private Rundfunkanbieter, nichtkommerzielle Radios,
1489 Bürgermedien und Angebote der neuen Medien.

1490 **Den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schärfen**

1491 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine unverzichtbare Säule der Demokratie. Die Erwartungen der Bürgerinnen und
1492 Bürger an ihn sind zu Recht hoch. Mit dem Umstieg von der Gebühr zum Beitrag wurde die Finanzierung des öffentlich-
1493 rechtlichen Rundfunks auf eine neue Grundlage gestellt. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass es nun auch gelingt, Auftrag
1494 und Struktur der öffentlich-rechtlichen Medien in der digitalisierten Welt klarer zu fassen und weiterzuentwickeln.
1495 Dabei sollen Information, Bildung und Kultur den Schwerpunkt eines nicht-quotenorientierten Auftrags bilden.

1496 **Redakteurs- und Publikumsbeiräte im MDR einrichten**

1497 Bei der Novellierung des MDR-Staatsvertrages legen wir Wert darauf, dass die Transparenz des Senders weiter ausge-
1498 baut wird. Wir wollen Redakteursbeiräte ermöglichen, ebenso eine Mitvertretung der sogenannten festen freien Mitar-
1499 beiterinnen und Mitarbeiter durch die Personalvertretungen. Im Rundfunkrat soll die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite

1500 vertreten sein, wir werden außerdem die Einführung von Publikumsbeiräten anregen. Schließlich muss gesichert wer-
1501 den, dass die Parität der Geschlechter in den Gremien des Senders erreicht wird und die Gremienzusammensetzung in
1502 Zukunft auch den Anforderungen einer pluralen Gesellschaft gerecht wird.

1503 **Sächsische Landesmedienanstalt reformieren**

1504 Die Sächsische Landesmedienanstalt (SLM) war in den vergangenen Jahren vielfach Gegenstand von Diskussionen –
1505 in den dortigen Gremien, den Medien und auch im Sächsischen Landtag. Neben der Arbeitsweise innerhalb der SLM
1506 wurde vor allem ihre Gremienstruktur, die in Deutschland einzigartig ist, immer wieder debattiert. Das Nebeneinander
1507 eines kleinen Entscheidungsgremiums mit umfangreicher Kompetenz (Medienrat) und eines großen gesellschaftlich
1508 repräsentativen Gremiums (Medienversammlung) mit nur geringer Entscheidungsbefugnis halten wir für nicht mehr
1509 zeitgemäß. Deshalb wollen wir unter Berücksichtigung der Kompetenzen laut Privatrundfunkgesetz die Gremienstruk-
1510 tur der SLM so ändern, dass wechselseitige Verantwortung entsteht.

1511 **Vielfalt der Rundfunkanbieter fördern**

1512 Es war uns in dieser Wahlperiode wichtig, die Breite der sächsischen Rundfunkanbieter zu stärken. Deshalb haben wir
1513 uns beispielsweise dafür eingesetzt, dass lokale Fernsehanbieter und nichtkommerzielle Lokalradios eine intensivere
1514 Förderung durch die SLM erfahren. Lokalen Medienanbieter sind genauso wie Bürgermedien für unsere pluralistische
1515 Gesellschaft unverzichtbar. Wir wollen ihre Finanzierung weiter verbessern, damit ein regelmäßiger Sendebetrieb ge-
1516 währleistet werden kann.

1517 **Faire Vergütung für Medienschaffende**

1518 Die Sender müssen dafür Sorge tragen, dass durch sie selbst sowie beauftragte Dritte eine Vergütung der Medienma-
1519 cherinnen und -macher entsprechend den sozialen Standards erfolgt. Ein qualitativ hochwertiges Programm ist nicht
1520 auf Dauer zu Dumpingpreisen zu haben. Grundlage der Vergütung muss eine angemessene Kalkulation aller Leistun-
1521 gen sein und nicht das zur Verfügung stehende Budget.

1522 **Film und Kino unterstützen**

1523 In den letzten Jahren hat sich die sächsische Filmfestival- und Filmverbandslandschaft stark weiterentwickelt. Seit lan-
1524 ger Zeit gewährte der Freistaat Sachsen erstmals wieder signifikante Etatserhöhungen sowie regelmäßige Inflations-
1525 ausgleiche. Die weitere Stärkung der Filmfestival- und Filmverbandslandschaft ist unser erklärtes Ziel. Dazu gehört
1526 auch, dass das Kino als Kulturort wesentlich gestärkt werden muss. Wir brauchen in Sachsen vor allem mehr Kinos in
1527 der Fläche.

1528 **Das audiovisuelle Erbe erhalten**

1529 Das audiovisuelle Erbe ist ein wichtiger Bestandteil des kulturellen Erbes im Freistaat Sachsen. Filmische Zeugnisse
1530 sächsischer Hoch- und Alltagskultur der vergangenen Jahrzehnte sind ein wichtiger Bestandteil unserer sächsischen
1531 Identität und interessieren viele Bürgerinnen und Bürger. Den Erhalt und die Erschließung solcher Werke haben wir in
1532 den vergangenen Jahren deutlich stärker gefördert und damit die Voraussetzungen für eine breite öffentliche Nutzung
1533 dieses Erbes geschaffen. Das muss kontinuierlich fortgesetzt werden.

1534 **Jugendmedienschutz stärken, Freiheit erhalten**

1535 Wir wollen den Jugendschutz im Internet stärken. Den Aufbau einer Infrastruktur zur Blockade von Internetseiten unter
1536 dem Vorwand des Jugendschutzes lehnen wir ab. Eine Altersklassifizierung von Angeboten muss kostenlos erfolgen,
1537 da ansonsten die Angebote vieler nichtkommerzieller Anbieter automatisch ausgefiltert werden. Zudem muss es eine
1538 einzige zentrale Einrichtung als Ansprechpartner für den Jugendmedienschutz im Internet geben.

1539 **Medienbildung intensivieren**

1540 Medienkompetenz ist der beste Schutz für Kinder, Jugendliche und erwachsene Verbraucherinnen und Verbraucher
1541 gleichermaßen. Mit der Einrichtung der Landeskoordinierungsstelle Medienbildung schaffen wir einen wichtigen An-
1542 laufpunkt für Institutionen und Bürgerinnen und Bürger. Das Programm Schulassistenten wollen wir auch dafür nutzen,
1543 Schulen mit kompetentem Personal bei der Entwicklung und Umsetzung eigener medienpädagogischer Konzepte zu
1544 unterstützen.

1545 **Netzneutralität und informationelle Selbstbestimmung gewährleisten**

1546 Informationelle Selbstbestimmung und ein umfassender Daten- und Verbraucherschutz sind für uns selbstverständ-
1547 lich. Bei allen Maßnahmen und Regelungen muss die Netzneutralität weiterhin gewährleistet sein. Auch im Netz sollte
1548 sich weder der Stärkere noch der Rücksichtslosere durchsetzen können.

1549 **LANDESENTWICKLUNG UND WOHNUNGSPOLITIK**

1550 Unser Land ist voller Kontraste. Wir haben boomende Städte, wachsende Regionen, stabile Mittelzentren und schrump-
1551 fende Gebiete. Sachsen hat eine hohe Lebensqualität. Damit das so bleibt, brauchen wir für die unterschiedlichen Re-
1552 gionen passgenaue Lösungen. Wir werden die sächsischen Regionen nicht gegeneinander ausspielen.

1553 **GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IN STADT UND LAND**

1554 Die Herstellung guter und gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist eine öffentliche Aufgabe. Jede Kom-
1555 mune hat ihre eigenen Herausforderungen, jede braucht ihre eigenen Antworten. Unsere sächsischen Metropolen und
1556 viele Mittelzentren wachsen. Hier geht es vor allem darum, öffentliche Infrastruktur und Einrichtungen in ausreichen-
1557 der Kapazität zur Verfügung zu stellen: Genügend Krippen- und Kindergartenplätze für junge Familien, ausreichend
1558 Wohnraum, der auch für Menschen mit niedrigeren Einkommen bezahlbar ist oder auch attraktive Sportstätten und
1559 Kultureinrichtungen. Manche ländlichen Räume sind nach wie vor von Abwanderung oder zumindest stagnierender
1560 Bevölkerungsentwicklung betroffen. Hier ist es wichtig, öffentliche Infrastruktur und Einrichtungen zu erhalten, um
1561 die Attraktivität dieser Orte zu bewahren, die hier lebenden Menschen zu binden und neue Einwohnerinnen und Ein-
1562 wohner anzuziehen.

1563 **Herausforderungen sind Chancen**

1564 Die kommenden Jahre stellen uns vor große Herausforderungen: Der Klimawandel, die älter werdende Gesellschaft,
1565 die Energiewende und die Digitalisierung erfordern individuelle Lösungen für jeden Ort. Alle diese Herausforderungen
1566 bieten uns aber auch die Chance, uns von altmodischen Lösungen zu verabschieden und unsere Heimatorte gesünder,
1567 umweltfreundlicher und wohnlicher zu gestalten. Auch wenn Stadtplanung und Stadtentwicklung kommunale Auf-
1568 gaben sind: Wir wollen, dass der Freistaat durch attraktive Förderkonditionen klare Anreize für innovative, digitale und
1569 ökologische Lösungen schafft.

1570 **DEN LÄNDLICHEN RAUM WEITER STÄRKEN**

1571 In den letzten Jahren haben wir vieles getan, um die Lebensqualität im ländlichen Raum zu erhalten und zu verbessern:
1572 Mit dem Schulgesetz haben wir kleine Schulstandorte gesichert, mit der Erhöhung der Mittel für den Öffentlichen Nah-
1573 verkehr die Anbindung verbessert und die Kommunen haben wir mit einer deutlich höheren finanziellen Ausstattung
1574 in die Lage versetzt, selbst mehr für ihren Standort tun zu können. Diesen Kurs werden wir fortsetzen.

1575 **Soziale Infrastruktur ausbauen**

1576 In den ländlichen Räumen wollen wir den Schwerpunkt unserer Wohnungspolitik künftig auf die Unterstützung von
1577 mieterfreundlichen, altersgerechten und energieeffizienten Modernisierungsmaßnahmen legen. Gerade hier wird
1578 auch deutlich, wie wichtig es für die Einwohnerinnen und Einwohner ist, dass die soziale Infrastruktur stimmt. Wir
1579 wollen die medizinische Versorgung durch Stipendien- und Förderprogramme für junge Landärzte und Praxisgrün-
1580 der weiter verbessern. Medizinische Versorgungszentren, die Weiterentwicklung der Telemedizin und der verstärkte
1581 Einsatz von Gesundheitspflegern und Versorgungsassistentinnen werden helfen, die wohnortnahe medizinische Be-
1582 treuung zu sichern. Mit der Ausgabe regionaler Pflegebudgets und der besseren Vernetzung von Hilfsangeboten wie
1583 Alltagsbegleiterinnen und Nachbarschaftshelfern wollen wir die ambulante Pflege und pflegende Angehörige stärker
1584 unterstützen.

1585 **Das Schulnetz verdichten**

1586 Langfristig wollen wir die neuen Möglichkeiten des Schulgesetzes nutzen und in den ländlichen Räumen wieder neue
1587 kleine Schulstandorte eröffnen. Mit den niedrigeren Mindestschülerzahlen und modernen Konzepten wie jahrgangs-
1588 übergreifendem Unterricht lässt sich die Schule in den Ort zurückholen. Durch die Ermöglichung von Gemeinschafts-
1589 schulen wird es uns gelingen, auch im Bereich der weiterführenden Schularten Schritt für Schritt ein dichteres Netz in
1590 Sachsen einzurichten. Das liegt uns am Herzen, denn die Schule vor Ort ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung dafür,
1591 dass Menschen in ihrer Heimat bleiben können. Auch für die Schülerinnen und Schüler bedeuten kurze Schulwege mehr
1592 Zeit und ein soziales Umfeld in der Nachbarschaft eine ganz wesentliche Förderung ihrer Persönlichkeitsentwicklung.

1593 **Den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen**

1594 Eine besonders wichtige Infrastrukturaufgabe ist die flächendeckende Ermöglichung von Mobilität. Mit der langfristi-
1595 gen Sicherung der Regionalisierungsmittel haben wir die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Sach-
1596 sen zukunftsfähig gemacht. Nun geht es darum, die Angebote in den ländlichen Räumen zu verdichten, moderne Lösun-
1597 gen wie „PlusBus“ und den „SachsenTakt“ umzusetzen und das Bildungsticket für Sachsens Schülerinnen und Schüler
1598 einzuführen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die bürokratischen Hürden zwischen den Verkehrsverbänden zu
1599 hoch gewachsen sind, um zügig gute Lösungen zu erreichen. Deshalb werden wir eine sächsische Landesverkehrsges-
1600 sellschaft gründen, um so den Weg frei zu machen für eine integrierte Mobilitätspolitik, die den Menschen in den
1601 Ballungszentren und in den ländlichen Räumen gleichermaßen nutzt.

1602 **Digitale Anbindung**

1603 Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört auch die digitale Anbindung unserer Städte und Gemeinden – und zwar aller
1604 Gemeinden im Freistaat Sachsen. Der Breitbandausbau wird inzwischen zu 100 Prozent gefördert, so dass die Kommu-
1605 nen hier keine finanzielle Hürden mehr überspringen müssen. In Zukunft werden wir uns auch dafür einsetzen, dass
1606 der Ausbau der nächsten Mobilfunkgeneration 5G durch die Mobilfunkanbieter flächendeckend erfolgt, denn für inno-
1607 vative Entwicklungen wie die Digitalisierung der Landwirtschaft oder auch die Telemedizin ist eine verlässliche Netz-
1608 anbindung die wichtigste Grundvoraussetzung. Mit der Digitalisierungsstrategie „Sachsen Digital“ unternehmen wir
1609 zahlreiche weitere Maßnahmen, um das große Potenzial digitaler Technologien beispielsweise bei der Energieversor-
1610 gung, bei der Einführung intelligenter Verkehrssysteme oder bei der Verbesserung öffentlicher Verwaltungsleistungen
1611 zu nutzen.

1612 **Abkehr von der Schrumpfungspolitik vollenden**

1613 Den ländlichen Raum zu stärken heißt auch, die von uns bereits begonnene Abkehr von der überholten „Schrump-
1614 fungspolitik“ in allen wichtigen Grundsatzregelungen zu vollziehen. Sachsen ging in den Jahren 2009 bis 2014 einen
1615 Irrweg, indem man den Bevölkerungsrückgang mit einem Rückbau der Infrastruktur begleitete, Polizeireviere und Schu-
1616 len schloss und den Nahverkehr einkürzte. Wir haben den Kurs verändert und setzen stattdessen darauf, die Gemeinden
1617 im ländlichen Raum mit attraktiver Infrastruktur auszustatten, um junge Menschen dort zu halten und neue Einwoh-
1618 nerinnen und Einwohner anzuziehen. Der Weg funktioniert – und inzwischen stößt so manche Gemeinde an Entwick-
1619 lungsgrenzen, die ihr durch überholte Regelungen gesetzt werden. Wir werden deshalb den Landesentwicklungsplan
1620 überarbeiten und an dem eingeschlagenen Kurswechsel neu ausrichten.

1621 **FÜR BEZAHLBARE MIETEN IN UNSEREN GROSSSTÄDTEN**

1622 Wo mehr Menschen und weniger freie Wohnungen sind, steigen die Mieten. Sachsen wird um seine Großstädte in
1623 Deutschland beneidet: sie sind schön, lebendig und durchmischt. Damit das so bleibt, brauchen wir eine soziale Woh-
1624 nungspolitik. Es ist uns wichtig, steigende Mieten einzudämmen und langfristig zu erreichen, dass niemand mehr als
1625 ein Drittel seines Einkommens für die Miete ausgeben muss. Wir haben vor zwei Jahren den Wiedereinstieg Sachsens
1626 in den sozialen Wohnungsbau ermöglicht und erstmals nicht nur Darlehen, sondern Zuschüsse für den Bau neuen
1627 Wohnraums eingesetzt. Diese Förderung werden wir weiterentwickeln und erhöhen, damit Wohnen in Sachsen über-
1628 all bezahlbar bleibt.

1629 **Soziale Durchmischung erhalten und fördern**

1630 Unsere ostdeutschen Großstädte haben den westdeutschen Städten eines voraus: Die soziale Entmischung ist zwar
1631 auch hier vorhanden, aber noch nicht zu weit vorangeschritten. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Vorteil erhal-
1632 ten bleibt und die soziale Durchmischung weiter befördert statt verringert wird. Deshalb muss das Wohnen in den
1633 Stadtzentren bezahlbar bleiben, die Stadtviertel müssen über preiswerten und gehobenen Wohnraum gleichermaßen
1634 verfügen und belegungsgebundene Wohnungen über das gesamte Stadtgebiet verteilt werden.

1635 **Mehr Sozialwohnungen bauen**

1636 Wir werden die Förderbedingungen für belegungsgebundenen Mietwohnraum verbessern und erhöhen so die Zahl der
1637 Sozialwohnungen. Die Mietpreis- und Belegungsbindung werden wir mit Blick auf relevante Kriterien wie Abschreibun-
1638 gen verlängern. So soll Sachsen perspektivisch über einen stabilen Bestand von 25.000 Sozialwohnungen verfügen und
1639 diesen langfristig halten. Gleichzeitig öffnen wir die Wohnraumförderung für Haushalte mit kleinen und mittleren Ein-
1640 kommen, damit sie auch in angespannten Wohnungsmärkten eine passende bezahlbare Wohnung finden können. Der
1641 Bestand von sozialgefördertem barrierefreien Wohnraum soll wachsen.

1642 **Mietpreisbremse und Zweckentfremdungsverbot ermöglichen**

1643 Die Realität der angespannten Wohnungsmärkte in den Ballungsräumen Leipzig und Dresden muss endlich rechtliche
1644 Anerkennung finden. Die bisher in Dresden und Leipzig geltende Kappungsgrenzen-Verordnung werden wir über das
1645 Jahr 2020 hinaus verlängern und gegebenenfalls weitere Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten mit einbe-
1646 ziehen. Für Dresden und Leipzig werden wir außerdem die Mietpreislöscher aktivieren. Gerade in den Großstädten wird
1647 die schon bestehende Wohnungsknappheit durch die Zweckentfremdung von Wohnungen, die zu Ferienwohnungen
1648 umgewandelt werden oder als Spekulationsobjekte leer stehen, verschärft. Deshalb sprechen wir uns für ein Zweck-
1649 entfremdungsverbot und die Einführung der Zweckentfremdung als Ordnungswidrigkeit aus.

1650 **Gemeinnütziges Wohnen besonders unterstützen**

1651 Wir richten die Förderpolitik des Freistaates Sachsen so aus, dass vor allem kommunale Wohnungsbaugesellschaften
1652 und Genossenschaften profitieren, die neue bezahlbare Wohnungen in unseren Städten schaffen und langfristig er-
1653 halten. Beim Verkauf öffentlicher Grundstücke für Zwecke des Wohnungsbaus soll eine Konzeptvergabe zum Standard
1654 werden, die auch soziale, ökologische, wohnungs- und städtebauliche Aspekte berücksichtigt. Baugemeinschaften sol-
1655 len ebenfalls eine besondere Förderung erfahren.

1656 **Durchsetzungsverfahren bei bebaubaren Grundstücken ermöglichen**

1657 Wir sichern die Handlungsfähigkeit des Staates im Umgang mit bauunwilligen Investoren. Deshalb stellen wir ein Not-
1658 fallbudget bereit, um unsere Städte bei Durchsetzungs- und Enteignungsverfahren finanziell zu unterstützen.

1659 **Baukosten senken und Wohnformen mit geringen Kosten fördern**

1660 Wir senken Baukosten und überprüfen die Anforderungen der sächsischen Bauordnung an Wohngebäude. Wir haben
1661 bereits die Stellplatzpflicht abgeschafft. In einem nächsten Schritt sollen die Gemeinden die Möglichkeit bekommen,
1662 standortbezogen die Errichtung von Stellplätzen zu verbieten und so insbesondere kostentreibende Tiefgaragen im
1663 Neubau zu verhindern. Auch Bau- und Wohnformen mit geringeren Kosten, wie z.B. Tiny-Houses oder kooperative
1664 Wohnformen, wollen wir in den Kommunen und im Land stärker unterstützen.

1665 **Studentisches Wohnen ausbauen, Azubi-Wohnen fördern**

1666 Wir steigern die Förderung der sächsischen Studierendenwerke zielgerichtet weiter, damit diese in die Sanierung und
1667 insbesondere den Neubau von Studierendenwohnheimen investieren können. Dies trägt zur Entlastung des herkömm-
1668 lichen Mietwohnungsmarktes bei. Weiterhin wollen wir auch kommunale Azubi-Wohnheime fördern – nicht nur in den
1669 Großstädten, sondern auch an Berufsschulstandorten im ländlichen Raum.

1670 **Instrumente der Wohnraumförderung verbessern**

1671 Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Mittel für Wohnraumförderung und sozialen Wohnungsbau
1672 besser mit städtebaulichen Programmen verknüpft werden können. Damit erreichen wir eine stärkere Integration von
1673 städtebaulichen und wohnungspolitischen Vorhaben. Wir werden die Instrumente zur Wohnraumförderung, die Sach-
1674 sen derzeit anwendet, einer kritischen Analyse unterziehen und an die aktuellen Herausforderungen anpassen. Die
1675 durchschnittliche Haushaltsgröße in Sachsen sinkt seit Jahren stetig, gleichzeitig steigt die Gesamtzahl der Haushalte
1676 – in allen Regionen. Bedarfsgerechte und zum Teil auch kleinere Wohnungen können hier eine Antwort sein, ebenso
1677 Wohnmodelle wie gemeinschaftliches Wohnen oder Mehrgenerationenwohnen. Neben den bereits bestehenden In-
1678 strumenten werden wir weitere Möglichkeiten eröffnen, beispielsweise zur Förderung von kooperativen Wohnformen
1679 mit sozial-integrativem Charakter.

1680 **KLIMASCHUTZ, ENERGIEPOLITIK UND NATURSCHUTZ**

1681 Klimaverantwortung ist ein Schicksalsthema. Mit ihm entscheidet sich die Zukunft unserer Kinder und Enkel, unserer
1682 Gesellschaft, von Menschen in anderen Regionen, ja unseres Planeten. Die Klimakrise bedroht weltweit die Lebens-
1683 grundlagen von immer mehr Menschen. Ein wirksamer Klimaschutz ist deshalb auch Friedens- und Migrationspolitik.
1684 Dass der Klimawandel auch Sachsen beeinflusst, zeigt die Zunahme von Wetterextremen: Starkregenereignisse und
1685 Überschwemmungen trafen in den letzten Jahren viele sächsische Kommunen, gleichzeitig haben in den letzten Jah-
1686 ren Hitzesommer wie z.B. 2018 stark zugenommen. Klimaverantwortung ist keine Angelegenheit, die sich nur in inter-
1687 nationalen Abkommen auf abstrakter Ebene abspielt. Klimaverantwortung spielt im Hier und Jetzt, ist konkret und hat
1688 Auswirkungen auf den Alltag aller Bürgerinnen und Bürger.

1689 Der Klimaschutz darf nicht länger hinter anderen politischen Zielen zurückstehen. Das macht uns gerade das Enga-
1690 gement der vielen jungen Menschen klar, die im Rahmen von #fridaysforfuture für mehr Klimaschutz auf die Straße
1691 gehen. Diese Überzeugung findet aber auch Ausdruck in den Vorschlägen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel

1692 und Beschäftigung“, mit denen Deutschland einen entscheidenden Schritt zu mehr Klimaverantwortung und einer ver-
1693 antwortungsbewussten Energiepolitik gehen wird. Der Strukturwandel ist ohne Frage verbunden mit Unsicherheiten
1694 für die Beschäftigten in den Braunkohlerevieren – aber auch mit vielen neuen Chancen für unser Land und die Men-
1695 schen in den Strukturwandelregionen. Deshalb wollen wir ihn mit den Menschen in den Revieren politisch gestalten,
1696 statt ihn den freien Marktkräften zu überlassen.

1697 **Im gemeinsamen Ziel den Ausgleich suchen**

1698 Wir stehen für eine Klimaschutz-, Energie- und Strukturpolitik, die zwischen den verschiedenen Positionen vermittelt
1699 und einen Weg des Ausgleichs sucht. Es ist nicht leicht, die Bedürfnisse der heutigen Generation im Blick zu behalten
1700 und gleichzeitig die Chancen und Interessen kommender Generationen zu wahren. Um diese Balance gilt es zu ringen,
1701 bei jeder einzelnen Entscheidung. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Die Lebensumstände
1702 und die Lebensleistung heutiger Generationen müssen gewürdigt und angemessen berücksichtigt werden. Gleichzei-
1703 tig darf die Menschheit die Kosten des heutigen Wohlstands nicht länger auf dem Rücken künftiger Generationen und
1704 einzelner Regionen in der Welt abwälzen. Klimaschutz, Strukturwandel und Energiewende werden nur gelingen, wenn
1705 die Bürgerinnen und Bürger dies im ganzen Land akzeptieren und zu ihrer Sache machen. Deshalb sind das Erringen
1706 und die Sicherung von Akzeptanz, die Beteiligung der Bürge-rinnen und Bürger an der Meinungsbildung und Entschei-
1707 dungsfindung und eine transparente, faire Kommunikation zentrale Erfolgsfaktoren für die Aufgabe, vor der wir alle
1708 stehen.

1709 **Klimaschutz in die Verfassung**

1710 Wir bekennen uns zu den Klimazielen von Paris. Deshalb wollen wir den Klimaschutz als Staatsziel in die sächsische
1711 Verfassung aufnehmen. Wir erwarten, dass die Bundesregierung zeitnah – wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben
1712 – ein Klimaschutzgesetz vorlegt, das dann auch für uns in Sachsen Grundlage der weiteren Landesentwicklung sein
1713 kann.

1714 **Ein sächsisches Klimaschutzgesetz**

1715 Die Bundesregierung hat alle Sektoren, die Klimagase emittieren, identifiziert und Ziele für die Reduktion in jedem
1716 Sektor in einem Klimaschutzplan 2050 festgelegt. Um diese Ziele umzusetzen, braucht Sachsen eine integrierte Klima-
1717 und Energiestrategie, die alle Bereiche einbezieht, die Treibhausgase erzeugen und gleichzeitig sozial- und wirtschafts-
1718 politische Belange berücksichtigt. Deshalb werden wir konkrete und verbindliche Maßnahmen in einem sächsischen
1719 Klimaschutzgesetz festschreiben.

1720 **DIE ENERGIEWENDE GESTALTEN**

1721 Einer der Kernpfeiler des Klimaschutzes ist die Energiewende. Sie findet nicht allein in der Energiewirtschaft, sondern
1722 in allen Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft statt. Unsere Energie wird in Zukunft dezentraler produziert werden
1723 und aus vielfältigen Energiequellen stammen. Dabei werden die erneuerbaren Energien einen immer größeren Anteil
1724 einnehmen. Wir wissen, dass Sachsen hier noch einen weiten Weg vor sich hat. Wir wollen diese Herausforderung
1725 engagiert annehmen.

1726 **Den Kohlekompromiss umsetzen**

1727 Mit dem Umbau der Energiewirtschaft in Deutschland sollen die CO₂-Emissionen in diesem Sektor bis zum Jahr 2030
1728 um bis zu 62 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Die Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwan-
1729 del und Beschäftigung“ (KWSB) zeigen, wie diese Ziele erreicht werden können. Gleichzeitig sichern sie, dass die Koh-
1730 lerevieren neue Entwicklungschancen erhalten und die Beschäftigten auch künftig sozial abgesichert sind. Deshalb
1731 stehen wir hinter dem Kompromissvorschlag der Kommission zum endgültigen Ausstiegsjahr 2038 unter Berücksich-
1732 tigung der festgelegten Revisionspunkte. Eine Aufweichung dieses Kompromisses in die eine oder andere Richtung
1733 lehnen wir ab.

1734 **Den Strukturwandel verantwortungsvoll gestalten**

1735 Der Ausstieg aus der Kohleverstromung und der damit verbundene Strukturwandel in den Revieren ist eine gesamtge-
1736 sellschaftliche Aufgabe. In den nächsten Jahren werden erhebliche Mittel des Bundes für diese Aufgabe bereitgestellt.
1737 Wir wollen diese große Chance beim Schopfe packen und die Gelder wirklich nachhaltig einsetzen. Daraus leitet sich
1738 für uns eine besondere Verantwortung und Sorgfalt bei der Prüfung der Maßnahmen für den Strukturwandel ab. Uns
1739 ist wichtig, dass aus dem Sammelsurium der Maßnahmen und Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Struktur-
1740 wandel und Beschäftigung“ ein strategisches Gesamtkonzept für Sachsen wird.

1741 Vollständig erneuerbar im Jahr 2050

1742 Der Klimaschutz und die Energiewende sind langfristige Aufgaben, die Schritt für Schritt konsequent verfolgt werden
1743 müssen. Deshalb ist uns die Festschreibung und Einhaltung klarer Ziele in diesen Bereichen wichtig. Der Ausbau der
1744 Erneuerbaren Energien in Sachsen muss sich künftig an den bundesdeutschen Zielen orientieren, um den vorhandenen
1745 Rückstand aufzuholen. Die SPD bekennt sich deshalb zu dem Ziel, bis 2050 den Energiebedarf des Frei-staates vollstän-
1746 dig aus erneuerbaren Quellen zu decken und darüber hinaus einen Beitrag zur Energieversorgung Deutschlands leisten.
1747 Sachsen soll Energieland bleiben.

1748 Ausbau der erneuerbaren Energien

1749 Sachsen hat immer noch Nachholbedarf beim Ausbau erneuerbarer Energien. In unserer Regierungszeit haben wir be-
1750 reits den Abstandserlass zurückgenommen, der den Windradausbau behindert hat. Wir haben eine Speicherrichtlinie
1751 geschaffen, die eines der größten offenen Probleme der Energiewende angeht und sächsischen Unternehmen neue
1752 Chancen schafft. Für die Wasserkraft haben wir die Wasserentnahmeabgabe abgeschafft. In den kommenden Jahren
1753 wollen wir die Nutzung von Sonne, Wind und Wasser zur Energiegewinnung weiter stärken. Wir brauchen die bedarfs-
1754 gerechte Ausweisung von Vorrang- und Eignungsgebieten für Wind- und Solarparks und Stromspeicher. Dabei kön-
1755 nen insbesondere die Strukturwandelregionen eine große Rolle spielen. Dort sind sowohl Fachkräfte, Flächen als auch
1756 Infrastruktur für einen großflächigen Ausbau von Wind- und Solarparks sowie Speichertechnologien vorhanden. Wir
1757 werden die Nutzung von Freiflächen wie Dächern, Fassaden und Lärmschutzwänden für Photovoltaik intensivieren und
1758 Modelle des Mieterstroms bekannter machen und fördern.

1759 Die Energiespeicherung auf ein neues Niveau heben

1760 Wir wollen die bereits heute innovative Forschungslandschaft in Sachsen dafür nutzen, die Energiespeicherung auf
1761 ein neues Niveau zu heben. Den Masterplan Energieforschung werden wir umsetzen, die Potenziale an sächsischen
1762 Hochschulen nutzen und mit einer klugen Förderpolitik den Markteintritt für neue Produkte und Dienstleistungen
1763 im Bereich der Speichertechnologien erleichtern. Für Haushalte und Unternehmen wollen wir Technologien der de-
1764 zentralen Energiegewinnung und Batteriespeicherung zugänglich und erschwinglich machen und gleichzeitig große
1765 Energiespeicheranlagen in den Revieren unterstützen.

1766 Die kommunalen Unternehmen weiter stärken

1767 Die Energiewende beinhaltet große Chancen, die regionale Wertschöpfung zu stärken und die Energieerzeugung zu
1768 demokratisieren. Unsere zentralen Partner in der Energiewende sind deshalb die kommunalen Unternehmen, allen
1769 voran natürlich die Stadtwerke, aber auch die Verkehrsbetriebe und die kommunale Wohnungswirtschaft. Sie haben
1770 die Möglichkeit, sektorenübergreifend und in Partnerschaft mit Forschungseinrichtungen und der Industrie die Ener-
1771 giewende voranzubringen und Bürgerbeteiligungsmodelle im Energiesektor zu organisieren. Auch deshalb werden wir
1772 die Innovations- und Investitionskraft der Stadtwerke und anderer kommunaler Unternehmen erhalten und stärken.

1773 Den Energieverbrauch reduzieren

1774 Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien besteht das größte Einsparpotential in der Energie, die nicht verbraucht
1775 wird. Deshalb investieren wir in eine höhere Energieeffizienz und sinnvolle Energieeinsparungen in allen Bereichen
1776 unseres Lebens.

1777 Energieeffizient bauen und sanieren

1778 Auf Gebäude entfallen rund 40 Prozent des Energieverbrauchs, ein großer Teil davon auf die Beheizung. Der vielver-
1779 sprechendste Weg zur Klimaneutralität im Gebäudebereich ist die Steigerung der Energieeffizienz. Dazu gehört die
1780 Dämmung der Gebäudehülle, der Einsatz von nachhaltigen Baustoffen, der Austausch von alten Heizungsanlagen, aber
1781 auch die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und der Umstieg vom bloßen Verbrauch von Energie zur Erzeugung von
1782 Energie beispielsweise durch Photovoltaik- und Solarthermieanlagen auf Dächern, Geothermie oder die Speicherung
1783 von Strom in Batterien. Die energetische Optimierung von Gebäuden kommt in Sachsen unterschiedlich schnell voran.
1784 Während im Neubau inzwischen die Umsetzung umweltfreundlicher Vorgaben zum Standard geworden ist, sind bei
1785 den Bestandsbauten noch größere Anstrengungen nötig. Mit der Sächsischen Energieagentur besteht für die ener-
1786 getische Optimierung von Bauten eine wichtige Beratungsstelle. Wir wollen die Förderung in diesem Segment ausbauen
1787 und Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden für selbstgenutztes Wohneigentum, Mietwohnungsbau und
1788 Gewerbetreibende stärker fördern.

1789 Erforschung und Verwendung klimaneutraler Baustoffe fördern

1790 Beton und Stahl sind die am meisten genutzten Baustoffe. Ihre heutige Herstellungsweise verursacht enorme CO2-
1791 Emissionen. Wir wollen das Potential unserer sächsischen Hochschulen und ihrer Ausgründungen nutzen und die
1792 Erforschung klimaneutraler Baustoffe und klimaneutraler Herstellungsprozesse fördern. Bei der Umsetzung von Bau-
1793 projekten der öffentlichen Hand soll Sachsen mit gutem Beispiel vorangehen und innovative Baustoffe nutzen. Auch
1794 deshalb brauchen wir ein Vergabegesetz, das die Berücksichtigung ökologischer Kriterien bei der Ausschreibung von
1795 Leistungen endlich ermöglicht.

1796 **Energieeffiziente Mobilität**

1797 Die Energiewende ist nur schaffbar, wenn wir auch im Bereich des Verkehrs einen grundlegenden Wandel erreichen.
1798 Deshalb wollen wir den Anteil des umweltschonenden Schienen-verkehrs beim Transport von Gütern deutlich erhöhen.
1799 Unsere verkehrspolitischen Vorhaben wie beispielsweise die Neubaustrecke Dresden-Prag werden hier einen großen
1800 Beitrag leisten. Unsere Mobilitätskonzepte stärken den Öffentlichen Personennahverkehr sowie den Radverkehr. Wenn
1801 es uns darüber hinaus gelingt, Sachsen zum Kernland der Elektromobilität zu machen, setzen wir insgesamt auf eine
1802 energieeffiziente Mobilität in den Großstädten und den ländlichen Räumen gleichermaßen.

1803 **Klimafreundliches Wirtschaften**

1804 Wir wollen, dass Unternehmer, Eigentümer, Investoren und Anleger die Risiken, die sich aus dem Klimawandel für sie
1805 ergeben, kennen und sie angemessen in ihre Entscheidungen einbeziehen. Deshalb sollen veröffentlichungspflichtige
1806 Unternehmen die sie betreffenden, klimabasierten Risiken im Berichtswesen ihres Unternehmens ausweisen. Beson-
1807 ders fordern wir dies für die Unternehmen der öffentlichen Hand, damit ihre Eigentümer, also die Bürgerinnen und
1808 Bürger, transparent nachvollziehen können, welche Risiken sich aus dem Klimawandel für ihr Eigentum ergeben und
1809 wie die jeweiligen Unternehmensleitungen auf diese reagieren. Bei der öffentlichen Beschaffung müssen auch ökolo-
1810 gische und soziale Kriterien eine größere Rolle spielen - auch deshalb ist ein zeitgemäßes Vergabegesetz für Sachsen
1811 dringend nötig.

1812 **CO2-neutrale Energiepolitik**

1813 Wir wollen eine Politik, die konsequent und ressortübergreifend den Ausstoß von Kohlendioxid (CO2) verringert. Die
1814 Vermeidung von CO2 wird nach unserer Überzeugung nur mit einem konsequenten Einsatz von marktwirtschaftlichen
1815 Instrumenten gelingen. Wir wollen in einem Klimaschutzgesetz eine CO2-Bepreisung – nicht als zusätzliches, sondern
1816 als neues, zentrales Steuerungselement der Klima- und Energiepolitik. In diesem Zusammenhang soll eine Überprüfung
1817 des heutigen energiewirtschaftlichen Systems von Steuern, Abgaben und Förderungsinstrumenten mit dem Ziel des
1818 Abbaus von Ineffizienz, Widersprüchen und Überregulierung erfolgen.

1819 **Energiebewusstes Verbrauchsverhalten fördern**

1820 Wir wollen ein energiebewusstes Verhalten von uns Verbraucherinnen und Verbrauchern in allen Bereichen befördern.
1821 Dazu trägt die Schaffung preiswerter und attraktiver Angebote im ÖPNV ebenso bei wie die Verbesserung der Radwe-
1822 geinfrastruktur. Im Wohnbereich brauchen wir vermehrt Energietarife, die Kundinnen und Kunden fürs Energiesparen
1823 belohnen. Wir wollen, dass Stromanbieter eine aktive Beratung und beispielsweise Prepaid-Stromzähler anbieten. Ein
1824 energiebewusstes Verbrauchsverhalten setzt aber auch auf Reparatur statt Neukauf, auf geschlossene Stoffkreisläufe,
1825 die Stärkung regionaler Wertschöpfungskreise und auf verantwortungsbewussten Konsum. Wir werden deshalb die
1826 Umweltbildung in unseren Kindergärten und Schulen verstärken und neben theoretischem Wissen da-bei auch die
1827 Lust an praktischen Fähigkeiten wie dem Nähen, Reparieren und Kochen fördern.

1828 **Den Bewusstseinswandel unterstützen**

1829 In den letzten Jahren hat in unserer Gesellschaft schon ein enormer Bewusstseinswandel stattgefunden. Dass große
1830 Discounter heute wie selbstverständlich auch Bio-Produkte verkaufen, dass Modelle geteilter Ressourcennutzung wie
1831 das Car-Sharing stetig wachsen und dass viele Konsumentinnen und Konsumenten versuchen, ihren Plastikverbrauch
1832 zu reduzieren, zeigt, wie wichtig uns Menschen die Zukunft des Planeten schon geworden ist. Wir wollen, dass sich
1833 die Bürgerinnen und Bürger laufend über den Klimawandel informieren können und wissen, was sie selbst aktiv un-
1834 ternehmen können, um die Erde besser zu schützen. Klimaschutz, die Energiewende und Naturschutz sind wichtige
1835 Bildungsthemen. Wir wollen die Bildung für nachhaltige Entwicklung an unseren Schulen, Hochschulen und anderen
1836 Bildungsträgern stärken. Auch in den öffentlich-rechtlichen Medien und in landespolitischen Debatten muss das The-
1837 ma künftig einen größeren Raum einnehmen.

1838 **UMWELT- UND NATURSCHUTZ**

1839 Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist für die heutige wie für künftige Generationen gleichermaßen
1840 wichtig. Die Qualität unserer Böden, unserer Wälder, Wiesen und Gewässer hat nicht nur Einfluss auf die landwirt-
1841 schaftliche Nutzbarkeit, sondern auch auf die Güte unseres Trinkwassers, auf die landschaftliche Entwicklung und da-
1842 mit die touristische Attraktivität unserer Regionen, auf die Vielfalt im Tierreich und auf die Lebensqualität von uns
1843 Menschen. Wir müssen die Natur besser schützen, um auch in Zukunft ein gutes Leben führen zu können.

1844 **Biologische Vielfalt fördern**

1845 Derzeit werden uns die Folgen von Flächenversiegelung, Rohstoffabbau, Monokulturen und hohem Pestizideintrag
1846 deutlich vor Augen geführt: Das Insektensterben hat in Deutschland gewaltige Ausmaße angenommen. Die Vogel-
1847 bestände gerade bei den früher häufig vorkommenden Arten sind in Gefahr. Während in Naturschutzgebieten und
1848 Reservaten Erfolge bei der Erhaltung von Arten erzielt werden, sinkt in den Normallandschaften die Biodiversität rapi-
1849 de. Und auch das Vordringen von Tieren wie Waschbär, Wildschwein und Wolf in besiedelte Gebiete hat seine Ursache
1850 vor allem darin, dass wir die natürlichen Lebensräume dieser Arten nach wie vor und zunehmend einschränken und
1851 zerstören. Weil die systemischen Auswirkungen des Verschwindens und der Überhandnahme einzelner Arten schwer
1852 vorhersehbare Kettenreaktionen nach sich ziehen, ist der Erhalt der Biodiversität eine unserer wichtigsten Zukunfts-
1853 aufgaben.

1854 **Flächenverbrauch verringern, Ausgleichsmaßnahmen intensivieren**

1855 Wer über Naturschutz spricht, darf über Flächenverbrauch nicht schweigen. Wir müssen den Flächenverbrauch verrin-
1856 gern und die Entsiegelung von Flächen fördern. Gerade weil andere klimaschutzrelevante Maßnahmen wie beispiels-
1857 weise der Ausbau der schienengebundenen Mobilität oder die Einrichtung von Energiespeichern den Verbrauch neuer
1858 Flächen erfordern, brauchen wir eine wirksame Gesamtstrategie zum Flächenverbrauch und zum Klimaschutz im Frei-
1859 staat Sachsen. Die Vornahme von Ausgleichsmaßnahmen wollen wir intensivieren: Während in Deutschland beispiels-
1860 weise für jeden Eingriff in die Landschaft ein gleichwertiger Ausgleich geschaffen werden muss, setzen andere Länder
1861 hier auf einen 2:1 oder 3:1-Ausgleich, also eine Überkompensation. Dabei muss es auch gelingen, die räumliche Nähe
1862 der Ausgleichsmaßnahmen zu den Eingriffsgebieten stärker als bisher zu berücksichtigen.

1863 **Naturnahes Flächenrecycling stärken**

1864 Gerade mit Blick auf unsere Strukturwandelregionen wollen wir die Wiedereingliederung nicht mehr genutzter Flächen
1865 in den Naturkreislauf intensivieren. Die Renaturierung von Bergbaufolgelandschaften hat bereits heute in Sachsen
1866 großartige Naherholungsgebiete und Naturschutzflächen ermöglicht. Wir wollen außerdem erreichen, dass im staatli-
1867 chen Hoch- und Tiefbau mehr Recycling-Baustoffe zum Einsatz kommen und so einerseits Baustoffgewinnungsgebiete
1868 verringert und andererseits Transportleistungen eingespart werden können.

1869 **Grundwasser- und Gewässerschutz**

1870 Wir müssen den Grundwasser- und Gewässerschutz in Sachsen weiter verbessern. Dazu muss einerseits die immer hö-
1871 here Nitratbelastung eingedämmt werden, die durch den hohen Düngemittelintrag der intensiven Landwirtschaft
1872 entsteht. Andererseits braucht es ebenso einen wirksameren Produkt-Gewässerschutz. Hierzu gehören Verunreini-
1873 gungen durch Mikroplastik und chemische Rückstände aus Wasch- und Reinigungsmitteln genauso wie steigende
1874 Antibiotika-Rückstände, die ihre Ursache auch in der Massentierhaltung haben. Ein guter Grundwasser- und Gewäs-
1875 serschutz ist nicht zuletzt notwendig, um die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen und ihnen deutliche
1876 Trinkwasser-Preissteigerungen zu ersparen.

1877 **Hochwasserschutz**

1878 Die Starkwetterereignisse der letzten Jahrzehnte haben uns im Freistaat Sachsen vor Augen geführt, wie wichtig Maß-
1879 nahmen zum Schutz vor Hochwasser, aber auch vor Sturzwasser und durch Bodenerosion verstärkte Schlammwasser
1880 sind. Im vorbeugenden Hochwasserschutz hat unser Land Fortschritte gemacht und die Bemühungen um die Auswei-
1881 tung natürlicher Überschwemmungsflächen und Abflussgebiete deutlich intensiviert. Wir wollen weiterhin die Balan-
1882 ce zwischen technischem und natürlichem Hochwasserschutz halten und prüfen deshalb einen Entschädigungsfonds
1883 für Landwirte und Landbesitzer zur Ausweisung zusätzlicher Hochwasserflächen. Die Kommunen werden wir bei der
1884 Pflege der Gewässer zweiter Ordnung weiter unterstützen. Unser Nein zum Elbeausbau gilt auch weiterhin, denn die
1885 Vorteile einer Nutzung des Flusses als umweltfreundlicher Transportweg können die Nachteile mit Blick auf den Schutz
1886 von Natur, Biodiversität und Landschaft sowie den Hochwasserschutz nicht aufwiegen.

1887 **Sächsischen Biotopverbund ausweiten**

1888 Der sächsische Biotopverbund soll die derzeit noch vorhandenen naturnahen Lebensräume wildlebender Tiere und
1889 Pflanzen untereinander verbinden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Biotopverbund mit Hilfe des Flächenrecyclings
1890 besonders in unseren Strukturwandelregionen ausgeweitet wird und neue Gebiete Schritt für Schritt eingegliedert
1891 werden können. Wir werden uns das Stiftungsprogramm „Jeder Gemeinde ihr Biotop“ zum Vorbild nehmen. Dazu ge-
1892 hört auch, dass wir den Waldumbau konsequent fortsetzen und weitere Wildnisgebiete (sogenannte Prozessschutzflä-
1893 chen) ausweisen. Wir nehmen uns vor, das nationale Ziel von fünf Prozent der Gesamtwaldfläche zu erreichen.

1894 **Ein landeseigenes Naturschutzprogramm einrichten**

1895 Im Freistaat Sachsen steht viel Geld für Naturschutzmaßnahmen zur Verfügung. Doch da es sich hierbei fast ausschließ-
1896 lich um EU-Mittel handelt, ist der bürokratische Aufwand hoch und oft so kompliziert, dass ehrenamtliche Naturschutz-
1897 vereine nicht auf das Geld zugreifen können. Der Freistaat kann nicht flexibel auf aktuelle Herausforderungen reagieren
1898 und ist von Entscheidungen auf EU-Ebene abhängig. Wir haben mit der Einführung der Initiative „Sachsen blüht“ einen
1899 ersten Schritt zu landesmittelfinanzierten Naturschutzprogrammen unternommen. Künftig wollen wir ein landeseige-
1900 nes Förderprogramm für Naturschutzmaßnahmen einführen und für unsere Kommunen öffnen.

1901 **Den ehrenamtlichen Naturschutz stärken**

1902 Wie im Sozial- und Jugendbereich auch, wird der Naturschutz zu einem sehr großen Teil vom Ehrenamt getragen. Wir
1903 freuen uns über die vielen jungen Menschen, die derzeit für einen vernünftigen Klimaschutz auf die Straße gehen.
1904 Dieses Ehrenamt braucht Strukturen, etwa um Fördermittel zu beantragen und Nachwuchs zu gewinnen. Wir werden
1905 deshalb die Förderung der Naturschutzstationen institutionalisieren und die Strukturen des ehrenamtlichen Natur-
1906 schutzes stärken.

1907 **Die Umweltbildung verbessern**

1908 Wir werden Träger und Maßnahmen der Umweltbildung weiter stärken. Die Themen Biodiversität, Tierwohl und
1909 Fleischkonsum sind in den Lehrplänen unserer Schulen zwar verankert. Wir wollen aber erreichen, dass die Auseinan-
1910 dersetzung mit diesen Themen auch im praktischen Schulalltag eine größere Rolle spielt – von der Schulhofgestaltung
1911 und der Einrichtung von Schulgärten bis hin zu Unterricht im Freien, Wandertagen und Exkursionen. Deshalb wollen
1912 wir Themen der Umweltbildung stärker in den Fortbildungen der Lehrkräfte berücksichtigen und die Zusammenarbeit
1913 mit außerschulischen Bildungspartnern wie Umweltverbänden und Naturschutzinitiativen weiter stärken.

1914 **Das Wolfsmanagement beibehalten**

1915 Die wohl emotionalste Debatte im Bereich des Artenschutzes wird um den Wolf geführt. Der Wolf ist eine geschützte
1916 Tierart und wir freuen uns, dass er sich wieder dauerhaft in Sachsen angesiedelt hat. Klar ist aber auch: Wenn ein Wolf
1917 gravierende Probleme verursacht, dann muss das einzelne Tier getötet werden können. Mit der nach einem umfangrei-
1918 chen Beteiligungsprozess nun beschlossenen Wolfsverordnung hat das Land Sachsen klare Regeln für den Schutz von
1919 Tier und Mensch gleichermaßen formuliert und eine aus unserer Sicht vernünftige Balance zwischen allen Interessen
1920 hergestellt. Die Emotionalität der Debatte zeigt, wie wichtig es ist, die Aufklärungsprogramme zum Wolf weiterzuführen,
1921 den Schadensausgleich zu ermöglichen und dauerhafte Dialogformate zu etablieren.

1922 **LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT**

1923 Unser Sachsen wird durch die Land- und Forstwirtschaft geprägt. Wir wollen eine zeitgemäße und nachhaltige Land-
1924 und Forstwirtschaft, die mit ihren unterschiedlichen Strukturen unsere Kulturlandschaft aktiv mitgestaltet und erhält,
1925 die einen möglichst hohen Beitrag zum Klima- und Artenschutz leistet, vielen Menschen eine gute Arbeit und ein siche-
1926 res Einkommen bietet und uns mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln und Ressourcen versorgt. Wir haben die
1927 Umstellungsförderung für den ökologischen Landbau erhöht und damit einen stärkeren Anreiz für einen Umstieg ge-
1928 schaffen. Wir freuen uns, dass wir uns mit unserer Forderung, die Hofabgabeklausel abzuschaffen, durchgesetzt haben
1929 und damit endlich mehr ältere Landwirte von der Alterssicherung profitieren. Und wir haben Hilfsmaßnahmen ergrif-
1930 fen, um die sächsische Land- und Forstwirtschaft bei Umsatzeinbrüchen, etwa durch Dürre oder in der Milchkrise, zu
1931 helfen. Sowohl die Zahl der ökologisch produzierenden Betriebe als auch die ökologisch bewirtschaftete Fläche hat in
1932 den letzten 20 Jahren in Sachsen deutlich zugenommen. Nachhaltige Produktionsverfahren in der Landwirtschaft und
1933 der Lebensmittelherstellung haben positive Arbeitsmarkteffekte. Deshalb ist eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik
1934 gleichzeitig wirksame Wirtschaftsförderung für die ländlichen Räume in Sachsen. In den nächsten Jahren wollen wir
1935 die Bedingungen für eine ökologisch verantwortungsvolle Land- und Forstwirtschaft weiter verbessern, damit noch
1936 mehr Betriebe den Umstieg wagen.

1937 **Flächenausverkauf verhindern**

1938 Unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind Teil der regionalen Wertschöpfung. Wir wollen die Position vor Ort ansässiger kleinerer und mittlerer Betriebe im lokalen Grundstücksmarkt stärken und Flächenausverkäufe an Finanzinvestoren verhindern. Zu diesem Zweck werden wir gesetzliche Regelungen einführen, die den Verkauf von Betrieben und Betriebsanteilen in ähnlicher Weise wie den Verkauf von Flächen reglementieren und prüfen die Einführung einer Pachtpreisbremse.

1943 **Smart Farming fördern**

1944 Unsere traditionell recht großen landwirtschaftlichen Unternehmen sollen Vorreiter einer modernen und nachhaltigen Landwirtschaft des 21. Jahrhunderts werden. Die Digitalisierung landwirtschaftlicher Produktionsprozesse besitzt großes Potenzial für eine ressourcen- und klimaschonende Landbewirtschaftung. Wir wollen innovative Bewirtschaftungsformen fördern. Auch deshalb ist uns „5G an jedem Feld“ ein wichtiges Anliegen. In unseren Strukturwandelregionen wollen wir die Erprobung neuer Technologien voranbringen und dabei einen Schwerpunkt auf Projekte des Natur-, Klima- und Ressourcenschutzes in der Landwirtschaft legen.

1950 **Ökologischen Landbau zum Förderschwerpunkt machen**

1951 Wir wollen den Anteil der ökologisch produzierenden Betriebe in Sachsen weiter erhöhen. Landwirtinnen und Landwirte, die sich über den gesetzlichen Rahmen hinaus für den Schutz von Natur und Klima, für die biologische Vielfalt und das Tierwohl engagieren, werden wir stärker unterstützen. Dazu wollen wir neben der Ausreichung von Fördermitteln auch Beratungsstrukturen schaffen und Netzwerke zur regionalen Vermarktung stärken.

1955 **Böden und Grundwasser schützen**

1956 Die Qualität unserer sächsischen Böden und unseres Trinkwassers wird durch die hohe Nitratbelastung enorm beeinträchtigt. Deshalb muss die Düngeverordnung konsequent umgesetzt werden. Wir wollen erreichen, dass der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft auf das absolut notwendige Mindestmaß reduziert wird. Wir brauchen einen schrittweisen, aber zügigen Ausstieg aus der Anwendung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat. Die Erforschung und Erprobung von alternativen und ökologisch unbedenklichen Pflanzenschutzmitteln und Verfahren werden wir fördern.

1962 **Ausrichtung am Tierwohl stärken**

1963 In der Nutztierhaltung nimmt das Tierwohl für uns einen sehr hohen Stellenwert ein. Wir befürworten Siegel, die dem Verbraucher die Orientierung erleichtern und wollen bundeseinheitliche Regelungen, die Antibiotika in der Tierzucht auf ein absolutes Minimum beschränken und den Einsatz von Reserveantibiotika verbieten. Auswüchse der Massentierhaltung wollen wir unterbinden, um Tierleid zu verhindern und unsere Umwelt und unser Trinkwasser vor zu hoher Nitratbelastung zu schützen. Wir werden bei der Förderung besonderes Augenmerk auf ökologisch arbeitende Betriebe legen, die lokale Verwertungsketten nutzen und so Tiertransporte minimieren. Wir setzen uns außerdem dafür ein, Küken-Schreddern, betäubungslose Ferkel-Kastration und ähnliches sinnloses Tierleid zügig zu beenden.

1970 **Den sächsischen Weinbau erhalten**

1971 Der sächsische Weinbau ist ein wichtiger Teil unserer Geschichte und er ist Kulturgut. Wir sind stolz auf unser zwar im Vergleich sehr kleines Anbauggebiet, das aber qualitativ hervorragenden Wein produziert. Sachsens Weinanbau ist von Nebenerwerbsswinzern geprägt, deren Fortbildung wir stärker unterstützen wollen. Wir werden die Förderung der Anlage und Sanierung von Weinbergs- und Trockenmauern fortsetzen und den Steillagenweinbau weiter fördern.

1975 **Waldflächen schützen und vermehren**

1976 Sachsen ist im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich bewaldet, auch wenn die letzten zehn Jahre einen leichten Waldflächenzuwachs verzeichnet haben. Unser Ziel bleibt ein Freistaat Sachsen mit 30 Prozent Waldfläche. Wir werden den naturnahen Waldumbau hin zu robusten Mischwäldern forcieren, die den veränderten Klimabedingungen standhalten. Die Waldverluste, die insbesondere durch die Braunkohletagebaue in der Lausitz entstanden sind, wollen wir nun im Angesicht des Kohlekompromisses zügig ausgleichen.

1981 **Naturnahe Waldbewirtschaftung stärken**

1982 Eine naturnahe Waldbewirtschaftung mit gemischten, reich strukturierten Wäldern und ausreichenden Totholzanteilen wird nicht nur aktuellen Forderungen an eine multifunktionale Forstwirtschaft am besten gerecht. Gesunde Waldböden stärken durch ihre Fähigkeit, starke Niederschläge abzapfen, auch den Schutz bei Extremwetterereignissen. Wir wollen die naturnahe Waldbewirtschaftung weiter stärken und so unter Einbeziehung natürlicher Prozesse die biologische

1986 Vielfalt fördern. Dazu gehört auch, durch verantwortungsvolle Jagd die Wildbestände so zu regulieren, dass gesunde
1987 und vielfältige Wald-Lebensgemeinschaften erhalten werden und sich die natürlich vorkommenden Baumarten ohne
1988 Schutzmaßnahmen verjüngen können.

1989 **Forstbetriebsgemeinschaften unterstützen**

1990 Um Besitzern kleinerer Waldflächen die anspruchsvolle Waldbewirtschaftung zu erleichtern, werden wir den Zusam-
1991 menschluss zu Forstbetriebsgemeinschaften weiter unterstützen. Die fachkundige Beratung des Staatsbetriebs Sach-
1992 senforst hilft Waldbesitzern dabei, sich auf die Auswirkungen des Klimawandels und Wetterextreme wie den Hitzesom-
1993 mer 2018 und Starkregen bzw. Stürme einzustellen. Diese Dienstleistungen müssen kostenfrei bleiben. Die finanzielle
1994 Förderung von Waldschutzmaßnahmen behalten wir bei und werden – wie beim Borkenkäfer – auch künftig zusätzli-
1995 che Mittel für aktuelle Problemlagen bereitstellen.

1996 **WIRTSCHAFT, ARBEIT UND INNOVATION**

1997 Eine starke, faire und nachhaltige Wirtschaft ist die Grundlage für gute Lebensbedingungen. Sie schafft die Vorausset-
1998 zungen für zukunftsfeste Arbeitsplätze, faire Einkommen und ökologischen Fortschritt. Die Leistungsfähigkeit und In-
1999 novationskraft unserer Gesellschaft lebt einerseits vom Unternehmertum – von Frauen und Männern, die ihre Produkt-
2000 und Geschäftsideen umsetzen wollen, die bereit sind, dafür Risiken einzugehen und Neuland zu betreten. Und sie lebt
2001 genauso von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – von Frauen und Männern, die mit Leistungsbereitschaft
2002 und Qualität, mit Kundenorientierung und Kreativität den Erfolg der Unternehmen, in denen sie beschäftigt sind, erst
2003 ermöglichen. Deshalb gehören für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Wirtschaft und Arbeit zusammen,
2004 sie sind zwei Seiten derselben Medaille und brauchen eine gemeinsame, integrierte Politik.

2005 Gutes Wirtschaften bedeutet für uns vor allem gute Arbeit und wettbewerbsfähige Produkte, aber auch Schutz der
2006 Umwelt, Verantwortung für die Region und für das Gemeinwesen. Wirtschaft, Arbeit, regionale Entwicklung und Um-
2007 weltschutz gehören aus unserer Sicht zusammen. Wir wollen eine Wirtschaft, die dynamisch und innovativ ist, die
2008 nachhaltig und generationengerecht arbeitet und in welcher der gemeinsam erwirtschaftete Wohlstand gerecht ver-
2009 teilt wird. Unsere Wirtschaftspolitik stärkt die, die in Sachsen etwas bewegen und gute Arbeit schaffen wollen. Mit klu-
2010 ger Rahmensetzung, intelligenten Förderinstrumenten und einer zugewandten Ermöglichungskultur wollen wir das
2011 richtige Umfeld schaffen.

2012 Weltweit sind die wichtigsten Faktoren für wirtschaftlichen Erfolg Kreativität und Weltoffenheit, Forschergeist und
2013 Offenheit für Neues. Ostdeutschland wird auf Dauer nur als weltoffene Region erfolgreich sein können. Auch darum
2014 müssen wir Rechtspopulismus, Rassismus und Rechtsextremismus weiter entschieden bekämpfen.

2015 **UNSERE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR WEITER STÄRKEN**

2016 Die sächsische Wirtschaft ist heute geprägt von breitem Mittelstand und Handwerk. Auch deshalb ist der Anteil der Ar-
2017beitsplätze in Sachsen, die in Forschung und Entwicklung angesiedelt sind, weiterhin unterdurchschnittlich. Kein DAX-
2018 Unternehmen hat seine Unternehmenszentrale in Sachsen. Die immer noch recht großen Einkommensunterschiede
2019 zu den Erfolgsregionen Deutschlands erschweren es, Fachkräfte zu halten oder zurückzugewinnen. Doch erfreulicher-
2020 weise wächst der Anteil exportierender sowie Innovation betreibender Unternehmen.

2021 **Nachteile der Kleinteiligkeit abbauen**

2022 Wir wollen die Kleinteiligkeit der sächsischen Wirtschaft verringern. Unsere Wirtschaftspolitik hilft, internes Unterneh-
2023 menswachstum zu fördern und Zukäufe zu unterstützen. Gleichzeitig wollen einige Unternehmen auch nicht wachsen,
2024 sondern ihr Geschäftsmodell stabilisieren und nachhaltig ausrichten. Wir wollen den Erhalt von Unternehmen in Zeiten
2025 des demografischen Wandels auch dann ermöglichen, wenn kein Wachstum erfolgt. Unter anderem haben wir die Si-
2026 cherung von Dauerarbeitsplätzen als eine Fördervoraussetzung der Wirtschaftsförderrichtlinie GRW RIGA zugelassen.
2027 Die brancheninterne und -übergreifende Zusammenarbeit wollen wir weiter fördern und mit den Vernetzungspoten-
2028 tialen der Digitalisierung die Nachteile der Kleinteiligkeit minimieren.

2029 **Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**

2030 Die Gemeinschaftsaufgabe “Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) bleibt unser wichtigstes För-
2031 derinstrument. Bei der aktuell anstehenden Neufassung des länderübergreifenden Rahmens dieser Bund-Länder-
2032 Richtlinie werden wir uns dafür einsetzen, dass auch nach 2020 genug Mittel bereitstehen, um den wirtschaftlichen

2033 Aufholprozess zu fördern und strukturellen Schwächen zu begegnen. Die Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts-
2034 kraft wie Investitionen, Innovationen, gewerbenahe Infrastruktur und Fachkräftesicherung sollen weiter im Mittel-
2035 punkt der GRW-Förderung stehen.

2036 **Förderrichtlinien passgenau gestalten und auf die Zukunft ausrichten**

2037 Wir haben die Richtlinie GRW RIGA modernisiert, um Tariftreue, innovatives Wirtschaften und Digitalisierung besser
2038 fördern zu können. Auch die neue Mittelstandsrichtlinie adressiert besonders die Aspekte Digitalisierung, Innovation
2039 und Fachkräftesicherung. Für die regional tätigen kleinen und mittleren Unternehmen in den Landkreisen haben wir
2040 mit der Richtlinie „Regionales Wachstum“ eine spezifische Investitionsförderung geschaffen, die gerade diesen unmit-
2041 telbar nützt und regionale Wertschöpfungsketten stärkt. Wir werden das Programm weiterführen und mit bedarfsge-
2042 rechten Finanzmitteln ausstatten.

2043 **SACHSEN ZUR INNOVATIONSSCHMIEDE DER ZUKUNFT MACHEN**

2044 Wir wollen Sachsen zu einer Innovationsschmiede in Mitteleuropa machen. Zukunftstechnologien werden hier nicht
2045 nur erprobt, sondern gehen in Serie. Wertschöpfung findet auf hohem Niveau und nachhaltig statt. Dabei werden neue
2046 Geschäftsmodelle erschlossen, zukunftsfähige Strukturen aufgebaut und qualifizierte und gute bezahlte Beschäfti-
2047 gung gesteigert. Wir wollen für eine solche Entwicklung die bestmöglichen Standortbedingungen herstellen und so
2048 dabei helfen, dass sich Sachsen von einem primären Produktionsstandort in einen herausgehobenen Entwicklungs-
2049 standort von europäischem Rang wandelt.

2050 **Industrieland Sachsen**

2051 Sachsen ist ein stolzes, innovatives Industrieland. Zentren des Bergbaus, der Stahl-, Textil- und Kunststoffindustrie, der
2052 Nahrungsmittel-, chemischen und pharmazeutischen Industrie, des Fahrzeug- und Maschinenbaus, der Elektrotech-
2053 nik und der Mikroelektronik prägen das Industrieland Sachsen. Es lebt vom Miteinander von innovativen, dynamischen
2054 kleinen und mittleren Unternehmen, einem leistungsfähigen industriellen Mittelstand und großen Unternehmen. Die-
2055 se sind zugleich Ankerpunkte und bilden Referenzräume für die Industrie von morgen. Sie schaffen Wertschöpfung,
2056 differenzierte Beschäftigungsmöglichkeiten und gute Arbeit. Große Unternehmen sind Vorbilder, setzen Standards in
2057 der Produktion, aber auch in der Vereinbarkeit von gutem Leben und Arbeiten, in der betrieblichen Mitbestimmung,
2058 bei Arbeitszeitmodellen und bei fairen Löhnen und Gehältern. Für die Verbreiterung der Wertschöpfung in Sachsen
2059 kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu. Mit einer aktivierenden Industriepolitik wollen wir große Unternehmen dabei un-
2060 terstützen, Innovationstreiber zu sein. Mit attraktiven Standortbedingungen wollen wir weitere Unternehmen für den
2061 Standort Sachsen begeistern. Unternehmen in Sachsen wollen wir bei der Transformation der Produktion und ihres
2062 Geschäftsmodells im digitalen Zeitalter begleiten. Sie sollen Netzwerke bilden und stärken, Innovationen in Prozessen
2063 und Produkten voranbringen und als Plattformen für den industriellen Mittelstand wirken. Wir wollen Investitionen
2064 in Forschung und Entwicklung auch von großen Unternehmen und die Zusammenarbeit mit sächsischen Hochschulen
2065 und Forschungseinrichtungen und kleinen und mittleren Unternehmen stärken.

2066 **Innovativen Industriewandel fördern**

2067 Wir wollen innovative Newcomer mutig fördern. Im traditionellen Industrie-Standort Sachsen werden unsere Unter-
2068 nehmen besonders vom industriellen Wandel betroffen sein. Gleichzeitig hat Sachsen beste Voraussetzungen für in-
2069 novative Branchen, die auf Grundlage unserer bestehenden Industriezweige wie beispielsweise Maschinenbau und
2070 Fahrzeugtechnik wachsen können, etwa Nanotechnik oder Robotik. Wir wollen bestehende Strukturen in den hier ver-
2071 wurzelten Branchen nutzen, um Zukunftstechnologien gezielt zu fördern. Die langfristige Wettbewerbsfähigkeit loka-
2072 ler Unternehmen unterstützen wir dabei unabhängig von ihrer Größe.

2073 **High Tech Netzwerke und Cluster stärken**

2074 Wir haben die bestmöglichen Voraussetzungen geschaffen, um zusätzliche Mittel aus europäischen High-Tech-
2075 Förderprogrammen (PENTA, KET) nach Sachsen zu lenken. Wir haben die Förderung von Branchennetzwerken und Clus-
2076 tern wieder ermöglicht, den brancheninternen Austausch und die Kooperation durch Preise und Wettbewerbe ange-
2077 trieben. Besondere Bedeutung kommt dabei den Zukunftsbranchen Energietechnik, Digitalisierung, Künstliche Intelli-
2078 genz, nachhaltige Mobilität und Fahrzeugtechnik, Maschinenbau und Industrierobotik, der Materialtechnologie sowie
2079 der Kultur- und Kreativwirtschaft zu.

2080 **Kernland der deutschen E-Mobilität werden**

2081 Wir machen Sachsen zur Wiege der Mobilität von morgen. Mit einer starken Zulieferindustrie, den modernsten Werken
2082 von Porsche und BMW, VW e-Golf in Dresden, VW I.D. in Zwickau sowie den BMW i3 und i8 Modellen in Leipzig ist Sach-
2083 sen schon jetzt auf dem Weg zum Kernland der deutschen Elektromobilität. Wir wollen die gute Ausgangssituation
2084 nutzen und dafür sorgen, dass Sachsen international führender Standort bei der Automobilität im Zeitalter der Digita-
2085 lisierung wird. Durch Kooperationsangebote der öffentlichen Forschungseinrichtungen in Chemnitz, Dresden, Freiberg,
2086 Leipzig und Zwickau wollen wir dazu beitragen, dass die sächsischen Automobilzulieferer und Originalausrüstungsher-
2087 steller im Wandel zu neuen Antriebstechnologien bestehen und diesen mitgestalten können.

2088 **Kernland von Innovation und moderner Technik**

2089 Auch alternative Antriebstechnologien nehmen einen immer breiteren Raum innerhalb der Mobilität ein. Wir wollen
2090 unseren technologieoffenen Ansatz weiter verfolgen und die Möglichkeiten dieser Antriebe für den Freistaat Sachsen
2091 nutzen. Sachsen soll zum Kernland der Innovation werden. Vor allem Wasserstoff bietet als Energieträger vielverspre-
2092 chende Anwendungsmöglichkeiten. Dies gilt nicht nur für Straßenfahrzeuge. Gerade im Schienensektor bietet Was-
2093 serstoff völlig neue Möglichkeiten zur Nutzung der Potentiale zur Emissionsminderung oder auch der CO2-Einsparung.
2094 Doch hier gilt der Fokus nicht allein dem Wasserstoff. Brennstoffzellen und Brennstoffzellensysteme gewinnen ebenso
2095 immer größere Bedeutung. Auch diese müssen weiter gefördert werden. Wir werden deshalb nicht mehr diskutieren,
2096 ob sich etwas durchsetzt und nicht nur die Ideen nach Sachsen holen. Denn wir sind schon viel weiter. Wir werden auch
2097 die Wertschöpfung nach Sachsen holen. Wir werden die Technologien in Sachsen anwenden. Denn die Zukunft liegt in
2098 der Vielfalt der Antriebstechnologien.

2099 **Testfeld für autonomes Fahren einrichten**

2100 Wir wollen neue und moderne Mobilitätsangebote zur Verfügung stellen. Dies werden wir durch die Einführung auto-
2101 matisierter Fahrfunktionen, die für eine breite Anwendung geeignet sind, erreichen. Das gilt nicht nur für den Personen-
2102 , sondern insbesondere auch für den Güterverkehr. In Sachsen soll zeitnah das erste urbane Testfeld für autonomes
2103 Fahren entstehen. Die Erschließung des ländlichen Raumes mit digitaler Infrastruktur und autonom gesteuerten Fahr-
2104 zeugen bietet ungeahnte Möglichkeiten für Lebens- und Arbeitsräume auch außerhalb der großen Zentren.

2105 **Praxisorientierte Forschung in Künstlicher Intelligenz**

2106 Wir wollen einen Hub für Künstliche Intelligenz in Sachsen ansiedeln. Dort sollen auf der Basis von Unternehmens-
2107 und Maschinendaten, die am Hub beteiligte Unternehmen zur Verfügung stellen, Anwendungen entwickelt und in die
2108 Praxis überführt werden.

2109 **Sächsische Strategie für Industrie 4.0**

2110 Der Übergang zur Industrie 4.0 bringt für Sachsens vielfältige und starke Industrielandschaft Chancen und Heraus-
2111 forderungen. Der innovative sächsische Maschinenbau bietet gute Voraussetzungen für einen gelungenen Übergang.
2112 Wir wollen die Ergebnisse der Strategiewerkstatt „Industrie der Zukunft“ im Rahmen einer übergreifende Sächsischen
2113 Industriestrategie umsetzen. Dabei setzen wir auf regionale Innovations- und Wertschöpfungsbündnisse und ressort-
2114 übergreifende Koordinierung. Die Beschäftigten in der Industrie und ihre Gewerkschaften sind unsere Partner.

2115 **Ansiedlung innovativer Unternehmen fördern**

2116 Sachsen ist es in den letzten Jahren gelungen, sich zu einem rundum attraktiven Investitionsstandort zu entwickeln.
2117 Ein erfolgreiches Schulsystem, exzellente Hochschulen und eine leistungsfähige Berufsschullandschaft sorgen für gut
2118 ausgebildete junge Fachkräfte, eine gute Infrastruktur für Anbindungen in alle Richtungen und im Breitbandausbau
2119 nimmt Sachsen im bundesweiten Vergleich inzwischen einen vorderen Rang ein. Wir wollen unsere Ansiedlungspolitik
2120 auf die Ansiedlung innovativer Unternehmen fokussieren. Denn für die Entwicklung und Erprobung neuer Technologien
2121 bieten sich nicht nur unsere Forschungsstandorte, sondern auch die Strukturwandelregionen in besonderer Weise an.

2122 **Sachsen zum Softwareland machen**

2123 Software ist der Schlüsselfaktor, um die digitale Transformation zu meistern. Sie ist Grundlage dafür, dass wir in al-
2124 len Bereichen weiter innovativ bleiben. Software wird in den traditionell starken Industriezweigen Maschinenbau und
2125 Fahrzeugbau immer wichtiger. Auch deswegen hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Beschäftigten in diesem Be-
2126 reich mehr als verdoppelt und diese positive Entwicklung wird sich fortsetzen. Um die Entwicklung zum Softwareland
2127 Sachsen zu beschleunigen, müssen wir weiter dafür sorgen, dass genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen, dass
2128 die digitale Infrastruktur auf Basis von Glasfaser ausgebaut wird und dass Innovationen ermöglicht werden. Sachsen
2129 verfügt mit seiner Forschungslandschaft und der vorhandenen Industrie über hervorragende Voraussetzungen, um die

2130 Zukunft der digitalen Transformation entscheidend zu gestalten. Um dieses Potential zu heben, werden wir die im Rah-
2131 men der Digital-Hub-Initiative der Bundesregierung ausgewählten Standorte Dresden und Leipzig gemeinsam mit der
2132 Wirtschaft weiter unterstützen, ihre Finanzierung sicherstellen und den Aufbau abschließen.

2133 **Unternehmen bei IT-Sicherheit unterstützen**

2134 Die fortschreitende Digitalisierung erhöht die Anforderungen an die Sicherheit von IT-Systemen. Wir schaffen mit ei-
2135 nem Gesetz zur Informationssicherheit die Voraussetzungen dafür, dass die Verwaltungsbehörden Sicherheitsgefahren
2136 wirksam erkennen und abwehren können. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir mit der Einrichtung
2137 eines Kompetenzzentrums für IT-Sicherheit für Unterstützung und Beratung auch im privatwirtschaftlichen Bereich
2138 sorgen.

2139 **Die Kultur- und Kreativwirtschaft weiter unterstützen**

2140 Die Kultur- und Kreativwirtschaft liegt uns sehr am Herzen. Dieser Wirtschaftszweig ist zukunftsweisend und verbind-
2141 et Stadt und Land. Wir sehen großes Potenzial in Kooperationen zwischen der Kultur- und Kreativwirtschaft, anderen
2142 Wirtschaftsbranchen und den Hochschulen, um Innovationen voranzutreiben und den Strukturwandel zu meistern.
2143 Wir wollen die begonnene Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft fortsetzen und konkretisieren. Dabei setzen wir
2144 auf die Zusammenarbeit mit den starken und wachsenden Branchennetzwerken. Auf der Basis des zweiten Branchen-
2145 berichts für den Wirtschaftszweig werden wir gezielte Maßnahmen ergreifen. In der Außendarstellung sächsischer
2146 Wirtschaftspotenziale wird die Branche eine noch größere Rolle spielen.

2147 **Kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe bei Innovationsarbeit unterstützen**

2148 Innovation entsteht, wenn kluge Köpfe in den Unternehmen Zeit und Raum für Neugestaltung haben. Wir haben es
2149 mit dem Innovationsassistenten-Programm auf Basis von ESF-Mitteln erstmals ermöglicht, dass kleine und mittlere
2150 Unternehmen für spezifische innovative Projekte Hochschulabsolventinnen und -absolventen für eine begrenzte Zeit
2151 einstellen konnten. Mit InnoManagern haben wir zudem das betriebliche Innovationsmanagement solcher Unterneh-
2152 men entscheidend gestärkt. So haben wir besonders kleinen Unternehmen geholfen ihr Geschäftsmodell weiterzuent-
2153 wickeln und gleichzeitig jungen Fachkräften Zukunftsaussichten in der Region ermöglicht. Wir wollen zukünftig auch
2154 aus Landesmitteln Personal für die Förderung der Innovationsaktivitäten kleiner Unternehmen unterstützen, um in
2155 dieser wichtigen Frage nicht allein von europäischen Mitteln abhängig zu sein. Besonderes Augenmerk legen wir dabei
2156 auf die Förderung der Digitalisierung der Geschäftsprozesse im Handwerk.

2157 **Vergaberecht auf Innovation ausrichten**

2158 Mit einer Modernisierung des Vergaberechts wollen wir nicht nur für Tariftreue und die Stärkung regionaler und öko-
2159 logischer Kriterien sorgen. Ein modernes Vergaberecht kann auch ein wirksames Innovationsinstrument sein, wenn es
2160 der öffentlichen Hand mehr Spielräume eröffnet. Wir wollen mit einem neuen Vergabegesetz ermöglichen, dass bei In-
2161 vestitionen der öffentlichen Hand – ganz gleich ob im Straßenbau, beim Neubau und der Sanierung von Gebäuden oder
2162 auch bei Ingenieurbauwerken – solche Angebote, die besonders innovative Baustoffe, Materialien oder Technologien
2163 einsetzen wollen, keinen Nachteil gegenüber der vermeintlich preisgünstigsten Lösung haben.

2164 **GUTEN GRÜNDERIDEEN DEN WEG EBEN**

2165 Sachsen hat seinen Ruf als herausgehobener Gründerstandort ausgebaut. Mit der Gründung der FutureSax GmbH ha-
2166 ben wir die Unterstützung des Freistaats für Gründerinnen und Gründer verstetigt, konzentriert und zukunftsfähig
2167 aufgestellt. Neben dem bewährten Technologiegründerstipendium haben wir mit dem InnoStartBonus ein weiteres
2168 Modellvorhaben für die Gründerförderung geschaffen. Die Hub-Standorte Dresden und Leipzig, der Inkubator SpinLab
2169 in Leipzig und das DLR-Softwareinstitut in Dresden verknüpfen wissenschaftliche Exzellenz und wirtschaftliche Ver-
2170 wertung. Und mit der Validierungsförderung des Freistaats Sachsen werden wir eine weitere Brücke schlagen.

2171 **Gründungs- und Wachstumskapital bereitstellen**

2172 Gründerinnen und Gründer sowie Wachstumsunternehmen brauchen für ihren Start das notwendige Kapital, das in
2173 Sachsen noch nicht in ausreichendem Maß vorhanden ist. Der Technologiegründerfonds soll Gründungs- und Wachs-
2174 tumskapital bereitstellen, um diesem Mangel zu begegnen und die Risikobereitschaft von Unternehmern und Kapital-
2175 gebern zu unterstützen. Wir wollen zusätzliches Gründungs- und Wachstumskapital in und für Sachsen mobilisieren,
2176 um innovativen Unternehmen insbesondere in den ländlichen Räumen und unseren Strukturwandelregionen Wachs-
2177 tum zu ermöglichen.

2178 **Auch in Sachsens Mittelstädten Ansiedlungsräume schaffen**

2179 Die Schaffung innovativer und kreativer Ansiedlungsräume ist uns wichtig. Wir wollen private und öffentliche Accel-
2180 eratoren / Inkubatoren unterstützen und wo möglich auch in den Mittelstädten „Hot Spots“ schaffen. Dafür sollen die
2181 Kommunen die GRW-Förderung effektiver nutzen können.

2182 **Gründerinitiativen weiter fördern**

2183 Auch in der neuen EU-Förderperiode werden wir die hochschulnahen Gründerinitiativen weiter fördern. Ziel ist die
2184 Verstärkung dieser Maßnahmen, um dauerhafte Strukturen an der Schnittstelle von Wissenschaft, Wirtschaft und
2185 StartUp-Szene zu etablieren.

2186 **Außeruniversitäre Forschungslandschaft ist Innovationstreiber**

2187 Wir setzen uns dafür ein, dass das hervorragende Netz außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Sachsen ver-
2188 stärkt wird. Uns ist ein breites und dauerhaftes Netzwerk der außeruniversitären Forschung wichtig. Demnach setzen wir
2189 auf eine regional ausgewogene Ansiedlungspolitik für Einrichtungen der Spitzenforschung und des Wissenstransfers.
2190 In der kommenden Dekade gilt es Planungen und Schwerpunktsetzungen der Forschungspolitik mit der sächsischen
2191 Innovationsstrategie zu verzahnen. Unser Ziel bleibt: Forschungsergebnisse sollen rasch in die Prototypen- und Ver-
2192 wertungsphase gelangen. Den Instituten der sächsischen Industrieforschungsgemeinschaft helfen wir weiterhin bei
2193 Investitionen.

2194 **SACHSENS MITTELSTAND UND HANDWERK STÄRKEN**

2195 Die überwiegende Mehrheit der sächsischen Unternehmen sind kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Sie
2196 prägen die Wirtschaftsstruktur in Sachsen stärker als in anderen Bundesländern. Ihre Umsatz- und Beschäftigungs-
2197 zahlen sind niedriger als im Bundesschnitt. Wir stellen den Mittelstand ins Zentrum unserer Wirtschaftspolitik. Groß-
2198 ansiedlungen sind für ein Ökosystem, in dem sich ein starker Mittelstand entwickeln kann, wichtig und willkommen.
2199 Doch es ist der organisch wachsende Mittelstand, der das Rückgrat der sächsischen Wirtschaft bildet.

2200 Wir haben die Mittelstandsförderung durch unsere neue Mittelstandsrichtlinie aktualisiert, vereinfacht und an die di-
2201 gitale Zukunft angepasst. Das derzeit größte Problem des Mittelstands – den Fachkräftemangel – gehen wir aktiv an.
2202 Mit der Etablierung einer landesweiten Fachkräfteallianz sowie von regionalen Allianzen in jedem Landkreis und jeder
2203 kreisfreien Stadt bestehen nun erprobte Strukturen vor Ort, so dass die neue Landesfachkräfteförderung auf frucht-
2204 baren Boden fällt. Wir haben das Mikrokreditprogramm verbessert und vereinfacht, die Förderrichtlinie „Regionales
2205 Wachstum“ eingeführt, die Förderung von Innovationsclustern aufgelegt und endlich ein Zentrum für Kultur- und Krea-
2206 tivwirtschaft etabliert. Unseren Weg, den Akteurinnen und Akteuren des Mittelstands mit passgenauen Angeboten bei
2207 ihrer Entwicklung zu helfen, setzen wir auch in Zukunft fort.

2208 **Umsetzung der Fachkräftestrategie „Sachsen 2030“**

2209 Wir werden gemeinsam mit den Sozialpartnern, Kammern, der kommunalen Familie und der Bundesagentur für Arbeit
2210 die neue Fachkräftestrategie „Sachsen 2030“ umsetzen. Darin wird der strategische Ansatz erstmals auf die jeweiligen
2211 Bildungs- und Erwerbsbiografien der unterschiedlichen Zielgruppen gelegt, statt nur in Institutionen und Zuständigkei-
2212 ten zu denken. Zukunftsthemen wie die Gestaltung von Arbeit, die Attraktivität der Arbeitsplätze und die Gesundheit
2213 der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter packt die neue Strategie an.

2214 **Zuwanderung von Fachkräften erleichtern**

2215 Das Portal „Heimat für Fachkräfte“ werden wir zu einer zentralen Anlaufstelle für die sächsische Fachkräftesicherung
2216 machen. Mit einer verbesserten und beschleunigten Anerkennung ausländischer Abschlüsse werden wir die gezielte
2217 Zuwanderung von Fachkräften erleichtern. Das Programm Arbeitsmarkt-Mentoren werden wir fortsetzen und setzen
2218 uns dafür ein, dass der „Spurwechsel“ vom Asylverfahren in die Fachkräftezuwanderung rasch ermöglicht wird, denn
2219 viele Unternehmen würden jungen Menschen gern eine Zukunftsperspektive eröffnen, können dies aber nicht auf-
2220 grund der aufenthaltsrechtlichen Unsicherheit, die mit dem Asylverfahren verbunden ist.

2221 **Unternehmensnachfolgen unterstützen**

2222 Die in den kommenden Jahren notwendigen Unternehmensnachfolgen stellen Sachsen vor große Herausforderungen.
2223 Wir werden in Zusammenarbeit mit den Kammern die Unterstützungsangebote bei Unternehmensnachfolgen noch
2224 besser bündeln und abstimmen. Dabei ist es uns besonders wichtig, potenziellen Nachfolgerinnen und Nachfolgern
2225 eine passgenaue Qualifizierung anzubieten und die rechtliche und finanzielle Beratung im Rahmen von Nachfolgepro-
2226 zessen zu verbessern.

2227 Stärkung der Handwerksberufe und Wiedereinführung der Meisterpflicht

2228 Die gesellschaftliche Anerkennung der Handwerksberufe muss steigen. Die Karriere- und Erfolgchancen werden immer noch zu wenig wahrgenommen. Mit dem Meister-Bonus und dem Meister-BAföG stehen bereits wichtige Instrumente zur Wertschätzung und Förderung der Meisterausbildung zur Verfügung. Um den ausgezeichneten Ruf der Qualität des sächsischen Handwerks zu erhalten, wollen wir den Meisterbrief und das System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe stärken. Deshalb unterstützen wir die Wiedereinführung der Meisterpflicht in einigen Gewerken.

2233 Den Meister-Bonus erhöhen wir auf 2.500 Euro.

2234 UNNÖTIGE BÜROKRATIE ABBAUEN

2235 Auflagen und Regeln belasten Unternehmen - auch dann, wenn sie für die Gesellschaft sinnvoll sind. Deswegen kann man „Bürokratie“ nie pauschal abbauen, sondern muss jeweils im Einzelfall prüfen, welche Regelungen in welchem Umfang wirklich notwendig sind. Und doch gilt uns als Leitbild: Wir wollen das Unternehmertum würdigen und deshalb den Vertrauensgrundsatz als Maxime behördlichen Handelns stärken. Wir wollen Auflagen da minimieren, wo ihr Nutzen für die Gesellschaft gegenüber den Belastungen für die Wirtschaft zu gering ist. Daher haben wir bei den jüngsten Förderrichtlinien die Verwendung von Pauschalen deutlich vorangebracht.

2241 Dokumentationspflichten auf das Notwendige beschränken

2242 Wir vertrauen unseren sächsischen Unternehmen, Fördermittel vernünftig und zweckgerecht einzusetzen. Dass die Sächsische Haushaltsordnung unseren Unternehmen Kontrollen auferlegt, die über die ohnehin strengen Kontrollen von Bund und EU hinausgehen, halten wir für unnötig und falsch. Solche Bürokratie verunsichert und hemmt den Unternehmergeist. Deshalb werden wir die gesetzlichen Vorgaben so ändern, dass insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen von überbordenden Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten entlastet werden.

2247 Mittelstandsfreundliche Verfahren und neues Vergabegesetz

2248 Wir wollen die Serviceorientierung der Förderpolitik im Land stärken. Wir werden alle nötigen Maßnahmen treffen, damit die Unternehmen die bestmögliche Unterstützung und maßgeschneiderte Beratungsangebote erhalten. Die Vergabepolitik im Freistaat wollen wir mit Hilfe eines neuen Vergabegesetzes besonders mittelstandsfreundlich gestalten, außerdem ist es uns wichtig, dass die Möglichkeiten der Fach- und Teilloosvergabe, wo immer es wirtschaftlich ist, genutzt werden, um kleine und regionale Unternehmen zu stärken.

2253 TOURISMUS, DER IN ERINNERUNG BLEIBT

2254 Sachsens Tourismus boomt. Das Reiseland Sachsen hat deutlich an Beliebtheit gewonnen und die Zufriedenheit der Gäste ist hoch. Der Tourismus ist in unserem Land eine unverzichtbare Wirtschaftsgröße, er ist zum Standortfaktor und zu einem wichtigen Beitrag für Offenheit und gesellschaftliche Stabilität geworden. Mit der 2019 in Kraft getretenen neuen Tourismusstrategie ist Sachsen gut aufgestellt für den Tourismus der Zukunft. Die Tourismusfinanzierung haben wir über eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes modern gestaltet, so dass nun alle Orte eine Gästetaxe erheben können, wenn sie dies für erforderlich und sinnvoll halten. Die Mittel im Landeshaushalt für den Tourismus sind in unserer Regierungszeit kontinuierlich angewachsen. Auf dieser soliden Basis wollen wir aufbauen. Wir wollen, dass Sachsen ein attraktives, spannendes und weltoffenes Tourismusland bleibt, welches Gäste aus aller Welt anzieht und willkommen heißt.

2263 Stärken stärken und in die Zukunft investieren

2264 Der Schwerpunkt unserer Tourismusstrategie liegt auf unseren Stärken wie der Industriekultur, dem Outdoor- und Wandertourismus, dem Gesundheits- und Wellnesstourismus sowie dem Familientourismus. Mit der Sächsischen Landesausstellung rücken wir das industriekulturelle Erbe in Sachsen noch weiter ins Blickfeld. Für Digitalisierungsprojekte im Tourismus haben wir bereits im laufenden Doppelhaushalt erstmals Mittel eingestellt und wollen diese Unterstützung fortführen.

2269 Das Kulturland Sachsen weiter stärken

2270 Ein wesentliches Standbein der sächsischen Tourismuswirtschaft ist der Kulturtourismus. Hier hat Sachsen viele Highlights zu bieten und kann deshalb auch gut zahlende Kulturtouristen aus dem In- und Ausland anziehen. Auch deshalb ist es uns wichtig, einerseits die landeseigenen Kultureinrichtungen weiterhin angemessen auszustatten und andererseits die Kulturraumförderung zu dynamisieren, um so für eine langfristig planbare Entwicklung zu sorgen.

2274 Die Beschäftigungsbedingungen im Tourismus verbessern

2275 Wir brauchen weiter gut ausgebildete Fachkräfte im Tourismus. Deshalb müssen sich die Beschäftigungsbedingungen
2276 dringend verbessern. Fachkräfte zu halten und anzuwerben, das kann mit Niedriglohnpolitik und familienfeindlichen
2277 Arbeitszeiten nicht gelingen. Deshalb stellen wir uns der Aufweichung des Schutzes der Beschäftigten im Tourismus-
2278 gewerbe entgegen.

2279 **Unterstützung für Tourismusunternehmen**

2280 Wir wollen Tourismusunternehmen bei der Regelung ihrer Nachfolge besser unterstützen und passgenaue Beratungs-
2281 angebote entwickeln. Mit der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für den sächsischen Tourismus werden wir au-
2282 ßerdem die Digitalisierung, Vernetzung und das Thema Nachhaltigkeit im Tourismussektor konsequent vorantreiben.

2283 **Willkommen in Sachsen**

2284 Aus inhaltlicher Überzeugung und einer klaren Werthaltung heraus setzen wir uns für Weltoffenheit und Toleranz ein.
2285 Sachsen soll ein gutes gesellschaftliches Klima haben, in dem Gastfreundschaft und Willkommenskultur groß geschrie-
2286 ben werden. Ein solches Klima ist auch Garant des sächsischen Tourismus im Hinblick auf internationale Gäste.

2287 **SACHSENS ERZEUGNISSE IN DIE WELT TRAGEN**

2288 Wir setzen auf eine regional verwurzelte Wirtschaft, die sich offen und selbstbewusst den Weltmärkten zuwendet und
2289 befürwortet die tiefere Einbindung Sachsens in die globale Arbeitsteilung. Denn oftmals sind es neue Absatzmärkte
2290 im Ausland, die unseren heimischen Unternehmen beim Wachstum und beim Aufbau qualifizierter und gut bezahl-
2291 ter Beschäftigung helfen. Deshalb wollen wir gerade kleine und mittelständische Unternehmen beim Einstieg ins Ex-
2292 portgeschäft unterstützen. Dazu wurden dank unserer Politik in dieser Legislatur eine Internationalisierungsoffensive
2293 gestartet und gemeinsam mit den Sozialpartnern und exportierenden Unternehmen neue außenwirtschaftliche Leitli-
2294 nien entwickelt. Uns ist es gelungen, die Akteure der Außenwirtschaft in Sachsen noch enger zusammenzuführen und
2295 gemeinsam neue Formate und Angebote zu entwickeln. Die Wirtschaftsförderinstrumente des Freistaates unterstüt-
2296 zen die außenwirtschaftliche Orientierung sächsischer Unternehmen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wer Sachsen
2297 von den europäischen und globalen Märkten abschneiden will, raubt der Wirtschaft und damit den Menschen in Sach-
2298 sen Entwicklungschancen.

2299 **Gezielte Standortwerbung betreiben**

2300 Wir sorgen dafür, dass die Wirtschaftsförderung Sachsen die neuen außenwirtschaftliche Leitlinien mit Leben füllt.
2301 Zielmärkte und Kernbranchen müssen fortwährend aktualisiert werden, um eine bestmögliche Standortwerbung für
2302 Sachsen zu gewährleisten und sächsische Unternehmen optimal zu unterstützen.

2303 **Interkulturelle Öffnung stärken**

2304 Sachsen weltoffener machen heißt, Sachsen reicher machen. Wir begrüßen die privaten Initiativen zur interkulturel-
2305 len Öffnung sächsischer Unternehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass Fremdsprachenförderung und interkulturelle
2306 Trainings regelmäßig als betriebliche Weiterbildungen anerkannt und gefördert werden.

2307 **DEN STRUKTURWANDEL GESTALTEN**

2308 Mit den Ergebnissen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ beginnt ein neues Zeitalter in
2309 der Diskussion über den Strukturwandel in den beiden Braunkohleregionen in Sachsen. Wir haben erreicht, dass es
2310 nicht nur um einen Ausstieg geht, sondern um die Entwicklung von Zukunftsrevieren. Wir wollen auch den jetzt vor
2311 uns liegenden Prozess aktiv politisch gestalten. Die Energieunternehmen LEAG und Mibrag werden wir einbinden und
2312 sehen sie als Partner für den Strukturwandel und die Energiewende. Die Energiewirtschaft soll in Sachsen eine Zukunft
2313 haben.

2314 Derzeit sind mehr als 15.000 Menschen in den Revieren mit guten Arbeitsbedingungen beschäftigt. Diese Beschäfti-
2315 gung hängt direkt und indirekt an der Förderung und Verwertung der Braunkohle. Mit dem Kohlekompromiss wurde
2316 für alle Beschäftigten ein tragbarer Weg gefunden und Geld für die Strukturentwicklung der betroffenen Regionen
2317 errungen. Diese Mittel wollen wir nun effektiv nutzen, um neue, zukunftsfähige gute Arbeit zu schaffen.

2318 Wir werden unsere Vorhaben in allen politischen Bereichen immer auch mit einem besonderen Blick auf die Revie-
2319 re umsetzen. Der Breitbandausbau hat hier hohe Priorität, denn für die Ansiedlung innovativer Unternehmen ist er
2320 eine wichtige Grundvoraussetzung. Mit unserer Wirtschafts- und Strukturpolitik wollen wir die Lausitz und das Mit-
2321 teldeutsche Revier zu Innovationsstandorten machen. Hier sollen neue Technologien erforscht und erprobt werden.
2322 Hier wollen wir innovative Ausbildungsgänge in digitalisierten Berufen einrichten, um junge Menschen anzuziehen

2323 und exzellente Fachkräfte auszubilden. Mit dem Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und der sozialen Infrastruktur
2324 werden wir attraktive Lebensbedingungen besonders für junge Familien schaffen. In der Lausitz nutzen wir die Nähe
2325 zu Tschechien und Polen zur gemeinsamen Entwicklung einer europäischen Innovationsregion. Die Förderinstrumente
2326 auf europäischer, bundesdeutscher und landespolitischer Ebene sollen überprüft und verbessert werden, auch unter
2327 Berücksichtigung der mitteleuropäischen Lage Sachsens. Die Verbesserung von Infrastrukturen und die Intensivierung
2328 von Forschung und Entwicklung sind Voraussetzung für Innovationen und Investitionen in den Revieren im Freistaat
2329 Sachsen.

2330 Der Strukturwandel wird dabei nicht von außen vorgegeben, sondern die Regionen sind mit ihren Akteuren und Netz-
2331 werken im Rahmen der Leitbildprozesse Gestalter der Entwicklung. Wir wollen die Potentiale der Reviere heben und
2332 neue Zukunftsbilder entwickeln. Bei der Finanzierung sehen wir den Bund in der Pflicht. Die Kommunen dürfen nicht
2333 durch Eigenanteile belastet werden.

2334 Sachsen wurde von den Konservativen und Liberalen zu lange als Niedriglohnzone gepriesen, in der Arbeitnehmerin-
2335 nen und Arbeitnehmer zu schlechteren Bedingungen als anderswo beschäftigt werden können. Wir haben dem ein
2336 Ende gesetzt. Wir wollen nicht, dass irgendwo in Sachsen erneut ein Versuchsfeld für einen Wettbewerb zulasten der
2337 Beschäftigten, der Umwelt, der Sozialkassen oder der gemeinsamen Steuermittel entsteht. Solche Sonderwirtschafts-
2338 zonen lehnen wir daher entschieden ab.

2339 **GUTE ARBEIT IN SACHSEN**

2340 „Gute Arbeit“ ist das Leitmotiv unserer Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Wir haben erfolgreich die frühere Niedriglohn-
2341 und Billiglandstrategie in unserem Land beendet. Wir haben erfolgreich den Mindestlohn eingeführt. Die Zahl der Ar-
2342 beitssuchenden ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, die Anzahl der Minijobs ist zurückgegangen
2343 und viele neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wurden geschaffen. Doch im Vergleich zu an-
2344 deren Bundesländern steht Sachsen in punkto Löhne und Arbeitszeiten noch immer benachteiligt da: Die Menschen in
2345 Sachsen arbeiten fast zwei Wochen, in manchen Branchen bis zu einem Monat mehr im Jahr und verdienen im Schnitt
2346 700 Euro brutto im Monat weniger als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Diese Lohnschere ist nicht nur
2347 ungerecht, sondern ein Nachteil im Wettbewerb um die Fachkräfte der Zukunft.

2348 **ATTRAKTIVE ARBEITSBEDINGUNGEN SCHAFFEN**

2349 Der beste Weg zu attraktiven Arbeitsbedingungen ist eine höhere Tarifbindung in der sächsischen Wirtschaft. Tarifver-
2350 träge bedeuten nachweislich bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
2351 nehmer. Die Vorschläge der Bundesebene, dass tarifgebundene Unternehmen steuerlich bessergestellt werden sollen
2352 als nicht-tarifgebundene Unternehmen und dass Tarifverträge auch gegen die Arbeitgeberverbände für allgemeinver-
2353 bindlich erklärt werden können, unterstützen wir ausdrücklich.

2354 **Tarifland Sachsen: Die Tarifbindung erhöhen**

2355 Um die Tarifbindung in der sächsischen Wirtschaft zu stärken, haben wir bereits in der Investitionsförderung einen
2356 Bonus für tarifgebundene oder tarifvergleichbar zahlende Unternehmen eingeführt. Dies reicht aber nicht aus. Ge-
2357 meinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften werden wir uns weiter für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen.
2358 Dazu gehört auch die Unterstützung der ostdeutschen Gewerkschaftsverbände bei ihrem Einsatz für bundeseinheitli-
2359 che Löhne und Arbeitszeiten. Die bessere Verankerung der Sozialpartnerschaft und der Tarifbindung braucht in Sachsen
2360 einen Kulturwandel. Unser Ziel ist es, Sachsen zu einem Land der guten Löhne und der guten Arbeitsbedingungen zu
2361 machen. Wir wollen einen Sozialpartnerdialog mit den Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden.

2362 **Einen Flächentarifvertrag Pflege abschließen**

2363 Sozialberufe und insbesondere die Pflege verdienen mehr Anerkennung. Sollte kein bundeseinheitlicher Tarifvertrag für
2364 die Pflege erreicht werden, werden wir uns dafür einsetzen, dass Sachsen einen Landestarifvertrag Pflege erhält, aus-
2365 gehandelt von den Tarifpartnern und allgemeinverbindlich erklärt vom Land. Dieser darf nicht unterhalb des Niveaus
2366 des TVöD liegen. Mit gerechten Löhnen und Arbeitszeiten, aber auch Mindestpersonalstandards können Pflegekräfte
2367 so endlich die Wertschätzung für ihre Arbeit erfahren, die ihnen zusteht. Ein solcher Tarifvertrag schützt auch die Träger
2368 der Einrichtungen, so dass bei Verhandlungen mit den Krankenkassen faire und vergleichbare Bedingungen herrschen
2369 können. Wir verfolgen in Sachsen weiterhin das Ziel, dass die Personalkostenförderung von Projekten im Sozialbereich
2370 an eine geregelte tarifliche Bezahlung gebunden wird.

2371 **Das Vergaberecht modernisieren**

2372 Mit einer Modernisierung des Vergaberechts wollen wir in Sachsen jene Unternehmen und Betriebe besonders unter-
2373 stützen und fördern, die ihren Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen bieten und soziale und ökologische Standards
2374 berücksichtigen. Wir wollen mit der Aufnahme einer Tariftreueklausel in das Vergabegesetz verhindern, dass Unter-
2375 nehmen, die einen Tarifvertrag haben, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gegenüber möglicher Billigkonkurrenz
2376 benachteiligt werden. Diese Tariftreuregelung führt endlich dazu, dass auch hochwertige in Sachsen produzierte In-
2377 dustriegüter, Bauleistungen und Dienstleistungen eine bessere Chance bei öffentlichen Vergaben haben.

2378 **Mitbestimmung weiter ausbauen**

2379 Mitbestimmung in Betrieben und Tarifautonomie sind Grundpfeiler unserer Demokratie und Gesellschaft. Nur 37 Pro-
2380 zent der sächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten derzeit einen Betriebsrat oder Personalrat wäh-
2381 len, der ihre Rechte vertritt. Damit ist Sachsen bei der Mitbestimmung Schlusslicht in Deutschland. Betriebsräte sind
2382 für die Entwicklung betrieblicher Innovationen, für den Schutz der Beschäftigten und in der Ausbildung und Qualifizie-
2383 rung aber eine enorme Bereicherung. Wir wollen deshalb eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des Betriebsver-
2384 fassungsgesetzes starten, die Betriebsratsgründungen erleichtert und die Be- und Verhinderung von Betriebsratsarbeit
2385 härter bestraft. Außerdem wollen wir, dass der Freistaat mit gutem Beispiel voran geht. Unternehmen mit einer Mehr-
2386 heitsbeteiligung des Landes oder der Kommunen soll eine Tarifbindung vorgeschrieben werden. Wir setzen uns wei-
2387 terhin für die Möglichkeit der Gewerkschaften ein, für sich und ihre Anliegen regelmäßig an Berufsschulen zu werben.
2388 Und wir ermöglichen es ihnen, auch in anderen Schulformen mit Bildungsangeboten präsent zu sein.

2389 **Den Buß- und Bettag endlich zum „normalen“ Feiertag machen**

2390 Wir wollen kleine und mittlere Einkommen entlasten. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung
2391 des Solidaritätszuschlages für die unteren 90 Prozent der Einkommen ein. Außerdem werden in die sächsischen Ar-
2392 beitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch immer durch einen zusätzlichen Beitrag in der Pflegeversicherung belastet,
2393 der als Sonderregelung zum Erhalt des Buß- und Bettages vereinbart wurde. Nach über zwanzig Jahren Ungleichbe-
2394 handlung ist es nun Zeit für eine Entlastung. Wir wollen die paritätische Finanzierung der Pflegeversicherung auch in
2395 Sachsen einführen. Und der Feiertag bleibt. Dazu werden wir eine Bundesratsinitiative starten.

2396 **Fünf Tage Bildungszeit gewähren**

2397 Eines unserer zentralen Ziele ist und bleibt ein Bildungsfreistellungsgesetz, das sächsischen Arbeitnehmerinnen und
2398 Arbeitnehmern fünf Freistellungstage für Weiterbildung und Qualifizierung einräumt. In einer immer schnelllebigeren
2399 Arbeitswelt braucht Jede und Jeder die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln. Wir wollen fünf Tage bezahlte Zeit im
2400 Jahr, um sich beruflich, politisch, sozial oder kulturell weiterzubilden. Die Bildungszeit soll Teil der sächsischen Weiter-
2401 bildungsstrategie des Freistaates Sachsen sein. Dazu wollen wir auch ein Netzwerk „Weiterbildung im Betrieb“ gründen,
2402 in dem Betriebs- und Personalräte Qualifizierungsprogramme entwickeln.

2403 **Den Arbeitsschutz weiter stärken**

2404 Arbeitsschutz gewinnt im Zusammenhang mit der sich verändernden Arbeitswelt und den Auswirkungen auf die Ar-
2405 beitsbedingungen an enormer Bedeutung. Sächsischen Betrieben und Unternehmen muss es mit Blick auf die Alters-
2406 struktur ihrer Belegschaften ein Anliegen sein, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne gesundheitliche Risi-
2407 ken langfristig erwerbstätig sein können. Funktionierende Strukturen im Arbeitsschutz und bei der Gesundheitsförde-
2408 rung führen in den Belegschaften zu höherer Zufriedenheit, geringeren Fehlzeiten und zu einer gesteigerten Attrakti-
2409 vität des Arbeitgebers. Regelmäßige Betriebskontrollen sind wichtig und notwendig, um Gesetzesverstöße zu ahnden
2410 und Menschenleben zu schützen. Wir wollen weiter ausreichend Personal ausbilden und einstellen, um die Zahl der
2411 Kontrollen wieder zu erhöhen. Wir starten eine Werbekampagne, um auf die Wichtigkeit des Arbeitsschutzes hinzu-
2412 weisen. Gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und der Unfallversicherung wollen wir zudem bessere
2413 Beratungsstrukturen gerade für kleinere und mittlere Unternehmen schaffen.

2414 **FACHKRÄFTE GEWINNEN**

2415 Dem sächsischen Arbeitsmarkt fehlen nach heutiger Prognose bis 2030 über 300.000 Arbeitskräfte. Das wird ein Pro-
2416 blem für uns alle, denn Sachsen braucht überall Beschäftigte: im Baugewerbe und im Handel, in Bildungs- und Ge-
2417 sundheitseinrichtungen. Nicht nur der demografische Wandel, auch die Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert neue
2418 Fachkräfte. Gemeinsam mit den Fachkräfteallianzen auf Landes- und Kreisebene werden wir daher weiter bestmögli-
2419 che Rahmenbedingungen schaffen, um im Wettbewerb um gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
2420 zu bestehen. Im Mittelpunkt stehen dabei neben der Schaffung von attraktiven Arbeitsbedingungen die Vereinbarkeit
2421 von Beruf und Privatleben sowie eine kontinuierliche Weiterbildung.

2422 Wir brauchen Jede und Jeden

2423 Unsere Arbeitsmarktpolitik hat alle Menschen im Blick. Es ist uns mit den Programmen Tandem und Sozialer Arbeits-
2424 markt gelungen, von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Menschen stärker zu unterstützen und ihnen neue Perspek-
2425 tiven zu geben. Wir setzen diese Erfolgsprojekte fort und werden die Möglichkeiten des neuen Teilhabegesetzes vom
2426 Bund nutzen, um noch besser zu unterstützen.

2427 Jugendberufsagenturen weiter ausbauen

2428 Wir brauchen Jede und Jeden – das gilt ganz besonders für junge Menschen auf ihrem Weg ins Berufsleben. Die Ausbil-
2429 dungsabbrecherquote in Sachsen liegt mit knapp 28 Prozent über dem Durchschnitt aller Bundesländer (25,8 Prozent),
2430 mehr als jeder vierte Auszubildende in Sachsen beendet seinen Vertrag vor Ablauf der Ausbildungszeit und wechselt
2431 die Ausbildung oder bricht ganz ab. Hier setzen wir mit den von uns initiierten Jugendberufsagenturen an. Wir wol-
2432 len die Übergänge junger Menschen von der Schule in die Ausbildung und den Beruf bestmöglich gestalten, Zeiten in
2433 Übergangssystemen verkürzen und Abbrüche mit ihren demotivierenden Folgen vermeiden. Jugendberufsagenturen
2434 in allen kreisfreien Städten und Landkreisen, koordiniert durch die zentrale Servicestelle des Landes, leisten somit auch
2435 ihren Beitrag, junge Fachkräfte in Sachsen zu halten. Zentral für den Erfolg ist die Zusammenarbeit von Arbeitsagentur,
2436 Jobcenter, Jugendamt und Schule. Diese wollen wir in den kommenden Jahren weiter verbessern.

2437 Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern

2438 Zu guter Arbeit gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir unterstützen Unternehmen, Betriebs- und
2439 Personalräte sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darin, flexible Arbeitsmodelle auszuprobieren. Unsere
2440 Unterstützung gehört außerdem der Idee, ein Recht auf Nichterreichbarkeit einführen. Beschäftigte sollen so vor der
2441 dauerhaften Inanspruchnahme durch den Arbeitgeber geschützt werden. Dies ist umso wichtiger, wenn zukünftig ein
2442 Anspruch auf mobiles Arbeiten und, wo möglich, ein Recht auf Homeoffice eingeführt werden soll.

2443 Die Mindestauszubildendenvergütung einführen

2444 Auszubildende haben ein Recht auf eine angemessene Bezahlung, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Wir unterstüt-
2445 zen daher die Mindestauszubildendenvergütung, von der auch viele sächsische Auszubildende profitieren werden. Eine
2446 höhere Entlohnung steigert zudem die Attraktivität in jenen Ausbildungsberufen, die derzeit ihren Azubis nur geringe
2447 Löhne zahlen und auch dadurch mit hohen Abbrecherquoten konfrontiert sind.

2448 Guter Arbeitgeber Freistaat Sachsen

2449 Die Notwendigkeit, attraktiv für neue Fachkräfte zu sein, hat auch der Freistaat Sachsen inzwischen erkannt. Seit 2014
2450 haben wir den Stellenabbau im öffentlichen Dienst gestoppt. In vielen Bereichen wird wieder Personal aufgebaut und
2451 mit der Ausbildungsoffensive die Zahl der jährlich neu aufgenommenen Anwärterinnen und Anwärter bzw. Auszubil-
2452 denden in der Verwaltung deutlich erhöht. Mit der von uns eingerichteten Personalkommission werden wir ein Perso-
2453 nalentwicklungskonzept erstellen und mit der Stärkung von Angeboten wie Arbeitszeitkonten, Gesundheitsmanage-
2454 ment und Fortbildung für eine höhere Attraktivität des öffentlichen Dienstes sorgen. Sachgrundlose Befristungen sol-
2455 len in der Landesverwaltung und bei Beteiligungen des Landes nur in absoluten Ausnahmefällen möglich sein.

2456 Digitalisierung in der Arbeitswelt

2457 Die Digitalisierung der Arbeitswelt denken wir von den Beschäftigten her: Arbeitserleichterungen und mehr Flexibilität
2458 werden sich vorteilhaft für die Beschäftigten auswirken. Zunehmende Arbeitsverdichtung, Verdrängung menschlicher
2459 Arbeit, umfassende Überwachungsmöglichkeiten, aber auch die zeitliche und örtliche Entgrenzung der Arbeit sind die
2460 Kehrseite. Diesen Risiken werden wir politisch entgegenwirken. Die arbeitsrechtlichen Regelungen müssen in Bezug
2461 auf die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Dazu gehören insbe-
2462 sondere klare Vorgaben, welche Beschäftigtendaten zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen in Unternehmen
2463 verarbeitet werden dürfen.

2464 MOBILITÄT UND VERKEHRSPOLITIK

2465 Unsere Gesellschaft lebt durch Bewegung. Wir alle sind auf einen gut funktionierenden Verkehr angewiesen. Unzählige
2466 Male am Tag müssen Menschen und Güter von einem Ort zum anderen kommen können. Mobilität ist die Vorausset-
2467 zung dafür, dass Menschen lernen und arbeiten können, mit Waren und Dienstleistungen versorgt werden, dass sie
2468 Kultur erleben, sich in Vereinen engagieren und gesellschaftlich teilhaben können. Deshalb ist die Ermöglichung von
2469 Mobilität eine wichtige Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge.

2470 EINFACH, SICHER, UMWELTFREUNDLICH UND BEZAHLBAR

2471 Mobilität muss allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Sie muss einfach, sicher, umweltfreundlich und
2472 bezahlbar sein. Wir gehen zu Fuß, fahren Rad, Auto oder mit Bus und Bahn. Alle diese Verkehrsarten betrachten wir
2473 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht getrennt voneinander. Sie gehören zusammen und sind Teil eines
2474 großen Ganzen. Gleichzeitig benötigen alle diese Verkehrsarten öffentlichen Raum, der allerdings nicht unbegrenzt
2475 verfügbar ist. Eine gerechte Aufteilung ist daher unerlässlich. Eine gute Verkehrspolitik muss das Land verbinden. Sie
2476 trägt zu einer ausgeglichenen Entwicklung bei. Sie trägt den Puls der Großstädte ins Umland und rückt die Natur näher
2477 an die Städte. Das oft beklagte Auseinanderdriften von Stadt und Land kann eine mutige Mobilitätspolitik bremsen
2478 und umkehren.

2479 Integrierte Verkehrspolitik wird zur Mobilitätspolitik

2480 Eine integrierte Verkehrspolitik hat zum Ziel, für jeden Weg, den Menschen zurücklegen wollen und für jedes Gut,
2481 das transportiert werden muss, jene Art der Fortbewegung zu ermöglichen, welche die einfachste, sicherste, umwelt-
2482 freundlichste und wirtschaftlich sowie räumlich günstigste ist. Rad fahren ist umweltfreundlich, aber an vielen Stellen
2483 noch nicht sicher. Umweltfreundlich und günstig ist der Öffentliche Personennahverkehr, aber gerade in den ländlichen
2484 Räumen zu ausgedünnt und nicht einfach erreichbar. Noch immer spielt das Auto in Sachsens Verkehr die größte Rolle
2485 – und beansprucht den meisten öffentlichen Raum. Vielerorts sind die Menschen mangels Alternativen jedoch darauf
2486 angewiesen oder aber in ihrer Mobilität eingeschränkt.

2487 Von der Straße auf die Schiene

2488 Derzeit legen die Menschen in Sachsen rund ein Drittel ihrer Wege mit dem Rad und zu Fuß zurück. In deutlich mehr als
2489 der Hälfte aller Wege ist das Auto das Mittel der Wahl. Der Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs beträgt rund
2490 zehn Prozent. Noch mehr Bedeutung hat die Straße beim Güterverkehr: Nicht einmal ein Fünftel aller Transporte erfolgt
2491 auf der Schiene, weit über 80 Prozent auf der Straße. Ziel unserer Verkehrspolitik ist es, den Anteil des ÖPNV und des
2492 Schienentransports am gesamten Verkehrsaufkommen in den nächsten Jahren deutlich zu erhöhen. Das verbessert
2493 nicht nur die Umweltbilanz unserer Mobilität, sondern entlastet ebenso unsere Straßen und macht das Auto- und
2494 Radfahren sicherer.

2495 DEN ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR WEITER STÄRKEN

2496 Der Öffentliche Personennahverkehr ist das Rückgrat des sächsischen Verkehrssystems. Schülerinnen und Schüler, äl-
2497 tere Menschen und Haushalte ohne Auto sind auf ihn angewiesen. Und auch um unserer Umwelt willen muss der
2498 ÖPNV beim Verkehr der Zukunft eine größere Rolle einnehmen. Deshalb hat die SPD in den letzten Jahren vieles un-
2499 ternommen, um den ÖPNV zu stärken. Während die CDU/FDP-Regierung die Mittel für den ÖPNV reduziert hat, haben
2500 wir sie mit dem Doppelhaushalt 2017/18 deutlich aufgestockt und mit einem Paradigmenwechsel erreicht, dass die
2501 Bundesmittel für den ÖPNV/SPNV (Regionalisierungsmittel) bis Ende 2031 auf hohem Niveau gesichert sind. Auf dieser
2502 Basis und mit der Neufassung der ÖPNV-Finanzierungsverordnung haben die Verkehrsunternehmen und kommunalen
2503 Aufgabenträger langfristige verbindliche Mittelzusagen und damit finanzielle Planungssicherheit bis zum Jahr 2027
2504 erhalten.

2505 Die Ergebnisse der Strategiekommision ÖPNV Schritt für Schritt umsetzen

2506 Wir haben im Jahr 2015 die „Strategiekommision für den ÖPNV“ ins Leben gerufen, an der die Verkehrsunternehmen,
2507 die Verkehrszweckverbände, die Kommunen und Landkreise, die Wissenschaft und alle Fraktionen des Landtages betei-
2508 ligt waren. Sie hat Ende des Jahres 2017 in einem Abschlussbericht zahlreiche Empfehlungen vorgelegt, die nun Schritt
2509 für Schritt umgesetzt werden. In den kommenden Jahren wollen wir die in der zurückliegenden Wahlperiode eingelei-
2510 teten Veränderungen auf feste Füße stellen und in eine langfristige Perspektive bringen.

2511 ÖPNV-Nutzung sachsenweit verdoppeln

2512 Den Anteil des ÖPNV an den zurückgelegten Wegen wollen wir sachsenweit von derzeit rund 10 Prozent auf mindestens
2513 20 Prozent erhöhen. In den Oberzentren wollen wir einen Wert von mindestens 30 Prozent erreichen, in den verdich-
2514 teten Räumen mindestens 20 Prozent, im ländlichen Raum mindestens 10 Prozent. Die Menschen sind bereit, auf den
2515 ÖPNV umzusteigen, wenn er leicht erreichbar ist, funktioniert und wenn er dabei regelmäßig, zuverlässig sowie in
2516 möglichst kurzen Abständen fährt. Zudem sollten die Tickets günstig und einfach zu erwerben sein. Da immer mehr
2517 Menschen zur Arbeit pendeln, wollen wir, dass sie dies möglichst umweltfreundlich und kostengünstig tun. Deshalb
2518 wollen wir Maßnahmen des Mobilitätsmanagements fördern und Beschäftigten und Unternehmen ermöglichen, ihre
2519 Verkehre noch effizienter zu gestalten.

2520 ÖPNV-Anbindung der Wohnorte deutlich ausbauen

2521 Der Anteil der sächsischen Bevölkerung, der an das ÖPNV-Grundnetz angebunden ist, das heißt, innerhalb von 300
2522 Metern ein öffentliches Verkehrsmittel erreicht, das in regelmäßiger Taktung fährt, soll von heute 52 Prozent auf 80
2523 Prozent steigen. Diesen soll werktags größtenteils stündlich, mindestens aber zweistündlich eine ÖPNV-Anbindung
2524 zur Verfügung stehen. Mit der Umsetzung der Projekte „PlusBus“ und „TaktBus“ werden wird das Grundnetz deutlich
2525 ausdehnen und viele sächsische Gemeinden einbinden können.

2526 Das Angebot ausbauen schafft Nachfrage

2527 Dafür werden wir den bereits eingeschlagenen Paradigmenwechsel fortsetzen und statt einer nachfrageorientier-
2528 ten ÖPNV-Politik, welche die Wirtschaftlichkeit einer Strecke als oberstes Gebot formulierte, eine angebotsorientierte
2529 ÖPNV-Politik verfolgen, bei der die Versorgung der Bevölkerung an oberster Stelle steht.

2530 Ein Land - eine Landesverkehrsgesellschaft

2531 Wir wollen die zersplitterte sächsische ÖPNV-Landschaft überwinden und nach dem Vorbild vieler anderer Bundes-
2532 länder eine einheitliche Landesverkehrsgesellschaft – die Sächsische Mobilitätsgesellschaft – gründen. Diese soll die
2533 politischen Zielstellungen für den Nahverkehr mit Bahnen, Bussen und Straßenbahnen im Freistaat umsetzen und
2534 ein Netz landesbedeutsamer Bus- und Bahnverkehre definieren und weiterentwickeln. Wir werden dabei sicherstel-
2535 len, dass Stadtverkehre, die lokalen Bus- und Nahverkehre zwischen den Dörfern sowie zwischen unseren kleineren
2536 Städten und Gemeinden wie bisher weiter auf kommunaler Ebene organisiert und bestimmt werden können. Dazu
2537 gehören die Entscheidung über die Aufstellung von Nahverkehrsplänen wie auch Investitionen in regionale Bus- und
2538 Nahverkehre.

2539 Den SachsenTakt einführen

2540 Wir wollen einen SachsenTakt einführen, also einen umfassenden Fahrplan für die Schiene und überregionale Busver-
2541 kehre, der die Verkehrslinien in und nach Sachsen aufeinander abstimmt. So werden wir sicherstellen, dass die aller-
2542 meisten Gemeinden im ländlichen Raum mindestens im Zweistundentakt von früh bis spät und an sieben Tagen in der
2543 Woche erreichbar sind und die Fahrzeiten der einzelnen Verkehrsmittel aufeinander abgestimmt werden.

2544 SachsenTarif und Digitalisierung

2545 Schrittweise wollen wir mit einem einheitlichen SachsenTarif dafür sorgen, dass die Menschen im ganzen Freistaat
2546 einfach, bezahlbar und mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln mobil sein können. Dafür wollen wir den Vertrieb im
2547 ÖPNV modernisieren und digitalisieren, damit der einfache Ticketerwerb mit einer sachsenweiten App möglich wird.
2548 Auch über den Vertrieb hinaus wollen wir helfen, das Potential der Digitalisierung für den ÖPNV zu nutzen, etwa beim
2549 elektronischen Fahrgastmanagement und Sharing-Angeboten. Die bestehenden länderübergreifenden Tarife wollen
2550 wir weiter stärken und ausbauen. Für den Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) soll ein gemeinsamer Tarif mit
2551 Sachsen-Anhalt und Thüringen sichergestellt werden.

2552 Mehr Bundesmittel für die Mobilitätswende

2553 Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die Bundesmittel für den regionalen und lokalen Nahverkehr (Regionalisie-
2554 rungsmittel und Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) zukünftig weiter erhöht werden. Damit soll
2555 nicht nur die Preisentwicklung bei Stations- und Trassenpreisen ausgeglichen werden, sondern wirklich mehr Geld für
2556 eine Verkehrswende bereitstehen.

2557 Modernisierung und Barrierefreiheit

2558 Wir stärken das Landesinvestitionsprogramm ÖPNV, um Infrastruktur und Fahrzeuge im ÖPNV und SPNV zu moder-
2559 nisieren. Damit unterstützen wir insbesondere den kommunalen ÖPNV in den Großstädten, aber auch in den Ober-
2560 zentren wie Zwickau, Plauen oder Görlitz. Die angestrebte Verdopplung der ÖPNV-Nutzung wird erhebliche Mittel für
2561 neue Infrastruktur und zusätzliche Fahrzeuge benötigen, die von der kommunalen Ebene alleine nicht getragen werden
2562 können. Die Umsetzung von Barrierefreiheit muss bei allen Investitionen höchste Priorität genießen.

2563 Das „echte“ Schüler-Ticket endlich umsetzen

2564 Das Azubi-Ticket kommt, ein Schüler-Freizeitticket ebenfalls. Im nächsten Schritt wird es zum Schuljahresbeginn
2565 2020/21 auch für alle Schülerinnen und Schüler, egal ob ihr Wohnort über oder unter der derzeitigen Entfernungs-
2566 schwelle liegt, ein kostengünstiges Bildungsticket geben. Wir nehmen die Landräte beim Wort.

2567 Bürger-Systeme im ÖPNV erleichtern

2568 Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir in der Verantwortung der Verkehrsverbünde die Förderung sogenann-
2569 ter Bürgerbusvereine weiterentwickeln. Sie sollen eine zusätzliche Ergänzung zum ÖPNV darstellen, wo keine Linien
2570 eingerichtet werden können. Dabei muss vor allem der Versicherungsschutz für die Fahrerinnen und Fahrer verbessert
2571 werden. Mit der digitalen Vernetzung entstehen neue Möglichkeiten für Bürgerbusse und Ride-Sharing. Hier wollen
2572 wir die Entwicklung einer integrierten App fördern.

2573 EINE MODERNE STRASSENINFRASTRUKTUR

2574 Eine moderne Mobilitätspolitik braucht gute Verkehrswege. Straßen müssen Räume erschließen, gute Anbindungen
2575 ermöglichen und angemessen dimensioniert sein, um den nötigen Verkehr zu tragen. Gleichzeitig ist jeder Bau eines
2576 neuen oder größeren Verkehrsweges ein Eingriff in die Natur und die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern, und muss
2577 daher wohlbegründet sein. Sachsen hat erfreulicherweise ein umfassendes und modernes Straßennetz, von dem aber
2578 beträchtliche Teile aus den Jahren direkt nach 1990 stammen und nun in eine erste große Instandsetzungsrunde gehen.

2579 Erhalt vor Neubau

2580 Mit der Ausbau- und Erhaltungsstrategie für die sächsischen Staatsstraßen haben wir durch klare und nachvollziehbare
2581 Kriterien dafür gesorgt, dass Steuergelder gezielter und sinnvoller eingesetzt werden. Ausbauvorhaben in viel befahren-
2582 ten Regionen gehen nicht zu Lasten des Erhalts weniger befahrener Straßen. So können pro Jahr mehr Staatsstraßen
2583 erhalten werden als je zuvor. Der Erhalt, der Ausbau und die Netzergänzung gehen dabei auch weiterhin vor Neubau
2584 und die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen.

2585 Verlässliche Mittel für den kommunalen Straßenbau

2586 Gute Straßen vor Ort sind sichtbares Indiz eines Staates, der für seine Bürgerinnen und Bürger funktioniert. Mit der
2587 überarbeiteten Richtlinie Kommunaler Straßenbau haben wir den Kommunen attraktive Förderbedingungen und hohe
2588 Fördersätze ermöglicht. Wir werden den pauschalen Anteil im Straßenbau erhöhen und die Förderverfahren weiter
2589 erleichtern.

2590 Straßenausbaubeiträge abschaffen

2591 Die bisherige Regelung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist ungerecht und führt zu einer Spaltung in ar-
2592 me und reiche Kommunen. Die Bürgerinnen und Bürger können nicht nachvollziehen, warum die Erhebung von Stra-
2593 ßenausbaubeiträgen von der Postadresse abhängt. Ein großer bürokratischer Aufwand und unnötige Härten sprechen
2594 ebenfalls gegen die bisherige Regelung. Wir werden diese Beiträge abschaffen und uns dafür einsetzen, dass die Kom-
2595 munen einen entsprechenden finanziellen Ausgleich aus Landesmitteln erhalten.

2596 Umsetzung von Bundes- und Landesverkehrswegeplan

2597 Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die vorrangigen Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplanes 2030 für Sach-
2598 sens Straßen zügig und passend umgesetzt werden. So stärken wir die Verknüpfung der ländlichen Räume mit den
2599 Ballungszentren und entlasten Städte vom Durchgangsverkehr. Den Landesverkehrsplan 2030 setzen wir konsequent
2600 um, wichtig ist uns dabei eine regelmäßige Überprüfung der Ziele.

2601 Sonderplan für die Strukturwandelregionen

2602 Besonders in den Strukturwandelregionen Lausitz und Mitteldeutsches Revier wollen wir mit Hilfe des Bundes die
2603 Verkehrsinfrastruktur verbessern und Planungen dafür beschleunigen. Maßgeblich darf dafür nicht nur die aktuelle
2604 Situation sein, sondern die Verkehrspolitik muss auf die Zukunft in Folge des Strukturwandels ausgerichtet werden,
2605 also auf den Ausbau des Angebots statt auf geschätzte Prognosen. Wir unterstützen daher die Forderung nach einem
2606 Sonder-Bundesverkehrswegeplan für die Reviere. Hier gilt es, auch mutige Infrastrukturprojekte in Schiene und Straße
2607 als Angebote für die Region zu schaffen, selbst wenn sie kurzfristige Effizienzbetrachtungen noch nicht bestehen. Für
2608 solche Projekte brauchen wir auch ein Gesetz zur Planungsbeschleunigung, das die Beteiligung der Einwohnerinnen
2609 und Einwohner von Anfang an mitdenkt, um Akzeptanz zu stärken.

2610 DEN SCHIENENVERKEHR AUSBAUEN

2611 Sachsen ist eine Region mit langer Eisenbahnhistorie und besitzt immer noch eines der dichtesten Schienennetze
2612 Deutschlands. Dennoch sind immer noch nicht alle sächsischen Großstädte an den Fernverkehr angeschlossen. Auch
2613 die Taktung zwischen Zentren und Mittelstädten ist nicht optimal.

2614 Die Lücken unserer S-Bahn-Netze schließen

2615 Sachsens S-Bahn-Netze sind seine Sterne. Die Zentren Leipzig, Dresden und Chemnitz sind mit dem Umland über leistungs-
2616 fähige S-Bahn-Netze (mitteldeutsches S-Bahn-Netz, S-Bahn-Netz VVO, Chemnitzer Modell) eng verknüpft. Wir
2617 schließen die Lücken in unseren S-Bahn-Sternen und bauen das Netz um unsere drei sächsischen Metropolen mit gu-
2618 ten Anschlüssen in die ländlichen Räume aus.

2619 Die Bahn in der Fläche erhalten

2620 Wir setzen und für ein Reaktivierung von Bahnstrecken zur besseren Verknüpfung des ländlichen Raums mit den Ober-
2621 zentren ein und werden das im Rahmen der Möglichkeiten unterstützen. Wer die Bahn nutzt, will auch in einer attrak-
2622 tiven Umgebung zu-, aus- und umsteigen. Wir werden ein Förderprogramm aufstellen, das die Städte bei Erhalt und
2623 Sanierung ihrer Bahnhöfe unterstützt. Um als Land langfristig planen zu können, wollen wir den Rückbau von Eisen-
2624 bahninfrasturktur stoppen. Das Land muss zukünftig bei dieser Bundesinfrastruktur mitentscheiden können.

2625 Ausbau im Eisenbahnfernverkehr

2626 Wir werden uns beim Bund weiter für die Verbesserungen im Eisenbahnfernverkehr einsetzen, allem voran für die
2627 Umsetzung des Ausbaus und der Streckenelektrifizierung Chemnitz-Bad Lausick-Leipzig und für die Strecken Dresden-
2628 Görlitz und Cottbus-Görlitz-Zittau. Die Umsetzung der europaweit bedeutsamen Neubaustrecke Dresden-Prag treiben
2629 wir weiter voran und unterstützen auch die Verbesserung des Fern- und Regionalverkehrs nach Polen.

2630 Rollende Landstraße und Mautpflicht für Fernbusse

2631 Durch die Einrichtung einer „Rollenden Landstraße“ und mit Unterstützung des Speditionsgewerbes wollen wir die
2632 sächsischen Autobahnen entlasten und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Wir setzen uns beim Bund weiter dafür
2633 ein die Wettbewerbsnachteile für die Bahn abzubauen, indem die Mautpflicht auch für Fernbusse gilt. Wir setzen uns
2634 zudem dafür ein, auf Bahntickets im Fernverkehr nur noch den ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu erheben.

2635 Erhalt der Schmalspurbahnen

2636 Die Sächsischen Schmalspurbahnen sind ein Kultur- und Technikerbe. Wir setzen die Unterstützung bei der Instandhal-
2637 tung von bestehender Infrastruktur für diese Bahnen, auch im Interesse der zahlreichen Touristen, die Sachsen jedes
2638 Jahr besuchen, fort.

2639 DEN RAD- UND FUSSVERKEHR BESSER FÖRDERN

2640 Radfahren und zu Fuß gehen – das ist nicht nur gesund, sondern auch gut für die Umwelt. Besonders in der Stadt ist der
2641 Rad- und Fußverkehr eine gute Alternative zu Auto, Bus und Bahn. Diese Verkehrsarten verdienen mehr politische Be-
2642 achtung und Unterstützung. Wir wollen als Teil einer sozialdemokratischen Mobilitätswende den Rad- und Fußverkehr
2643 systematisch in die Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik einbeziehen und seinen Anteil am Verkehrsmix deutlich
2644 erhöhen.

2645 Radfahren muss sicherer werden

2646 Viele Menschen fahren gern Rad. Doch gerade bei dichtem Verkehr fühlen sich Radfahrerinnen und Radfahrer vielerorts
2647 an den Rand gedrängt. Nicht nur für Kinder und ältere Menschen muss das Radfahren sicherer werden, auch viele
2648 Berufstätige würden bei besseren Wegen gern aufs Fahrrad umsteigen. Deshalb wollen wir die Planung und den Bau
2649 von sicheren Radwegen nicht nur in den Ballungsräumen Dresden, Leipzig und Chemnitz vorantreiben, sondern auch
2650 das Radwegenetz entlang von Bundesstraßen und Staatsstraßen im ländlichen Raum ergänzen. In den nächsten Jahren
2651 wollen wir entlang zentraler Routen Radschnellwege einrichten.

2652 Rad- und Fußverkehr auch in der Verwaltung zum Schwerpunkt machen

2653 Wir werden die Anliegen des Radverkehrs in der Verwaltung besser abbilden und unnötige Hindernisse für die Planung
2654 beseitigen. Die Radverkehrskonzeption von 2014 werden wir weiterentwickeln und Zielstellungen für den Rad- und
2655 Fußverkehr in das sächsische Mobilitätsgesetz einfließen lassen. Mit zusätzlichen Personalmitteln für Radverkehrsex-
2656 pertinnen und -experten werden wir das sächsische Verkehrsministerium und seine Straßenbauverwaltung deutlich
2657 aufstocken und die interkommunale Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußgängerfreundlicher Städte (AGFS) in Sach-
2658 sen langfristig institutionalisieren. Bei der Ausreichung von Fördermitteln wollen wir einen stärkeren Fokus auf die
2659 Förderung von Gehwegsanierung setzen.

2660 Eine Infrastruktur fürs Radfahren schaffen

2661 Die bestehende Förderung von Fahrradparkhäusern und -abstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen jenseits von
2662 Bahnhöfen, Haltepunkten oder sonstigen ÖPNV-Verknüpfungsstellen wollen wir ausweiten. Außerdem ist es uns wich-
2663 tig, die Verknüpfung des Radverkehrs mit dem Öffentlichen Nahverkehr zu verbessern (Bike&Ride) und im Rah-
2664 men der Landesverkehrsgesellschaft landeseinheitliche Regelungen zur Fahrradmitnahme in Bus und Bahn zu erlassen.
2665 Wir wollen die Erreichbarkeit radtouristischer Ziele mit der Bahn verbessern.

2666 **INNOVATION UND DIGITALISIERUNG**

2667 Aktuell verändern sich Mobilität und Verkehr durch technologische Innovation rasant. Für uns haben die neuen Tech-
2668 nologien eine dienende Funktion für das Leben der Menschen. Digitalisierung und Automatisierung können Verkehr
2669 bequemer, sicherer, umweltfreundlicher und effizienter machen, aber sie bergen auch Gefahren. Sachsen hat durch
2670 seine Forschungs- und Innovationslandschaft und die vorhandenen modernen Produktivkapazitäten die Chance, zu
2671 einem Vorreiter der Mobilität der Zukunft zu werden. Mit einer Kombination aus Innovationspolitik, Industriepolitik,
2672 Umwelt- und Verkehrspolitik wollen wir helfen, diese Chance zu verwirklichen.

2673 **Mehr Ladesäulen in Sachsen**

2674 Die Transformation bisheriger Antriebssysteme auf alternative Antriebe wird eine der zentralen Herausforderungen der
2675 sächsischen Automobil- und Verkehrsindustrie. Elektromobilität nimmt dabei eine zentrale Rolle im Wandel des Ver-
2676 kehrs ein. Wir wollen den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge voranbringen, indem
2677 mehr Ladesäulen an Einrichtungen des Freistaats errichtet und zugänglich gemacht werden.

2678 **Die Entwicklung alternativer Antriebe unterstützen**

2679 Mit der Entwicklung vom Verbrennungs- zum Elektromotor befinden sich Sachsens Automobilhersteller und die Zulie-
2680 ferer in massiven Veränderungsprozessen. Wir wollen den Strukturwandel der sächsischen Automobil- und Verkehrs-
2681 industrie mit der Förderung von Forschung und Entwicklung begleiten, um zu helfen, ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern.
2682 Im Rahmen der ÖPNV-Investitionsförderung wollen wir alternative Antriebe durch Förderprogramme unterstützen und
2683 Modellprojekte im Umweltverbund fördern.

2684 **5G auch entlang jeder sächsischen Straße**

2685 Digitale Technologien sollen den Menschen helfen, die Mobilitätsoptionen für ihre Zwecke optimal zu nutzen. Grund-
2686 voraussetzung für die Digitalisierung von Mobilität ist ein flächendeckender und leistungsfähiger Internetzugang, den
2687 wir mit der staatlichen Kostenübernahme von 100% ermöglichen. Ebenso wichtig ist eine möglichst schnelle Einfüh-
2688 rung der nächsten Mobilfunkgeneration 5G durch die Mobilfunkanbieter. Dabei wollen wir darauf achten, dass die
2689 Einführung flächendeckend erfolgt und insbesondere der ländliche Raum durch Modellprojekte früh erschlossen wird.

2690 **Die Digitalisierung der Mobilität vorantreiben**

2691 Die digitale Steuerung der Verkehrswege („smarte Infrastruktur“) kann den Verkehrsfluss verbessern, Emissionen re-
2692 duzieren und die Verkehrssicherheit erhöhen. Wir wollen smart city- und smart logistics-Konzepte fördern und die ver-
2693 kehrsrechtlichen Voraussetzungen zu ihrer Erprobung schaffen. Die intelligente Vernetzung von Verkehrsträgern soll
2694 der Freistaat durch die Förderung von multimodalen Pilotprojekten vorantreiben.

2695 **Automatisiertes Fahren vielfältig testen**

2696 Automatisiertes Fahren kann einen Beitrag zur Effizienzsteigerung im Verkehr und zur Reduktion von Emissionen leis-
2697 ten. Wir unterstützen die Forschung, Erprobungen und Tests, auch im straßen- und schienengebundenen ÖPNV/SPNV
2698 sowie bei Nutz- und Lieferfahrzeugen, um Chancen und Risiken besser zu verstehen.

2699 **Risiken minimieren, Transparenz schaffen**

2700 Wir unterstützen Bemühungen der Europäischen Union und des Bundes, die Risiken der Digitalisierung von Mobi-
2701 lität wie Monopolbildung, Verletzung des Datenschutzes oder der Cybersicherheit zu erkennen und zu minimieren.
2702 Mobilitätsdaten, über die die öffentliche Hand verfügt, sollen aufbereitet und vereinheitlicht zur nichtkommerziellen
2703 Nutzung als Open Data bereitgestellt werden. Wir wollen einen Beirat zur Digitalisierung des Verkehrs ins Leben rufen,
2704 der die Staatsregierung bei der verkehrspolitischen Begleitung und Steuerung des Digitalisierungsprozesses berät.

2705 **MEHR VERKEHRSSICHERHEIT, WENIGER VERKEHRSLÄRM**

2706 Verkehr bringt viele Vorteile mit sich, aber auch gravierende Nachteile. Noch immer gibt es pro Jahr über 100.000 Ver-
2707 kehrsunfälle in Sachsen, die zu Tausenden Verletzten und fast 200 Toten führen. Verkehrslärm und Abgase vermindern
2708 Lebensqualität und machen krank. Wir wollen dieses Verkehrsleid so weit wie möglich lindern.

2709 **Verkehrssicherheitsprogramm mit Vision Zero**

2710 Wir schreiben das Verkehrssicherheitsprogramm für Sachsen fort und passen es an neue Herausforderungen an. Das
2711 Ziel bleibt die „Vision Zero“ (null Verkehrstote). Wo es erforderlich ist, setzen wir uns für Geschwindigkeitsbegrenzungen
2712 und andere Maßnahmen ein, die einen besseren Verkehrsfluss ermöglichen. Das erhöht die Sicherheit und mindert den
2713 Lärm.

2714 **Verkehrliche Prävention stärken**

2715 Wir setzen die Unterstützung der Mobilitätserziehung an unseren Kindergärten und Schulen und bei der Durchführung
2716 der Verkehrssicherheitstrainings fort. Außerdem sorgen wir dafür, dass bei der sächsischen Landespolizei das Personal
2717 für Verkehrsüberwachung und Kontrollen aufgestockt wird.

2718 **Lärmschutzkonzept für Sachsen aufstellen**

2719 Wir wollen ein verkehrsträgerübergreifendes Lärmschutzkonzept für Sachsen aufstellen. Den Straßenverkehrslärm
2720 wollen wir durch konsequente Unterstützung der Elektromobilität mindern. Wir sorgen dafür, dass systematisch lärm-
2721 mindernde Fahrbahnbeläge („Flüsterasphalt“) verbaut werden, indem wir solche Asphaltdeckschichten als Regelbau-
2722 weise anerkennen lassen. Den aktiven und passiven Fluglärmschutz an beiden sächsischen Flughäfen wollen wir kon-
2723 sequent fortführen und erweitern. Im Verkehrsministerium soll ein Fluglärmbeauftragter ernannt werden. Bessere Lö-
2724 sungen für Fluglärm vor Ort wollen wir durch mehr Dialog und eine bessere Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger
2725 öffentlicher Belange erreichen. Den Lärm durch Schienenverkehr wollen wir mindern, indem wir das Investitionspro-
2726 gramm des Bundes zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen weiter kofinanzieren. Die besondere Lärmsi-
2727 tuation im oberen Elbtal werden wir zukünftig durch die Neubaustrecke Dresden-Prag verbessern.

2728 **Luftqualität weiter verbessern**

2729 Für eine bessere Luftqualität wollen wir die Kommunen bei der Erstellung von Luftreinhalteplänen und deren Durch-
2730 setzung stärker unterstützen. Das Sofortprogramm Saubere Luft wollen wir ab 2020 verstetigen und Kommunen bei
2731 der Beantragung unterstützen.

2732 **WIRTSCHAFTSVERKEHR UND LOGISTIK**

2733 Verkehr bewegt nicht nur Personen, sondern auch Güter. Dass Güter effizient, sicher und umweltverträglich von A nach
2734 B kommen, ist nicht nur für Sachsens Unternehmen wichtig, sondern für uns alle als Verkehrsteilnehmer. Der Wirt-
2735 schaftsverkehr ist Teil unseres übergreifenden Mobilitätskonzepts. Sachsen liegt im Herzen Europas und verfügt über
2736 eine moderne Infrastruktur auf der Schiene, der Straße, aber auch auf dem Wasser und in der Luft. Deshalb ist die Lo-
2737 gistikwirtschaft eine wichtige Branche, die Wertschöpfung und Arbeit schafft. Wir stellen den Schutz der in der Logistik
2738 beschäftigten Menschen in den Mittelpunkt. Möglichkeiten der Automatisierung und digitalen Steuerung wollen wir
2739 fördern, sofern sie den grundsätzlichen sozialen und ökologischen Zielen dienen.

2740 **Ausbau der Schieneninfrastruktur**

2741 Unser Ziel ist es, einen größeren Teil des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dazu treiben wir
2742 den Ausbau der Schieneninfrastruktur in Zusammenarbeit mit dem Bund, der Deutschen Bahn und unseren Nachbar-
2743 staaten Tschechien und Polen voran, vor allem die Neubaustrecke Dresden-Prag und die Elektrifizierung der Strecken
2744 Chemnitz-Leipzig, Dresden-Görlitz und Cottbus-Görlitz. Außerdem wollen wir die Einrichtung und den Ausbau von Um-
2745 schlagpunkten (Railports, Häfen etc.) fördern.

2746 **Engpässe beseitigen**

2747 Wo es nötig ist, müssen Infrastrukturengpässe auf der Straße erweitert werden, um das Zusammenspiel von Personen-
2748 und Güterverkehr zu verbessern, insbesondere auf und an Staatsstraßen sowie Bundesautobahnen, etwa auf der A4
2749 zwischen Nossen und Dresden bzw. Dresden und Bautzen. Um die Bedingungen für Kraftfahrer an Sachsens Auto-
2750 bahnen zu verbessern, setzen wir uns beim Bund dafür ein, dass hunderte zusätzliche Stellplätze an Autobahnen und
2751 Bundesstraßen eingerichtet werden.

2752 **Logistik-Vorreiter werden**

2753 Wir wollen Sachsen zum Vorreiter der Logistik 4.0. machen: Durch Intelligente Verkehrssysteme, die aus der Vernetzung
2754 von Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Unternehmen aus der Logistik und dem produzierenden Gewerbe
2755 entstehen.

2756 **Stadtlogistik umweltfreundlich gestalten**

2757 Immer mehr Menschen bestellen ihre Waren im Internet. Das hat zur Folge, dass die Anzahl der Liefer- und Paketdienste
2758 massiv zugenommen hat. Vor allem in unseren Städten sorgt das zunehmend für Konflikte. Um der Problematik von
2759 zugeparkten Rad- und Fußwegen sowie steigender Abgas- und Lärmbelastung zu begegnen, fördern wir Kommunen
2760 und Unternehmen bei der Einführung umweltfreundlicher Stadtlogistikkonzepte.

2761 **Fluglärm reduzieren, ohne Wachstum zu bremsen**

2762 Wir bekennen uns zum Erhalt der beiden Verkehrsflughäfen Leipzig/Halle und Dresden. Der Flughafen Leipzig/Halle
2763 ist Deutschlands zweitgrößtes und Europas fünftgrößtes Frachtdrehkreuz und entwickelt sich positiv. Wir befürworten
2764 den Wachstumskurs und halten am 24-Stunden-Flughafen Leipzig fest. Die Interessen der Beschäftigten müssen mit
2765 denen der vom Fluglärm betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner in Einklang gebracht werden.

2766 **Arbeitsbedingungen in der Logistik verbessern**

2767 Wir unterstützen die Beschäftigten im Versandhandel und der Logistikwirtschaft beim Kampf um bessere Arbeitsbe-
2768 dingungen und Tarifverträge. Zum Schutz der Beschäftigten in der Paketauslieferung vor Ausbeutung streben wir im
2769 Bund eine Regelung zur Nachunternehmerhaftung an, die das Umgehen von Steuer- und Abgabepflichten durch Sub-
2770 unternehmer verhindert. Auch die Arbeitsbedingungen der Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer müssen verbessert und
2771 das Berufsbild aufgewertet werden. Wir unterstützen die Bemühungen der EU, mit Regelungen zur Entsendung von
2772 Fahrern im Straßengüterverkehr und zu ausreichenden Lenk- und Ruhezeiten Ausbeutung und Dumping in der Logistik
2773 zu verhindern. Die Kontrollen bestehender Regelungen müssen häufiger und genauer erfolgen. Die Beratungsstelle für
2774 ausländische Beschäftigte in Sachsen (BABS) wollen wir verstetigen, damit auch ausländische Kraftfahrer ihre Rechte
2775 besser kennen.

2776 **INNEN-, RECHTS- UND FINANZPOLITIK**

2777 Der Staat ist kein Selbstzweck. Genauso wenig ist er verzichtbar. Staatliche Strukturen sind in unserer demokratischen
2778 Gesellschaft das Werkzeug, mit dem das Gemeinwohl umgesetzt wird. Sie sind das Instrument, um jene Ziele und Vor-
2779 haben zu verfolgen, die eine Mehrheit der Menschen für vernünftig und erstrebenswert hält. Gleichzeitig sorgen sie
2780 dafür, dass mehrheitlich getroffene Entscheidungen nicht zu Lasten von Minderheiten gehen. Uns Sozialdemokratinnen
2781 und Sozialdemokraten ist es wichtig, eine sachliche, vernunftgeleitete und abwägende Politik zu betreiben. Unsere
2782 Antwort auf Populismus ist Rechtsstaatlichkeit, unsere Antwort auf Empörung sind Pluralismus und politische Teilha-
2783 be.

2784 In unserer Demokratie gehören der Staat und die Bürgergesellschaft zusammen. Sie brauchen einander. Mehr noch:
2785 Die Bürgergesellschaft ist Träger und Auftraggeber von staatlichen Strukturen. Entschließt sich unsere Gesellschaft,
2786 Mitverantwortung für das gute Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu übernehmen, dann braucht es Perso-
2787 nal in den Jugend- und Gesundheitsämtern, in den Kindergärten und Schulen, das diese Aufgabe übernimmt. Wollen
2788 wir Verantwortung für den Schutz von Umwelt und Klima tragen, dann braucht es Personal in den Umweltämtern,
2789 Flussverwaltungen und Planungsbehörden, das diese Aufgaben wahrnimmt. Und wenn die Macht des Stärkeren durch
2790 die Herrschaft des Rechts begrenzt werden soll, dann brauchen wir Personal in Polizei und Justiz, in den Finanz- und
2791 Regulierungsbehörden, um Recht und Gerechtigkeit durchzusetzen.

2792 Die politisch Verantwortlichen im Freistaat Sachsen haben in der Vergangenheit Fehler im Umgang mit Staat und Bür-
2793 gergesellschaft gemacht. Der politische Diskurs und das zivile Engagement wurden nach der Friedlichen Revolution zu
2794 wenig ermutigt und gefördert. Die Bürgergesellschaft – ganz gleich ob Sportvereine, Kirchengemeinden, Bürgerinitiati-
2795 ven, Feuerwehren, Gewerkschaften oder Verbände – wurde nicht als eigenständiger Partner des Staates betrachtet,
2796 sondern als funktionaler Unterstützer. Keiner brachte das besser zum Ausdruck als der langjährige Vorsitzende der
2797 sächsischen CDU-Fraktion Steffen Flath, als er im August 2010 in einem Interview mit der Sächsischen Zeitung postu-
2798 lierte: „Kirche ja, aber bitte nicht als Opposition zur CDU“.

2799 Gleichzeitig hat die Sparpolitik der CDU/FDP-Regierung in den Jahren 2009 bis 2014 staatliche Strukturen in Sachsen
2800 enorm geschwächt. Ohne auf Bedarfe und Aufgaben zu blicken, sollte das Personal im öffentlichen Dienst des Freistaa-
2801 tes Sachsen von rund 86.000 Stellen auf rund 70.000 Stellen reduziert werden. Der Lehrermangel in unseren Schulen
2802 zeigt heute am deutlichsten, wohin diese Personal- und Finanzpolitik geführt hat. Doch auch im Bereich der Polizei

2803 und der Justiz, in Finanzbehörden, Jugendämtern, Kultureinrichtungen und selbst im Archivwesen sind die Folgen die-
2804 ser Politik zu spüren. Es war uns deshalb besonders wichtig, mit Übernahme der Regierungsverantwortung 2014 einen
2805 grundlegenden Kurswechsel zu erreichen. Wir haben den Stellenabbau in Sachsen beendet. Jede frei werdende Stelle
2806 wurde wiederbesetzt, zahlreiches zusätzliches Personal in fast allen Bereichen eingestellt. Die Finanzausstattung der
2807 Kommunen haben wir deutlich verbessert, Fachförderprogramme gestärkt und umfangreiche Investitionen in Kitas
2808 und Schulen, in Krankenhäuser und Sportstätten, in Straßen und den öffentlichen Nahverkehr ermöglicht. Und wir ha-
2809 ben gezeigt, dass ein handlungsfähiger Staat mit genügend Mitteln für Personal und Investitionen auch Hand in Hand
2810 mit einer soliden Finanzpolitik gehen kann: Die Pro-Kopf-Verschuldung des Freistaates Sachsen hat sich von über 2.000
2811 Euro im Jahr 2013 auf unter 1.100 Euro im Jahr 2018 nahezu halbiert. Das Leitbild vom handlungsfähigen Staat wird uns
2812 auch künftig leiten.

2813 **VERWALTUNG UND RECHTSSTAATLICHKEIT**

2814 Es ist eine wichtige Leistung des Staates, dass er das menschliche Grundbedürfnis nach Sicherheit erfüllt. Wie schnell
2815 das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger hier gestört werden kann, hat die Kürzungspolitik der CDU/FDP-Regierung in
2816 den Jahren 2009 bis 2014 gezeigt. Wir haben die Landespolizei, die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und die Finanz-
2817 ämter wieder gestärkt und zusätzliches Personal im Justizvollzug eingestellt. Die Integration zugewanderter Menschen
2818 haben wir überhaupt erst zum Thema und zur Aufgabe im sächsischen Regierungshandeln gemacht. Und gleichzeitig
2819 für die Städte und Gemeinden umfangreiche Erstattungen von Geldern dafür bereitgestellt. In den kommenden Jahren
2820 gilt es einerseits, die vorgenommenen Kursänderungen dauerhaft zu sichern und die Arbeitsbedingungen der Bediens-
2821 teten weiter zu verbessern. Andererseits wollen wir nicht einfach Verwaltungsaufbau betreiben, sondern einen tat-
2822 sächlichen Verwaltungsumbau schaffen. Die Institutionen des Staates dienen den Bürgerinnen und Bürgern in unserer
2823 Gesellschaft. Deshalb ist es uns wichtig, dass sie transparent und effizient arbeiten. Dass Verfahren einfach, unbürokrati-
2824 sch und flexibel sind. Die staatlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen gerechte Entscheidungen treffen und
2825 ihre Ermessensspielräume zugunsten der Menschen ausüben können, die ihre Unterstützung beanspruchen. Sie sollen
2826 den Menschen auf Augenhöhe begegnen und Partner der Sächsinen und Sachsen sein. Eine solche Verwaltungskultur
2827 braucht genügend Personal mit ausreichend Zeit, sich dem Einzelfall zu widmen. Sie braucht Vertrauen, flache Hierar-
2828 chien, klare gesetzliche Regelungen, Entscheidungsspielräume und eine vernünftige Fehlerkultur.

2829 **Transparente Verwaltung und Informationsanspruch**

2830 Wir bleiben dabei: Sachsen braucht ein Transparenzgesetz. So wird das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf einen
2831 freien Zugang zu amtlichen Informationen gesichert. Der Staat muss alle Informationen und Daten, die nicht aus be-
2832 sonderen Gründen einer Geheimhaltung unterliegen, von sich aus öffentlich zur Verfügung stellen und abrufbar ma-
2833 chen.

2834 **Überprüfbarkeit staatlichen Handelns verbessern**

2835 Transparenz ist die Grundvoraussetzung dafür, dass staatliches Handeln überprüfbar ist. Zusätzlich brauchen die Bür-
2836 gerinnen und Bürger effektive Möglichkeiten zur Kontrolle. Mit der Vertrauens- und Beschwerdestelle der Polizei Sach-
2837 sen haben wir ein solches Instrument geschaffen, das Petitionswesen ist ein weiteres. Beide Instrumente gilt es zu
2838 verbessern - mit der Ansiedlung der Vertrauens- und Beschwerdestelle beim Landtag und der Einführung einer Kenn-
2839 zeichnungspflicht für Polizeibeamte einerseits und mit einer Stärkung der Rolle der Petentinnen und Petenten im Peti-
2840 tionsverfahren andererseits.

2841 **Vertrauens- und Verantwortungskultur stärken**

2842 Wir wollen eine moderne Verwaltung, die bestmögliche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land
2843 erbringt. Deshalb ist es uns wichtig, althergebrachte Prozesse und Hierarchien zu hinterfragen und so unnötige Bü-
2844 rokratie zu reduzieren. Wir legen den Schwerpunkt der künftigen Verwaltungsorganisation auf die Reduzierung von
2845 Hierarchieebenen und auf die Stärkung von Entscheidungsspielräumen der einzelnen Beschäftigten. Die umfangreiche
2846 Vorabprüfung von Voraussetzungen bei Anträgen und Leistungen wollen wir, wo immer es geht, durch klar formulierte
2847 Ziele, transparente Regeln und Stichprobenverfahren ersetzen.

2848 **Die digitalisierte Verwaltung schaffen**

2849 Sachsen hat sein E-Government-Angebot in den letzten Jahren zwar kontinuierlich ausgebaut. Doch im Vergleich zu
2850 Digitalisierungs-Spitzenländern wie Estland oder Finnland gibt es noch immer viel zu tun. Wir werden die Digitalisie-
2851 rung der öffentlichen Verwaltung voranbringen, die digitale Akte flächendeckend einführen und Antrags- und Förder-
2852 verfahren sowie Prozesse zur Dokumentation und Statistik in allen Bereichen digitalisieren. Mit einer landesweiten

2853 Verwaltungsplattform wollen wir die Kommunen bei ihren Digitalisierungsprozessen unterstützen, damit die Bürge-
2854 rinnen und Bürger zukünftig alle Leistungen des Staates auch außerhalb von Öffnungszeiten und abseits von Verwal-
2855 tungsstandorten in Anspruch nehmen können. Wir wollen, dass man für zentrale Verwaltungsdienstleistungen wie
2856 beispielsweise die Anmeldung eines Fahrzeuges keinen Halbtagesausflug mehr bewerkstelligen muss, sondern solche
2857 Prozesse komplett online erledigen kann.

2858 **IT-Sicherheit gewährleisten und Datenschutz stärken**

2859 Die fortschreitende Digitalisierung erhöht die Anforderungen an die Sicherheit von IT-Systemen. Mit dem Sächsischen
2860 Verwaltungsnetz steht unserem Land eine leistungsfähige IT-Infrastruktur zur Verfügung, in der Datenintegrität und
2861 Informationssicherheit gewährleistet sind. Sächsische Unternehmen wollen wir mit der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für IT-Sicherheit unterstützen. Wir werden außerdem das am Landeskriminalamt Sachsen eingerichtete „Cybercrime Competence Center“ ausbauen und den Sächsischen Datenschutzbeauftragten mit zusätzlichen Ressourcen
2862 weiter stärken.
2863
2864

2865 **Neues Personal in den öffentlichen Dienst holen**

2866 Die Rekrutierung und Ausbildung von geeignetem Verwaltungspersonal wird für den Arbeitgeber Freistaat Sachsen eine zentrale Herausforderung der kommenden Jahre sein. Mit der Ausbildungsinitiative Sachsen haben wir die Zahl der
2867 Ausbildungsplätze in den staatseigenen Einrichtungen mehr als verdoppelt. Wir werden ein Personalentwicklungskonzept erstellen und mit der Stärkung von Angeboten wie Arbeitszeitkonten, Gesundheitsmanagement und Fortbildung
2868 für eine höhere Attraktivität des öffentlichen Dienstes sorgen. Ebenso werden wir auf sachgrundlose Befristungen verzichten.
2869
2870
2871

2872 **POLIZEI UND JUSTIZ**

2873 Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte und der Justizvollzug bilden das Fundament des Vertrauens der Bürgerinnen
2874 und Bürger in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates. Es ist uns deshalb besonders wichtig, die Stellenausstattung für diese Bereiche anhand der zu erledigenden Aufgaben langfristig zu planen, zu erreichen und sicherzustellen.
2875 Den Einstellungskorridor bei der sächsischen Polizei von 700 Anwärterinnen und Anwärtern behalten wir bei. Denn unabhängig von der demografischen Entwicklung braucht die sächsische Polizei eine ausreichende Präsenz in der gesamten Fläche unseres Freistaates. Zusätzliche Stellen schaffen wir vor allem in den Bereichen der örtlichen Polizeistreifen,
2876 der verkehrspolizeilichen Sicherheit und der kriminalpolizeilichen Prävention ein.
2877
2878
2879

2880 **Demokratische Ethik in Polizei und Justiz**

2881 Die sächsischen Sicherheits- und Justizbehörden sind Träger des staatlichen Gewaltmonopols. Sie haben den Auftrag, Hüter unserer demokratischen Verfassungsordnung zu sein. Das Verhalten ihres Personals muss deshalb in besonderer
2882 Weise stets und zweifelsfrei den Geist unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung tragen. Es ist uns wichtig, dieses Selbstverständnis in allen Ebenen und bei allen Bediensteten verankert zu wissen – umso mehr, weil wir in den
2883 letzten Jahren klares Fehlverhalten von einzelnen Bediensteten in der Polizei, im Verfassungsschutz und im Bereich
2884 der Justiz erleben mussten. Deshalb stärken wir die Aus- und Fortbildung sowohl der Führungskräfte als auch der Vollzugsbeamten und nehmen dabei besonders die Themen politische Bildung, Interkulturalität und Berufsethik in den
2885 Blick.
2886
2887
2888

2889 **Kennzeichnungspflicht: Die Transparenz polizeilichen Handelns stärken**

2890 Mit der Modernisierung des Polizeirechts haben wir die sächsische Polizei mit zusätzlichen Kompetenzen in die Lage versetzt, Gefahren für Ordnung und Sicherheit in unserem Land wirksam abzuwehren und begangene Straftaten konsequent zu ahnden. Zusätzliche Stellen, eine leistungsfähigere Ausrüstung, zahlreiche Investitionen in Polizeistandorte
2891 und das verbesserte Besoldungs- und Zulagensystem haben die Handlungsfähigkeit der sächsischen Polizei ebenfalls
2892 deutlich gestärkt. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei speist sich aber nicht nur aus deren Handlungsfähigkeit, sondern ebenso aus der Transparenz polizeilichen Handelns. Deshalb werden wir die Kennzeichnung für
2893 Polizeibeamtinnen und -beamte einführen und die bestehende Beschwerdestelle zur Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit in die Struktur des Sächsischen Landtags verlagern.
2894
2895
2896
2897

2898 **Verfassungsschutz und Demokratie**

2899 Wir bekennen uns zur Institution des Verfassungsschutzes und halten am Trennungsgebot zwischen der polizeilichen
2900 und der nachrichtendienstlichen Arbeit fest. Auch der sächsische Verfassungsschutz hat Konsequenzen aus dem NSU-Komplex gezogen, seine Zusammenarbeit mit den anderen Sicherheitsbehörden verbessert und die Qualität seiner
2901

2902 Arbeit gestärkt. Wir wollen die Kontrolle des Verfassungsschutzes weiter verbessern und nach dem Vorbild Berlins
2903 die Parlamentarische Kontrollkommission in einen öffentlich tagenden Ausschuss umwandeln. Die derzeitige V-Leute-
2904 Praxis sollte aus unserer Sicht grundsätzlich hinterfragt und die Praxis der finanziellen Entlohnung abgeschafft werden.
2905 Überlegungen zur stärkeren institutionellen Trennung von Gefahrenerkennung und wissenschaftlich fundierter Aus-
2906 wertung verfassungsfeindlicher Bestrebungen begrüßen wir.

2907 **Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz weiter verbessern**

2908 Wir verbessern die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Staatsanwaltschaften, um eine effektivere Straf-
2909 verfolgung zu ermöglichen. Dafür wollen wir mehr gemeinsame Ermittlungsgruppen einrichten, gegenseitige und ge-
2910 meinsame Fortbildungen intensivieren, die Richtlinien für die Strafverfolgung verbessern und die Kooperation zwi-
2911 schen der Polizei und den Staatsanwaltschaften mit den Jugendämtern stärken. Wichtig ist uns auch eine verbesserte
2912 Rückmeldung zum Ausgang von Verfahren, deshalb werden wir die datenschutzkonforme Verknüpfung von relevanten
2913 Daten in den polizeilichen Informationssystemen mit Verfahrensdaten der Staatsanwaltschaften ermöglichen.

2914 **Verfahrensdauern verkürzen**

2915 Im bundesweiten Vergleich ist die durchschnittliche Dauer von sächsischen Ermittlungsverfahren ab Eingang bei der
2916 Staatsanwaltschaft bis zur Abgabe an das Gericht und die damit verbundene Anklage mit über neun Monaten deutlich
2917 zu hoch. Wir wirken darauf hin, dass insbesondere Jugendverfahren nicht nach Eingang, sondern bevorzugt bearbeitet
2918 werden, um den erzieherischen Zweck dieser Verfahren auch tatsächlich zu erreichen. Dabei ist es uns auch wichtig,
2919 die Jugendabteilungen der Staatsanwaltschaften personell zu stärken und die Zusammenarbeit mit Institutionen der
2920 Jugendhilfe zu verbessern.

2921 **Demografiebrücken in der Richterschaft bilden**

2922 Ab dem Jahr 2025 werden im Freistaat Sachsen die besonders starken Richter-Jahrgänge pensioniert. Deshalb haben
2923 wir bereits in dieser Wahlperiode die Studienkapazitäten in den Rechtswissenschaften erhöht. Eine weitere Erhöhung
2924 ist erforderlich, da der Generationenwechsel auch über das Jahr 2030 hinaus bewältigt werden muss. Um den neuen
2925 Richterinnen und Richtern eine angemessene Einarbeitungszeit zu ermöglichen, werden wir im Stellenplan entspre-
2926 chende „Demografiebrücken“ zur rechtzeitigen Einstellung vor dem altersbedingten Ausscheiden vorsehen.

2927 **Resozialisierung im Justizvollzug stärken**

2928 Die Ausbildung und Einstellung zusätzlichen Personals ist auch im Justizvollzug die wichtigste Aufgabe der nächsten
2929 Jahre. Dabei geht es nicht nur um Vollzugsbedienstete, sondern auch um psychologische, medizinische und therapeu-
2930 tische Fachkräfte. Denn momentan sind es vor allem Personalengpässe, die uns im Freistaat Sachsen darin hemmen,
2931 der eigentlichen Aufgabe des Strafvollzugs – Resozialisierung – tatsächlich wirksam und umfassend nachzukommen.
2932 Zur Verbesserung des Vollzugs bei ausländischen Inhaftierten brauchen unsere Justizvollzugsanstalten außerdem ver-
2933 lässlich verfügbares Übersetzungspersonal.

2934 **Kriminologische Forschung**

2935 Um die Effektivität des Strafvollzuges mit Blick auf sein Ziel der Resozialisierung zu prüfen und zu verbessern, braucht
2936 es Informationen über seine Wirksamkeit. Wir werden daher die kriminologische Forschung verstärken und für den
2937 Freistaat Sachsen endlich eine Rückfallquote in den Bereichen des Strafvollzugs und des Jugendstrafvollzugs ermitteln
2938 und statistisch erfassen. Wichtig ist uns, die Forschungsergebnisse dann auch umzusetzen. Bisherige Forschungen zei-
2939 gen, dass der offene Vollzug in deutlich höherem Maße als der geschlossene Vollzug geeignet ist, Resozialisierung zu
2940 ermöglichen. Deshalb werden wir diese Vollzugsform weiter stärken und das Übergangsmangement von der Haft in
2941 das freie Leben weiter verbessern.

2942 **Gemeinnützige Arbeit bei Ersatzfreiheitsstrafe**

2943 Rund zehn Prozent aller Inhaftierten in Sachsen verbüßen eine Ersatzfreiheitsstrafe, das heißt: Sie wurden zur Zahlung
2944 einer Geldstrafe verurteilt, können diese aber mangels Einkommen nicht leisten und müssen stattdessen „absitzen“.
2945 Diese Praxis ist nicht nur umstritten, sondern auch teuer. Wir intensivieren das Programm „Schwitzen statt Sitzen“,
2946 bei dem uneinbringliche Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit abgeleistet werden. Unser Ziel ist es, alle Ersatzfrei-
2947 heitsstrafen auf diesem Weg zu vollstrecken. So werden die sächsischen Haftanstalten nachhaltig entlastet und das
2948 Resozialisierungsziel der Strafe besser erreicht.

2949 **Alternativen Vollzug stärken**

2950 Viel seltener als im bundesweiten Durchschnitt wird in Sachsen von der Möglichkeit des offenen Vollzugs Gebrauch
2951 gemacht. Dabei erweist sich dieser aufgrund der besseren Wiedereingliederungsmöglichkeiten als besonders wirksam
2952 für die Resozialisierung. Er ist zudem kostengünstiger als der geschlossene Vollzug. Wir erweitern deshalb die Zahl
2953 der Haftplätze im offenen Vollzug an den Justizvollzugsanstalten Leipzig, Chemnitz und Dresden, weil hier die sozial-
2954 räumlichen Voraussetzungen besonders günstig sind. Stärken wollen wir außerdem den Strafvollzug in freien Formen,
2955 insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.

2956 **NICHTPOLIZEILICHE GEFAHRENABWEHR**

2957 Die Organisationen, die Beschäftigten und die ehrenamtlichen Kameradinnen und Kameraden im Brand- und Kata-
2958 strophenschutz sowie im Rettungsdienst sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft enorm wichtig. Sie retten
2959 Menschen, helfen in Notsituationen, löschen Brände, bergen Opfer und geben technische Hilfeleistung in Einsätzen.
2960 Gemeinsam bilden sie die Struktur der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Es ist uns wichtig, die Arbeit dieser so-
2961 genannten Blaulicht-Organisationen weiter zu stärken und ihre Kooperation zu erleichtern.

2962 **Große BRKG-Novelle sofort angehen**

2963 Mit unseren Blaulicht-Konferenzen haben wir für einen regelmäßigen Austausch zwischen politischen Entscheidungs-
2964 trägern, Einsatzkräften und ehrenamtlich Tätigen im Blaulicht-Bereich gesorgt. Dabei ist deutlich geworden: Es ist an
2965 der Zeit, das Sächsische Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (BRKG) einer umfassen-
2966 den Novelle zu unterziehen. Wir setzen den intensiven Dialog fort und werden dafür sorgen, dass das Innenministerium
2967 einen transparenten und strukturierten Beteiligungsprozess für eine große BRKG-Novelle initiiert.

2968 **Die Freiwilligen Feuerwehren weiter stärken**

2969 Die Situation der Freiwilligen Feuerwehren haben wir in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert: Mehr Mittel für
2970 Investitionen in Standorte und Fahrzeuge, höhere Pauschalen für die Förderung der Verbandsarbeit und der Jugend-
2971 feuerwehren und eine gesetzliche Stärkung der Wehrleitungen helfen, den Brandschutz in Sachsen flächendeckend zu
2972 sichern. In den kommenden Jahren fördern wir die Erstellung von regionalen Brandschutzbedarfsplänen und bauen
2973 die Lehrgangsangebote weiter aus. Das von uns geplante Bildungsfreistellungsgesetz ist gerade für die Kameradinnen
2974 und Kameraden dringend notwendig, um mit ausgebildeten Kräften die Einsatzbereitschaft zu gewährleisten.

2975 **Neue Wege im Brandschutz denken**

2976 Der demographische Wandel stellt gerade die Freiwilligen Feuerwehren in den ländlichen Räumen vor substantielle
2977 Probleme. Auch wenn einige Maßnahmen der letzten Jahre Erfolge zeigen und zahlreiche neue Kameradinnen und Ka-
2978 meraden in den Freiwilligen Feuerwehren gewonnen werden konnten, so bleibt es langfristig wichtig, neue Wege im
2979 Brandschutz zu denken. Regionale Brandschutzbedarfspläne können aus unserer Sicht dabei helfen, die gemeinsame
2980 Nutzung unterschiedlicher technischer Ressourcen der Gemeinden zu verbessern. Sie könnten außerdem die Grundla-
2981 ge für die Ergänzung des freiwilligen Brandschutzsystems mit hauptamtlichem Stützpunktpersonal bilden. Wir wollen
2982 auch deshalb die in der AG „Feuerwehr.Sachsen.2020“ begonnene Arbeit fortsetzen und deren Impulse in die große
2983 BRKG-Novelle einfließen lassen.

2984 **Helfergleichstellung sichern**

2985 Mehr Aufmerksamkeit brauchen die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz. Mit dem aktuel-
2986 len Haushalt wurden bereits über drei Millionen Euro zusätzlich für den Unterhalt von Standorten und für Investitionen
2987 bereitgestellt. Wir sorgen außerdem dafür, dass die Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz den Angehörigen
2988 der Freiwilligen Feuerwehren gleichgestellt werden. Den langfristigen Unterhalt der Einrichtungen des Katastrophen-
2989 schutzes werden wir auf eine klare rechtliche Grundlage stellen.

2990 **Den Rettungsdienst stärken**

2991 Mit der Einführung des Notfallsanitäters wurden die Ausbildungsbedingungen im Rettungsdienst auf eine zeitgemä-
2992 ße Grundlage gestellt. Durch das Engagement der Beschäftigten konnten außerdem gute Tarifvereinbarungen erzielt
2993 und so auch die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Wir wissen um den großen Wert der hergestellten Einigkeit
2994 zwischen den Leistungserbringern und setzen uns deshalb weiter für den klaren und verbindlichen Dialog mit dem
2995 Freistaat Sachsen, den Kommunen und den Kostenträgern ein. Mit einer Novellierung des Gesetzes über Brandschutz,
2996 Rettungsdienst und Katastrophenschutz werden wir diesen wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge weiter stärken und
2997 vom wirtschaftlichen Druck der Vergabeverfahren befreien.

2998 **KAMPF GEGEN DEN RECHTSEXTREMISMUS**

2999 Rechtsextremismus, Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogener Hass stellen für unser Land nach wie vor ein gro-
3000 ßes Problem dar. Wir werden uns damit nicht abfinden und betrachten es nicht nur als gesellschaftliche, sondern auch
3001 als staatliche Aufgabe, solche Gefahren aktiv zu bekämpfen.

3002 **Die Zivilgesellschaft weiter stärken**

3003 Die Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten und die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus, Natio-
3004 nalismus, Homophobie, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeind-
3005 lichkeit ist eine Daueraufgabe in unserer demokratischen Gesellschaft. Die Stärkung demokratischer Grundwerte ist
3006 nichts, das sich durch Projekte abschließen lässt. In einer offenen, demokratischen Gesellschaft wird es immer wie-
3007 der neue und sich verändernde Gefährdungen der Demokratie geben. Deshalb haben wir mit der Weiterentwicklung
3008 des Programms Weltoffenes Sachsen eine mehrjährige, verbindliche Demokratieförderung ermöglicht, um die Finan-
3009 zierung einer aktiven und demokratischen Zivilgesellschaft unabhängig von Legislaturperioden dauerhaft abzusichern.
3010 Wir wollen das Landesdemokratiezentrum und das Programm Weltoffenes Sachsen auf eine stabile gesetzliche Grund-
3011 lage stellen, um die mehrjährige Finanzierung und eine Mindestförderhöhe verbindlich festzuschreiben. In die Entwick-
3012 lung und Fortschreibung von Programmen zur Demokratieförderung wollen wir die Erfahrungen der unterschiedlichen
3013 Netzwerke und Träger auch weiterhin einbeziehen und sie in Beiräten und Gremien an der Durchführung beteiligen.
3014 Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf schlanke Regelungen, die einen Abbau von Bürokratie ermöglichen, denn
3015 auch hier gilt unser Grundsatz des Vertrauens bei der Zusammenarbeit. Die jährliche Mindestfördersumme für das
3016 Programm Weltoffenes Sachsen werden wir ab dem Jahr 2021 weiter erhöhen.

3017 **Konsequente Strafverfolgung sichern**

3018 Mit der Bildung des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismusabwehrzentrums (PTAZ) und der staatsanwaltschaftli-
3019 chen Zentralstelle Extremismus in Sachsen (ZESA) haben wir in unserem Land eine effektive Struktur für die Bekämp-
3020 fungung rechtsextremistischer Hass- und Gewaltdelikte geschaffen. Es muss gesichert werden, dass für die Verfolgung
3021 rechtsextremistisch motivierter Kriminalität dauerhaft genügend und gut ausgebildetes Personal zur Verfügung steht.
3022 Ein wichtiges Ziel der nächsten Jahre ist darüber hinaus die Entwaffnung der extremen Rechten und der Reichsbürger-
3023 bewegung sowie die Verstärkung der Internetaufklärung im rechtsextremen Phänomenbereich.

3024 **Netzwerke und Strukturen ermitteln und bekämpfen**

3025 Wir bekennen uns auch deshalb zum Verfassungsschutz, weil wir seinen Beitrag zur Ermittlung, Aufdeckung und Be-
3026 kämpfung rechtsextremistischer, rechtsterroristischer und demokratiefeindlicher Netzwerke und Strukturen für un-
3027 verzichtbar halten. Gerade im Nachgang zum NSU-Komplex hat sich die Arbeit der Behörden auf Bundes- und Landes-
3028 ebene deutlich professionalisiert. Die Stärkung des bundesweiten Verfassungsschutzverbundes und die Einrichtung
3029 der Polizeilichen und Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestellen PIAS und NIAS trägt zu einer bundes-
3030 länderübergreifenden frühzeitigen Abwehr rechtsextremistischer Gefahren bei. Die Öffnung des Landesamts für Ver-
3031 fassungsschutz gegenüber Kommunen und Institutionen der Zivilgesellschaft wollen wir weiter voranbringen und mit
3032 einer Stärkung von Kontrolle und Transparenz zu einer sinnvollen Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden und Zi-
3033 vilgesellschaft beitragen.

3034 **ZUSAMMENHALT UND BETEILIGUNG**

3035 Unsere Demokratie lebt von der Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es ist uns deshalb sehr wichtig, Kindern,
3036 Jugendlichen und Erwachsenen vielfältige Möglichkeiten zur Selbstbestimmung, zur Beteiligung an politischen Ent-
3037 scheidungen und zur Übernahme von Verantwortung zu geben. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Stärkung
3038 der Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, für die Stärkung
3039 der kommunalen Selbstverwaltung und für die Förderung mithilfe pauschaler Mittel und Budgets ein.

3040 Gesellschaftliche Vielfalt und politischer Pluralismus bringen unser Land voran – wenn sie auf einem gemeinsam ge-
3041 teilten Fundament gründen. Es ist uns deshalb ein großes Anliegen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu
3042 stärken und den Dialog zwischen den Menschen in allen Bereichen zu fördern.

3043 **Die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen**

3044 Wir werden erlebbare Demokratie und Mitbestimmung weiter stärken. Neben einer Vereinfachung der Elemente der
3045 Volksgesetzgebung wollen wir vor allem die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in Planungsverfahren und
3046 lokale Projekte stärken – durch Bürgerforen, Zielkonferenzen, Projektbeiräte und Konsultationsverfahren. So werden
3047 Bürgerinnen und Bürger in einem regionalen Partizipationsprozess gehört und nehmen Einfluss auf die Gestaltung
3048 ihrer Lebensbedingungen vor Ort, so wie es beispielsweise in der Zukunftswerkstatt Lausitz heute geschieht.

3049 Die Hürden für direkte Demokratie senken

3050 Direktdemokratische Verfahren – also Volksabstimmungen – sind eine wichtige Ergänzung unserer repräsentativen
3051 Demokratie. Dass in ihnen allein aber kein Allheilmittel für Politikmüdigkeit zu sehen ist und ihre Anwendung bei kon-
3052 kreten Problemstellungen wohlüberlegt sein will, zeigen die Erfahrungen und Schwierigkeiten rund um das Brexit-
3053 Votum. Wir wollen das erforderliche Quorum für einen Volksantrag, also für einen Gesetzentwurf der Bevölkerung an
3054 den Landtag, auf ein Prozent der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger senken. Das Quorum für Volksbegeh-
3055 ren, also die Zahl der Unterschriften, die nötig sind, um eine Volksabstimmung herbeizuführen, soll auf fünf Prozent
3056 abgesenkt werden.

3057 Bürgerbeteiligungs- und Parlamentsverfahren besser verknüpfen

3058 Wir wollen die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärker mit parlamentarischen Verfahren verbinden
3059 und verschränken. Dazu gehört für uns eine Verbesserung des Petitionswesens, so dass Petentinnen und Petenten in
3060 einen direkten Austausch mit den Abgeordneten kommen, Vor-Ort-Termine vereinbart und gemeinsame Anhörungen
3061 durchgeführt werden. Ein mit dem erforderlichen Quorum ausgestatteter Volksantrag soll gemeinsam mit den An-
3062 tragstellern im Parlament verbessert und weiterentwickelt werden können, wie jeder Antrag der Regierung oder einer
3063 Fraktion. Wir wollen eine echte Verzahnung der parlamentarischen Gesetzgebung mit Prozessen der direkten Demo-
3064 kratie. So werden die erfolgreichen parlamentarischen Diskussions-, Verhandlungs- und Kompromisspotentiale auch
3065 bei direktdemokratischen Gesetzgebungsverfahren nutzbar. Durch die Verkoppelung kann besser garantiert werden,
3066 dass nicht das Einzelinteresse oder die größte Empörung Gehör findet, sondern auch das Gemeinwohl im Blick behalten
3067 wird.

3068 Das Kapern von Demokratieprozessen durch Einzelinteressen abwehren

3069 Sämtliche Offenlegungspflichten, die für Parteien gelten, sollen auch für die Initiatoren von Volksentscheiden gelten.
3070 Die Beeinflussung von Abstimmungen durch Einzelinteressen von Konzernen, besonders zahlungskräftigen Lobbygrup-
3071 pen oder die Steuerung aus dem Ausland müssen verhindert werden. Damit die Bürgerinnen und Bürger sich bei Volks-
3072 gesetzgebungsverfahren umfassend informieren können, werden wir nach dem Vorbild der Schweiz gesetzliche Rege-
3073 lungen zur Information im Verfahren treffen und so z.B. Abstimmungsbüchlein ermöglichen. Die Einführung von Volks-
3074 abstimmungen, welche die Regierung selbst einleitet, lehnen wir ab. Solche Referenden dienen vor allem der Selbst-
3075 darstellung und Machtausweitung der Herrschenden. In illiberalen Demokratien wie in Ungarn oder der Türkei können
3076 wir sehen, wie Referenden missbraucht werden können.

3077 Den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken

3078 Das Engagement bei der Flut und die Unterstützung für Geflüchtete in Sachsen haben gezeigt, dass sich viele für die
3079 Allgemeinheit handfest engagieren wollen und Solidarität zeigen. Deshalb wollen wir Programme für konkrete Hilfen
3080 ausbauen: Die unbürokratische Finanzierung und Unterstützung kleiner Bürgerprojekte werden wir ausweiten. Das
3081 Ministerium für Gleichstellung und Integration wollen wir zu einem Staatsministerium für Demokratie, Teilhabe und
3082 gesellschaftlichen Zusammenhalt ausbauen. Hier sollen die Erfahrungen aus den Programmen „Weltoffenes Sachsen“
3083 und „Wir für Sachsen“ gebündelt werden, um eine Netzwerkstruktur für innovative Projekte des Zusammenlebens und
3084 gesellschaftlicher Solidarität in unseren Stadtteilen, kleinen Städten und Dörfern zu entwickeln und finanziell sowie
3085 organisatorisch zu unterstützen. Nicht zuletzt werden wir ein Integrations- und Teilhabegesetz auf den Weg bringen,
3086 welches die guten bestehenden Maßnahmen wie Landessprachprogramm und Flüchtlingssozialarbeit verstetigt, klare
3087 Erwartungen an eine gelingende Integration festschreibt und eine deutliche Aufgabenverteilung zwischen dem Frei-
3088 staat und seinen Kommunen regelt.

3089 FINANZPOLITIK

3090 Die Institutionen des Rechtsstaates sind auf eine gute Personalausstattung angewiesen. Aber auch in Schulen und Kin-
3091 dergärten, Umwelt- und Finanzämtern oder in Behörden, die Pflegeeinrichtungen kontrollieren oder die Lebensmittelsi-
3092 cherheit überwachen, gilt: Die wichtigste Basis eines handlungsfähigen Staates sind gut qualifizierte Mitarbeiterinnen
3093 und Mitarbeiter in ausreichender Zahl. Solide Finanzpolitik heißt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
3094 deshalb, eine Politik zu betreiben, welche die Finanzierung öffentlicher Ausgaben langfristig und nachhaltig ermög-
3095 licht.

3096 Der Freistaat Sachsen hat bei finanzpolitischen Debatten auf Bundesebene stets darauf gedrungen, langfristige zu-
3097 künftige Entwicklungen mit in den Blick zu nehmen. In Zeiten der CDU/FDP-Regierung verengte sich dieser Beitrag

3098 leider auf eine sehr kurzsichtige und schädliche Kürzungspolitik. Dabei muss eine kluge Finanzpolitik viel einfallsrei-
3099 cher sein, um die Handlungsfähigkeit des Staates wirklich nachhaltig zu sichern. Die bundesdeutsche und auch die
3100 sächsische Tagespolitik verdrängen aus unserer Sicht noch zu oft die wichtigen Zukunftsfragen: Wir leben in einer Zeit,
3101 in der nicht mehr nur menschliche Arbeit, sondern immer stärker Robotisierung und künstliche Intelligenz für enor-
3102 me Wertschöpfung und Unternehmensgewinne sorgen. Doch nach wie vor ist es vor allem menschliche Arbeit und
3103 der Konsum, die besteuert werden. Nach wie vor ist es ausschließlich der Faktor Arbeit, der unsere solidarischen sozia-
3104 len Sicherungssysteme finanzieren. Deutschland erwirtschaftet eines der höchsten Bruttoinlandsprodukte weltweit,
3105 obwohl die Erwerbsbeteiligung stagniert. Doch es überlässt die Finanzierung sozialer und öffentlicher Leistungen zu
3106 einem großen Teil den Erwerbstätigen. Das ist nicht nachhaltig – das zeigen die Rentenbescheide der vielen Menschen,
3107 die fast fünfzig Jahre lang hart gearbeitet haben und dennoch nicht über Grundsicherungsniveau kommen.

3108 Der Freistaat Sachsen muss in steuer- und finanzpolitischen Fragen auf Bundesebene seine Stimme nicht nur wieder
3109 erheben. Er muss sie vor allem ausrichten an den Interessen derer, die den handlungsfähigen Staat brauchen. Unser
3110 Anspruch ist es deshalb die Besteuerung leistungsfähiger Einkommen zu sichern und erkämpfte Errungenschaften wie
3111 die Rückkehr zu paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung zu verteidigen. Einen schwachen Staat können sich
3112 nur Reiche leisten. Wie sehr dieser Satz stimmt, hat die Kürzungspolitik der CDU/FDP-Regierung in den Jahren 2009
3113 bis 2014 gezeigt. Getroffen hat sie zuerst jene Institutionen und Einrichtungen, die Menschen in Schwierigkeiten brau-
3114 chen: Suchtberatung und Jugendhilfe wurden gekürzt, der Kommunal-Kombi für Langzeitarbeitslose gestrichen, die
3115 Förderung für Selbsthilfegruppen abgeschafft. Getroffen wurden aber auch die Bereiche, die für die breite Gesellschaft
3116 wichtig sind. 30 von 70 Polizeirevieren wurden geschlossen. Die Zahl der Lehrkräfte wurde weiter reduziert, die Mit-
3117 tel für Ganztagsangebote an Schulen zusammengestrichen. Die Kinder- und Jugendpauschale wurde abgesenkt, das
3118 Landeserziehungsgeld gekürzt, das beitragsfreie Vorschuljahr abgeschafft. Massive Kürzungen im Öffentlichen Perso-
3119 nennahverkehr führten zur Stilllegung ganzer Strecken, Streichungen bei den Kulturraummitteln zur Schließung von
3120 Angeboten, das Stellenabbauziel im öffentlichen Dienst zu Personalmangel in allen Ämtern.

3121 Heute, nur fünf Jahre später, sind diese Schäden nicht nur repariert. In fast allen Bereichen leistet der Freistaat Sachsen
3122 mehr als je zuvor. Zum ersten Mal seit dem Bestehen des Freistaates wurde der Betreuungsschlüssel in den Kinderkrip-
3123 pen und Kindergärten verbessert – und das gleich in vier aufeinander folgenden Schritten. Mehr als 2.800 zusätzliche
3124 Erzieherinnen und Erzieher sind nun in Sachsens Kitas beschäftigt. Gleichzeitig wurden 1.000 neue Polizeistellen ge-
3125 schaffen, 5.000 neue Lehrerstellen, die Mittel für Ganztagsangebote wurden verdoppelt, die Jugendpauschale erhöht,
3126 Schulsozialarbeit an jeder Oberschule finanziert, der ÖPNV ausgebaut und die Kulturraummittel aufgestockt. Inzwi-
3127 schen sind über 90.000 Beschäftigte in Sachsens Ämtern und Behörden, in Justiz und Straßenmeistereien, in Schulen,
3128 Universitäten und im Forst tätig. Bei alledem bleibt der sächsische Haushalt solide aufgestellt und leistungsfähig. Der
3129 Staat trifft umfassend Vorsorge. Mit dem Generationenfonds sparen wir Mittel für die Pensionslasten der Beamtinnen
3130 und Beamten. Mit dem Zukunftssicherungsfonds sichern wir Gelder für langfristig notwendige Investitionen. Und mit
3131 der Tilgung von Schulden sorgen wir für die langfristige Tragfähigkeit der Haushalte kommender Wahlperioden. Diese
3132 erfolgreiche und nachhaltige Finanzpolitik setzen wir fort, ohne das Sparen zum Selbstzweck zu erheben. Unser beson-
3133 deres Augenmerk gilt dabei den sächsischen Kommunen. Mit den Haushalten der vergangenen Jahre haben wir ihre
3134 Finanzkraft gestärkt, Förderprogramme erweitert und Pauschalen erhöht.

3135 **Die Finanzkraft der Kommunen weiter stärken**

3136 Den Erfolg des Investitionsprogramms „Brücken in die Zukunft“ und des Kommunalen Investitions- und Finanzkrafts-
3137 tärkungsgesetzes führen wir fort: Die sächsischen Kommunen sollen in weit höherem Maße als bisher pauschale Mittel
3138 erhalten, über deren Verwendung sie frei entscheiden können. Dabei muss auch weiter auf die angemessene Ausstat-
3139 tung der Kommunen mit Eigenmitteln geachtet werden, damit sie in der Lage sind, auch in Zukunft über freiwillige
3140 Aufgaben selbst zu bestimmen oder die Kofinanzierung von Förderprogrammen sicherzustellen. Wir stehen zu den
3141 Grundsätzen des sächsischen Finanzausgleichs (FAG), der anerkannt ist und sich bewährt hat. Auch in Zukunft muss
3142 damit der angemessene Ausgleich zwischen ländlichen und städtischen Räumen sichergestellt werden. Auch innerhalb
3143 der kreisangehörigen Räume sind die Ziele einer gleichmäßigen Entwicklung und eines Ausgleichs unterschiedlicher
3144 Steuerkraft weiter zu verfolgen. Speziell mit Blick auf die Entwicklung der kommunalen Soziallasten können wir uns
3145 eine Weiterentwicklung des FAG vorstellen.

3146 **Sächsische Aufbaubank weiterentwickeln**

3147 Wir stehen zur Sächsischen Aufbaubank (SAB) als landeseigene Förderbank des Freistaats. Mit der Verlagerung des Un-
3148 ternehmenssitzes nach Leipzig, die wir vor allem für die Beschäftigten sozialverträglich gestalten wollen, muss auch

3149 eine strategische Neuausrichtung der SAB einhergehen. Neben der dringend notwendigen Digitalisierung der Prozes-
3150 se sollte auch die Abwicklung von Förderprogrammen weiter verbessert werden. Wir streben außerdem eine engere
3151 Kooperation der mitteldeutschen Förderbanken an.

3152 **Pauschalprogramme mit klaren Zielen schaffen**

3153 Wir werden die Anzahl der Förderrichtlinien weiter reduzieren und Förderthemen zu Pauschalprogrammen mit kla-
3154 ren Zielstellungen zusammenfassen. Anstelle der bisherigen Praxis umfangreicher Vorabprüfungen und detaillierter
3155 Kontrollen von Verwendungsnachweisen wollen wir verstärkt auf Zielvereinbarungen und Stichprobenprüfungen set-
3156 zen. So stärken wir die Selbstverwaltung der Kommunen und reduzieren den bürokratischen Aufwand sowohl für die
3157 kommunale Seite als auch die Staatsverwaltung.

3158 **Die institutionelle Förderung stärken**

3159 Fördermittel an Dritte wie freie Träger im Jugend-, Sozial- und Kulturbereich werden wir verstetigen. Wir beenden die
3160 Praxis der kurzfristigen Projektförderung für langfristige Aufgaben. Sie führt zu „Projektitis“, prekären Arbeitsverhält-
3161 nissen, großer Bürokratie und eingeschränkter Wirksamkeit. Gemeinsam mit den Verbänden und unter Beteiligung
3162 des Sächsischen Rechnungshofes entwickeln wir ein Verfahren, das finanzielle Stabilität und inhaltliche Flexibilität
3163 gleichermaßen ermöglicht.

3164 **Sanierungsstau weiter abbauen**

3165 Sachsen ist mit Abstand das Bundesland mit der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland. Das ist gut und
3166 soll so bleiben. Doch manche Schulden bleiben unsichtbar: Der Sanierungsstau in sächsischen Schulen und Kindergär-
3167 ten, bei öffentlichen Straßen und Brückenbauwerken kommt versteckten Schulden gleich. Deshalb halten wir an einer
3168 hohen Investitionsquote fest und stärken den klaren Vorrang von Sanierung und Instandsetzung vor Neubau weiter.

3169 **Stärkung des Parlaments in Haushalts- und Finanzfragen**

3170 Wir setzen unseren Weg der Stärkung des Parlaments in Haushalts- und Finanzfragen fort. Dazu verringern wir die
3171 Wertgrenzen für eine Beteiligung des Haushalts- und Finanzausschusses bei außerplanmäßigen und überplanmäßigen
3172 Ausgaben. Die Bewirtschaftung von Sondervermögen und Fonds wird ebenso Gegenstand regelmäßiger parlamenta-
3173 rischer Arbeit wie die Befassung mit landeseigenen Unternehmen und Beteiligungen.

3174 **Ein gerechtes Steuer- und Finanzsystem**

3175 Wir sind der Meinung, dass starke Schultern mehr tragen sollen als schwache. Das gilt besonders für riesige Vermögen
3176 und Erbschaften in Deutschland. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Schere bei den verfügbaren Haushalts-
3177 einkommen und in der Vermögensverteilung insgesamt weiter geöffnet. Dieser Entwicklung wollen wir entgegen tre-
3178 ten. Die Privilegierung von Kapitaleinkommen durch die aktuelle Abgeltungssteuer lehnen wir ab, da in den vergange-
3179 nen zehn Jahren die Gründe für die pauschale Einführung entfallen sind. Wir setzen uns deshalb im Bund dafür ein, die
3180 Besteuerung von Kapital- und Erwerbseinkommen mindestens zu vereinheitlichen. Außerdem setzen wir uns auf Bun-
3181 desebene für eine transparente und klar strukturierte Erbschaftssteuer als Bundessteuer ein, denn bei Erbschaften han-
3182 delt es sich um leistungsloses Einkommen. Im Rahmen von Unternehmenserbschaften sind auch staatliche Beteiligun-
3183 gen möglich. Unser Steuer- und Abgabensystem darf kleine und mittlere Einkommen ohne Vermögensrückhalt – und
3184 damit vor allem die Menschen in den ostdeutschen Ländern – nicht über Gebühr belasten. Wir Sozialdemokratinnen
3185 und Sozialdemokraten im Freistaat Sachsen setzen uns entschieden für die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnis-
3186 se im Bundesgebiet ein. Dies betrifft nicht nur, aber auch die Förderung der ostdeutschen Länder. Sachsen bleibt trotz
3187 seiner soliden Haushaltslage ein finanzschwaches Bundesland und setzt sich daher weiterhin für eine ausgleichende
3188 Politik des Bundes ein. Und noch immer gibt es vereinigungsbedingte Lasten, beispielsweise aus dem Anspruchs- und
3189 Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG), bei denen die Ostländer mehr Unterstützung benötigen.

3190 **Transparenz bei der Steuererklärung**

3191 Um die individuelle Leistung der Bürgerinnen und Bürger besser zu honorieren, soll zukünftig aus dem Steuerbescheid
3192 abzulesen sein, wie hoch der individuelle, tatsächlich geleistete Steuersatz pro Jahr ist. Neben den bisherigen Bestand-
3193 teilen wird die zu zahlende Steuerbelastung ins Verhältnis zum Bruttoeinkommen gesetzt und ein Prozentsatz errech-
3194 net. Außerdem soll aus dem Bescheid hervorgehen, welche Abzüge zu dem ermittelten Nettoeinkommen geführt ha-
3195 ben. Wir wollen uns an anderen Bundesländern orientieren und mit dem Bescheid darüber informieren, wie die Einnah-
3196 men beispielhaft eingesetzt wurden. Verbunden damit ist ein Dank für den wichtigen Beitrag zur Finanzierung unseres
3197 Gemeinwesens.

3198 Steuergerechtigkeit durch intensivere Steuerfahndung verbessern

3199 Wer ehrlich seinen Beitrag zur Finanzierung des Staates leistet, muss die Gewissheit haben, dass Betrüger zur Rechenschaft gezogen werden. Die Steuerfahndung in Sachsen wollen wir stärken, so dass der Fahndungsdruck hoch bleibt.
3200
3201 Der Ankauf von Steuer-CDs und die Veröffentlichung der Panama Papers sind Instrumente, die die Handlungsfähigkeit
3202 des Staates gestärkt und für mehr Gerechtigkeit gesorgt haben.

3203 Gesetzliche Krankenversicherung für Beamte

3204 Wir wollen auch im Freistaat Sachsen den Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit geben, freiwilliges Mitglied in der
3205 Gesetzlichen Krankenversicherung zu sein. Bisher ist eine solche Mitgliedschaft für viele Bedienstete weniger attraktiv
3206 als die staatliche Beihilfe. Deshalb werden wir wie das Land Hamburg den Bediensteten im Freistaat Sachsen ein pau-
3207 schales Beihilfemodell anbieten, das ihnen Wahlfreiheit gewährt. Von einer solchen Einbeziehung der verbeamteten
3208 Beschäftigten profitiert gleichzeitig auch unser solidarisches Krankenversicherungssystem.

3209 Eins-zu-eins-Umsetzung von Förderprogrammen

3210 Fördermittel des Bundes und der Europäischen Union nimmt der Freistaat Sachsen weiterhin vollständig in Anspruch.
3211 Wir legen größeres Augenmerk darauf, sie im sächsischen Haushalt auch in voller Höhe ihrem eigentlichen Zweck ent-
3212 sprechend einzusetzen, anstatt damit Landesmittel zu kompensieren. Hier sehen wir insbesondere im Wohnungsbau
3213 und im Öffentlichen Personennahverkehr noch Verbesserungspotential. Wichtig ist es uns, auch weiterhin für eine 1:1-
3214 Umsetzung der Fördermittelvorgaben zu sorgen und die Verfahren nicht mit zusätzlichen Bedingungen zu beschweren.

3215 Die europäische Region Sachsen stärken

3216 Wir wollen die Europapolitik des Freistaates Sachsen weiter stärken und dabei insbesondere die Kooperation mit unse-
3217 ren Nachbarländern Tschechien und Polen vertiefen. Die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg pflegen wir
3218 intensiv durch zivilgesellschaftliche Bündnisse, kommunale Partnerschaften, Unternehmenskooperationen vor allem
3219 im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen und parlamentarische Kooperationen. Mit länderübergreifenden
3220 Einrichtungen und binationalen Bildungsgängen werden wir besonders in der Lausitz und im Erzgebirge das Zusammen-
3221 wachsen der Regionen voranbringen. Die Weiterführung grenzüberschreitender Streifen soll die Sicherheit an den
3222 Grenzen stärken. Die Förderung der europapolitischen Bildungsarbeit und des Europagedankens an sächsischen Schu-
3223 len und Volkshochschulen wollen wir unterstützen und dafür dauerhaft Mittel bereitstellen. Organisationen der politi-
3224 schen Bildung wie der Sächsischen Landeszentrale oder den Europe Direct Informationszentren soll dabei eine wichtige
3225 Rolle zukommen. Europa hat für Sachsen eine enorme Bedeutung. Sachsen kann als Region auch direkt mitbestimmen
3226 oder Kritik anzeigen, wenn die EU ungerechtfertigt in die Angelegenheiten des Freistaats hineinregiert. Diese gestie-
3227 gene Verantwortung muss sich weiterhin in einem eigenständigen Europaausschuss des Sächsischen Landtages aus-
3228 drücken.

3229 ES IST DEIN LAND

3230 Sachsen ist ein reiches Land – reich an anmutigen Landschaften, an wertvollen Kulturschätzen, reich an leistungsfähigen
3231 Unternehmen, exzellenten Hochschulen und gut ausgebildeten Fachkräften. Es ist reich an Angeboten für Sport,
3232 Kultur und Freizeit und reich an vielfältigen Menschen, die ganz eigene Geschichten zu erzählen haben, die miteinander
3233 leben, arbeiten und sich engagieren und die füreinander sorgen. Bei allem, was es im Großen wie im Kleinen noch
3234 zu regeln und zu verbessern gilt: Wir alle tun gut daran, uns hin und wieder bewusst zu machen, wo wir miteinander
3235 heute stehen.

3236 Wir sind nicht bereit, unser Land der Schwarzmalerei und der Gleichgültigkeit, der Kälte und dem Hass, dem Egoismus
3237 und dem Neid zu überlassen. Wir wissen, wie viel wir in Sachsen gemeinsam geschafft haben und was wir bewahren
3238 wollen. Andere schlecht behandeln müssen wir dafür nicht. Wir wollen, dass das Soziale, was die die Menschen zusam-
3239 menhält, die Schlagzeilen unseres Landes bestimmt. Unsere Werte sind Anstand und Menschlichkeit. Wir verteidigen
3240 das anständige Sachsen. Wir wollen in Sachsen anständig leben, eine anständige Arbeit haben, anständig miteinander
3241 umgehen – und wir wollen, dass mit Sachsen anständig umgegangen wird.

3242 Unser Wahlprogramm ist eine Einladung. Eine Einladung an alle, den Freistaat Sachsen mit uns gemeinsam besser, so-
3243 zialer, weltoffener, leistungsfähiger, nachhaltiger und schöner zu machen. Unser Wahlprogramm ist ein Versprechen.
3244 Ein Versprechen, dass wir uns weiter um dieses Land kümmern werden, gemeinsam mit allen, die dazu beitragen kön-
3245 nen und wollen. Und unser Wahlprogramm ist eine Entscheidung. Eine Entscheidung für die Ziele, die wir verfolgen,
3246 für die Ideen, die wir haben und für die Werte, für die wir einstehen. Entscheide mit, es ist dein Land.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

AR Arbeit und Rente**Antrag AR-1****AG Selbst Aktiv Sachsen****Zusätzliche Rentenpunkte für Väter und Mütter****1 Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Die SPD Sachsen wird die Bundestagsfraktion der SPD bitten, sich dafür ein zu setzen, dass für Mütter und Väter, die
3 auf Grund von Pflege und/oder Betreuung ihres Kinder/ihrer Kinder mit Beeinträchtigung das Ausüben einer versicherungspflichtigen Tätigkeit überhaupt nicht oder nur in Teilzeit möglich war, zusätzliche Rentenpunkte (analog der
4 Regelung zur Mütter-Rente) erhalten. Es wäre wünschenswert, wenn die Große Koalition aus Sachsen mit einer Gesetzesinitiative im Bundesrat das Vorhaben der Bundestagsfraktion der SPD unterstützt.

7 Begründung

8 Die SPD Sachsen ist die „Inklusionspartei“ in Sachsen und macht sich seit vielen Jahren für die Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Unserer sächsischen SPD ist es wichtig, dass jeder Mensch in Sachsen die gleichen Teilhabemöglichkeiten hat. Dies sollte auch für ältere Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen gelten. Eltern, die ihr ganzes Familienleben dafür genutzt haben, um ihre Kinder mit Beeinträchtigungen gepflegt und/oder betreut haben, gebührt unsere höchste Anerkennung und Wertschätzung dieser Lebensleistung, erst recht, wenn sie auf Grund der Schwere der Beeinträchtigung überhaupt nicht oder nur in Teilzeit einer versicherungspflichtigen Arbeit nachgehen konnten. Diese Eltern haben eine besondere Wertschätzung und Anerkennung durch unsere Solidargesellschaft verdient. Sie haben auf Teilhabe am Arbeitsleben, auf Urlaub, Kuren, freie Wochenende usw. verzichtet, um für ihre Kinder da zu sein. Sie haben sich dafür entschieden, ihr Kind selbst zu pflegen und/oder zu betreuen, anstatt es in eine stationäre Einrichtung „ab zu schieben“. Dafür gebührt diesen Eltern der Dank der gesamten Gesellschaft. Bedenkt man dazu noch, dass es den älteren Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen nicht gerade leicht gemacht wurde, sie oft Anfeindungen und Vorurteilen ausgesetzt waren und ihr Engagement selten gewürdigt wurde. Das es was „normales“ ist, ein Kind mit Beeinträchtigung zu betreuen und es so auf das Leben vor zu bereiten, dass es mit oder ohne Assistenz selbstbestimmt leben kann, dies ist erst seit kurzem in das Grundverständnis vieler Menschen eingedrungen.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

AG Selbst Aktiv Sachsen**Zukunft der Arbeit sichern - Menschen mit Behinderungen sind dabei**

1 Dank sozialdemokratischer Arbeits- und Gesellschaftspolitik ist es gelungen, Sachsen wieder zum Motor der ökonomi-
2 schen Entwicklung zu machen. Mit der niedrigsten Arbeitslosenquote seit der Wiedervereinigung hat Sachsen wieder
3 einen hohen Beschäftigungsstand und könnte bei Fortentwicklung in den nächsten Jahren sogar Vollbeschäftigung er-
4 reichen. Diese positive Entwicklung ist in den vergangenen Jahren jedoch weitgehend an den Berufs- und Arbeitsper-
5 spektiven behinderter Menschen vorbeigegangen. Die Arbeitslosenquote für Menschen mit Behinderungen beträgt
6 nach wie vor überdurchschnittlich ca. 11 %. In den vergangenen Jahrzehnten konnte man stets davon ausgehen, daß
7 die Arbeitslosigkeit behinderter Menschen bedauerlicherweise stets ca. 50 % über der der allgemeinen Arbeitslosig-
8 keit lag. Jetzt ist sie wie diese Zahlen belegen fast doppelt so hoch. Die Sächsische Staatsregierung wird aufgefordert,
9 durch gezielte Qualifikations- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Zugänge für Menschen mit Behinderungen
10 auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu stärken und abzusichern. Hierfür sind die Mittel der Ausgleichsabgabe vorrangig
11 zu verwenden und Übergangsprogramme von der Werkstatt zum allgemeinen Arbeitsmarkt verbindlich zu fördern. Das
12 Budget für Arbeit, wie es ursprünglich aus Rheinland-Pfalz und Niedersachsen stammt, sowie Aufstiegs- und Qualifi-
13 zierungsprogramme der Bundesagentur für Arbeit sind finanziell deutlich besser auszustatten und mit Menschen mit
14 Behinderungen umzusetzen. Teilhabe an der gesellschaftlichen Wertschöpfung heißt Teilhabe an der gesellschaftlichen
15 Wertschätzung. Wir fordern durchgängige Programme, damit Vollbeschäftigung auch für Menschen mit Behinderun-
16 gen und beruflicher Aufstieg realistische Lebensperspektiven werden.

17 Begründung

18 Im Rahmen der allgemeinen Bewußtseinsbildung, wie sie die UN-BRK vorsieht, müssten Staat, Gesellschaft und Partei-
19 en dazu beitragen, dass in Sachsen ein Bewußtsein von Arbeit für alle entsteht. Hierbei muss selbstverständlich sein,
20 dass Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer sich ihrer Verantwortung und der Qualifikation der Menschen mit Beeinträch-
21 tigungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bewusst sind. Es gilt hierbei, nicht die beruflichen Defizite hervorzuheben,
22 sondern die ohne Frage vorhandenen besonderen Stärken einzubringen und hieraus Stärken für den allgemeinen Ar-
23 beitsmarkt zu entwickeln.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

AG Selbst Aktiv Sachsen**Bildung einer Arbeitsgruppe zum Thema "Die Entlohnung der Menschen mit Beeinträchtigungen in der WfbM im Zusammenhang mit der künftigen arbeitsmarktpolitischen Rolle der Werkstatt"**

- 1 Der Landesvorstand der SPD Sachsen richtet, gemeinsam mit der AG Selbst Aktiv Sachsen und der AfA Sachsen, ei-
2 ne Arbeitsgruppe zum Thema "Entlohnung von Menschen mit Behinderung in der WfbM im Zusammenhang mit der
3 künftigen arbeitsmarktpolitischen Rolle der Werkstatt" ein. Zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe gehören insbesondere
- 4 • die Erarbeitung von Vorschlägen für eine bessere Struktur der Entlohnung für Menschen mit Behinderung in der
5 WfbM ohne Kürzung der Sozialversicherungs- und Rentenansprüche
 - 6 • die Diskussion der künftigen arbeitsmarktpolitischen Rolle der Werkstätten in einem stärker inklusiv ausgerich-
7 teten Arbeitsmarkt unter Beteiligung von Vertretern der Werkstattträte
 - 8 • die Erarbeitung sinnvoller inklusiver Alternativen entsprechend Artikel 27 der UN-BRK und die Überprüfung der
9 Wirksamkeit oder Unwirksamkeit bisher eingesetzter Instrumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Men-
10 schen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt

11 Begründung

12 Deren durchschnittliche Entlohnung liegt bei rund 180 Euro. Dies verstößt gegen Artikel 27 der UN-BRK und das darin
13 formulierte Recht, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Zudem schränkt der aufgezeigte Sachverhalt mit
14 Kosten verbundene Teilhabeaktivitäten von Menschen mit Behinderung enorm ein. Bisherige Vorschläge zur Verbesse-
15 rung der Lohnsituation haben zwei entscheidende Nachteile:

- 16 1. a) Eine verbesserte Entlohnung erfolgt zu Lasten der Sozialversicherungs- und Rentenansprüche. Dies ist nicht
17 akzeptabel.
- 18 2. b) Die Debatte über verbesserte Löhne in der WfbM darf nicht losgelöst werden von der Frage nach der künfti-
19 gen Rolle der Werkstatt in einem stärker inklusiv ausgerichteten Arbeitsmarkt und den dafür erforderlichen und
20 förderlichen Rahmenbedingungen. Hierbei gilt es insbesondere bisher eingesetzte Instrumente auf ihre Wirk-
21 samkeit oder Unwirksamkeit zu überprüfen und sinnvolle inklusive Alternativen gemäß Artikel 27 der UN-BRK zu
22 entwickeln. Die Kompetenz Betroffener in den Reihen von Selbst Aktiv sowie die Werkstattträte sind in die Diskus-
23 sion einzubeziehen.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

AG Selbst Aktiv Sachsen**Dauerhafte bundesweite und landesweite Weiterführung der Initiative Inklusion**

1 Der Landesvorstand der SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird beauftragt, dafür Sorge zu tra-
2 gen, dass die Initiative Inklusion in Sachsen und bundesweit dauerhaft weitergeführt werden soll und die potentiellen
3 Arbeitgeber und Ausbildungsplätze über diese Initiative umfassend informiert werden. Die Initiative Inklusion ergänzt
4 das bestehende Instrumentarium zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf dem
5 allgemeinen Arbeitsmarkt mit zusätzlichen Maßnahmen.

6 Begründung

7 Laut der „Richtlinie Initiative Inklusion Verbesserung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf
8 dem allgemeinen Arbeitsmarkt“ vom September 2011 sind durch die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Na-
9 tionen und unter Berücksichtigung der Regelungen des Sozialgesetzbuches, insbesondere des Neunten Buches Sozi-
10 algesetzbuch folgende Handlungsfelder als Zielsetzung zur Verbesserung der Situation schwerbehinderter Menschen
11 auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt identifiziert worden. Ziel der Initiative Inklusion ist einerseits schwerbehinderte
12 Schülerinnen und Schüler umfassend über ihre beruflichen Möglichkeiten zu informieren und zu beraten und ihren
13 Übergang von der Schule in das Arbeitsleben, sowie den erfolgreichen Einstieg schwerbehinderter junger Menschen
14 in eine betriebliche Berufsausbildung durch die Schaffung neuer Ausbildungsplätze zu unterstützen. Andererseits sollen
15 auch schwerbehinderte Menschen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, vermehrt in den allgemeinen Arbeitsmarkt
16 integriert werden. Um diese Ziele zu erreichen, wurden Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes zusätzliche Mit-
17 tel gezahlt, wenn diese Betriebe und Dienststellen für schwerbehinderte junge Menschen neue Ausbildungsplätze ein-
18 richteten und für schwerbehinderte Arbeitslose oder Arbeitsuchende, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, neue Ar-
19 beitsplätze schufen. Die Initiative Inklusion wurde in den Jahren 2011 bis 2018 umgesetzt und konnte bei informierten
20 Arbeitgebern durchaus erfolgreich umgesetzt werden. Es war jedoch in der Praxis festzustellen, dass die Unternehmen
21 über diese abrufbaren Mitt^lel oft nicht informiert waren.

22

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

AG Selbst Aktiv Sachsen**Einheitlicher barrierefreier Antrag auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben**

1 Der Landesvorstand der SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird aufgefordert, dass ein einheit-
2 licher Antrag für die „Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben“ erstellt wird, der landeseinheitlich barrierefrei gestaltet
3 ist und im Internet barrierefrei zur Verfügung gestellt wird. Desweiteren soll der Inhalt dieses Antrages so abgestimmt
4 sein, dass er für alle Leistungsträger gleichermaßen gilt. Die AG Selbst Aktiv Sachsen fordert, dass alle Leistungsträger
5 in Zukunft diesen identischen barrierefreien Antrag für „Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben“ ausgeben.

6 Begründung

7 Jeder Leistungsträger bearbeitet mit seinen eigenen Antragsformularen „Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, die
8 zum Teil aus mehreren Anträgen bestehen, welche teilweise unterschiedliche Inhalte haben, mehr oder weniger bar-
9 rierefrei sind, sowie nicht immer online zur Verfügung stehen. Dies führt zu unnötigen Erschwernissen und auch Ver-
10 wirrung beim Ausfüllen der Anträge durch die Antragsteller.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

AG Selbst Aktiv Sachsen**Qualifizierte Mitarbeiter in Jobcentern - SGB II bei psychischen Erkrankungen**

1 Der Landesvorstand der SPD Sachsen sowie die SPD-Landtagsfraktion im Sächsischen Landtag werden aufgefordert,
2 für den Bereich der Leistungsempfänger mit psychischen Erkrankungen im SGB II hinzuwirken, dass in den Jobcentern
3 die Qualifizierung der Beschäftigten verstärkt wird, um für diesen besonderen Personenkreis vorbereitet zu sein. Der
4 bisherige Verzicht des Gesetzgebers auf jegliche verfahrensrechtliche Umsetzung eines Betreuungskonzeptes führt
5 hier, besonders bei diesem Personenkreis, zu negativen Entwicklungen bei dem Ziel gem. §14 Abs.1 SGB II diese in Arbeit
6 einzugliedern.

7 Begründung

8 In den Jobcentern sind die Beschäftigten zunehmend mit dem Umgang von Leistungsberechtigten mit psychischen
9 Erkrankungen überfordert.

10 Vielerorts kommt es zu Fehlinterpretationen der Beschäftigten, aufgrund der fehlenden fachlichen Kenntnis mit den
11 unterschiedlichen psychischen Erkrankungen umzugehen und diese richtig einzuordnen.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

AG Selbst Aktiv Sachsen**Umschulungen und Weiterbildungen müssen auch in der Erwachsenenbildung barrierefrei angeboten werden**

1 Der Landesvorstand der SPD Sachsen und die SPD-Landtagsfraktion im Sächsischen Landtag werden aufgefordert, dass
2 Umschulungen sowie Weiterbildungen in der Erwachsenenbildung in BFWs, Berufsschulen und anderen entsprechen-
3 den Einrichtungen in barrierefrei gestalteten Räumen jeder Art durchgeführt werden. „Barrierefrei“ bedeutet dabei,
4 dass Geh-, Seh- sowie hörbehinderte, Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen oder psychisch kranke Menschen
5 uneingeschränkt in der Lage sind, ihre Lern und Ausbildungsziele in einem angemessenen barrierefreien Umfeld wie
6 Räumlichkeiten, Lehr und Lernmittel, digitale Zugänge und Informationen ohne fremde Hilfe nutzen und auch die Lehr-
7 kräfte in diesen Einrichtungen für die Bedürfnisse und Anforderungen der Menschen mit Behinderungen und der Be-
8 hinderungen sensibilisiert und ausgebildet sind. Immer mehr Menschen erfahren im Laufe ihres Berufslebens Behin-
9 derungen aller Art, die sie in ihrem beruflichen Fortkommen hemmen, einschränken oder eine weitere Beschäftigung
10 im erlernten Beruf unmöglich machen. Viele der Betroffenen könnten durch Umschulung in einen anderen Beruf dem
11 Markt als Facharbeiter wieder zur Verfügung stehen, wenn Umschulungen sowie Weiterbildungen in BFWs, Berufs-
12 schulen und anderen Einrichtungen barrierefrei zur Verfügung stünden.

13 Begründung

14 Umschulungen sowie Weiterbildungen sind erforderlich, um den Anforderungen des beruflichen Alltags wieder ge-
15 recht werden zu können. Im Sinne der Inklusion gilt dies insbesondere für Menschen mit Behinderungen sowie für Men-
16 schen, die am Arbeitsmarkt erschwerte Bedingungen vorfinden. Um an Umschulungen bzw. Weiterbildungen teilneh-
17 men zu können, ist die Möglichkeit, dies per Internet zu tun zwar sicher gegeben; auf Dauer betrachtet jedoch nicht aus-
18 reichend. Stattdessen ist die regelmäßige persönliche Anwesenheit von Teilnehmer /-innen am Ort der Umschulungs-
19 bzw. Weiterbildungsmaßnahme zwingend nötig, da sich so zum Beispiel (Rück-)fragen leichter stellen und zeitnah be-
20 antworten lassen; aber auch gegenseitige Beurteilungen direkter kommuniziert werden können.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

AG Selbst Aktiv Sachsen

Förderung zur Beschäftigung von Menschen mit einer Schwerbehinderung

- 1 Der Landesvorstand der SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag werden beauftragt, darauf hin zu
- 2 wirken, dass die Bundesregierung die Einstellung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt durch
- 3 Anhebung der Ausgleichsabgabe auf mindestens 840,-€ fördert.

4 Begründung

- 5 Die Bundesregierung fördert die Nichtbeschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung durch eine zu geringe
- 6 Ausgleichsabgabe.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

Antragsteller*in: AG Selbst Aktiv Sachsen Empfänger*innen: SPD-Landespartei Vorstand, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, SPD-Bundestagsfraktion

Abschaffung des Abzugs bei vorzeitigem Rentenbeginn für EM Rentner

1 Der Abzug des Abschlags bei vorzeitigem Rentenbeginn für Erwerbsminderungsrentner (EM-Rentner), die auf Grund
2 von Krankheit oder Behinderung Rente erhalten, gehört abgeschafft.

3 Die Erwerbsminderungsrente ist als Ersatz für das fehlende Einkommen gedacht. So das BMAS. Für jeden Monat früh-
4 zeitigen Rentenbeginns z.B. durch Erwerbsminderungsrente, wird die Altersrente um 0,3% monatlich im Augenblick
5 um max, 10,2% jährlich durch einen lebenslangen Abschlag gekürzt. Bei der Einführung der Rentenreform 2005 schrieb
6 Ulla Schmidt (MdB) zur Begründung, dass die Frühverrentung gestoppt werden soll. Sie nahm nicht zur Kenntnis, dass
7 Kranke und Behinderte ihren vorzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben nicht freiwillig nehmen um einen Bezug von
8 Leistungen aus dem Rentensystem zu erhalten.

9 **Begründung**

10 Im Jahr 2005 handelt es sich um einen Zeitpunkt, wo Hartz IV Gesetzgebung verabschiedet wurde. In dieser Zeit gab
11 es auch zahlreiche Versuche, den Arbeitsmarkt durch Frühverrentungen zu ändern. Leidtragende sind Menschen, die
12 auf Grund von Krankheit oder Behinderung nicht mehr am Arbeitsprozess teilnehmen können und nicht aus arbeits-
13 marktpolitischen Gründen. Sie werden gleichbehandelt. 2014 folgte ein erster Schritt hinsichtlich Verbesserungen für
14 EM Rentner. Seit Januar 2019 sind weitere Reformen in ein Gesetz gegossen worden aber nur für Personen die nach
15 dem Termin die Rente beantragen.

16 Hunderttausende könnten spätestens durch die Abzüge in die Grundrente kommen oder in Armut geraten, wenn sie
17 10% oder mehr weniger Rente erhalten. Bei 30 Jahren Rentenbezug von ca 1000€ ohne Abzug könnten das leicht
18 50000€ insgesamt werden. Leistungen der Betroffenen zusätzlich zu den tausenden die während der Arbeitszeit einbe-
19 zahlt wurden. Die EM Rente muss ein eigenständiges Leben ermöglichen, unabhängig von Krankheit oder Behinderung.
20 Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

GP Gesundheit und Pflege

Antrag GP-1

AG Selbst Aktiv Sachsen

Zurückstellung der sechsten Verordnung zur Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:** Der Landesparteitag möge beschließen, daß die Bundestags- und Fraktion
2 der SPD im Sächsischen Landtag darauf drängen, daß die sechste Verordnung zur Änderung der Versorgungsmedizin-
3 Verordnung auf Grund fehlender Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigung und deren Interessenvertretungen
4 zurück gestellt werden soll. Beide Fraktionen werden beauftragt, die zuständigen Minister darauf hin zu weisen, daß
5 eine fehlende Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Interessenvertretungen gegen die UN-
6 Behindertenrechtskonvention verstößt.

7 **Begründung**

8 Diese Verordnung stellt für viele Menschen mit Beeinträchtigungen mit einem derzeitigen GdB von 30, die von den
9 Agenturen für Arbeit als „gleichgestellt“ eingestuft werden, eine Verschlechterung dar, bis hin zur Aberkennung der
10 „Gleichstellung“ dar. Das BMAS, im Übrigen ein SPD-geführtes Bundesministerium, versucht über die Veränderungen
11 der Versorgungsmedizin-Verordnung die Ansprüche an Nachteilsausgleichen, Ansprüche auf Förderungen zur Teilha-
12 be am gesellschaftlichen oder Teilhabe am Arbeitsleben stark ein zu sparen. Zum Beispiel, ein Mensch, der psychisch
13 krank ist und jetzt einen GdB von 50 anerkannt hat, wird in Zukunft einen GdB von maximal 20 bekommen, weil
14 durch ergotherapeutische, psychologische oder psycho-soziale Maßnahmen seine Beeinträchtigung so gering scheint,
15 daß er gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Für diesen Menschen würde das heißen, daß er
16 mit der Neuentscheidung keinen Anspruch auf alle Leistungen des Nachteilsausgleiches mehr hat, angefangen von
17 den Förderungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bis hin zum Kündigungsschutz. So eine Veränderungen wollen wir
18 Selbst Aktiven nicht und unterstreichen hiermit noch einmal unseren Unmut über so viel unsoziales Handelns. Die
19 UN-Behindertenrechtskonvention und das Behindertengleichstellungsgesetz sind geltendes Recht und sind auch um zu
20 setzen und nicht durch fragwürdige Verordnungen zu umgehen.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

AG Selbst Aktiv Sachsen**Übenernahme der Kosten für die Batterien der Hörgeräte in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen aufnehmen****1 Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Die Landtagsfraktion der SPD Sachsen wird gebeten, sich dafür ein zu setzen, daß die Kostenübernahme für Batterien für Hörgeräte in den Leistungskatalog der GKV aufgenommen wird. Die Ungerechtigkeit zwischen CI-Trägern und Trägern von Hörgeräten ist damit abzuschaffen.

5 Begründung

6 Seit einigen Jahren gibt es Menschen, die hochgradig schwerhörig sind oder gehörlos sind, die sich ein CI in ihren Körper operieren lassen, um wieder hören zu können. Wir begrüßen diesen medizinischen Fortschritt außerordentlich. Jedoch entsteht durch diesen operativen Eingriff eine Ungerechtigkeit gegenüber Menschen mit Hörbeeinträchtigungen, die Hörgeräte nutzen. Die Akkus der CI-Träger sind Bestandteil des Leistungskatalogs der GKV, jedoch die Batterieren für Hörgeräte nicht. Wir wollen mit unserem Antrag diese Ungerechtigkeit beenden.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

Antragsteller*in: AG Selbst Aktiv Sachsen Empfänger*innen: SPD-Landespartei Vorstand der SPD Sachsen, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Pflegenotstand in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie bei der ambulanten Pflege

- 1 Der Landesvorstand der AG Selbst Aktiv Sachsen beantragt, der Landesparteitag möge beschließen, dass
- 2 1. Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge ohne Anerkennung, die sich für einen Pflegeberuf ent-
3 scheiden und eine schulische Ausbildung absolvieren oder bereits in der Pflege tätig sind, eine sofortige unbe-
4 fristete Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen.
 - 5 2. Sofern Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge in Ausbildung stehen oder bereits in der Pflege
6 beschäftigt sind, sollen sie von den gleichen Arbeitsbedingungen hinsichtlich Entfristung oder branchenüblicher
7 Entlohnung profitieren.
 - 8 3. Vor Beginn des Ausbildungsverhältnisses oder Anstellungsvertrages muss die gute Verständigung in deutscher
9 Sprache (B1) sichergestellt sein.

10 **Begründung**

11 In Deutschland fehlen tausende Fachkräfte z.B. in der Pflege, deshalb sollen diese aus dem Ausland nach Deutschland
12 geholt werden. Die BlueCard im Bereich der Pflege ist derzeit keine Alternative, da diese einen Mindestverdienst von
13 € 48.000 p.a. voraussetzt. In Deutschland leben ca. 20 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (davon rund 2
14 Millionen Flüchtlinge), die zum Teil nicht arbeiten dürfen, weil die derzeitige Gesetzgebung das nicht zulässt.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

Antragsteller*in: AG Selbst Aktiv Sachsen Empfänger*innen: Landespartei Vorstand, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Bessere medizinische Versorgung und Prävention für Menschen mit Behinderungen

- 1 Der Landesvorstand der AG Selbst Aktiv Sachsen beantragt, der Landesparteitag möge beschließen, dass
- 2 1. speziell für Menschen mit Behinderungen, die ihren individuellen Bedürfnissen entsprechende medizinische Ver-
3 sorgung, die Versorgung mit individuellen und bezahlbaren Medikamenten sowie die Versorgung mit individuell
4 angepassten Hilfsmitteln gesetzlich besonders geregelt werden und damit die Gesundheitsversorgung für Men-
5 schen mit Behinderungen verbessert wird.
 - 6 2. besonders Menschen mit Behinderungen bei Fachärzten aus Kostengründen (Budgetauslastung) nicht mehr ab-
7 gewiesen werden dürfen und sie zeitnahe Behandlungstermine bei Fachärzten erhalten.
 - 8 3. Menschen mit Schwerbehinderungen einmal in Jahr ein kostenfreies, umfassendes individuelles, medizinisches
9 Vorsorgepaket angeboten wird, das insbesondere auch die Leistungen enthält, die nach § 92 SGB V von der Leis-
10 tungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeschlossen wurden.

11 **Begründung**

12 Theoretisch sollte unser Gesundheitssystem alle Menschen gleich behandeln. Die Praxis sieht anders aus. Besonders
13 Menschen mit Behinderungen fallen immer häufiger hinten runter, weil ihre Behandlungen zum Teil zeitaufwendig
14 und kostenintensiver sind und viele Ärzte ihr Budget nicht überschreiten können und wollen.

- 15 1. Besonders individuell notwendige Medikamente und individuelle Hilfsmittel stehen vielen Menschen mit Behin-
16 derungen oft nicht mehr zur Verfügung, da viele Krankenkassen nur noch eine Grundversorgung übernehmen.
17 Dabei ist es egal ob der von der Kasse finanzierte Rollstuhl von einem Menschen mit Glasknochenerkrankung
18 überhaupt benutzt werden kann, wie und von wem der Assistenzhund, an den der Behinderte sein Leben hängt,
19 ausgebildet wird, ob die Zusammensetzung eines Generika-Präparates zu Unverträglichkeiten oder Kontraindika-
20 tionen führt oder ein dringend notwendiger Reha-Aufenthalt abgelehnt wird, weil die 4-Jahres Frist eingehalten
21 werden muss;
- 22 2. Das Prinzip „So viel wie möglich bei Privatpatienten, so wenig wie nötig bei gesetzlich Versicherten“ gilt beson-
23 ders für Menschen mit Behinderungen. Viele Ärzte und Fachärzte haben extrem lange Wartezeiten für gesetzlich
24 Versicherte. Für die Behandlung von Menschen mit Behinderungen sind aber kurzfristige Termine oft sehr wich-
25 tig, besonders bei speziellen Fachärzten.
- 26 3. Menschen mit Schwerbehinderungen sind oft erwerbsgemindert verrentet, Grundsicherer oder Aufstocker. Ihnen
27 fehlen oft die notwendigen Mittel zu einer ordentlichen und umfassenden Gesundheitsvorsorge.
- 28 4. Besonders IGEL Leistungen können sich die meisten Betroffenen nicht mehr leisten. Aber: Prävention ist wichtig
29 und billiger als langjährige medizinische Versorgung. Deshalb sollten Menschen mit Schwerbehinderung einmal
30 im Jahr ein umfassendes, medizinisches Vorsorgeprogramm kostenfrei nutzen können.²

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

PO Parteileben und Organisation

Antrag PO-1

AG Selbst Aktiv Sachsen

Barrierefreiheit ist bei allen Veranstaltungen der SPD bis in die untersten Gliederungen zu gewährleisten

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2

3 dass bei allen Veranstaltungen der SPD Sachsen, bis in die untersten Gliederungen (Ortsvereine) allumfassende Barrierefreiheit zu gewährleisten ist. Anforderungen für Barrierefreiheit, egal ob seitens privaten Personen, Verbänden oder
4 Organisationen, müssen geprüft und möglichst entsprochen werden. Wenn die Barrierefreiheit nicht gewährleistet
5 werden kann, hat eine schriftliche Erklärung durch das jeweilige Vorstandsgremium zu erfolgen, warum die Barrierefreiheit nicht gewährt werden kann.
6
7

8 **Begründung**

9 Die AG Selbst Aktiv in der SP Sachsen fordert nach ihrem 5jährigen Bestehen und einer nicht erfolgreichen Umsetzung
10 der UN-Behindertenrechtskonvention innerhalb unserer Partei, daß alle Menschen an allen SPD-Veranstaltungen, von
11 de Ortsvereinsitzung bis zum Landesparteitag, teilnehmen können. Wir können es nicht mehr akzeptieren, daß heute
12 noch Genossinnen und Genossen durch unterschiedliche Barrieren (räumliche, akustische, Barrieren durch schwer
13 verständliche Texte, zu langen Referaten, soziale Barrieren) an der Teilnahme gehindert oder während der Veranstaltungen
14 durch Barrieren behindert, wie schlechte Lichtverhältnisse, akustische Probleme, Unübersichtlichkeit oder zu
15 wenig „Ruhe-Plätze“ werden.

16

17 Wir haben uns bei unserem Antrag in einigen Punkten an die Beschlussempfehlung zum unter Ü04 überwiesenen Antrag
18 O 07 des Landesparteitages der SPD Bremen vom 21. April 2018 leiten lassen. Wir haben festgestellt, daß schon viele
19 Punkte aus dieser Beschlussempfehlung bei Veranstaltungen der Landes-Partei umgesetzt werden und auch schon
20 schlusslage auf vergangenen Parteitagen waren. Nun ist es Zeit, daß die auf Landesebene durchgeführte Praxis auch
21 auf alle Untergliederungen der sächsischen SPD übertragen wird.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

AG Selbst Aktiv Sachsen**Erstellung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der SPD Sachsen**

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:** Der Landesparteivorstand wird aufgefordert, bis zum nächsten Parteitag einen
2 Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erstellen. Der Vorstand der SPD Sachsen soll dafür
3 eine Arbeitsgruppe, in der das Inklusiosteam und mindestens ein Vertreter der AG Selbst Aktiv Sachsen dabei sein sollte,
4 zu gründen.

5 Begründung

6 Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde 2009 vom Deutschen Bundestag ratifiziert und ist seit dem geltendes
7 Recht in Deutschland. Viele Bundesländer, die Bundesregierung und Städte sowie viele Unternehmen sowie Behörden
8 haben eigene Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet und damit die Umsetzung
9 beschlossen bzw. begonnen. Nun soll die SPD Sachsen einen solchen Aktionsplan erarbeiten und umsetzen, damit die
10 Inklusion in unserer Partei noch besser möglich wird.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

WT weitere Themen

Antrag WT-1

AG Selbst Aktiv Sachsen

Schaffung von Mehrgenerationsprojekten im sozialen Wohnungsbau

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:** Der Landesparteitag wird gebeten, die Landtagsfraktion zu beauftragen, dar-
2 auf mit Nachdruck Einfluss zu nehmen, dass im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus bis 2024 mindestens 5 Mehrgene-
3 rationsprojekte gefördert werden, wo Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam leben, wohnen und
4 sich gegenseitig unterstützen können. Die Mehrgenerationsprojekte müssen so angelegt sein, dass sie barrierefrei er-
5 reichbar, barrierefrei nutzbar und für jeden Menschen finanzierbar sind. Das Umfeld muss ebenfalls barrierefrei sein
6 und gesellschaftliche Inklusion ermöglichen. Das umfasst die Wohnräume bzw. – gebäude, die Gewerberäume und
7 Arzt- und Therapie-Praxen sowie eine wohnortnahe Anbindung an einen barrierefreien ÖPNV und SPNV in Sachsen.

8 **Begründung**

9 Wir sehen es als Vorteil an, wenn Menschen mit unterschiedlichem Alter, mit und ohne Beeinträchtigung in einem So-
10 zialraum (Mehrgenerations-Haus) gemeinsam leben können und damit gleichberechtigt am sozialen Leben teilhaben
11 können. Gerade Eltern von erwachsenen Kindern mit Beeinträchtigungen könnten dazu animiert werden, ihren Kindern
12 ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Sie müssen sich dann nicht immer von ihren Kindern vollständig lösen.
13 Sie können mit ihnen z. B. in getrennten Wohnungen, weiterhin gemeinsam die Freizeit verbringen. Pflegedienste und
14 andere Assistenzen können ortsnah beide Generationen betreuen und versorgen.

Empfehlung der Antragskommission: Konsensliste (Konsens)

AG Selbst Aktiv Sachsen**Verbesserte Gedenkkultur für die Opfer und Hinterbliebenen von Opfern der “Euthanasie”-Verbrechen in den Jahren 1933 bis 1945****1 Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Die Landtagsfraktion der SPD Sachsen und der Parteivorstand der SPD Sachsen wird gebeten, sich dafür ein zu set-
3 zen, dass die der Opfer der Euthanasie-Verbrechen in den Jahren 1933 bis 1945 in der Gedenkkultur an die Opfer des
4 Nationalsozialismus stärker berücksichtigt werden. Der Parteivorstand der SPD Sachsen soll prüfen, in welcher Form
5 ein angemessenes Erinnern und Mahnen an die Opfer der „Euthanasie“-Verbrechen innerhalb und außerhalb unserer
6 Sozialdemokratischen Partei Deutschland möglich ist.

7 Begründung

8 In den Jahren 1933 bis 1945 wurde eine sehr große Zahl von Menschen mit Beeinträchtigungen durch unterschiedliche
9 Euthanasie-Programme ermordet oder in ihrer körperlichen Unversehrtheit verletzt. Viele Mädchen und Frauen wurden
10 zwangssterilisiert, da sie eine Beeinträchtigung hatten. In den Jahren 1933 bis 1945 wurden sehr viele Menschen mit
11 Beeinträchtigungen durch unterschiedliche Euthanasie-Programme in Tötungsanstalten oder Heilanstalten durch Gas,
12 Ernährungsentzug oder Medikamente getötet. Die Opfer und Überlebenden dieser furchtbaren Verbrechen werden bis
13 heute nicht ausreichend als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt. Das muss sich sehr schnell ändern. Es ist nicht
14 akzeptabel, dass Menschen mit Beeinträchtigungen, die in den Jahren 1933 bis 1945 zwangssterilisiert oder ermordet
15 worden, weniger Gedenken erfahren, als zum Beispiel Opfer der Ermordung von jüdischen Menschen oder politische
16 Häftlinge im NS-Regime. Es geht um die gleichberechtigte Erinnerungskultur aller Opfer der NS-Verbrechen.

Empfehlung der Antragskommission: Konsensliste (Konsens)

AG Selbst Aktiv Sachsen**Supervisionen für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten und Hort****1 Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Der Landesparteitag wird gebeten, die Landtagsfraktion zu beauftragen, sich für eine Verordnung des Sächsischen
3 Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz stark zu machen, in der geregelt wird, dass Supervisionen für
4 die Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten und Horten aller 3 Monate verpflichtend durchzuführen sind. Die
5 Weiterbildungsbudgets der jeweiligen Einrichtungen sind dafür deutlich zu erhöhen. Diese Erhöhungen sind aus dem
6 Haushalt des Freistaates Sachsen zu finanzieren, um die Kommunen zu entlasten. Die SPD-Fraktion im Sächsischen
7 Landtag wird dem SMS empfohlen, dafür Bundesmittel aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ abzurufen.

8 Begründung

9 Um eine bessere Bildungsarbeit durch die Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten und Horten zu ermöglichen,
10 sind Supervisionen zum Austausch und Problembewältigung besonders wichtig. Die AG Selbst Aktiv Sachsen ist
11 sich bewusst, dass Supervisionen sehr teuer sind und die Weiterbildungsbudgets der Einrichtungen massiv belasten
12 werden. Wenn aber diese Mittel aus Mitteln des „Gute-Kita-Gesetz“ des Bundesministeriums für Familie, Jugend und
13 Senioren finanziert werden, werden die Einrichtungen und die Kommunen damit entlastet. Darüber hinaus sind diese
14 finanziellen Mehrbelastungen gute Investitionen in die Zukunft der Bildung der Kinder, der psychische und physischen
15 Gesundheit der Erzieherinnen und Erzieher sowie dienen der Verbesserung der Qualität der Arbeit in den Einrichtungen
16 und stärken den Zusammenhalt in den Teams. Die Supervisionen sind also eine sehr wichtige Maßnahme, um der
17 Unterbesetzung in den Kitas entgegenzuwirken, weil diese den Krankenstand niedriger halten können. So ein Angebot
18 macht den Beruf der Erzieherin/des Erziehers auch attraktiver.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

Antragsteller*in: AG Selbst Aktiv Sachsen Empfänger*innen: SPD-Landespartei Vorstand, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe

- 1 Der Landesvorstand der AG Selbst Aktiv Sachsen beantragt, der Landesparteitag möge beschließen, dass
- 2 • in Einrichtungen der Behindertenhilfe Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt - zwingend vorgeschrieben wer-
 - 3 den.
 - 4 • Einrichtungen der Behindertenhilfe bereits vorhandene Schutzkonzepte zum Schutz bzw. Erkennen von sexuel-
 - 5 lem Missbrauch regelmäßig überprüfen und vorhandene Maßnahmen anhand der Empfehlungen für Schutzkon-
 - 6 zepte des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs anpassen
 - 7 • einen Verhaltenskodex erarbeiten, ihre Mitarbeiter regelmäßig informieren und durch Seminare usw. auch Eltern,
 - 8 Schützlinge und sonstige Personen sensibilisieren
 - 9 • in jeder Einrichtung der Behindertenhilfe eine Beschwerdestelle, auch für anonyme Anzeigen einrichten und eine
 - 10 Notfallbetreuung entwickeln.

11 **Begründung**

- 12 Mädchen und Jungen sowie Frauen und Männer haben ein Recht auf Achtung ihre persönlichen Grenzen. Sie haben
- 13 zudem Anspruch auf Hilfe bei sexuellen Übergriffen und Missbrauch.
- 14 Durch Schutzkonzepte können vorbeugende Maßnahmen innerhalb der Einrichtung im Alltag ergriffen sowie Risiken
- 15 erkannt und abgebaut werden. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Einrichtungen verfügen über ein Basiswissen zu
- 16 sexueller Gewalt und greifen aktiv zum Schutz von betroffenen Personen ein, so können sie auch für andere kompetente
- 17 Vertrauenspersonen sein, welche sexuelle Gewalt in der Familie, im sozialen Umfeld, durch andere Jugendliche bzw.
- 18 Kinder sowie Erwachsene oder im Internet erfahren.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag

Antragsteller*in: AG Selbst Aktiv Sachsen Empfänger*Innen: SPD-Landtagsfraktion im Sächsischen Landtag

Flexibles Reisen für Menschen mit Behinderungen

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass Menschen mit Behinderungen jederzeit mit allen Zügen allen Busgesell-
- 2 schaften im öffentlichen Personennah- und Fernverkehr nach max. 2 Stunden Voranmeldung, befördert werden und
- 3 dazu die erforderlichen Umstiegshilfen erhalten.

4 Begründung

- 5 Der Personalmangel bei allen Gesellschaften für Personenbeförderung darf nicht die Ursache der Nichtbeförderung
- 6 der betroffenen Personen sein! In Erfüllung der UN-BRK muss für alle Menschen mit Behinderungen eine Mobilität mit
- 7 größtmöglicher Unabhängigkeit im Sinne von Selbstbestimmung sichergestellt werden

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion auf dem Parteitag